Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. Juli 1979
Jg. 7 Nr. 27

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

### Kanadische Holzarbeiter kämpfen für Lohnerhöhungen

*z.rül.* Nachdem sie bereits im April und Mai mehrfach gegen Schikanen und Einschüchterungsmaßnahmen der Holzkapitalisten gestreikt hatten, begannen Mitte Juni Hunderte von Holz- und Sägewerksarbeitern in British-Columbia an der kanadischen Westküste Streiks gegen die Verschleppung ihrer Lohnverhandlungen durch die Kapitalisten. Am 15. Juni waren die Tarifverträge von etwa 40000 Holzarbeitern ausgelaufen, am 30. Juni endeten die Verträge für weitere 20000 Arbeiter vor allem in Sägewerken. Die größte Gewerkschaft, die Internationale Holzarbeitergewerkschaft von Amerika, fordert für ihre über 40000 Mitglieder eine Erhöhung des Grundlohns von gegenwärtig 8,33 Dollar um 1,50 Dollar die Stunde in diesem Jahr. Obwohl erste Verhandlungen bereits im April begannen, haben die Kapitalisten noch kein Angebot gemacht.

### Erfolg der US-Gummiarbeiter im Kampf um Lohntarife

*z.gek.* Nach 6 Wochen Streik gegen Uniroyal haben drei der vier Reifenkonzerne der USA (außer Goodyear, dem Branchenführer) Tarifverträge mit der Gewerkschaft der Gummiarbeiter (URW) unterzeichnet. Danach wird der Ecklohn von 8 Dollar um 9%, 72 Cts. für alle gleich, erhöht, dies in allen drei Jahren der Laufzeit des Vertrages. Die Differenz zur inzwischen offiziell mit 13% ausgewiesenen Teuerungsrate soll eine ,,Lebenshaltungskostenanpassung'' (Cola) ausgleichen; üblicherweise vierteljährlich. Die Konzerne mußten ,,neutrales'' Verhalten gegenüber der weiteren Organisierung ihrer Belegschaften durch die URW zusichern. – Als ,,erster Tarifvertrag mit 100%igem Inflationsschutz'' von den reformistischen Gewerkschaftsführern gepriesen, soll er als Muster bei den anstehenden Tarifkämpfen in der Elektro- und Automobilindustrie dienen.

### Phosphatarbeiter auf Christmas Island im Streik

*z.cht.Sydney.* Seit vier Wochen verhindern die 1500 Arbeiter der British Phosphate Commission auf Christmas Island die Verschiffung des Phosphats. Sie fordern die Angleichung an austra-

## Das Volk von Nicaragua festigt die Einheitsfront

Masaya und Léon befreit / US-Kongreß lotet Interventionslage aus

*z.ulg.* ,,Wir stehen unmittelbar vor dem Sieg, vorausgesetzt, daß der US-Imperialismus nicht doch noch offen interveniert'', hat der Vertreter der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) in Europa am Donnerstag auf einer Kundgebung in Rom erklärt. Bis Ende letzter Woche hatte die FSLN 22 der bedeutendsten Städte und Dörfer Nicaraguas befreit. Am Freitag hat sie sich angesichts der Flächenbombardements der Nationalgarde auf die Arbeiterviertel Managuas vorübergehend ins 30 km entfernte Masaya zurückgezogen. Zeitweise hatte die Nationalgarde in Managua kaum mehr als die direkten Zentren des Regimes verteidigen können: Somozas ,,Bunker'' und das – natürlich US-eigene – ,,Intercontinental''-Hotel, wo sich im Kreise der internationalen Reportermeute das ,,Parlament'' versammelt hat.

,,Der Kern des Problems in Nicaragua ist der Zusammenbruch des Vertrauens zwischen Regierung und Volk'', hatte US-Außenminister Vance am 21. Juni zur Eröffnung der Außenministerkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) scharfsinnig analysiert. Tatsächlich kann sich das von den US-Imperialisten an die Macht gehievte und über 40 Jahre an der Macht gehaltene Somoza-Regime außer auf eine Handvoll Großgrundbesitzer auf buchstäblich keine einzige Klasse in Nicaragua mehr stützen. Vance regte daher ,,dringend'' an, durch eine ,,interamerikanische Friedenstruppe'' das nötige Vertrauen zu erzwingen. Sprachs, und schloß mit einem Papstwort.

Doch der fromme Bluthund ist nicht durchgekommen. Die süd- und mittelamerikanischen Staaten lehnten die ,,interamerikanische'' US-Intervention ab und forderten stattdessen die ,,sofortige und endgültige Ersetzung des Somoza-Regimes durch eine demokratische Regierung''. Zum letzten Mal hatten die USA 1965, nach der Intervention in der Dominikanischen Republik, ihrer Einmischung wenigstens nachträglich noch ein ,,interamerikanisches'' Mäntelchen umhängen können. Auf OAS-Beschluß wurde damals die bereits gelandete Streitmacht von mehr

nes brasilianischen Generals gestellt. Jetzt hat außer Mexiko, Panama, Costa Rica, Grenada und Peru auch Brasilien die Beziehungen zum Somoza-Regime abgebrochen.

Von Anfang an haben die OAS und ihr militärisches Gegenstück, der Rio-Pakt, ausschließlich dazu gedient, der imperialistischen Beherrschung des Kontinents durch die US-Supermacht einen Anstrich von Legalität zu verleihen. Artikel 6 des 1947 geschlossenen Rio-Pakts sieht ,,gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen'' ausdrücklich auch bei ,,Aggressionen, die nicht bewaffnete Aufstände sind'', also gegen Volksbewegungen und Aufstände, vor. 1954 ließen die US-Imperialisten die 10. Interamerikanische Konferenz beschließen, daß die ,,Beherrschung oder Kontrolle der politischen Institutionen eines amerikanischen Staates durch die internationale kommunistische Bewegung'' eine ,,Bedrohung der Souveränität und politischen Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten'' darstelle. Gemeint war Guatemala, wo die Regierung Arbenz eine Landreform durchgeführt und die Plantagen der ,,United Fruit Company'' verstaatlicht hatte. Wenige Monate nach dem OAS-Beschluß wurde die guatemaltekische Regierung durch eine von den USA aufgestellte Söldnerbande gestürzt, die Landreform rückgängig gemacht.

Just am Tag, bevor die OAS-Außenminister jetzt in Washington zusammentraten, hat der amerikanische Kongreß zum ersten Mal seit 1830 eine Geheimsitzung abgehalten, um eine ,,geheime Zeugenaussage dazu anzuhören, daß Panama die sandinistischen Guerillas unterstützt''. Der nicht geheime Zeuge war der kommandierende General des ,,Südkommandos'' der US-Armee. Mit seinem Beistand wollten die Herren Abgeordneten die Interventionslage ausloten. Um klarzustellen, was es mit der ,,Übergabe'' des Kanals an Panama bis zum Jahre 2000 auf sich hat, haben sie das Ratifizierungsgesetz für den Vertrag mit Panama ,,Panamakanal-Verteidigungsgesetz'' getauft.

Natürlich haben die US-Imperialisten ihre Interventionspläne gegen Ni-

ben. US-Verteidigungsminister Brown erklärte im Fernsehen eine Intervention für ,,nach wie vor vorstellbar''. Auch *nach* der Evakuierung der letzten Tage haben die US-Imperialisten vorsichtshalber 4000 Yankees in Nicaragua zurückgelassen, deren Leben also ,,zu schützen'' bleibt.

Noch im März hatte die US-Botschaft in Managua gemeldet, was auf dem Spiel steht: ,,Nicaragua hat eine sehr offene Wirtschaft, und der gesetzliche Rahmen für Auslandsinvestitionen und Außenhandel ist günstig. Es gibt zahlreiche Anreize für Firmengründungen und keine gesetzlichen Hindernisse für die Repatriierung von Profiten noch irgendwelche Anforderungen bezüglich einheimischen Besitzes an Firmen.'' Als der Bananenanbau wegen der fortgesetzten Auslaugung des Bodens und der Ausbreitung einer Baumkrankheit nicht mehr recht lohnte, haben die US-Imperialisten Nicaragua in den 50er Jahren auf Baumwolle und Kaffee ,,umgestellt''. Um die Anbaufläche der Baumwollplantagen zu vergrößern, wurden viele Kleinbauern von ihren Landstückchen vertrieben, auf denen sie hauptsächlich Grundnahrungsmittel, Mais und Reis, angebaut hatten.

Gestützt auf die Bauernmassen und das in Managua und León konzentrierte Proletariat hat die Sandinistische Befreiungsfront in die Einheitsfront zur Durchsetzung ihres nationaldemokratischen Programms auch den Großteil der nationalen Bourgeoisie einbeziehen können, die auch in der kürzlich gebildeten provisorischen Regierung vertreten ist. Spaltung dieser Einheitsfront würde eine US-Intervention erleichtern. Anerkennung der provisorischen Regierung durch möglichst viele Länder wird sie erschweren. *Das* muß man von der Bundesregierung fordern, statt die ,,Sozialistische Internationale'' unbeschwert von ,,Solidarität mit den Sandinisten'' schwätzen zu lassen.

### Die Infiltrationsversuche der UdSSR in Mittelamerika




Der Anteil der UdSSR am Außenhandel der Länder Mittelamerikas ist immer noch verschwindend gering. Mit Kuba als Frontposten lauern die Sozialimperiali-

noch kein Angebot gemacht.

### Erfolg der US-Gummiarbeiter im Kampf um Lohntarife

*z.gek.* Nach 6 Wochen Streik gegen Uniroyal haben drei der vier Reifenkonzerne der USA (außer Goodyear, dem Branchenführer) Tarifverträge mit der Gewerkschaft der Gummiarbeiter (URW) unterzeichnet. Danach wird der Ecklohn von 8 Dollar um 9%, 72 Cts. für alle gleich, erhöht, dies in allen drei Jahren der Laufzeit des Vertrages. Die Differenz zur inzwischen offiziell mit 13% ausgewiesenen Teuerungsrate soll eine ,,Lebenshaltungskostenanpassung'' (Cola) ausgleichen; üblicherweise vierteljährlich. Die Konzerne mußten ,,neutrales'' Verhalten gegenüber der weiteren Organisierung ihrer Belegschaften durch die URW zusichern. – Als ,,erster Tarifvertrag mit 100%igem Inflationsschutz'' von den reformistischen Gewerkschaftsführern gepriesen, soll er als Muster bei den anstehenden Tarifkämpfen in der Elektro- und Automobilindustrie dienen.

### Phosphatarbeiter auf Christmas Island im Streik

*z.cht.Sydney.* Seit vier Wochen verhindern die 1500 Arbeiter der British Phosphate Commission auf Christmas Island die Verschiffung des Phosphats. Sie fordern die Angleichung an austra-lische Löhne und australische Staatsbürgerschaft. Christmas Island, 350 km südlich von Indonesien, wurde 1958 von Großbritannien zu australischem Territorium erklärt. Asiatische Arbeiter fördern dort jährlich für 100 Mio. Dollar Phosphat, bei einem Wochenlohn von 55 Dollar. In australischen Phosphatgruben beträgt der Wochenlohn 167,60 Dollar. Als die Arbeiter den Vorsitzenden der Arbeitsschiedskommission mehrere Tage auf der Insel festhielten, drohte die australische Regierung mit dem Einsatz von Truppen. Am 13.7. soll die Forderung vor dem australischen Arbeitsschiedsgericht verhandelt werden.

### Frankreich: 400 F mehr im öffentlichen Dienst!

*z.pel.Paris.* Am 2.7. verhandeln Gewerkschaften und Regierung zum vierten Mal über die diesjährige Lohnerhöhung für ca. zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Nachträglich ,,Anpassung'' der Löhne an die amtliche Preissteigerungsrate um 1,2% zum 1.7., 2% zum 1.9. und 1,5% zum 1.11. lautet das unerträgliche Angebot der Regierung Barre. Ein Arbeiter der unteren Qualifikationsgruppe D mit 2340 F, der demnach scheibchenweise 29 F, 47 F und 36 F mehr erhalten würde, könnte von der Julierhöhung noch nicht einmal die Verteuerung seiner U-Bahn-Monatskarte ausgleichen. 400 F für alle sofort, Abbau der Spaltung in fast 40 Einkommensgruppen, gleiche Prämien, keine Zeitverträge, fordern einheitlich die Gewerkschaften. Mit einer Reihe von betrieblichen Streiks haben die Beschäftigten ihre Kampfbereitschaft gezeigt.

sich im Kreise der internationalen Reportermeute das ,,Parlament'' versammelt hat.

,,Der Kern des Problems in Nicaragua ist der Zusammenbruch des Vertrauens zwischen Regierung und Volk'', hatte US-Außenminister Vance am 21. Juni zur Eröffnung der Außenministerkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) scharfsinnig analysiert. Tatsächlich kann sich das von den US-Imperialisten an die Macht gehievte und über 40 Jahre an der Macht gehaltene Somoza-Regime außer auf eine Handvoll Großgrundbesitzer auf buchstäblich keine einzige Klasse in Nicaragua mehr stützen. Vance regte daher ,,dringend'' an, durch eine ,,interamerikanische Friedenstruppe'' das nötige Vertrauen zu erzwingen. Sprachs, und schloß mit einem Papstwort.

Doch der fromme Bluthund ist nicht durchgekommen. Die süd- und mittelamerikanischen Staaten lehnten die ,,interamerikanische'' US-Intervention ab und forderten stattdessen die ,,sofortige und endgültige Ersetzung des Somoza-Regimes durch eine demokratische Regierung''. Zum letzten Mal hatten die USA 1965, nach der Intervention in der Dominikanischen Republik, ihrer Einmischung wenigstens nachträglich noch ein ,,interamerikanisches'' Mäntelchen umhängen können. Auf OAS-Beschluß wurde damals die bereits gelandete Streitmacht von mehr als 10000 US-Marineinfanteristen der Form halber unter das Kommando ei-

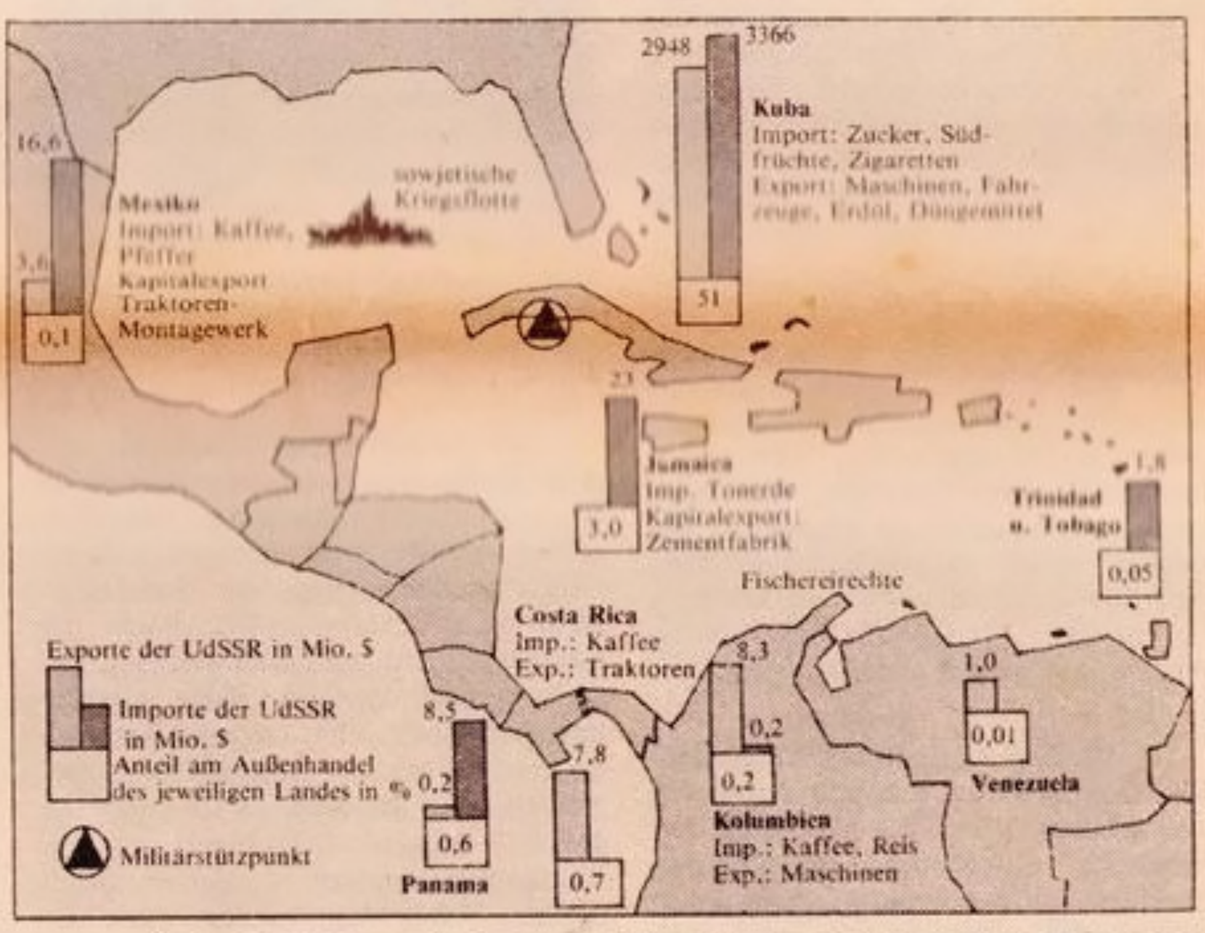
ßen, daß die ,,Beherrschung oder Kontrolle der politischen Institutionen eines amerikanischen Staates durch die internationale kommunistische Bewegung'' eine ,,Bedrohung der Souveränität und politischen Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten'' darstelle. Gemeint war Guatemala, wo die Regierung Arbenz eine Landreform durchgeführt und die Plantagen der ,,United Fruit Company'' verstaatlicht hatte. Wenige Monate nach dem OAS-Beschluß wurde die guatemaltekische Regierung durch eine von den USA aufgestellte Söldnerbande gestürzt, die Landreform rückgängig gemacht.

Just am Tag, bevor die OAS-Außenminister jetzt in Washington zusammentraten, hat der amerikanische Kongreß zum ersten Mal seit 1830 eine Geheimsitzung abgehalten, um eine ,,geheime Zeugenaussage dazu anzuhören, daß Panama die sandinistischen Guerillas unterstützt''. Der nicht geheime Zeuge war der kommandierende General des ,,Südkommandos'' der US-Armee. Mit seinem Beistand wollten die Herren Abgeordneten die Interventionslage ausloten. Um klarzustellen, was es mit der ,,Übergabe'' des Kanals an Panama bis zum Jahre 2000 auf sich hat, haben sie das Ratifizierungsgesetz für den Vertrag mit Panama ,,Panamakanal-Verteidigungsgesetz'' getauft.

Natürlich haben die US-Imperialisten ihre Interventionspläne gegen Ni-caragua auch nach dem Beschluß der OAS-Konferenz keineswegs aufgege-

bau wegen der fortgesetzten Auslaugung des Bodens und der Ausbreitung einer Baumkrankheit nicht mehr recht lohnte, haben die US-Imperialisten Nicaragua in den 50er Jahren auf Baum- Länder wird sie erschweren. *Das* muß man von der Bundesregierung fordern, statt die ,,Sozialistische Internationale'' unbeschwert von ,,Solidarität mit den Sandinisten'' schwätzen zu lassen.

### Die Infiltrationsversuche der UdSSR in Mittelamerika




Der Anteil der UdSSR am Außenhandel der Länder Mittelamerikas ist immer noch verschwindend gering. Mit Kuba als Frontposten lauern die Sozialimperiali-sten darauf, die durch den revolutionären Kampf der Völker angeschlagene Hegemonialmacht USA zu beerben.

## Nach der Mehrwertsteuererhöhung: Anhaltende Steuerdebatte

Lohnsteuerexplosion für 1980 erwartet / Druck der Arbeiterbewegung / Demagogischer Vorstoß von Strauß

*z.gek.* ,,Drei ordnungspolitische Vorschläge'' hat Strauß der CDU-CSU-Strategiekommission (außer sich selbst) präsentiert: Erstens, eine christliche Regierung müsse künftig ,,die Grenzen des Sozialstaats'' beachten, d.h. laufende Rückzahlungen des Staates aus den geplünderten Steuermitteln weitgehend streichen; zweitens, sie müsse die Staatsschuld reduzieren (und die Sozialversicherungen stärker als ,,Kapitalquellen'' ausquetschen); und sie müsse, drittens, ,,*Steuersenkung*'' versprechen. Hier sieht der Kandidat der Münchener Rüstungsindustrie beim kommenden ,,Kampf der Titanen'' die Achillesferse seines Gegners.

Strauß propagiert seine Steuerpläne vor allem als ein Mittel gegen den Lohnkampf der Arbeiter. ,,Es ist ja beinahe so, als ob Tarifkämpfe nur noch stattfinden, um den Finanzbedarf der öffentlichen Hand zu befriedigen'', rief er in der Etatdebatte im Bundesrat der Regierung gut gelaunt zu. Er rechnet sich mit dieser Demagogie tiefere Einbrüche in die von der Sozialdemokratie beherrschte Arbeiterbewegung aus. Vor folgender Frage stehe doch heute ,,unsere fachlich hochwertig ausgebildete Arbeitnehmerschaft'': ,,Wollen sie einen Versorgungsstaat, der sie über ein wachsendes Heer von Funktionären mit ,Lebensqualität' ausstattet, oder besitzen sie genug Mündigkeit, um bei einer gewissen Begrenzung des Staates auf das vernunftgemäß Notwendige über einen größeren Teil ihres Einkommens ... entscheiden zu können?'' (Strauß, Deutschland Deine Zukunft, München 1975)

Eben ist ruchbar geworden, daß die Lohnsteuereinnahmen 1980, nach dem neuen, am 1. Januar 1979 in Kraft gesetzten reformierten Progressionsschlüssel, *um 15–18%* anschwellen werden. ,,Weder größere Steuererhöhungen noch Steuersenkungen'' bis zum Ende der Wahlperiode hatte sich das sozialliberale Kabinett noch am 28. Mai geschworen. Das hieß: ,,kleinere'' Steuererhöhungen, wie die verschärfte Besteuerung der Bauern, auf jeden Fall; Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Juli auf 13%, wie beschlossen; und: die gewaltige Lohnsteuerbeute von 79 und 80 eisern in die Scheuern fahren.

Wenige Tage später kam die FDP mit ihren lauwarmen Vorschlägen zur ,,Steuervereinfachung und -senkung'' heraus: Erhöhung der ,,Werbekosten-'' und ,,Vorsorgepauschale'', Umwandlung des Kilometergelds in eine allgemeine ,,Verkehrspauschale'' – alles auf die Aufbesserung des Taschengeldes ihrer besser verdienenden liberalen Klientel gezielt. (KVZ 25/79)

Die geräuschvollen Geplänkel der bürgerlichen Parteien zeigen, zu welcher Schärfe sich der Widerspruch zwischen den sinkenden Reallöhnen der Arbeiter und den immer noch wachsenden Steuerlasten des bürgerlichen Staates entwickelt hat. Die Aussicht, daß die Gewerkschaften die fälligen Lohnforderungen direkt mit politischen Forderungen nach *wirksamer* Steuerentlastung verbinden, läßt jetzt auch die Regierungssozialdemokratie manövrieren. ,,Sinnvoll, über die Notwendigkeit von Steuersenkungen'' ,,nachzudenken'', ,,wo wirklich nötig'', ,,allein bei der Lohnsteuer der Fall'' – hat der SPD-Steuerexperte Huonker kürzlich etwas verlegen gemurmelt. Die Lage ist günstig, die Zeit drängt, daß die Arbeiterbewegung den Zank im bürgerlichen Parteienlager nutzt, um 1500 DM steuerfrei! durchzusetzen. Dem schwarz-weiß-blauen Demagogen wäre auch die Suppe versalzen.

### VR China: Tagung des V. Nationalen Volkskongresses



Delegierte aus 23 Nationalitäten diskutieren in der Provinz Yunnan den Bericht von Vorsitzenden Hua Guofeng. Siehe Artikel Seite 14/15

# Regelung der Konkurrenz

## Regierung verabschiedet Chemikaliengesetzentwurf

*z.evd.* Am 20.6. verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf zu einem Chemikaliengesetz. Vorausgegangen sind Anfragen im Bundestag über Unfälle mit PVC, Schutz der Arbeiter im Umgang mit Asbest, Schutz vor Kinderschlafanzügen mit bromierten Phosphorsäureestern aus den USA oder Brand in Kunstdüngerlagerstätten. Das Chemikaliengesetz soll eine ,,umfassende Regelung für die Herstellung und das Inverkehrbringen gefährlicher Stoffe'' sein, um vor allem für ,,Industrie, Handel und Gewerbe ... diesen vielschichtigen und differenzierten Rechtsbereich überschaubar zu halten.'' (Begründung des Entwurfs) Als Absicht dieses Gesetzes wird erklärt, ,,Menschen und Umwelt besser als bisher vor den Wirkungen gefährlicher Stoffe und Zubereitungen zu schützen.''

Der Gesetzentwurf regelt aber hauptseitig die Ausgangsbedingungen für die Konkurrenz der westdeutschen Chemiekapitalisten und versucht, den Unfall und die Schädigung im Produktionsprozeß den Arbeitern in die Schuhe zu schieben. Die sachliche Grundlage dafür ist, daß ,,Krebserkrankungen, Mißbildungen bei Kindern, Allergien und 200000 Vergiftungen, davon 6000 mit tödlichem Ausgang, allein in der Bundesrepublik jedes Jahr'' zu verzeichnen sind. (ZDF, heute, 20.6.79)

Die Tatsache kommt auch immer mehr ans Licht, daß Krebserkrankungen hervorgerufen werden durch Umgang mit giftigen Stoffen in der Produktion. In den USA schätzen Regierungsinstitute 40% der Krebsfälle auf diese Ursache. Quecksilber, Cadmium, DDT, Wirkungen auf Mißbildung von Kindern während der Schwangerschaft oder auf das Erbgut, Hauterkrankungen aufgrund von Synthetikfasern (siehe KVZ Nr. 22, S. 7), Verseuchung durch Störfälle in der Chemieindustrie – das alles ist an der Tagesordnung bei einer jährlichen Produktionsmenge von über 1 Million chemischer Stoffe (weltweit).

,,Die inländische Chemie habe sich stets für ein einheitliches Prüfsystem für neue Stoffe eingesetzt, das allerdings in allen EG-Staaten verbindlich praktiziert werden müßte'', weil sonst sich ,,erhebliche Wettbewerbsverzerrungen abzeichnen'' würden. (Handelsblatt, 21.6.79). Auch wenn der Verband der Chemischen Industrie den ,,vorgesehenen Ermessensspielraum der Behörden'' als zu groß kritisiert, sind sie dafür, waren sie sogar an der Ausarbeitung des Entwurfs beteiligt. Warum? Gegenwärtig befindet sich die Chemieindustrie in einer starken Anspannung, die internationale Konkurrenz und das ,,Zeichen der Ölverknappung'' (Wirtschaftswoche 26/79 in bezug auf Öl als Rohstoff der Petrochemie) machen es erforderlich, zusätzlich zu Rationalisierungen und Lohnsenkungen neue und billiger produzierte Waren auf neue Märkte zu bringen. Da die USA und Japan bereits derartige Gesetze haben, muß die westdeutsche Chemieindustrie Entsprechendes vorweisen können, um auf diesen Märkten Fuß fassen zu können. Katastrophen, wie sie sich ein italienisches Monopol in Seveso leistete, bedeuten auch für die Konkurrenz Rückschläge. Die Bundesregierung muß also als quasi Stempelbehörde für ein Minimum an gegenseitigen Vorkehrungen für die Chemieindustrie auf den Plan treten und soll damit gleich noch als Vorreiter in die EG preschen.

Im einzelnen sieht das Gesetz vor, daß die Prüfungen, die in der Hand der Kapitalisten bleiben, von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, der Bundesanstalt für Materialprüfung, dem Bundesgesundheitsamt und dem Umweltbundesamt überprüft werden. Alte, schon im Verkehr befindliche Stoffe werden nur dann untersucht, ,,wenn wir sie für so gefährlich halten, daß ...'' die ersten Leichen schon sichtbar sind? Oder wie wollte Antje Huber ihren Satz in ZDF-Heute am 20.6. beenden. ,,Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung können die Maßnahmen ... auch in Wohnräumen und zu jeder Tages- und Nachtzeit getroffen werden.'' Ein Ausschuß soll eingerichtet werden für eine neue Arbeitsschutzordnung, weil ,,die mit dem Arbeitsschutz verbundenen ... Fragen für den nicht ständig damit befaßten Fachbeamten kaum noch durchschaubar sind.'' Der Arbeiter hat sie auszuhalten, und es ist Tatsache, daß solche Fragen Gegenstand von betrieblichen Auseinandersetzungen in fast jedem Chemiebetrieb sind. ,,Den Arbeitnehmern wird vorgeschrieben werden können, sich zu ihrem eigenen und ihrer Kollegen Schutz in bestimmter Weise zu verhalten, z.B. bei der Herstellung oder Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe und Zubereitungen nicht zu rauchen oder persönliche Schutzausrüstungen zu benützen.'' Tut er das nicht, ist er selbst schuld.

Einmalig 20 – 45 Mio. DM, jährlich dann 18 – 40 Mio. DM aus Steuergeldern will die Bundesregierung den Kapitalisten in den Rachen schieben für die Ausrüstung der staatlichen Überwachungsstellen, bei denen die Kapitalisten ,,selbstverständlich'' Auskunft einholen können, um sich Doppeluntersuchungen zu ersparen.




# Herrenrassist, Lynchbeschöniger, Kolonialräuber

## Die Habilitationsschrift des Karl Carstens, Dr. jur, Master of Laws

*z.mif.* Weniger Beachtung als die hakenkreuzgeschmückte Offiziersuniform des routinierten Hosen-Trägers Karl Carstens hat der schleunig-gewandte Hosenwechsel gefunden, den er nach 1945 vollführte. Kaum entnazifiziert, besorgte er sich ein Stipendium und fuhr 1948 in die Beinkleider der US-Supermacht. 1949 machte er den Master of Laws (Staatsexamen) an der Universität Yale. 1953 habilitierte er sich zu Köln mit der Schrift ,,Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung''. In diesem Werk gelingen ihm einige völlig neue Erkenntnisse und wissenschaftliche Leistungen.

,,Die ersten weißen Siedler auf dem Boden der neuen Welt waren Auswanderer. Ein großer Teil von ihnen verließ seine europäische Heimat um religiöser Verfolgung willen; sie suchten Freiheit für ihren Glauben. Alle hatten schwere Strapazen und Kämpfe zu bestehen, bevor die weiße Besiedlung Amerikas gesichert war. Nur kräftige, willensstarke Männer überstanden die Anstrengungen der ersten Jahrzehnte'' (S. 11).

Die ,,weiße Besiedlung Amerikas'' war demnach nur möglich durch ein biologisches Wunder. Eine nur aus Männern bestehende Bevölkerung überlebte jahrzehntelang, einzig durch Willensstärke. Dies hat Carstens auch persönlich stark beeinflußt, er ist kinderlos geblieben (allerdings hatte er bereits geheiratet, 1944, ehe ihm das Studium des amerikanischen Pioniergei-

lebte, absieht'' (S.13). Und warum sollte man nicht von der ,,Negerbevölkerung'' ,,absehen'', und erst recht von den ursprünglichen Einwohnern Amerikas, die sich der ,,weißen Besiedlung'' in nie abreißenden Kämpfen entgegenstellten?

Später kam es bekanntlich zur Sklavenbefreiung. Von den Afro-Amerikanern ,,abzusehen'' wurde immer schwieriger, und gegen Ende seines Werkes befaßt sich Dr. Carstens mit einigen daraus entstehenden juristischen Problemen und ihrer Lösung im Geiste der Grundgedanken der amerikanischen Verfassung:

,,Der Ausschluß der Farbigen von den Geschworenen ist auf verschiedene Weise durchgeführt worden. Nach Abschluß der Rekonstruktionsperiode erließen zunächst einige der Südstaaten besondere Gesetze, nach denen die Farbigen nicht zu Geschworenen bestellt werden durften. Diese Gesetze hatten jedoch nur kurzen Bestand. Schon 1880 erklärte sie der Oberste Gerichtshof für ungültig, da sie gegen die gleiche Rechtsschutzklausel des 14. Verfassungszusatzes verstießen. Nach diesem *Fehlschlag* wurden zwar die einzelstaatlichen Gesetze geändert, an der Praxis änderte sich jedoch nichts'' (S. 207, Hervorhebung von uns). Kurz zuvor erläutert uns der Staatsrechtler

gesetzlich, keineswegs ein üblicher Juristenausdruck, sondern ein schönes Beispiel für die vielgelobte Carstens'sche stilistische Begabung, die selbst die brutalste staatliche Unterdrückung in angenehme Worte zu kleiden weiß.

Mit dieser Dissertationsschrift eröffnete sich Carstens die oberste Beamtenkarriere. Bis 1954 war er bereits Vertreter Bremens beim Bund; jetzt wurde er auf zwei Jahre BRD-Vertreter beim Europarat, anschließend Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1966 Wechsel ins Verteidigungsministerium. 1969 mit dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition ging er in die Opposition und an den Kölner Lehrstuhl; setzte, nachdem er bereits 1955 in die CDU eingetreten war, nun auf Parteikarriere und wurde nach der Wahlniederlage 1972 Fraktionsvorsitzender. 1961 bis 1966 war er direkter Vertreter des Außenministers und äußerte beispielsweise am 6. März 1963 zu der Frage, ob die Regierung nicht die Erweiterung der grönländischen Fischereigrenzen von drei auf zwölf Seemeilen verhindern wolle: ,,Nach wie vor ist die Bundesregierung der Auffassung, daß jede einseitige Maßnahme von Staaten, ihre Jurisdiktion über 3 Seemeilen hinaus zu erweitern, nicht dem geltenden Völkerrecht entspricht. ... Sie prüft daher zur Zeit, auf welche

Weisheiten unter dem Titel ,,Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung'': ,,Die Bundesrepublik Deutschland zählt zum westlichen Teil Europas ... Dieser Teil Europas hat einst den größten Teil der übrigen Welt beherrscht. Heute ist er zersplittert und daher politisch ohne entscheidenden Einfluß. Viele Europäer empfanden und empfinden diesen Zustand als unwürdig oder mindestens als beklagenswert. Sie propagieren die politische Einigung Europas ...'' (S. 235). Der Carstens'schen Würde und Willensstärke entspräche unbedingt die Wiederherstellung der kolonialen Weltherrschaft. Leider ist die Lage in Westdeutschland dafür nicht gegeben: ,,Politisch unterscheidet sich der Föderalismus der Bundesrepublik grundlegend von seinen Vorläufern im Reich von 1871 und im Weimarer Staat. Es fehlt an einer Führungsmacht, wie sie Preußen bis 1932 darstellte'' (S. 91). Ob nicht heute Bayern ...?

Als Carstens am 31. Mai 1979 im Bundestag seine Abschiedsrede als Bundestagspräsident hält, gestattet er sich eine kurze Würdigung des höchsten Genusses, den ihm dies Amt bescherte: Sich als Nachfolger dieser früheren preußischen Führungsmacht zu fühlen, mindestens einmal im Monat: ,,Als meine schönste Aufgabe habe ich es angesehen, daß ich die Funktion des

**Steuereinnahmen des Staates und Ausgaben für innere Sicherheit**

,,.... der Staat zur Durchführung seiner Aufgaben materielle Aufwendungen beträchtlichen Umfangs tätigen muß und die Finanzierung dieser Aufwendungen in weitem Umfang nur über die Erhebung von Zwangsabgaben möglich ist.'' (Kompendium der Volkswirtschaftslehre)

Mrd. DM | Steuer-einnahmen gesamt | Steuern aus Lohn | Ausgaben für innere Sicherheit u. Ordnung

# Herrenrassist, Lynchbeschöniger, Kolonialräuber

## Die Habilitationsschrift des Karl Carstens, Dr. jur, Master of Laws

*z.mif.* Weniger Beachtung als die hakenkreuzgeschmückte Offiziersuniform des routinierten Hosen-Trägers Karl Carstens hat der schleunig-gewandte Hosenwechsel gefunden, den er nach 1945 vollführte. Kaum entnazifiziert, besorgte er sich ein Stipendium und fuhr 1948 in die Beinkleider der US-Supermacht. 1949 machte er den Master of Laws (Staatsexamen) an der Universität Yale. 1953 habilitierte er sich zu Köln mit der Schrift ,,Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung''. In diesem Werk gelingen ihm einige völlig neue Erkenntnisse und wissenschaftliche Leistungen.

,,Die ersten weißen Siedler auf dem Boden der neuen Welt waren Auswanderer. Ein großer Teil von ihnen verließ seine europäische Heimat um religiöser Verfolgung willen; sie suchten Freiheit für ihren Glauben. Alle hatten schwere Strapazen und Kämpfe zu bestehen, bevor die weiße Besiedlung Amerikas gesichert war. Nur kräftige, willensstarke Männer überstanden die Anstrengungen der ersten Jahrzehnte'' (S. 11).

Die ,,weiße Besiedlung Amerikas'' war demnach nur möglich durch ein biologisches Wunder. Eine nur aus Männern bestehende Bevölkerung überlebte jahrzehntelang, einzig durch Willensstärke. Dies hat Carstens auch persönlich stark beeinflußt, er ist kinderlos geblieben (allerdings hatte er bereits geheiratet, 1944, ehe ihm das Studium des amerikanischen Pioniergeistes vergönnt war).

,,Die Einwohner'' (zur Zeit der Verfassungsgebung 1789) ,,waren ihrer Abstammung nach nahezu homogen, wenn man von der Negerbevölkerung, die damals in dem Status von Sklaven lebte, absieht'' (S.13). Und warum sollte man nicht von der ,,Negerbevölkerung'' ,,absehen'', und erst recht von den ursprünglichen Einwohnern Amerikas, die sich der ,,weißen Besiedlung'' in nie abreißenden Kämpfen entgegenstellten?

Später kam es bekanntlich zur Sklavenbefreiung. Von den Afro-Amerikanern ,,abzusehen'' wurde immer schwieriger, und gegen Ende seines Werkes befaßt sich Dr. Carstens mit einigen daraus entstehenden juristischen Problemen und ihrer Lösung im Geiste der Grundgedanken der amerikanischen Verfassung:

,,Der Ausschluß der Farbigen von den Geschworenen ist auf verschiedene Weise durchgeführt worden. Nach Abschluß der Rekonstruktionsperiode erließen zunächst einige der Südstaaten besondere Gesetze, nach denen die Farbigen nicht zu Geschworenen bestellt werden durften. Diese Gesetze hatten jedoch nur kurzen Bestand. Schon 1880 erklärte sie der Oberste Gerichtshof für ungültig, da sie gegen die gleiche Rechtsschutzklausel des 14. Verfassungszusatzes verstießen. Nach diesem *Fehlschlag* wurden zwar die einzelstaatlichen Gesetze geändert, an der Praxis änderte sich jedoch nichts'' (S. 207, Hervorhebung von uns). Kurz zuvor erläutert uns der Staatsrechtler die Bedeutung des Wortes ,,lynchen'' in folgender Fußnote: ,,Der Ausdruck ,lynchen' geht wahrscheinlich auf den Friedensrichter Charles Lynch aus Virginia zurück (1736 – 96), der extralegale Methoden im Strafvollzug anwandte'' (S. 201). ,,Extralegal'' heißt außergesetzlich, keineswegs ein üblicher Juristenausdruck, sondern ein schönes Beispiel für die vielgelobte Carstens'sche stilistische Begabung, die selbst die brutalste staatliche Unterdrückung in angenehme Worte zu kleiden weiß.

Mit dieser Dissertationsschrift eröffnete sich Carstens die oberste Beamtenkarriere. Bis 1954 war er bereits Vertreter Bremens beim Bund; jetzt wurde er auf zwei Jahre BRD-Vertreter beim Europarat, anschließend Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1966 Wechsel ins Verteidigungsministerium. 1969 mit dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition ging er in die Opposition und an den Kölner Lehrstuhl; setzte, nachdem er bereits 1955 in die CDU eingetreten war, nun auf Parteikarriere und wurde nach der Wahlniederlage 1972 Fraktionsvorsitzender. 1961 bis 1966 war er direkter Vertreter des Außenministers und äußerte beispielsweise am 6. März 1963 zu der Frage, ob die Regierung nicht die Erweiterung der grönländischen Fischereigrenzen von drei auf zwölf Seemeilen verhindern wolle: ,,Nach wie vor ist die Bundesregierung der Auffassung, daß jede einseitige Maßnahme von Staaten, ihre Jurisdiktion über 3 Seemeilen hinaus zu erweitern, nicht dem geltenden Völkerrecht entspricht. ... Sie prüft daher zur Zeit, auf welche Weise die historischen Rechte der deutschen Hochseefischer vor der grönländischen Küste in angemessener Form gesichert werden können.''

1971 veröffentlichte er seine im Staatssekretärsdienst gesammelten Weisheiten unter dem Titel ,,Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung'': ,,Die Bundesrepublik Deutschland zählt zum westlichen Teil Europas ... Dieser Teil Europas hat einst den größten Teil der übrigen Welt beherrscht. Heute ist er zersplittert und daher politisch ohne entscheidenden Einfluß. Viele Europäer empfanden und empfinden diesen Zustand als unwürdig oder mindestens als beklagenswert. Sie propagieren die politische Einigung Europas ...'' (S. 235). Der Carstens'schen Würde und Willensstärke entspräche unbedingt die Wiederherstellung der kolonialen Weltherrschaft. Leider ist die Lage in Westdeutschland dafür nicht gegeben: ,,Politisch unterscheidet sich der Föderalismus der Bundesrepublik grundlegend von seinen Vorläufern im Reich von 1871 und im Weimarer Staat. Es fehlt an einer Führungsmacht, wie sie Preußen bis 1932 darstellte'' (S. 91). Ob nicht heute Bayern ...?

Als Carstens am 31. Mai 1979 im Bundestag seine Abschiedsrede als Bundestagspräsident hält, gestattet er sich eine kurze Würdigung des höchsten Genusses, den ihm dies Amt bescherte: Sich als Nachfolger dieser früheren preußischen Führungsmacht zu fühlen, mindestens einmal im Monat: ,,Als meine schönste Aufgabe habe ich es angesehen, daß ich die Funktion des Hausherrn im *Reichstagsgebäude* ausüben durfte. Ich bin jeden Monat einmal in Berlin gewesen. Es gibt kein Gebäude, welches die jüngere deutsche Geschichte so eindringlich symbolisiert wie das Reichstagsgebäude'' (Protokoll der 157. Bundestagssitzung).




**Steuereinnahmen des Staates und Ausgaben für innere Sicherheit**

,,.... der Staat zur Durchführung seiner Aufgaben materielle Aufwendungen beträchtlichen Umfangs tätigen muß und die Finanzierung dieser Aufwendungen in weitem Umfang nur über die Erhebung von Zwangsabgaben möglich ist.'' (Kompendium der Volkswirtschaftslehre)

| Mrd. DM | Steuer-einnahmen gesamt | Steuern aus Lohn | Ausgaben für innere Sicherheit u. Ordnung |
|---|---|---|---|
| 1970 | 154,1 | 109,1 | 7,9 |
| 1975 | 242,1 | 178,1 | 12,7 |
| 1976 | 268,1 | 197,8 | 13,7 |
| 1977 | 299,4 | 218,0 | 14,3 |
| 1978 | 319,1 | 230,2 | 15,9 |

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

*Geschäftsstelle Hamburg:* Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

*Geschäftsstelle Bremen:* Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

*Geschäftsstelle Westberlin:* Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

*Geschäftsstelle Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

*Geschäftsstelle Essen:* Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

*Geschäftsstelle Köln:* Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

*Geschäftsstelle Frankfurt:* Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

*Geschäftsstelle Saarbrücken:* Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

*Geschäftsstelle Mannheim:* J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

*Geschäftsstelle Nürnberg:* Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

*Geschäftsstelle Stuttgart:* Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

*Geschäftsstelle München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

*Heft 01:* Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

# Interview mit Genossen Tongogara

Mitglied des ZK der ZANU, Leitender Sekretär für Verteidigung. Maputo, 19.6.1979

*KVZ:* Genosse Tongogara, können Sie uns mitteilen, welcher Fortschritt im bewaffneten Kampf die Grundlage bildet für die Erfolge, die die ZANU – Patriotische Front auf der diplomatischen Ebene gehabt hat nach den sogenannten Wahlen in Rhodesien?

*Gen. Tongogara:* Die ZANLA-Streitkräfte haben gewaltige Fortschritte gemacht. Bisher haben wir in kleinen Einheiten operiert. Jetzt bewegen wir uns in großen Einheiten. Ebenso greifen wir den Feind jetzt an und verfolgen ihn, so daß wir derzeit in einer dem Feind überlegenen Position sind. Die ZANLA-Streitkräfte haben während der Wahlen und nach den Wahlen außerordentliche Erfolge erreicht. Wir haben Smith eine regelrechte Lektion erteilt. Es ist ihm nicht gelungen, in unsere Operationsgebiete einzudringen. Wir konnten ihn daran hindern, die Massen zur Wahl zu treiben, und wir sind sehr zufrieden mit den Ergebnissen.

*KVZ:* Genosse Tongogara, Sie haben gesagt, daß Sie jetzt in größeren Einheiten operieren. Können Sie uns einen Eindruck davon verschaffen, wie Sie jetzt verglichen mit früheren Zeiten operieren und wie Stärke und Zahl der ZANLA-Streitkräfte zugenommen haben?

*Gen. Tongogara:* Während der vergangenen drei, vier Jahre operierten wir in kleinen Einheiten, wie gesagt. Wir haben zum Schlag ausgeholt und uns dann zurückgezogen. Jetzt kämpfen wir in größeren Einheiten, greifen an und zerstören den Feind. Früher suchte uns der Feind, aber heute sucht uns der Feind nicht auf, wenn der hört, daß wir unser Lager aufgeschlagen haben und auf ihn warten. Dann schlägt er diese Richtung nicht ein, er läuft weg. Das zeigt, daß er unsere Stärke auf dem Schlachtfeld anerkennt.

*KVZ:* Können Sie uns eine Vorstellung von der Zahl Ihrer Streitkräfte im Vergleich zu z.B. vor einem Jahr geben?

*Gen. Tongogara:* Vor ungefähr drei Jahren hatten wir bewaffnete Kräfte innerhalb des Landes von nicht weniger als zehntausend. Aber jetzt sprechen wir von Streitkräften in einer Zahl von nicht weniger als zwanzigtausend.

*KVZ:* Wie versorgen sich die ZANLA-Streitkräfte mit Lebensmitteln, eine so große Zahl von Streitkräften?

*Gen. Tongogara:* Wir sind eine Volksarmee und wir werden von den Massen verpflegt, wir leben zusammen mit den Massen, wir produzieren zusammen mit den Massen, und wir haben unseren Krieg in einen Volkskrieg verwandelt. So nehmen die ZANLA-Streitkräfte und die Massen gemeinsam am Kampf teil. Die ZANLA-Streitkräfte bleiben auf dem Schlachtfeld nur, um die Kriegstaktik anzuleiten, aber die Masse der Arbeit wird von den Massen gemacht.

*KVZ:* ,,Die Stützpunkte der Siedler, namentlich die Städte und Ortschaften müssen 1979 noch größere Angriffsziele werden, als sie es 1978 schon waren. Verwandelt eine jede Ortschaft in eine Hölle für den Feind.'' Wie erfüllt die Befreiungsarmee diese Aufgabe, die Genosse Präsident Robert Mugabe im Jahr des Sturms des Volkes gestellt hat?

*Gen. Tongogara:* Ein Wort des Präsidenten genügt, um ein Feuer in Zimbabwe zu entfachen. Die ZANLA-Streitkräfte handeln stets nach strikten Befehlen; wir alle handeln danach, und als er 1979 als Jahr des Sturms des Volkes erklärte, begaben wir uns direkt aufs Schlachtfeld, das Oberkommando und die gesamten ZANLA-Streitkräfte, um von den Lagern aus die Städte zu stürmen. Wir werden stürmen, bis jedes Zoll befreit ist, getreu dem Befehl unseres Oberkommandierenden der ZANLA, Genossen Robert Mugabe.

*KVZ:* Können Sie uns sagen, welche Städte in den letzten Monaten angegriffen wurden?

*Gen. Tongogara:* Ja, fast alle Städte, die für uns lohnende Angriffsziele sind. Angefangen mit Umtali, wo man von verschiedenen Angriffen gehört hat, man hat gehört von Angriffen auf Wirtschaftseinrichtungen in Salisbury mitten in der Stadt, man hat gehört von Angriffen von uns auf wirtschaftlich wichtige Einrichtungen in Fort Victoria und auch in Bulawayo, was alle großen Städte abdeckt.

*KVZ:* Vielen Dank, Genosse Tongogara.

*Gen. Tongogara:* Herzlichen Dank.





Sechs Genossen der ZANU haben bisher die Bedienung des Fotosatzgerätes (Compugraphic) und der Redactrons gelernt.

## Druckausrüstung der ZANU voll in Betrieb genommen

*z.ale.* Am 9.10.1978 wurde in der ,,Kommunistischen Volkszeitung'' der Aufruf zur Sammlung für eine komplette Druckausrüstung für die ZANU veröffentlicht. Am 1. Mai 1979 konnte die Sammlung erfolgreich abgeschlossen werden. Es wurden eine halbe Million DM für diese Druckausrüstung in Betrieben, Schulen, bei Hausbesuchen und auf der Straße gesammelt. Viele haben diese Sammlung getragen und damit die ZANU und die Patriotische Front unterstützt. Die vielfältigen Versuche des westdeutschen Staatsapparates, diese Sammlung zu verbieten, sind gescheitert.



Die Maschinen wurden schon vor Sammlungsende beschafft und Ende April nach Maputo geflogen (siehe KVZ 18/79). Die Ausrüstung besteht aus: einer Automatikkamera A2; Kontaktkopiergerät A1; Entwicklungseinheit aus 4 Becken mit Temperaturregelung und Filmtrocknung; Plattenkopierer A1, Plattenentwicklerbecken A2; 5 Leuchttische; Fotosatzgerät, zwei Redactron; Bogenoffsetdruckmaschine A2; Rollenoffsetdruckmaschine A2; Falzmaschine A2 auf A6; Sammelhefter; Schneidemaschine; 12 Tische, 15 Stühle, Elektroisolationsmaterial für die Druckerei, Zubehörmaterial und eine komplette Reparaturwerkstatt für Elektro-, Elektronik- und mechanische Arbeiten einschließlich Elek-

wes ist dies jetzt von besonderer Bedeutung. Nach dem Wahlmanöver, mit dem die Imperialisten einige schwarze Marionetten an die Staatsmacht gehievt haben, verfügen diese über Teile der bewaffneten Formationen des Staates, aber auch über die publizistischen und propagandistischen Mittel, den Kampf der Volksmassen Zimbabwes zu spalten und zu unterdrücken. Mit der Satz- und Druckausrüstung ist es der ZANU besser möglich, den Imperialisten und ihren schwarzen Marionetten auf dem Gebiet der Propaganda technisch gut gerüstet entgegenzutreten und gleichzeitig große Fortschritte im Kampf gegen das Analphabetentum zu machen. Bei einer Veranstaltung zur Inbetriebnahme der Druckausrüstung sagte Genosse Tongogara: ,,Die Grundlage für den Sieg ist der bewaffnete Kampf. Es ist aber auch wichtig, auf der Ebene der Propaganda Fortschritte zu machen, um den Feind auch dort zu bekämpfen. Eine Entscheidung zu treffen, was wichtiger ist: der bewaffnete Kampf oder die Propaganda, ist sehr schwierig. Denn der bewaffnete Kampf kann besser geführt werden, wenn die Propaganda gut ist.'' So wird als eine der nächsten Aufgaben eine Broschüre zur militärischen Ausbildung erstellt werden.

Fertiggestellt wurden bisher nebenstehendes Plakat sowie ein Plakat und ein Heft zur Bedienung des Redactrons und des Fotosatzgerätes. Ein Buch vom ersten Tag der Frau wurde gebunden, und mit der Produktion von ,,Zimbabwe News'' begonnen. Durch die Ausbildung von weiteren Genossen der ZANLA in Satz, Repro-Kopie, Druck und Weiterverarbeitung und die Ausbildung in der Beherrschung der Reparaturwerkstatt sowie dem relativ schnellen Aufbau der Druckerei ist es möglich gewesen, daß drei Genossen des KBW zurückkehren konnten. Die ZANU-Genossen lernen mit Begeisterung, die Maschinerie zu beherrschen, das technische Niveau zu heben, die Pflege sowie Reparatur der Maschi-

die Kriegstaktik anzuleiten, aber die Masse der Arbeit wird von den Massen gemacht.

lich wichtige Einrichtungen in Fort Victoria und auch in Bulawayo, was alle großen Städte abdeckt.

*Gen. Tongogara:* Während der vergangenen drei, vier Jahre operierten wir in kleinen Einheiten, wie gesagt. Wir haben zum Schlag ausgeholt und uns dann zurückgezogen. Jetzt kämpfen wir in größeren Einheiten, greifen an

*KVZ:* ,,Die Stützpunkte der Siedler, namentlich die Städte und Ortschaften müssen 1979 noch größere Angriffsziele werden, als sie es 1978 schon waren.

*KVZ:* Vielen Dank, Genosse Tongogara.

*Gen. Tongogara:* Herzlichen Dank.




das Analphabetentum zu machen. Bei einer Veranstaltung zur Inbetriebnahme der Druckausrüstung sagte Genosse Tongogara: ,,Die Grundlage für den Sieg ist der bewaffnete Kampf. Es ist aber auch wichtig, auf der Ebene der Propaganda Fortschritte zu machen, um den Feind auch dort zu bekämpfen. Eine Entscheidung zu treffen, was wichtiger ist: der bewaffnete Kampf oder die Propaganda, ist sehr schwierig. Denn der bewaffnete Kampf kann besser geführt werden, wenn die Propaganda gut ist.'' So wird als eine der nächsten Aufgaben eine Broschüre zur militärischen Ausbildung erstellt werden.



Die Maschinen wurden schon vor Sammlungsende beschafft und Ende April nach Maputo geflogen (siehe KVZ 18/79). Die Ausrüstung besteht aus: einer Automatikkamera A2; Kontaktkopiergerät A1; Entwicklungseinheit aus 4 Becken mit Temperaturregelung und Filmtrocknung; Plattenkopierer A1, Plattenentwicklerbecken A2; 5 Leuchttische; Fotosatzgerät, zwei Redactron; Bogenoffsetdruckmaschine A2; Rollenoffsetdruckmaschine A2; Falzmaschine A2 auf A6; Sammelhefter; Schneidemaschine; 12 Tische, 15 Stühle, Elektroisolationsmaterial für die Druckerei, Zubehörmaterial und eine komplette Reparaturwerkstatt für Elektro-, Elektronik- und mechanische Arbeiten einschließlich Elek-troschweißgerät.

Der Aufbau dieser Maschinen und die Ausbildung der Genossen der ZANU an diesen Geräten wurde von 5 Genossen des KBW geleitet, und die komplette Satz- und Druckeinrichtung ist jetzt voll in Betrieb genommen. Für den Kampf der Volksmassen Zimbab-

Fertiggestellt wurden bisher nebenstehendes Plakat sowie ein Plakat und ein Heft zur Bedienung des Redactrons und des Fotosatzgerätes. Ein Buch vom ersten Tag der Frau wurde gebunden, und mit der Produktion von ,,Zimbabwe News'' begonnen. Durch die Ausbildung von weiteren Genossen der ZANLA in Satz, Repro-Kopie, Druck und Weiterverarbeitung und die Ausbildung in der Beherrschung der Reparaturwerkstatt sowie dem relativ schnellen Aufbau der Druckerei ist es möglich gewesen, daß drei Genossen des KBW zurückkehren konnten. Die ZANU-Genossen lernen mit Begeisterung, die Maschinerie zu beherrschen, das technische Niveau zu heben, die Pflege sowie Reparatur der Maschi-nen. Sind diese Fähigkeiten herausgebildet, kehren auch die anderen Genossen zurück. So hebt die ZANU die Abhängigkeit von fremden Druckorten und technischer Hilfe auf und stärkt die Selbständigkeit, entsprechend ihrem Leitsatz ,,Wir sind unsere eigenen Befreier''.

## Imperialisten bauen neue ,,Alternative'' in Zimbabwe auf

*z.hef.* Anfang Juni war James Chikerema, der bisherige Stellvertreter Muzorewas, als Gast des britischen Monopols Lonrho eine Woche in London. Kurz nach seiner Rückkehr gab er bekannt, er und weitere sieben Abgeordnete hätten die Partei Muzorewas verlassen und die ,,Zimbabwe Democratic Party'' gegründet, die Demokratische Partei Zimbabwes. Lonrho mußte wenige Tage danach erklären, ,,es liegt keinerlei Wahrheit in den Behauptungen, wir hätten Mr. Chikerema finanzielle Unterstützung angeboten''. Am 22. Juni teilten weitere fünf Abgeordnete Muzorewas – unter ihnen ein Minister – mit, auch sie würden sich nach der Parlamentseröffnung in dieser Woche Chikerema anschließen.

Lonrho's Vorsitzender Rowland, der selbst in den fünfziger Jahren als ,,Geschäftsmann'' in Rhodesien wirkte, versucht seit Jahren erfolglos, seinen Beitrag zur Spaltung der Patriotischen Front zu leisten und Joshua Nkomo zur Annahme eines ,,Kompromisses'' zu bewegen. Jetzt haben sich die britischen Imperialisten Chikerema für neue Spaltungsmanöver in dieser Richtung gekauft. Er war von seinem Verrat lange Jahre führend in der ZAPU, das macht sich gut für die ,,fortschrittliche Alternative'' zu Muzorewa. Die britischen Imperialisten nutzen ihre Firmen und Banken in der Kolonie. Chikerema z.B., obwohl erst 1977 nach Salisbury zurückgekehrt, besaß nach kurzer Zeit eine große Farm, wie auch die anderen käuflichen Gestalten in der ,,inneren Lösung''. Sie sind allesamt verschuldet. (Die britische Barclays Bank International ist immer noch die größte in Rhodesien operierende Bank, und einer der Direktoren von Barclays Bank International, Lord Carrington, ist gegenwärtig britischer Außenminister).

Muzorewa bestreitet Chikerema das Recht, im Parlament zu sitzen, weil er auf der Liste seiner Partei ,,gewählt'' worden sei. Die erste ,,Verfassungskrise'' in Salisbury, noch bevor das Parlament der inneren Lösung ein Mal zusammentrat, spiegelt die Manöver der US- und britischen Imperialisten wider, mit der sie die ,,innere Lösung'' vor dem Bankrott retten und sich einen möglichst großen Anteil an der Ausplünderung Zimbabwes sichern wollen. Muzorewa ist der Mann der US-Monopole. Nicht umsonst hat ihn die methodistische Kirche, die der US-Bourgeoisie gehört, zum ersten schwarzen methodistischen Bischof gemacht. Muzorewa wird in der zweiten Juliwoche in die USA reisen, um Carter direkt Bericht zu erstatten. Im Moment dirigieren die US-Imperialisten ihn und Smith vor allem über ihre Botschaft in Südafrika und das dortige Siedlerregime. Sein erster Staatsbesuch führte Muzorewa am 18. Juni nach Pretoria. ,,Obwohl die südafrikanische Botschaft in Salisbury enge Kontakte mit Muzorewa hat, wollte Botha eine Einschätzung aus erster Hand'', berichtete der britische Guardian. Dabei verhandelten sie auch über den verstärkten Einsatz südafrikanischer Truppen. Am 13. Juni hat der US-Senat die Aufhebung der UN-Sanktionen beschlossen. Carter lehnt das ab, er will sich Manövrierraum offenhalten. Sowieso haben sich die USA nie an die Sanktionen gehalten.

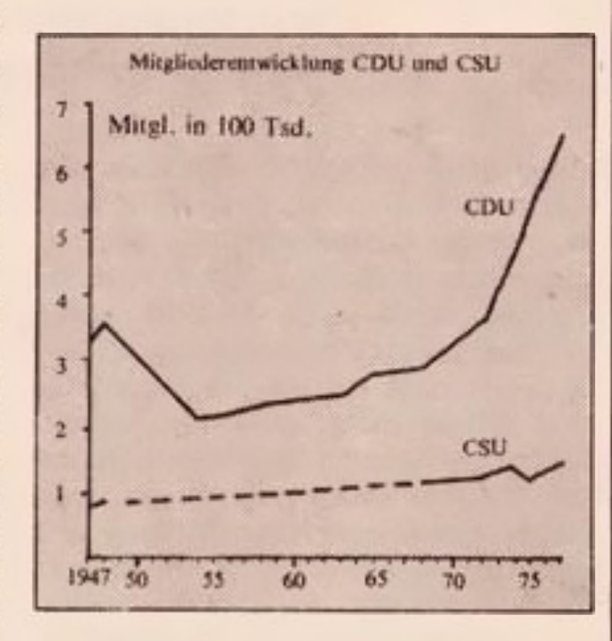


Zwei Genossen der ZANLA sind in der Bedienung der Druckmaschine und der Weiterverarbeitung ausgebildet. Mit der Ausbildung von fünf weiteren Genossen wurde sofort begonnen. Vier Genossen haben selbständig das erste Buch gebunden und die Halterungen und Schablonen dafür gebaut. Um die Reparaturen eigenständig ausführen zu können, werden die Genossen in Elektronikreparatur (siehe Bild Mitte) und in Schweißkursen ausgebildet. Die Tische für die Reparaturwerkstatt, die Druckerei und die Repro sowie die Regale sind von den Genossen der ZANU erstellt worden. Alle Genossen der Abteilung für Information und Öffentlichkeitsarbeit lernen in Schreibmaschinenkursen Zehnfingerschreiben.

*z.maf.* **Der Parteirat der SPD hat jüngst erkannt, daß die Partei „links" was braucht.** Gode Japs berichtet im „Vorwärts", wie diese Linke auszusehen hätte. „Die Europaparlamentarierin Beate Weber artikulierte die einhellige Meinung des Parteirates, als sie forderte: „Wir brauchen mehr Offenheit und Ursprünglichkeit". – Dies wird freilich Schwierigkeiten machen, die Heuchelei der führenden Sozialdemokraten ist ja nicht gekünstelt, wenngleich unbestreitbar abstoßend. „Mit großer Ernsthaftigkeit wurde über Chancen und Möglichkeiten diskutiert, wie man eine junge Generation, die von Zukunftsängsten geplagt wird, wie man ‚Grüne' und ‚Alternative' wieder für die Sozialdemokratie gewinnen kann." Willy Brandt weiß wie: „Die SPD müsse aufpassen, so ihr Vorsitzender Willy Brandt, daß sie nicht nur dialogfähig bleibt. Vielmehr sei es erforderlich, auch Möglichkeiten der Entfaltung für Minderheiten zu bieten." Daß sich die Kräfte, um die es geht, entschärfen lassen, meint Heinz Rapp von der Grundwertekommission. Er „registrierte eine völlige Abwendung der Jugend von allem Institutionellen, warnte jedoch davor, von einer Gegengesellschaft zu sprechen. Vielmehr sei bei der jungen Generation der Wunsch nach starkem Engagement zu spüren." Zum Verfahren Bruno Friedrich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: Den „jungen Leuten" „müsse man das Empfinden geben, daß das moralische Engagement ein politisches Ziel haben könne. Die SPD dürfe neue gesellschaftliche Ströme nicht ignorieren, sie müsse sich vielmehr auf die ‚Verantwortungsethik' gegenüber der kommenden Generation konzentrieren." Dohnany, der schon alles versucht hat, warnt vor übertriebenen Hoffnungen: er „warnte davor, als ‚Medizinmänner' aufzutreten: ‚Aber wir müssen den wachsenden Ängsten zunehmend isolierter Menschen als Partei begegnen'. Die SPD müsse ‚problemnah, verständlich und wahrhaftig' sein." Diesen Denkanstoß wälzte Willy Brandt weiter:„ Es wird zu einem sich steigernden oder verschärfenden Problem für Parteien unserer Art, *wie* sie erklären, *weshalb* man welche Entscheidungen gefällt (oder Weichen gestellt) hat und *wohin* dies führen soll." Das hat er klar erkannt. Die Konsequenz, gezogen von Erich Meinecke und Jürgen Büssow: „Für Erich Meinecke wird eine Parteiarbeit zu sehr unter dem Gesichtspunkt von Regierungsarbeit eingeordnet, und der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jürgen Büssow sieht die Partei zu sehr in die ‚Zuschauerrolle' gedrängt." Abstand tut not. Wie weit wird der Abstand reichen, den die „SPD-Parteilinke", vom Parteirat gekreißt, zur Regierung nehmen wird? Hennig Scherf schon Wochen vorher: „Ich sehe überhaupt keine Alternative zu diesem Kanzler und seiner Regierungskompetenz." Viel Platz ist nicht, um so grandioser wird der Schwulst werden. Im Dezember ist Parteitag.

vielmehr auf die ‚Verantwortungsethik' gegenüber der kommenden Generation konzentrieren." Dohnany, der schon alles versucht hat, warnt vor übertriebenen Hoffnungen: er „warnte davor, als ‚Medizinmänner' aufzutreten: ‚Aber wir müssen den wachsenden Ängsten zunehmend isolierter Menschen als Partei begegnen'. Die SPD müsse ‚problemnah, verständlich und wahrhaftig' sein." Diesen Denkanstoß wälzte Willy Brandt weiter:„ Es wird zu einem sich steigernden oder verschärfenden Problem für Parteien unserer Art, *wie* sie erklären, *weshalb* man welche Entscheidungen gefällt (oder Weichen gestellt) hat und *wohin* dies führen soll." Das hat er klar erkannt. Die Konsequenz, gezogen von Erich Meinecke und Jürgen Büssow: „Für Erich Meinecke wird eine Parteiarbeit zu sehr unter dem Gesichtspunkt von Regierungsarbeit eingeordnet, und der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jürgen Büssow sieht die Partei zu sehr in die ‚Zuschauerrolle' gedrängt." Abstand tut not. Wie weit wird der Abstand reichen, den die „SPD-Parteilinke", vom Parteirat gekreißt, zur Regierung nehmen wird? Hennig Scherf schon Wochen vorher: „Ich sehe überhaupt keine Alternative zu diesem Kanzler und seiner Regierungskompetenz." Viel Platz ist nicht, um so grandioser wird der Schwulst werden. Im Dezember ist Parteitag.

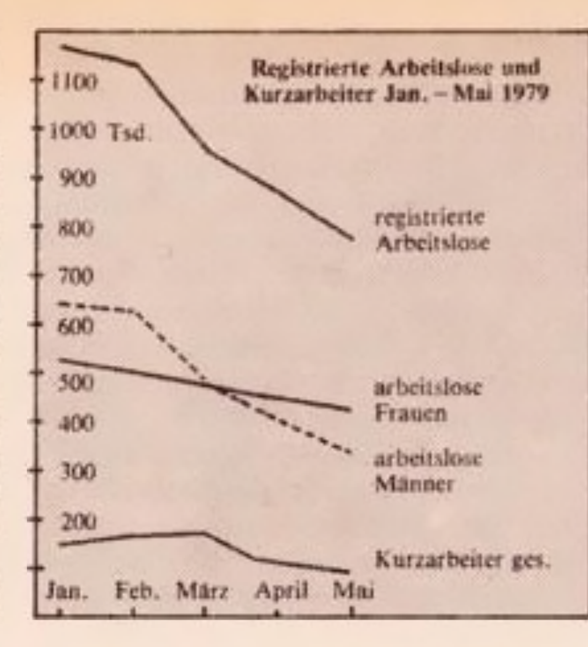
*z.joh.* **In seiner neuesten Ausgabe veröffentlicht das IGM-Organ „Metall" ein Arbeitspapier der CSU, das die Möglichkeiten zur Spaltung der Einheitsgewerkschaften untersucht.** Als Alternativen werden genannt: „Unterwanderung" der DGB-Gewerkschaften, offene Fraktionsbildung, Aktivierung der christlichen gelben Gewerkschaften (CGB), Gründung eigener Richtungsgewerkschaften, Schaffung von Staatsgewerkschaften. Die Möglichkeiten der „Unterwanderung" schätzt der CSU-General Stoiber so ein: „... das Konzept ist unrealistisch, weil es nicht genügend organisationswillige konservative Arbeitnehmer gibt, die dazu bereit sind ...". Ende 1977 waren nur 11% der CDU-Mitglie-



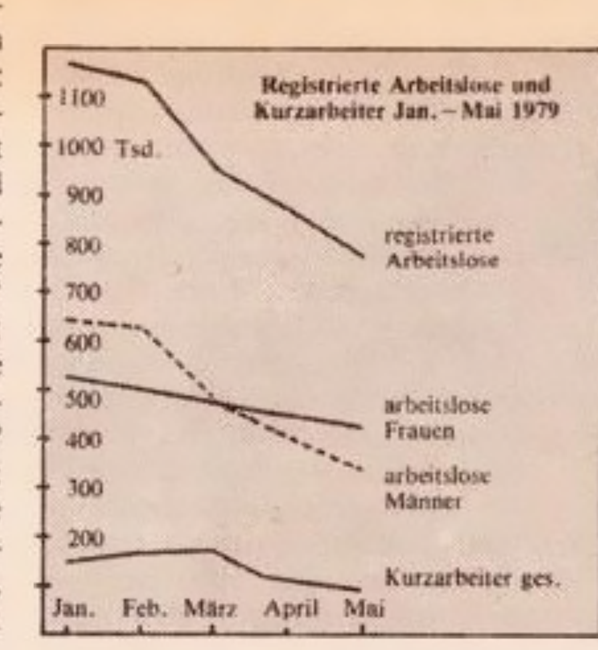

der Arbeiter (dagegen 28% der ca. 1 Million SPD-Mitglieder). Die DGB-Gewerkschaften haben über 7,6 Millionen Mitglieder und sind mit der zunehmenden Kampftätigkeit der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren ständig gewachsen. Die Reaktion muß ihre Basis für die Bundestagswahl '80 verbreitern. Für am aussichtsreichsten hält die CSU die Aktivierung der gelben Gewerkschaften (CGB etwa 250000 Mitglieder), um mit der Spaltung der Arbeiterklasse voranzukommen.

menden Kampftätigkeit der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren ständig gewachsen. Die Reaktion muß ihre Basis für die Bundestagswahl '80 verbreitern. Für am aussichtsreichsten hält die CSU die Aktivierung der gelben Gewerkschaften (CGB etwa 250000 Mitglieder), um mit der Spaltung der Arbeiterklasse voranzukommen.

*z.hev.* **Die Arbeitsämter schleusten im Mai 200200 Lohnabhängige auf neue Stellen,** wie die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Bericht über „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt" bekanntgab.




*z.hev.* **Die Arbeitsämter schleusten im Mai 200200 Lohnabhängige auf neue Stellen,** wie die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Bericht über „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt" bekanntgab.




Das sind 14,5% mehr als im Mai 1978. Von April bis Mai ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 100000 auf 775000 zurückgegangen. Der Monatsbericht des Wirtschaftsministeriums leitet daraus verhaltenen Jubel ab, verhalten deshalb, weil gleichzeitig die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe um 3½% zurückgegangen sind und in den übrigen Wirtschaftsbereichen ebenfalls Rückgang oder nur leichte Besserung die Lage kennzeichneten. Nahezu überhaupt keine Chance, einen Ausbeuter zu finden, haben derzeit die über 59jährigen. Innerhalb eines Monats wurden weitere 1000 arbeitslos, insgesamt sind es jetzt 58600. Ähnlich bei den Schwerbehinderten, wo nur aufgrund des Sonderprogramms für die Kapitalisten praktisch kostenfrei in einem Monat 1700 untergebracht wurden – trotzdem sind 14% mehr arbeitslos als im Vorjahresmonat. Nach den zahlreichen Kapitalspritzen des Hauckministeriums für die Haus- und Grundbesitzer ist ein Bauboom in Gang gekommen, der in vier Wochen 10000 Bauarbeiter eingesogen hat. Bei den Metall- und Elektroberufen ist der Rückgang der Arbeitslosenzahlen ebenfalls überdurchschnittlich, bei den Warenkaufleuten, den Büro- und Verwaltungsberufen relativ gering. Die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe hat sich von 2600 auf 1900 verringert, aber viele Kurzarbeiter gibt es noch in den Branchen Elektrotechnik, Textil/Bekleidung, Maschinen- und Schiffbau. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ist allerdings erheblich höher, bezieht man die „stille Reserve" mit ein, nämlich rund 1,8 Millionen (s. KVZ 24).

*z.jöd.* **Für den 14. Oktober rufen Bürgerinitiativen zu einer Demonstration nach Bonn gegen das „Atomprogramm" der Bundesregierung auf.** Diese Entscheidung ist auf einer Arbeitskonferenz am 23./24. in Bonn gefällt worden. Ist die Demonstration ein richtiger Schritt gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und eine Zusammenfassung des Kampfs gegen die einzelnen Kernkraftwerke und ein Konzentrationspunkt gegen die Politik der Regierung, so ist die politische Einigung auf diesem Arbeitstreffen nicht angestrebt worden, weil der Vorschlag nach einem Bundesarbeitskongreß *aller* Bürgerinitiativen nicht beschlossen wurde. Im verabschiedeten Aufruf ist zwar auf der einen Seite der Angriff auf die Bundesregierung beinhaltet, auf der anderen Seite sind aber falsche Positionen, die wiederum eher eine Aktionseinheit mit der Regierung ermöglichen. So wird der „Ausbau von Alternativenergien" gefordert. Statt für Atomkraftwerke sollen die „Gelder für Arbeitsplätze ausgegeben" werden. Der Kampf gegen die Atomanlagen soll nicht nur gegen die in Westdeutschland gerichtet sein, sondern „international" gegen „Atomanlagen, wo immer sie gebaut und betrieben" werden. Der Aufruf wirkt eher bundesregierungsfreundlich, neue Aspekte für die Energiepolitik der Regierung. Eine einheitliche Beschlußfassung über eine Demonstration gegen die Bundesregierung und ein richtiger Aufruf kann nur der Weg über eine Bundesarbeitskonferenz sein, auf die alle Bürgerinitiativen Vertreter entsenden.

# Sozialpläne – Mittel zur Optimierung der Produktion, Sondierung der Belegschaft

*r.hej.* Ein Sozialplan wird zwischen den Kapitalisten und dem Betriebsrat nach § 112 Betriebsverfassungsgesetz vereinbart als „Interessensausgleich" bei Betriebsstillegung und Rationalisierung, um „bei allen von diesen Maßnahmen betroffenen Belegschaftsmitgliedern soziale Härten zu vermeiden." Einerseits soll der Sozialplan einen „Ausgleich oder die Minderung der wirtschaftlichen Nachteile" für die Arbeiter und Angestellten beinhalten, andererseits ist auf die „wirtschaftliche Vertretbarkeit für das Unternehmen zu achten." Bei Klöckner Osnabrück hat der Betriebsrat vor drei Wochen einem Sozialplan – bestehend aus den Teilen I, II, III – zugestimmt.

Das „Selbsthilfeprogramm" der Klöckner-Kapitalisten zwecks „Ergebnisverbesserung" beinhaltet die Stillegung der Stahlgießereibetriebe und Strukturmaßnahmen in den „nichtproduktiven" Betrieben. Die Belegschaft soll um 600 auf 2800 Mann reduziert werden. Durch die Sozialpläne sollen unter „Vermeidung sozialer Härten" die Entlassungen durchgesetzt werden. Nach dem Sozialplan Teil I werden Arbeiter und Angestellte mit 59 bzw. 58 Jahren nach einem Jahr Arbeitslosigkeit vorzeitig in Rente geschickt. Nach dem Teil III wird vorzeitig in Rente mit 58 bzw. 57 Jahren geschickt, wer Erwerbsunfähigkeitsrente bekommt. Der Teil II trifft zu, wenn die 59 Jahre nicht erreicht sind und man von den Kapitalisten entlassen wird. Gezahlt wird dann eine Abfindung, berechnet nach dem Nettoverdienst und den Jahren der Betriebszugehörigkeit. Nach Teil I und III zahlen die Kapitalisten eine Überbrückungshilfe während der Arbeitslosigkeit von einem Jahr in Höhe des Nettoverdienstes unter Anrechnung der Arbeitslosenhilfe/geld. Danach wird eine „Ausgleichszahlung" nach Verdienst auf die Rente zusätzlich gezahlt, für die entgangenen Versicherungsjahre bis zum 65. Lebensjahr. Regelungen über Zahlung von Jubiläumsgeldern, dem Weihnachtsgeld und der Werksrente, sowie eine Regelung über Werkswohnungen usw. sind enthalten.

In zahlreichen Kämpfen hat die Arbeiterklasse Schutzrechte bei Kündigungen und Umbesetzungen durchgesetzt. Manteltarifvertrag, Schwerbeschädigtengesetz und Kündigungsschutzgesetz bilden gewisse Schranken, die in der Produktion ruinierte Arbeitskraft zu entfernen. Der Sozialplan I reißt diese Schranken ein. Die Kapitalisten haben sich damit ein Mittel geschaffen, die Arbeitskraft, die für ihre Profitproduktion nicht mehr taugt, reibungslos zu entlassen, ohne groß zu zahlen. Arbeitslosen- und Rentenversicherungsgelder werden vorzeitig geraubt.

Zahlen die Klöckner-Kapitalisten im Werk Osnabrück durchschnittlich im Jahr 45000 DM pro Belegschaftsmitglied an Personalkosten, so kann man errechnen, was sie an Lohn- und Versicherungsgeldern in den 4-5 Jahren bis zum 63ten Lebensjahr des Arbeiters einsparen, wenn stattdessen nur etwas Überbrückung und Ausgleich gezahlt wird. Über 170 werden bis zum nächsten Jahr über Sozialplan Teil I und III entlassen. Profitlich ist der Sozialplan allemal, winkt doch eine Bezuschussung von der EG-Stahlkommission und werden die verbleibenden Arbeiter um so schärfer ausgebeutet, denn die Tonnen steigen.

Der Teil II des Sozialplans drückt vor allem die jüngeren Arbeiter raus, weil sie kaum Schutz vor Kündigungen haben und die Kapitalisten auch noch niedrige Abfindungen zahlen müssen. Kündigt der Arbeiter, weil ihm die Ausbeutungsbedingungen stinken und sich was anderes sucht, wird jetzt keine Abfindung gezahlt. Z.B erhalten die Schlosser, obwohl sie umbesetzt werden sollen und sie nicht wollen, bei Kündigung keine Abfindung mit der Begründung: „Es sind noch genug Arbeitsplätze für Schlosser da." Ver- und Umbesetzungen nutzen die Kapitalisten, um die Arbeiter in verschärfte Ausbeutung und Schichtarbeit zu pressen und das Lohnniveau zu senken. Kein „Altersheim" darf entstehen, was dann schneller geschlossen werden könnte als eine „Jugendherberge" fordert IG-Metall E. Weber. Sollen die jüngeren Arbeiter den Kapitalisten schrankenlose Ausbeutung zugestehen, damit sie noch eher verschlissen werden, damit die Klöckner-Kapitalisten hohe Extraprofite erzielen können? Die älteren billig abschieben auf dem anderen Ende, so soll der Sozialplan wirken.

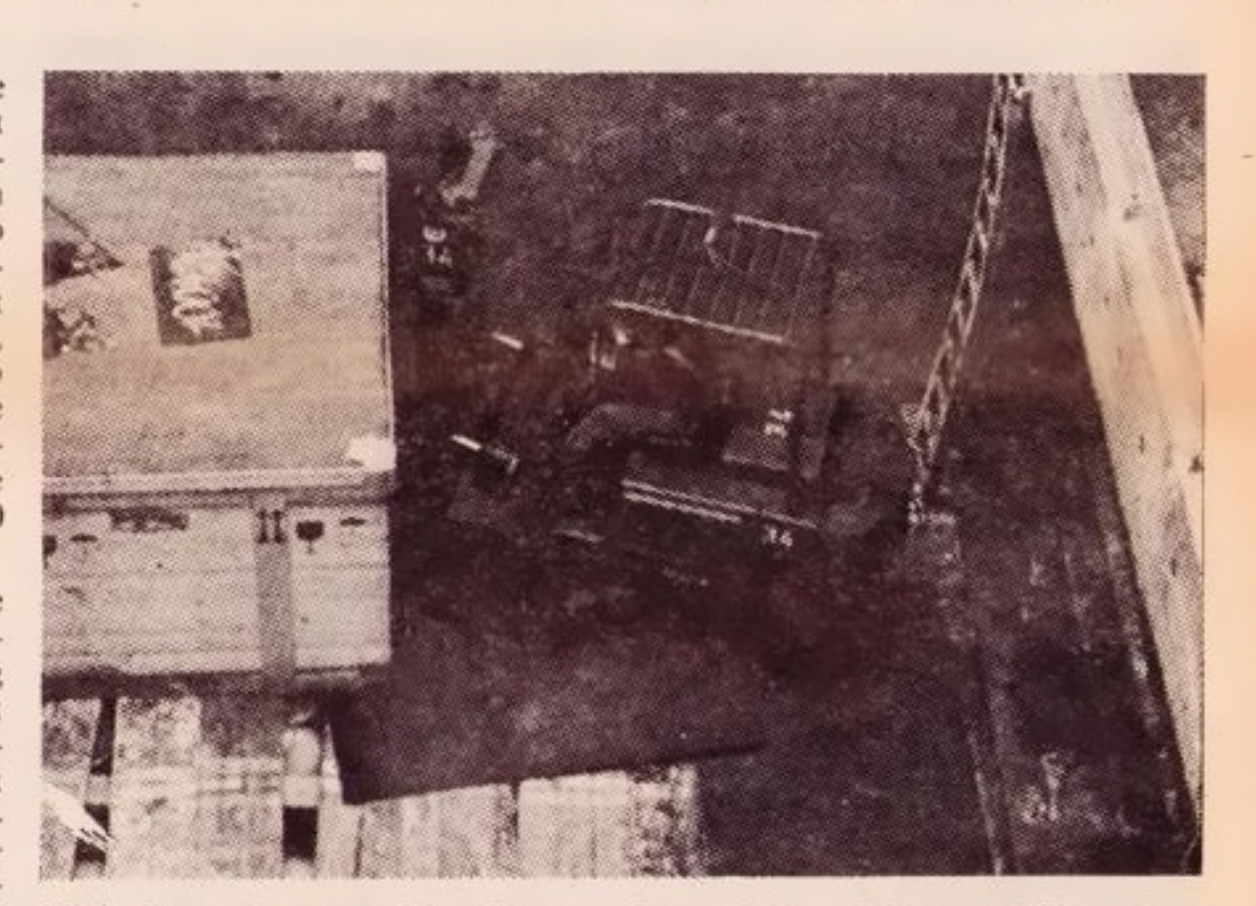
die 59 Jahre nicht erreicht sind und man von den Kapitalisten entlassen wird. Gezahlt wird dann eine Abfin-
errechnen, was sie an Lohn- und Versicherungsgeldern in den 4-5 Jahren bis zum 63ten Lebensjahr des Arbeiters
nen? Die älteren billig abschieben auf dem anderen Ende, so soll der Sozialplan wirken.

# Die Forderungen der Hafenarbeiter zum Rahmentarif

*r.obj.* Am 22. Juni hat der neugewählte Vertrauensleutekörper und Betriebsrat der Stauerei Tiedemann der ÖTV-Abteilung Seehäfen seine Forderungen zum RTV mitgeteilt. Kernpunkt: Abschaffung der Samstagsarbeit bei vollem Lohnausgleich, die dritte Schicht als Pflichtschicht ganz abzuschaffen, Durchsetzung von 6 Wochen Urlaub innerhalb der nächsten 3 Jahre für alle Hafenarbeiter und für die über 45- bzw. 50jährigen noch jeweils 2 Tage mehr, Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre.

In der Stellungnahme sind die grundsätzlichen Interessen der Kapitalisten klar erkannt. In der Begründung zur Abschaffung der 3. Schicht heißt es: „Da die Argumente der Unternehmer hierzu lediglich ökonomischer Art sein können, während unsere Argumente und die aller wissenschaftlicher Untersuchungen arbeitsmedizinischer Natur sind, und die sollten für uns Vorrang haben."

Über die Stellungnahme wurde im neuen Vertrauensleutekörper ausführ-



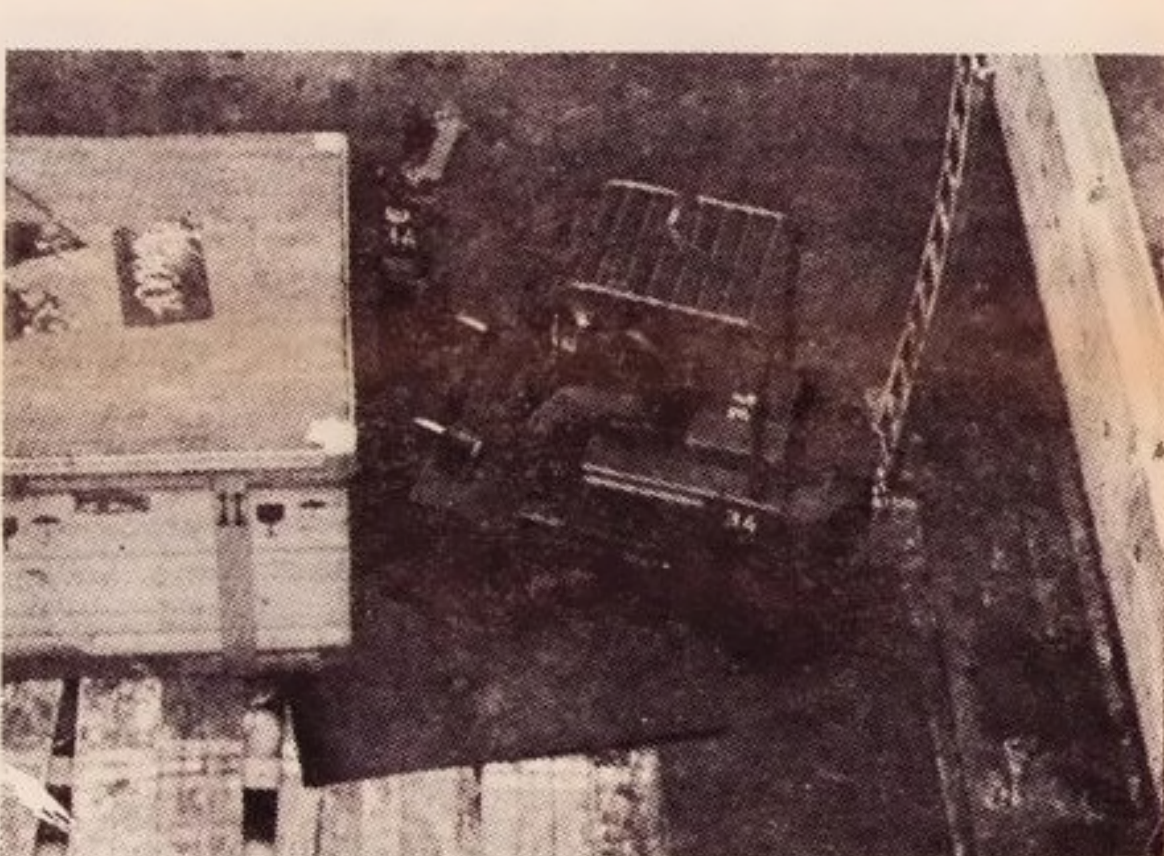
Mit heftigen aber gut gezielten Rammstößen muß dieser Schwergutkolli an seinen Platz im Schiff. Für den Mulifahrer jedesmal ein kleiner „Auffahrunfall". Dabei darf er nur mit ausgelegten Blechen fahren, will er nicht in hölzernen Lukendeckel einbrechen. Die Dieselabgase ziehen in der Luke ganz schlecht ab und verursachen Kopfschmerzen und Übelkeit.

# Die Forderungen der Hafenarbeiter zum Rahmentarif

*r.obj.* Am 22. Juni hat der neugewählte Vertrauensleutekörper und Betriebsrat der Stauerei Tiedemann der ÖTV-Abteilung Seehäfen seine Forderungen zum RTV mitgeteilt. Kernpunkt: Abschaffung der Samstagsarbeit bei vollem Lohnausgleich, die dritte Schicht als Pflichtschicht ganz abzuschaffen, Durchsetzung von 6 Wochen Urlaub innerhalb der nächsten 3 Jahre für alle Hafenarbeiter und für die über 45- bzw. 50jährigen noch jeweils 2 Tage mehr, Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre.

In der Stellungnahme sind die grundsätzlichen Interessen der Kapitalisten klar erkannt. In der Begründung zur Abschaffung der 3. Schicht heißt es: „Da die Argumente der Unternehmer hierzu lediglich ökonomischer Art sein können, während unsere Argumente und die aller wissenschaftlicher Untersuchungen arbeitsmedizinischer Natur sind, und die sollten für uns Vorrang haben."

Über die Stellungnahme wurde im neuen Vertrauensleutekörper ausführ-



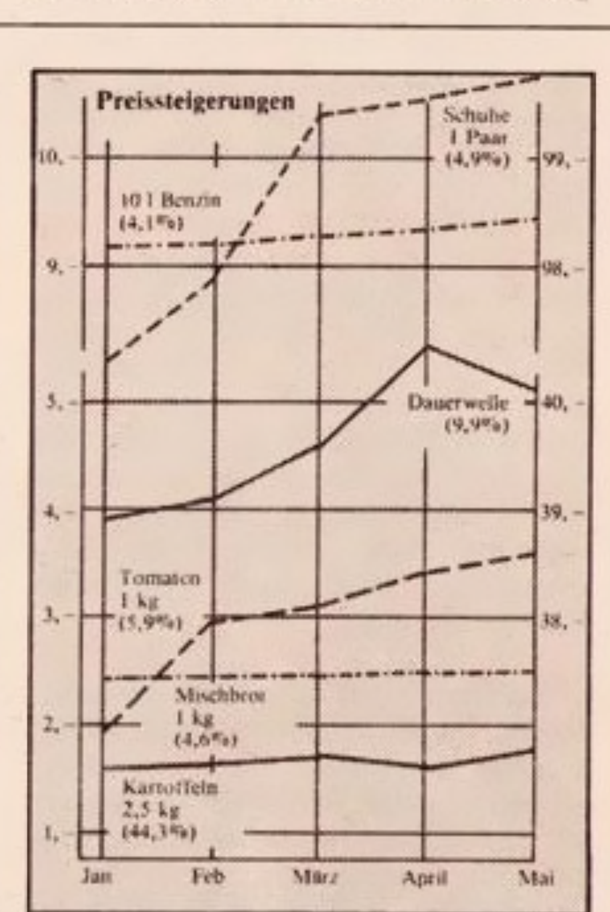
Mit heftigen aber gut gezielten Rammstößen muß dieser Schwergutkolli an seinen Platz im Schiff. Für den Mulifahrer jedesmal ein kleiner „Auffahrunfall". Dabei darf er nur mit ausgelegten Blechen fahren, will er nicht in hölzernen Lukendeckel einbrechen. Die Dieselabgase ziehen in der Luke ganz schlecht ab und verursachen Kopfschmerzen und Übelkeit.

lich diskutiert. Besonders zu der Forderung nach Abschaffung der 3. Schicht gab es vielfältige Einwände. Doch letztlich wurde darüber Einigkeit erzielt. Können sich die die Vertrauensleute stützen auf einen tagtäglichen Kampf gegen die Pensumtreiberei, die Wochenendarbeit und die Einteilung zur 3. Schicht. Der Vertrauensleutekörper des Gesamthafenbetriebs Hamburg hält die Verkürzung der Arbeitszeit für unbedingt erforderlich, will sich aber auf die Verkürzung der Jahresarbeitszeit beschränken, weil der freie Samstag jetzt nicht durchzusetzen sei. Doch auf der Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebs am 27. Juni erhielt der Betriebsratsvorsitzende Otto Böttcher großen Beifall, als er am Schluß des Geschäftsberichts auf die großen Kämpfe um Lohn und um Arbeitsbedingungen am Ende des Jahres hinwies und aufforderte, daß wir gemeinsam fordern, gemeinsam kämpfen und dann auch gemeinsam siegen können. Dies beweist deutlich die Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter. Die Vorstellungen der Betriebsratsfraktion „Alternative" bei der HHLA entsprechen im wesentlichen den Forderungen von Tiedemann. Auch die DKP unterstützt den Beschluß.

Ende Juli/Anfang August wird die Bundestarifkommission der ÖTV über den endgültigen Vorschlag abstimmen. Der demnächst erscheinende Jahresbericht des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg wird noch deutlicher machen, daß nur mit Abschaffung des Pflichtsamstags und der dritten Schicht der weiteren Verschärfung der Ausbeutung Grenzen gesetzt werden kann.

*z.sog.* **In NRW war das Verkehrsaufkommen am ersten wie auch am zweiten Ferienwochenende geringer als an den vergleichbaren Wochenenden 1978.** Donnerstag, der 21.6., der erste Ferientag, hat „sich auf den Autobahnen noch nicht ausgewirkt"(ZDF 21.6.79). Daß weniger in Urlaub fahren können, zeigte sich auch für Freitag, 22.6. in einem um 10,7%, für Samstag 3,5% und Sonntag 6,9% geringeren Verkehr. Die bürgerliche Presse prophezeite dann unverdrossen die Lawine für das folgende Wochenende. Insbesondere weil die Holländer und Franzosen hinzukämen. Freitag, 29.6. meldete um 19.00 Uhr die Nachrichtenzentrale des Innenministers NRW „Verkehrsberuhigung nach dem Berufsverkehr".

*z.diz.* **Das Schaubild zeigt die Preissteigerungen einiger Verbrauchsgüter der Arbeiterklasse allein seit Beginn des Jahres.** In Klammern die Steigerungen




von Mai 1978 bis Mai 1979: Alle höher als die amtlich für Juni verkündeten 4%. Und am 1. Juli steigt noch die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt. In der Metallindustrie, wo der letzte Abschluß aufs Jahr gerechnet 3,9% ausmachte, steht diesmal die Forderung 170 DM, mindestens 8% zur Diskussion. Man sieht, das ist keinesfalls viel. Es reicht gerade, um die ständigen Lohnsenkungen zu bremsen.

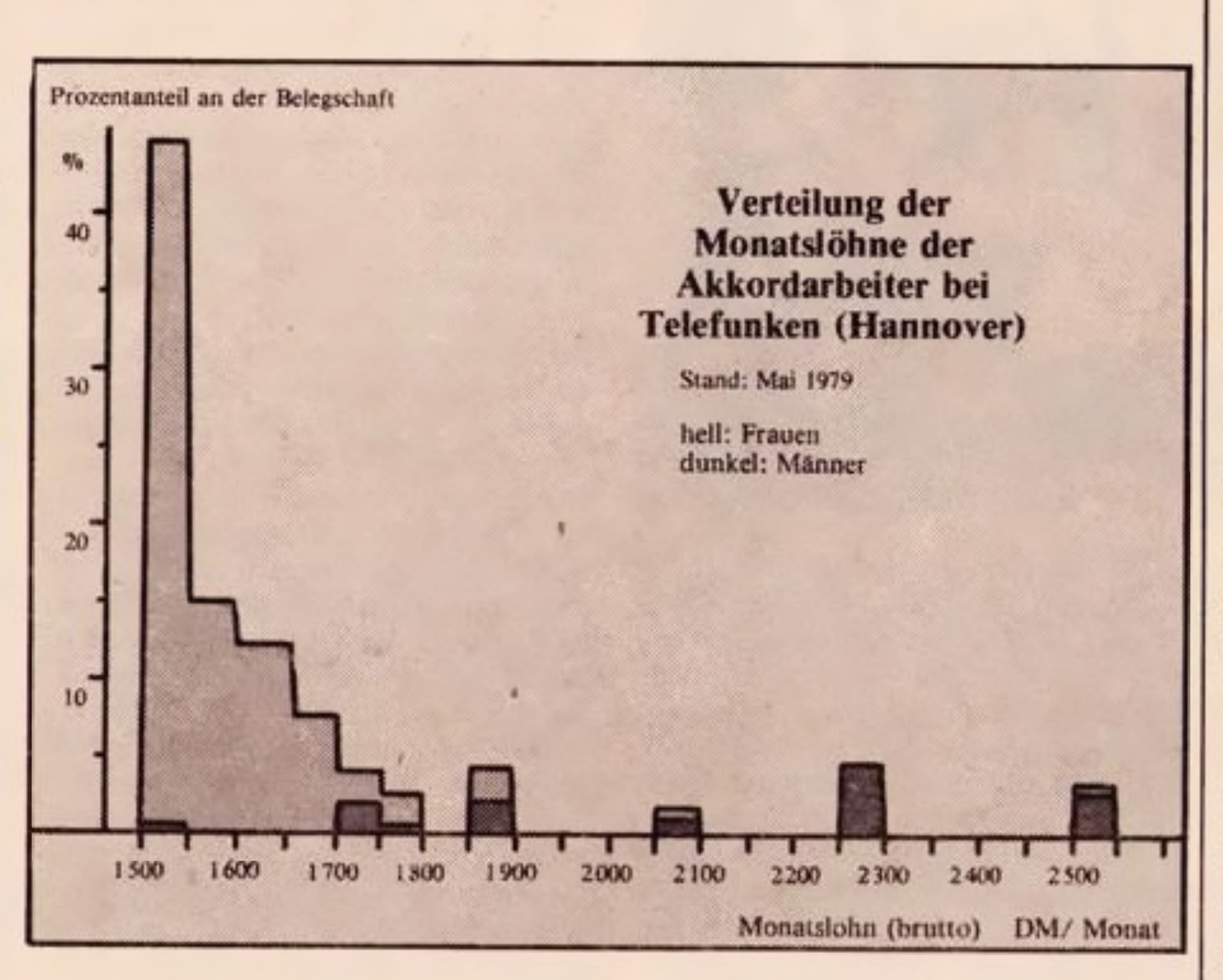
*z.tit.* **Ehrenberg hat „einer bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Rosenkränzen in Heimarbeit" zugestimmt.** Der Stücklohn für 12 einfach gekettete Rosenkränze bewegt sich zwischen 5,34 DM für die Ausführung „Sieben Schmerzen" mit „1x3 + 7x7 = 52 Perlen, 1 Zwischen- und 7 Mittelstücke" bis runter zur „Unbefleckten Empfängnis" mit „3x1 + 3x4 = 15 Perlen und ein Zwischenstück", für die 2,06 DM gezahlt werden. Für alle nicht gesondert festgelegten Rosenkranztypen wird ein Stundenlohn von 4,10 DM bei der Festset-

# Sanierungskonzept des AEG-Vorstandes: Belegschaftsabbau – Stillegungen – Kürzung der Betriebsrenten

*r.hae.* Seit 1974 hat AEG keine Dividende gezahlt. 1978 mußte erneut ein Verlustabschluß vorgelegt werden. Seit 1974 ist das Finanzkapital dabei, den AEG-Konzern zu sanieren. Während Siemens in heftigster Konkurrenz zu den US-amerikanischen Elektromonopolen neue Marktanteile eroberte, vor allem im Computergeschäft und bei elektronischen Bauelementen, hat AEG im Ausland Marktanteile verloren. Siemens beschäftigt mittlerweile gut 30% seiner „Mitarbeiter" im Ausland, AEG nur 19%. Der AEG-Vorstand will denn auch den Ausbau der Produktionsstätten im Ausland vorantreiben. Während Siemens seine Position auf dem Elektronik-Markt und das Kernkraftgeschäft ausbaut, soll AEG – nach den Plänen des Vorstandes – den Anlagenbau und die Nachrichtentechnik forcieren. Mit Ausnahme des Unternehmensbereichs (UB) Nachrichten und Verkehr sollen in allen UBs Entlassungen stattfinden. Bis 1981 sollen es jährlich 5% sein. Im UB Serienprodukte sollen 1162 (3,2%) entlassen werden, im UB Energietechnik 1249 (3,2%), im UB Konsumgüter 1704 (4%). Dagegen hat die Belegschaft verschiedene Kampfmaßnahmen durchgeführt, erst vor wenigen Tagen hat z.B. AEG-Kanis in Essen erneut gestreikt gegen Entlassungen. Die Bereiche, die auf lange Sicht nicht mehr konkurrenzfähig sind, wie z.B. Olympia, sollen verkauft oder stillgelegt werden. Der Vorstand teilte dem Gesamtbetriebsrat mit, daß auch die TFR Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH sofort verkauft würde, wenn es einen Käufer gebe.

Gestrafft werden soll die Industriemotorenproduktion. Der Vorstand ließ eine Studie über die Auslastung der Kapazitäten der fünf Motorenwerke anfertigen. Esslingen ist zu 84% ausgelastet, die Großmaschinenfabrik in Westberlin zu 65%, die Kleinmaschinenfabrik zu 51%, die Bahnfabrik zu 69% und die Lloyd-Dynamowerke in Bremen zu 70%. Jedoch soll vermutlich Esslingen geschlossen und die Produktion nach Westberlin verlagert werden.

Zur Finanzierung des Sanierungsprogramms will der Vorstand die Pensionsrückstellungen nutzen. Die Bezieher von Betriebsrenten seien zum Teil „zu 130% überversorgt". Die gesamte Rente (Sozial- und Betriebsrente) kann aber maximal 85% des höchsten Monatslohns der letzten drei Jahre vor der Verrentung betragen. Alles, was darüber hinaus geht, wird von der Betriebsrente abgezogen. Gegen den Plan der Kürzung der Betriebsrenten hat der GBR entschieden Stellung bezogen. GBR Rubke rief auf der Betriebsversammlung der Brunnenstraße dazu auf, sich für Kampfmaßnahmen bereit zu halten. Die Banken haben sich voll hinter das Sanierungskonzept gestellt, die Hauptversammlung vor zwei Wochen hat den Hauptvorstand mit 94% der Stimmen entlastet. Der Weg aus der Krise ist festgelegt. AEG soll flott gemacht werden für die weitgesteckten Ziele des Finanzkapitals.




Die Kapitalisten der Elektroindustrie können ein im Durchschnitt besonders niedriges Lohnniveau erzeugen, indem sie großenteils Frauen ausbeuten. Gleichzeitig ist die Kapitalzusammensetzung besonders niedrig. Beides ist Grundlage für hohe Profitraten.

### US-Trucker greifen Carters Notstandsmaßnahmen an

*z.pel.* 75000 selbstfahrende LKW-Besitzer (Trucker) streiken seit dem 21.6. in 36 US-Bundesstaaten gegen die Notstandsmaßnahmen der Carter-Regierung. Sie sperren Autobahnen und blockieren Benzinlager und Tankstellen. Mit der Verteuerung des Dieselbenzins von 63 auf 85 cts. pro Gallone (3,7 l) seit Anfang des Jahres hat die Finanzbourgeoisie die Benzinkosten für eine Fahrt von Küste zu Küste um 250 $ in die Höhe schnellen lassen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 55 Meilen (88 km/h) führt zu Verspätungen von bis zu zwölf Stunden. Häufig genug bleiben die Trucker dann auch noch auf ihrer Ladung sitzen. Knapp 500 Mrd. t Fracht sind 1976 in den USA per LKW befördert worden, 23,5% des Gesamtfrachtaufkommens. Rund zehn Großkapitalisten beherrschen heute 30% des Marktes, während Vieh und Frischprodukte jedoch noch zu über 80% von den Truckern, die in der Regel einen LKW besitzen, befördert werden. 800 tödliche Unfälle 1978, 30,4% der LKWs älter als neun Jahre, belegen den mörderischen Konkurrenzkampf. Mit dem Einsatz von Nationalgarde und FBI gegen die Streikenden stützt Carter den Angriff der Monopole. „Nicht nur die hohen Ölpreise müssen weg, auch die teuren Hamburger." Auf dieser Linie schließen sich die Trucker mit den Volksmassen zusammen. 2000 Menschen haben in Levitten, Pennsylvania, Trucker gegen Polizeiangriffe verteidigt.

# Südostasiatische Seeleute fordern nationale Heuerverträge

Ihre Gewerkschaften verlangen Anerkennung eines eigenen Regionalverbandes durch den ITWF

*z.mat.Sydney.* Delegierte der Gewerkschaften der Seeleute aus Singapur, Indien, Pakistan, Taiwan, Sri Lanka, Hongkong und Indonesien haben auf einem Treffen in Singapur vor mehreren Wochen beschlossen, vom Internationalen Transportarbeiterverband ITWF einen eigenen Regionalverband für Südostasien zu verlangen, der die Interessen der asiatischen Seeleute effektiver wahrnehmen soll. Der ITWF hat in der Vergangenheit zahlreiche Aktionen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Schiffen unter sogenannten Billigflaggen unterstützt. Mitglieder der ÖTV erinnern sich an die Berichte im ÖTV-Magazin über erfolgreiche Aktionen, mit denen die Reeder solcher Schiffe gezwungen wurden, Heuerverträge nach ITWF-Richtlinien abzuschließen.

Die südostasiatischen Gewerkschaften kritisieren jetzt die Politik des ITWF als nicht im Interesse ihrer Mitglieder. Einige ihrer Argumente sind nicht von der Hand zu weisen. Erstens, sagt Devan Nair, Gewerkschaftsführer in Singapur, ist die Folge der Einfüh-

Seeleute die Differenz zu ihrem ursprünglichen Lohn dem Reeder zurückzahlen müssen. Stattdessen, so die südostasiatischen Gewerkschaften, sollte der ITWF sie bei der Durchsetzung nationaler Heuerverträge unterstützen.

ITWF-Sekretär Harold Lewis hat eine Neustrukturierung des ITWF abgelehnt. Es gibt keine Alternative zum internationalen Zusammenschluß der Seeleute gegen die imperialistischen Reeder, führt er als Argument an. Damit hat er zweifellos Recht. Wodurch entstehen aber dann die Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Abteilungen des Proletariats? Dadurch, daß die Sozialdemokratie, die die Führung des ITWF und ihrer europäischen Mitgliedsgewerkschaften inne hat, den Internationalismus der Seeleute sozialchauvinistisch nutzt. Wie sonst ist es zu erklären, daß nur 5% der „Wohlfahrtsabgaben", die der ITWF von Billigflaggenreedereien unter den Bedingungen der ITWF-Verträge erhält, in Ländern der Dritten Welt verwendet werden, 95% dagegen in den imperiali-

ITWF sich für diese Resolution, die mit 81 gegen 22 Stimmen angenommen wurde, ausgesprochen hat. Ihre Durchsetzung und der Kampf für nationale Heuerverträge sind aber der einzige Weg, den Imperialisten besseren Lohn für die Seeleute aller Länder abzuzwingen. Das erfordert mehr als den Boykott einiger Billigflaggenschiffe. Es erfordert Kampf gegen die imperialistischen Regierungen, die in Manila einhellig erklärt haben, die Resolution sei nicht bindend und ihre Durchführung sei „wirtschaftlicher Selbstmord".

Ist jede Aktion zur Durchsetzung von ITWF-Heuerverträgen auf asiatischen Schiffen damit gegen die Interessen der asiatischen Seeleute gerichtet? Sicherlich nicht. Sie kann eine wirkungsvolle Hilfe sein für den Kampf der südostasiatischen Gewerkschaften um bessere nationale Verträge. Ohne gleichzeitigen Kampf gegen die imperialistischen Regierungen muß sie aber zwangsweise zu Sozialchauvinismus entarten. Die Bundesregierung muß die Resolution der UNCTAD anerkennen: Diese Forderung wird sich die ÖTV zu eigen machen müssen, wenn mit dem Sozialchauvinismus gebrochen werden soll.

Singapur, eines der Billigflaggenländer, hat die Registrierung fremder Schiffe jetzt auf Schiffe über 1600 Tonnen, die jünger als 15 Jahre sind, beschränkt. Für die Arbeitsbedingungen der Seeleute wird das erfreuliche Folgen haben. Es wird Zeit, daß der ITWF den Ländern der Dritten Welt beim Aufbau nationaler Handelsflotten zu Hilfe kommt.



### Hafenarbeiter in Liverpool setzen Streik vorläufig aus

*z.acr.London.* Die Hafenarbeiter in Liverpool beendeten am 24.6. vorläufig einen Streik um mehr Lohn. Auf einer Versammlung konnten sich die Arbeiter der verschiedenen Branchen nicht auf eine einheitliche Forderung einigen. 700 Hafenarbeiter waren am 11.6. in den Streik getreten und 700 Büroangestellte der Mersey Docks and Harbour Company hatten einen „Dienst nach Vorschrift" begonnen. Vom 20.6. bis 24.6. streikten dann alle 4000 bei der Be- und Entladung von Schiffen eingesetzten Arbeiter. Obwohl sie Ende April einen Tarifvertrag über eine Lohnerhöhung von 8 Pfund die Woche auf 66,50 Pfund (1152 DM brutto im Monat) durchgesetzt hatten, reicht der Lohn nicht aus. Sie sind gezwungen, Schicht- und Akkordarbeit zu machen. Mit den Zulagen kommen sie aber trotzdem nur auf 1680 DM brutto im Monat. Für die Kapitalisten ist das die „gute Reputation", die sich der Liverpooler Hafen durch die schnelle und billige Abfertigung „erworben" hat. Sie berufen sich auf den von den Arbeitern angenommenen Tarifvertrag und erwidern auf die Forderungen frech, mehr Lohn könne es nur

Ihre Gewerkschaften verlangen Anerkennung eines eigenen Regionalverbandes durch den ITWF

z.mat.Sydney. Delegierte der Gewerkschaften der Seeleute aus Singapur, Indien, Pakistan, Taiwan, Sri Lanka, Hongkong und Indonesien haben auf einem Treffen in Singapur vor mehreren Wochen beschlossen, vom Internationalen Transportarbeiterverband ITWF einen eigenen Regionalverband für Südostasien zu verlangen, der die Interessen der asiatischen Seeleute effektiver wahrnehmen soll. Der ITWF hat in der Vergangenheit zahlreiche Aktionen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Schiffen unter sogenannten Billigflaggen unterstützt. Mitglieder der ÖTV erinnern sich an die Berichte im ÖTV-Magazin über erfolgreiche Aktionen, mit denen die Reeder solcher Schiffe gezwungen wurden, Heuerverträge nach ITWF-Richtlinien abzuschließen.

Die südostasiatischen Gewerkschaften kritisieren jetzt die Politik des ITWF als nicht im Interesse ihrer Mitglieder. Einige ihrer Argumente sind nicht von der Hand zu weisen. Erstens, sagt Devan Nair, Gewerkschaftsführer in Singapur, ist die Folge der Einfüh-
rung von ITWF-Heuersätzen auf Schiffen unter südostasiatischer Flagge, daß die Imperialisten dann die Schiffe wieder unter europäischer Flagge laufen lassen, weil bei gleichem Lohn die höhere Qualifikation der Arbeitskraft den Ausschlag gibt. Im Ergebnis führt das für die asiatischen Seeleute nicht zu höherem Lohn, sondern zu Arbeitslosigkeit.

Zweitens führen die ITWF-Sätze zu neuen Schwierigkeiten in den asiatischen Ländern. Philippinische Seeleute mußten europäischen Gewerkschaften beitreten, um Heuer nach ITWF-Tarif zu erhalten. Mitgliedschaft in ausländischen Vereinigungen ist aber nach philippinischem Recht verboten, und das Ergebnis ist normalerweise, daß die

Seeleute die Differenz zu ihrem ursprünglichen Lohn dem Reeder zurückzahlen müssen. Stattdessen, so die südostasiatischen Gewerkschaften, sollte der ITWF sie bei der Durchsetzung nationaler Heuerverträge unterstützen.

ITWF-Sekretär Harold Lewis hat eine Neustrukturierung des ITWF abgelehnt. Es gibt keine Alternative zum internationalen Zusammenschluß der Seeleute gegen die imperialistischen Reeder, führt er als Argument an. Damit hat er zweifellos Recht. Wodurch entstehen aber dann die Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Abteilungen des Proletariats? Dadurch, daß die Sozialdemokratie, die die Führung des ITWF und ihrer europäischen Mitgliedsgewerkschaften inne hat, den Internationalismus der Seeleute sozialchauvinistisch nutzt. Wie sonst ist es zu erklären, daß nur 5% der „Wohlfahrtsabgaben", die der ITWF von Billigflaggenreedereien unter den Bedingungen der ITWF-Verträge erhält, in Ländern der Dritten Welt verwendet werden, 95% dagegen in den imperiali-
stischen Ländern? Zu sozialchauvinistischer Politik muß es zwangsläufig kommen, wenn die ITWF-Führung den Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen aller Seeleute nicht konsequent als Kampf gegen den Imperialismus führt.

Auf der jüngsten UNCTAD-Konferenz haben die Länder der Dritten Welt eine Resolution eingebracht für die Aufteilung der Stückgut- und Massengutfracht auf Reedereien der beteiligten Länder „auf der Grundlage gleicher Beteiligung", die Ersetzung der Billigflaggenreedereien durch den Aufbau nationaler Reedereien und finanzielle Unterstützung bei ihrem Aufbau durch internationale Organisationen. Man hat bisher nicht gehört, daß der

ITWF sich für diese Resolution, die mit 81 gegen 22 Stimmen angenommen wurde, ausgesprochen hat. Ihre Durchsetzung und der Kampf für nationale Heuerverträge sind aber der einzige Weg, den Imperialisten besseren Lohn für die Seeleute aller Länder abzuzwingen. Das erfordert mehr als den Boykott einiger Billigflaggenschiffe. Es erfordert Kampf gegen die imperialistischen Regierungen, die in Manila einhellig erklärt haben, die Resolution sei nicht bindend und ihre Durchführung sei „wirtschaftlicher Selbstmord".

Ist jede Aktion zur Durchsetzung von ITWF-Heuerverträgen auf asiatischen Schiffen damit gegen die Interessen der asiatischen Seeleute gerichtet? Sicherlich nicht. Sie kann eine wirkungsvolle Hilfe sein für den Kampf der südostasiatischen Gewerkschaften um bessere nationale Verträge. Ohne gleichzeitigen Kampf gegen die imperialistischen Regierungen muß sie aber zwangsweise zu Sozialchauvinismus entarten. Die Bundesregierung muß die Resolution der UNCTAD anerkennen: Diese Forderung wird sich die ÖTV zu eigen machen müssen, wenn mit dem Sozialchauvinismus gebrochen werden soll.

Singapur, eines der Billigflaggenländer, hat die Registrierung fremder Schiffe jetzt auf Schiffe über 1600 Tonnen, die jünger als 15 Jahre sind, beschränkt. Für die Arbeitsbedingungen der Seeleute wird das erfreuliche Folgen haben. Es wird Zeit, daß der ITWF den Ländern der Dritten Welt beim Aufbau nationaler Handelsflotten zu Hilfe kommt.



Streikversammlung der Arbeiter des Öffentlichen Dienstes am 15. August 1978 in Kuching, Nordkalimantan, Provinz Sarawak.

Hafenarbeiter in Liverpool setzen Streik vorläufig aus

z.acr.London. Die Hafenarbeiter in Liverpool beendeten am 24.6. vorläufig einen Streik um mehr Lohn. Auf einer Versammlung konnten sich die Arbeiter der verschiedenen Branchen nicht auf eine einheitliche Forderung einigen. 700 Hafenarbeiter waren am 11.6. in den Streik getreten und 700 Büroangestellte der Mersey Docks and Harbour Company hatten einen „Dienst nach Vorschrift" begonnen. Vom 20.6. bis 24.6. streikten dann alle 4000 bei der Be- und Entladung von Schiffen eingesetzten Arbeiter. Obwohl sie Ende April einen Tarifvertrag über eine Lohnerhöhung von 8 Pfund die Woche auf 66,50 Pfund (1152 DM brutto im Monat) durchgesetzt hatten, reicht der Lohn nicht aus. Sie sind gezwungen, Schicht- und Akkordarbeit zu machen. Mit den Zulagen kommen sie aber trotzdem nur auf 1680 DM brutto im Monat. Für die Kapitalisten ist das die „gute Reputation", die sich der Liverpooler Hafen durch die schnelle und billige Abfertigung „erworben" hat. Sie berufen sich auf den von den Arbeitern angenommenen Tarifvertrag und erwidern auf die Forderungen frech, mehr Lohn könne es nur
geben, wenn die Arbeiter ihn durch mehr Leistung „selbst finanzierten". Die Hafenarbeiter beauftragten auf ihrer Versammlung am 24.6. die Gewerkschaftsführer, erneut über den Lohn zu verhandeln.

### Bundesbahn: Preisschneiderei durch Intercity-Stundentakt

*z.kam.* Vier Wochen befahren jetzt 152 Interrcity-Züge täglich im Einstundentakt eine Strecke von 1300 km und befördern rund 130000 Personen. Eine Fahrt mit Intercity 2. Klasse kostet 3 DM Zuschlag – eine Preisschneiderei, die der Bahn pro Woche gut 2,8 Mio. DM einbringt. Gelockt wird mit einer um nahezu 27% schnelleren Reisegeschwindigkeit gegenüber den alten D-Zügen. Intercity-Züge haben grundsätzlich „Vorfahrt", was zur Folge hat, daß jede Verspätung des Einstundentakts erhebliche Wartezeiten bei den Nahverkehrszügen nach sich zieht. Argument genug für den DB-Vorstand, den Ausbau des inzwischen überlasteten Fernstreckennetzes zu planen und gleichzeitig das Nahverkehrsnetz auszudünnen und auf Busverkehr umzustellen. – Für die rund 340000 Bahnbeschäftigten haben die letzten vier Wochen nur verschärfte Arbeitshetze und Überstunden gebracht. Die Lokführer müssen über 11 Stunden fahren, die Ruhezeiten zwischen zwei Schichten liegen häufig unter 7 Stunden. Die Gleisarbeiter werden zur Reparatur der Strecken durchweg in Nachtschichten gepreßt – damit tagsüber der Intercity rollen kann. In Kassel verweigern die Bahnarbeiter die bis zu 25% gestiegene Mehrarbeit: sie schickten die Intercity-Züge (die sie nachts zusätzlich zum bisherigen Wagenpark reinigen sollten) wieder ungereinigt auf die Reise.

---

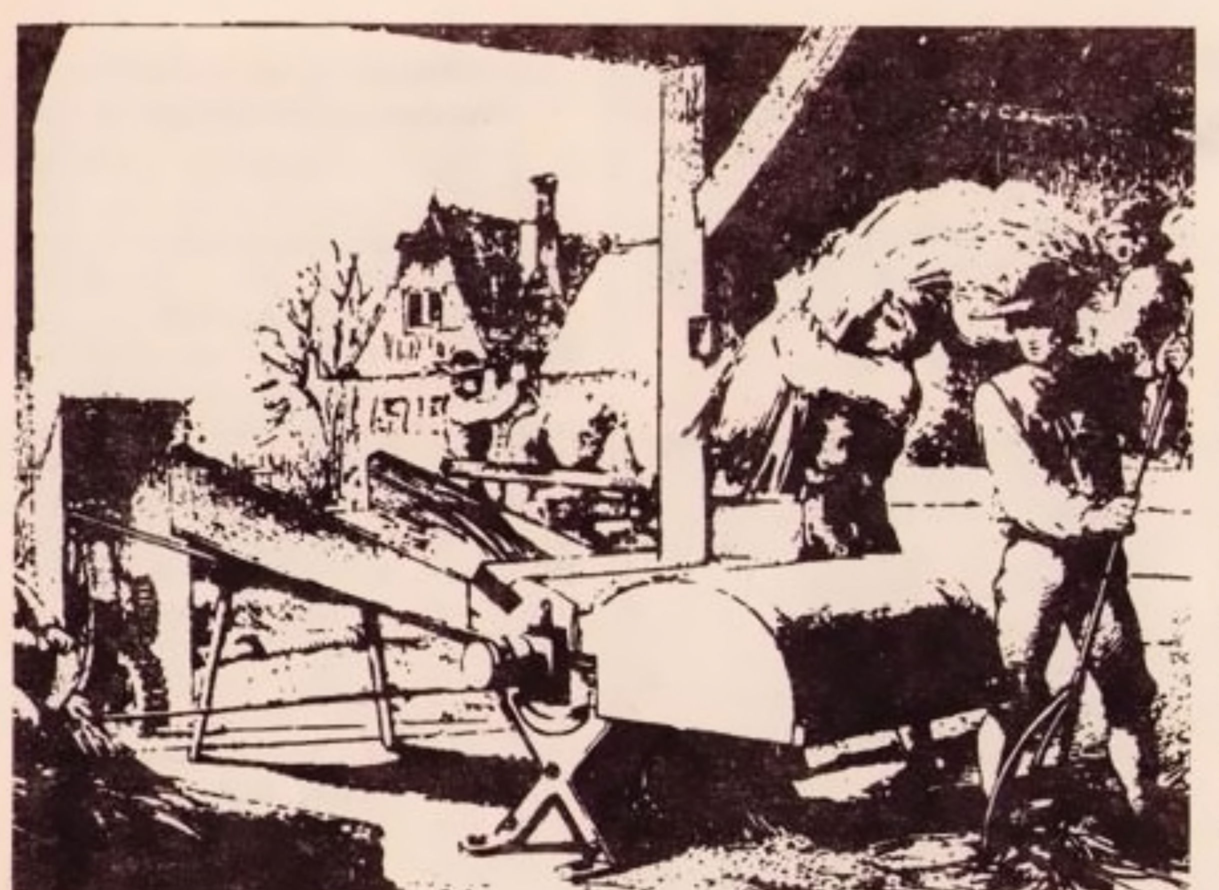
zung der Stücklöhne zugrundegelegt. Damit kommen die Kapitalisten im Rosenkranzgeschäft auf insgesamt 16 Stücklöhne, dazu noch 8 mögliche Zuschläge, je nach Material oder Produktionsart. Selbst wenn die Heimarbeiterin einen Stundenlohn von 4,10 DM tatsächlich erreichen könnte – den Stücklohn legen die Kapitalisten fest, sie brauchen nur einen Renommierarbeiter, der das vorführen kann – käme sie bei 173 Stunden auf einen Monatslohn von brutto 709,30 DM. Tatsächlich liegt das Lohnniveau noch viel tiefer, „,... erhalten stillende Mütter, die in Heimarbeit ... beschäftigt sind, für die Stillzeit ein Entgelt von 75% eines durchschnittlichen *Stundenverdienstes*, mindestens aber 0,75 DM für jeden *Werktag*". (Heimarbeitsgesetz) – Hauptsächlich sind die Heimarbeiter (1976: 144258, davon 132070 Frauen) in den Bereichen Textil, Kunststoff und Elektrotechnik tätig. Insbesondere in den letzten 2 Bereichen steigt die Zahl der Heimarbeiter, und im Bereich Druck wird sie im Rahmen der Einführung von billiger Satzverarbeitungsmaschinerie, die auch klein genug ist für eine Wohnung und einfach zu bedienen, sprunghaft ansteigen. Die Bedingungen für die Kapitalisten sind günstig; zum Elendslohn kommt, daß erkämpfte Rechte der Arbeiterklasse bei den zersplitterten Heimarbeitern liquidiert sind. „Im Krankheitsfall" besteht „kein gesetzlicher Anspruch ... auf Fortzahlung des Arbeitsentgeltes", mit Kündigungsfrist oder gar -schutz sieht es genauso aus: 3 Monate wird praktisch nie erreicht, da dafür Bedingung ist, 20 Jahre beim selben Kapitalisten gearbeitet zu haben, wobei erst ab dem 35. Lebensjahr gezählt wird. Die Tarifverträge werden durch sogenannte Heimarbeitsausschüsse (3 Kapitalisten, 3 Gewerkschaftsvertreter, Vorsitz: die zuständige Arbeitsbehörde) „zum Schutz der in Heimarbeit Beschäftigten vor Ausbeutung" (Arbeitsrechtblattei) vereinbart und bedürfen der „Zustimmung der Arbeitsbehörde".

*z.rev.* **Den bisherigen Sozialärztlichen Dienst – jede Krankenkasse ihren Vertrauensarzt, jede Rentenversicherung ihren ärztlichen Gutachter – will das Ehrenbergministerium in einem zentralen Gutachterdienst zusammenfassen.** Geplant ist, damit die staatliche Kontrolle über die Vertrauensärzte und Gutachter zu straffen. Mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialärztlichen Dienst" (SMD), einem von den Krankenkassen losgelösten Verein, sollen die bisher „selbständigen vertrauensärztlichen und ärztlichen Gutachterdienste" aufgelöst werden. (Deutsches Ärzteblatt 9/79) Hiermit wird selbst das Minimum an Kontrollmöglichkeiten der Versicherten über die Gutachter liquidiert. Der Bundesversicherungsanstalt für Arbeit droht Ehrenberg mit „gesetzlichen Regelungen", falls sie nicht dem SMD beitritt.

Auch die Arbeitsämter sollen dem SMD angeschlossen werden. Die Staatsgutachter werden die Aufgaben von Stabsärzten der Ausbeutung wahrnehmen und kv schreiben.

*z.reb.* **Bonn ist besorgt über die ausufernde Dienstauffassung der Beamten der Sicherungsgruppe.** Was z.B. trieb Cornelia Scheel in einer lauen Juninacht mit ihrem Bewacher auf der Bundesgartenschau, fragen besorgt die Politiker, die sich ihre heiratsfähigen Töchter rund um die Uhr aus Steuergeldern bewachen lassen. Nun gibt es zwar keine Bedenken dagegen, daß Susanne Baum ihren Beschützer als Gigolo mit in die Disco nimmt und Julia Baum sich in der Sandkiste die Kuchen backen läßt, aber dann hat auch Schluß zu sein. Polizeimeister bleibt mittlerer Dienst und eine solche Familie kann er trotz Gefahrenzulage nicht ernähren. Unser Vorschlag: Wenn 1961 das Bundesverwaltungsgericht das Zölibat für Bereitschaftspolizisten in der Ausbildung für zulässig gehalten hat, könnte man es heute mit einer Kastrationsverpflichtung versuchen.

# „Frißt uns die Landwirtschaft auf?“ – IG-Metall-Redaktion sät Verwirrung



*z.bil.* Im 18. Jahrhundert konzentriert sich die Entwicklung der Maschinerie im Ackerbau auf die vier Teilglieder der Getreidekette: Säen, Ernten, Ausdreschen und Reinigen des Getreides. Die Einführung der Dreschmaschine ersetzt das winterlange Dreschen. Beanspruchte der Drusch durchschnittlich den Tagelöhner an 206 Arbeitstagen, so wird seine Arbeitskraft jetzt nur noch an 130 Arbeitstagen beim Dreschen vernutzt. Die Sämaschine ermöglicht den Übergang zur Reihenkultur und meßbaren Kulturverfahren. Hergestellt aus nicht so haltbarem Holz und mit großem Aufwand an handwerklicher Geschicklichkeit bleibt die Anwendung dieser Maschinerie begrenzt. Über die Sämaschine heißt es: „Denn dieses Geräth ist aus gar vielen Stücken zusammengesetzt, folglich künstlich zu bauen und anzurichten, zu kostbar, schwer zu ziehen und nicht dauerhaft. In dem Gebürge und steinichten Äckern kann man es gar nicht anwenden.“

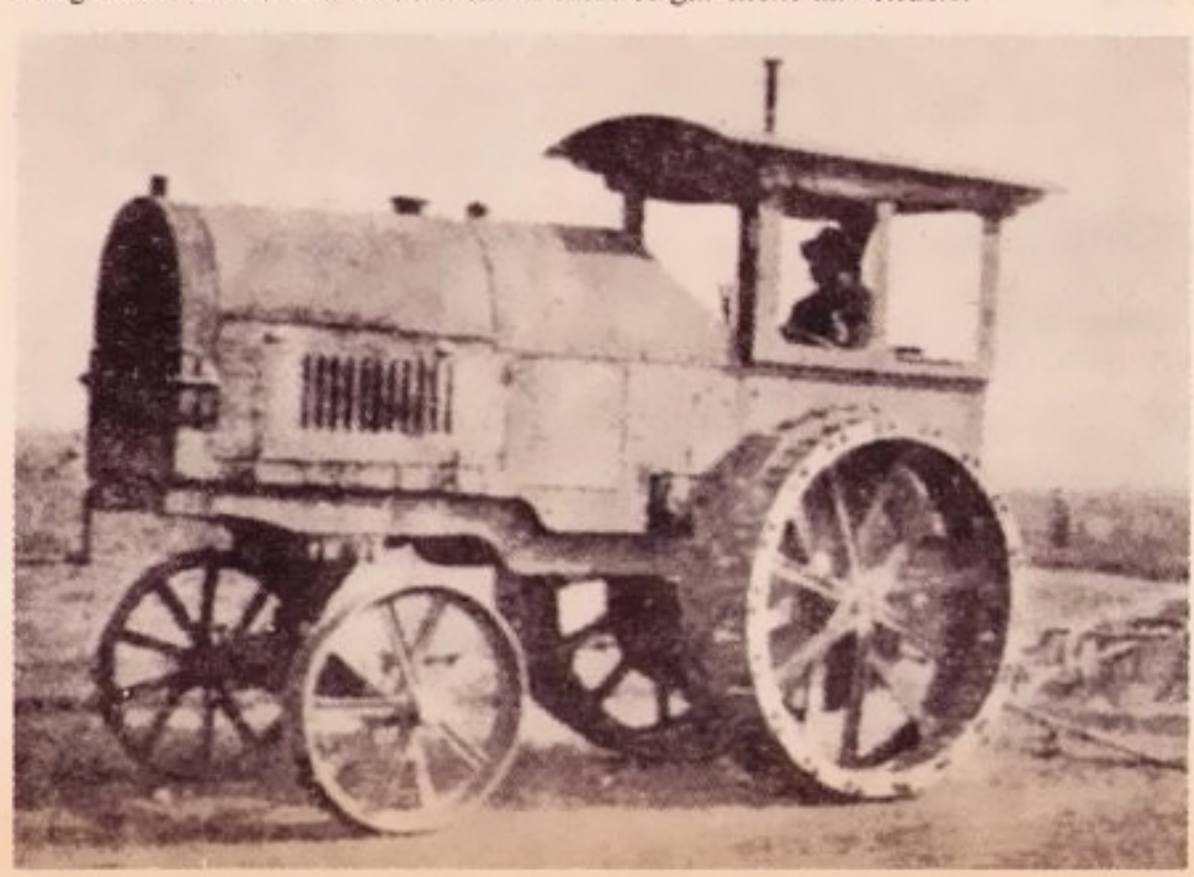
*z.brp.* Letzte Woche beschlossen die Agrarminister der EG-Mitgliedsländer die „Erhöhung“ der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für das Wirtschaftsjahr 1979/80 um durchschnittlich 1,5%. Großagrarier und Vorsitzender des Bauernverbandes Heereman erklärte, für die westdeutschen Bauern betrage die Erhöhung 0,5%. Milch und Milchprodukte werden nicht erhöht. Im Gegenteil. Die Agrarminister bekundeten ihre Absicht, den „Milchpfennig“, die Erzeugerabgabe bei Milchproduktion, von bisher 0,5% zu erhöhen. „Zu gegebenem Zeitpunkt“. Geplant ist die Erhöhung des „Milchpfennigs“ auf 5%.

Aus welchem Grund auch immer, sei es, weil der Lohnabschluß von 4,3%/13 Monate auch nicht ein bißchen besser die Reproduktion sichern kann, sei es, weil absehbar ist, daß die Preise weiter steigen werden, von 3,5 auf 3,7 und jetzt 4%, oder sei's drum, daß sich vor allem die Preise für Nahrungsmittel erhöht haben und daß in den Betrieben neben einer Nachschlagszahlung von 1000 DM die nächste Lohnbewegung für 170 DM / 8% mindestens vorbereitet wird, jedenfalls schrieb Jutta Kneißel in der Mai-Nummer des „Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall“ einen Artikel. Betitelt: „Frißt uns die Landwirtschaft auf?“ Diesen Artikel werden ihr nicht nur zahlreiche Bauern übelnehmen, sondern bestimmt auch etliche Funktionäre der IG Metall. – Vielleicht merkt man davon dann etwas im „Gewerkschafter“, zumindest unter „Leser schreiben“.

„24,3 Milliarden DM kostet uns 1978 der EG-Agrarmarkt. Eine Eindämmung der sich ständig erhöhenden Subventionen und der Kosten für Agrarüberschüsse ist nicht abzusehen.“ – Am „politisch festgesetzten Preis“, der „den Bauern ein angemessenes Einkommen“ ermöglichen soll, daraus folgend an Nahrungsmittelpreisen, „die meist über denen des Weltmarktes liegen“, an der „unbegrenzten Abnahmegarantie“ für die Landwirte soll liegen, daß der „Agrarmarkt“ so viel Gelder verschlingt. Im Interesse einer „verbraucherfreundlichen Agrarpolitik“ fordert Jutta Kneißel: 1. die Erzeugermindestpreise müßten fallen; 2. die Agrarsubventionen müßten gekürzt und im Interesse einer arbeitsplatzfördernden Regional- und Strukturpolitik eingesetzt werden und 3. statt Preis- Einkommenssubventionen, die direkt den Bauern mit niedrigem Einkommen zugute kämen.

Der Arbeiter ist Konsument, „Verbraucher“ – er muß essen, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren und anderntags und Jahr für Jahr dem Kapitalisten zu verkaufen, und er ist Produzent. Er ist auch Besitzer – seiner Arbeitskraft. Der Bauer ist ebenfalls Konsument, er ist auch Produzent und Besitzer seiner Arbeitskraft, und außerdem ist er – wenigstens noch formal – Besitzer seiner Produktionsmittel, dem Boden und den zur Bearbeitung notwendigen Maschinen. Auf den Markt müssen beide: Der Arbeiter, um sich die notwendigen Lebensmittel zu kaufen, der Bauer, um sich außer den notwendigen Lebensmitteln die notwendigen Betriebsmittel zu kaufen. Die Position des Arbeiters, der als Käufer von Reproduktionsmitteln den Markt betritt, ist schwach: er ist sowohl der Ausplünderung der Kapitalisten ausgeliefert wie dem Steuerzugriff des Staates und auch der Propaganda, daß die Inflation die Löhne senkt, was stets die dauernden Lohnsenkungen des Ausbeuters verdecken sollte. Will er hier sparen, so nur durch Kürzen und Hungern. Beim Bauern nicht anders, nur der Zugriff ist doppelt, auch als Käufer von Produktionsmitteln steht er diesen Tatsachen gegenüber.

Aber der Arbeiter ist vor allem Produzent. Wenn das die IG Metall berücksichtigte, bräuchte sie diesen Artikel nicht schreiben zu lassen und täte sich nicht schwer mit dem ganzen Unsinn von „Verbraucherschutz“, für den noch auf jedem Bundeskongreß des DGB in mehreren Anträgen der „Schutz“ des Staates gegenüber dem „Hersteller“ gefordert wurde (wir haben diese vielen Anträge nicht alle unten auf der Seite abgedruckt). Die Arbeiterklasse produziert gesellschaftlich, sie repräsentiert die zukünftige Gesellschaft, in der gemeinschaftlich produziert wird und kein Privatbesitz mehr an den Produktionsmitteln und damit keine Ausbeutung mehr existiert. Täte die IG Metall nicht besser daran, die selbstarbeitenden und durch den Privatbesitz dem Ruin preisgegebenen Bauern zu gewinnen für eine Produktionsweise, die kooperativ sein muß, als Ansichten zu verbreiten, die die Bauern hocken lassen auf ihrem – meistens bereits ans Finanzkapital abgetretenem – Privatbesitz, die die unausbleibliche Ruinierung der Klein- und Mittelbauern weiter beschleunigen und damit die Konkurrenz zwischen Arbeitern und Bauern auf dem Arbeitsmarkt schüren?



Die Produktion der Maschinen aus Eisen wird im 19. Jahrhundert angewandt. Von 1882 bis 1907 steigt die Zahl der Dreschmaschinen von 75600 auf 478000, die der Mähmaschinen von 19600 auf 301000. Die Maschinerie schafft das Landarbeiterproletariat. Die Dreschmaschine setzt im Winter die Arbeitskraft frei. Durch diese Freisetzung fast der Hälfte aller Landarbeiter entsteht ein riesiges Heer von Saisonarbeitern, die „Sachsengänger“. Der Arbeitstag beginnt im Sommer um 3.00 Uhr und im Winter um 4.00 Uhr. Er endet frühestens mit Beginn der vollendeten Dunkelheit. Die brutale Ausbeutung wird durch eine Ausnahmegesetzgebung durchgesetzt: Verbot der Koalition, Streikverbot, strenge Strafen bei „Kontraktbruch“. Erst 1918 kann diese Gesetzgebung zu Fall gebracht werden. – Gleichwohl bleibt diese Maschinerie beschränkt. Sie basiert auf großer handwerklicher Einzelkonstruktion und ist nach wie vor abhängig von menschlicher Antriebskraft und der Gespannkraft von Tieren. Der 1867 entwickelte Mähdrescher wurde von 30-40 Pferden gezogen. Erst der Dampfpflug eröffnet die schnelle Bodenbearbeitung großer Flächen unabhängig von Naturkräften. – Die Erträge von Weizen, Roggen und Kartoffeln wurden von 1800 bis 1950 nahezu verdreifacht (*Kartoffeln* 1800: 70 dz/ha; 1950: 180 dz/ha; *Weizen*1800: 10 dz/ha; 1950: 28 dz/ha; *Viehbestand* Schweine: 1873: 7,1 Mio.



Die Produktion der Maschinen aus Eisen wird im 19. Jahrhundert angewandt. Von 1882 bis 1907 steigt die Zahl der Dreschmaschinen von 75600 auf 478000, die der Mähmaschinen von 19600 auf 301000. Die Maschinerie schafft das Landarbeiterproletariat. Die Dreschmaschine setzt im Winter die Arbeitskraft frei. Durch diese Freisetzung fast der Hälfte aller Landarbeiter entsteht ein riesiges Heer von Saisonarbeitern, die „Sachsengänger“. Der Arbeitstag beginnt im Sommer um 3.00 Uhr und im Winter um 4.00 Uhr. Er endet frühestens mit Beginn der vollendeten Dunkelheit. Die brutale Ausbeutung wird durch eine Ausnahmegesetzgebung durchgesetzt: Verbot der Koalition, Streikverbot, strenge Strafen bei „Kontraktbruch“. Erst 1918 kann diese Gesetzgebung zu Fall gebracht werden. – Gleichwohl bleibt diese Maschinerie beschränkt. Sie basiert auf großer handwerklicher Einzelkonstruktion und ist nach wie vor abhängig von menschlicher Antriebskraft und der Gespannkraft von Tieren. Der 1867 entwickelte Mähdrescher wurde von 30-40 Pferden gezogen. Erst der Dampfpflug eröffnet die schnelle Bodenbearbeitung großer Flächen unabhängig von Naturkräften. – Die Erträge von Weizen, Roggen und Kartoffeln wurden von 1800 bis 1950 nahezu verdreifacht (*Kartoffeln* 1800: 70 dz/ha; 1950: 180 dz/ha; *Weizen*1800: 10 dz/ha; 1950: 28 dz/ha; *Viehbestand* Schweine: 1873: 7,1 Mio. Stück; 1913: 25,6 Mio.)! – Die vollständige Unabhängigkeit von der Gespannkraft bewirkt die Entwicklung des Ausdreschen und Reinigen des Getreides in einer Maschine. Brauchte die menschliche Arbeitskraft 170 Stunden für Mähen und Dreschen von 1 ha Getreide, wird diese Zeit durch Einsatz des Mähdreschers auf 12 Stunden reduziert.

Dokumente des DGB zu den Erzeugerpreisen

*11. Bundeskongreß 1978: Antragsteller IG Metall / Betr. Europapolitik*

(...) b. Darüberhinaus ist es erforderlich, die den wirtschaftlichen Fortschritt blockierenden und zugleich verbraucherfeindlichen Agrarsubventionen, auf die zur Zeit 68 Prozent der Interventionsmittel der Gemeinschaft entfallen, zu kürzen und sie im Interesse einer arbeitsplatzfördernden Regional- und Strukturpolitik einzusetzen. Dies erfordert eine durchgreifende Änderung des Fördersystems. (...)

*10. Bundeskongreß 1975: Antrag 47 / Betr. Verbraucherpolitik*

(...) Die Verbraucher werden gegenüber den Anbietern von Konsumgütern nur dann gleichwertige Marktteilnehmer sein, wenn:
– die Preiskonkurrenz dominierendes Element des Wettbewerbs ist
kel werden ihr nicht nur zahlreiche Bauern übelnehmen, sondern bestimmt auch etliche Funktionäre der IG Metall. – Vielleicht merkt man davon dann etwas im „Gewerkschafter“, zumindest unter „Leser schreiben“.
„24,3 Milliarden DM kostet uns 1978 der EG-Agrarmarkt. Eine Eindämmung der sich ständig erhöhenden

*7. Bundeskongreß 1966: Antragsteller Bundesvorstand / Betr. EWG-Agrarpolitik*

Zu den Zielen der gemeinsamen Agrarpolitik gehört nach Art. 39 des EWG-Vertrages die sichere Versorgung des Verbrauchers zu angemessenen Preisen. Die Delegierten stellen mit Bedauern fest, daß dieses Ziel bisher nicht erreicht wurde. In der Bundesrepublik Deutschland ist seit Übernahme der EWG-Marktordnungen ein stetiges und starkes Ansteigen der Nahrungsmittelpreise zu beobachten. Diese Preissteigerungen konnten u.a. darauf zurückgeführt werden, daß der Marktordnungsmechanismus in den bisher vereinbarten EWG-Marktordnungen nur einseitig funktioniert.

Alle Marktordnungen sind so gestaltet, daß niedrige Preisangebote aus anderen Ländern bei Importen künstlich verteuert werden. Diese als Abschöpfung bezeichnete Verteuerung steigt mit sinkenden Auslandspreisen automatisch an. Auf diese Weise bleiben die inländischen Erzeugerpreise auch
tung notwendigen Maschinen. Auf den Markt müssen beide: Der Arbeiter, um sich die notwendigen Lebensmittel zu kaufen, der Bauer, um sich außer den notwendigen Lebensmitteln die notwendigen Betriebsmittel zu kaufen. Die Position des Arbeiters, der als Käufer von Reproduktionsmitteln den Markt betritt, ist schwach: er ist so-

politische Entscheidungen zur Verbesserung der Einkommenslage der Landwirte, der Haus- und Grundbesitzer, des Mittelstandes usw. haben. (...)

*4. Bundeskongreß 1956: Antragsteller Bundesvorstand / Betr. Agrar- und Ernährungspolitik*

Die Gewerkschaften treten für planende und lenkende Maßnahmen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft ein. Die jetzige Marktordnung und deren Handhabung wird der Aufgabe einer ausreichenden Versorgung der Verbraucher zu angemessenen Preisen nicht gerecht.

Der Bundeskongreß begrüßt alle Maßnahmen, die die Verbesserung der Agrarstruktur, der Wasserwirtschaft und des Verkehrsnetzes, Beschaffung von verbilligten Krediten zur Rationalisierung der Betriebe und eine Senkung der Preise für sächliche Betriebsmittel in der Landwirtschaft zum Ziele haben. Sie führen zu einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Boden- und Agrarproduktivität. Maßnahmen aber, die eine Verbesserung der Lage
muß, als Ansichten zu verbreiten, die die Bauern hocken lassen auf ihrem – meistens bereits ans Finanzkapital abgetretenem – Privatbesitz, die die unausbleibliche Ruinierung der Klein- und Mittelbauern weiter beschleunigen und damit die Konkurrenz zwischen Arbeitern und Bauern auf dem Arbeitsmarkt schüren?

## Dokumente des DGB zu den Erzeugerpreisen

*11. Bundeskongreß 1978: Antragsteller IG Metall / Betr. Europapolitik*

(...) b. Darüberhinaus ist es erforderlich, die den wirtschaftlichen Fortschritt blockierenden und zugleich verbraucherfeindlichen Agrarsubventionen, auf die zur Zeit 68 Prozent der Interventionsmittel der Gemeinschaft entfallen, zu kürzen und sie im Interesse einer arbeitsplatzfördernden Regional- und Strukturpolitik einzusetzen. Dies erfordert eine durchgreifende Änderung des Fördersystems. (...)

*10. Bundeskongreß 1975: Antrag 47 / Betr. Verbraucherpolitik*

(...) Die Verbraucher werden gegenüber den Anbietern von Konsumgütern nur dann gleichwertige Marktteilnehmer sein, wenn:
– die Preiskonkurrenz dominierendes Element des Wettbewerbs ist
– hinsichtlich Preis und Qualität volle Information und Markttransparenz bei den Verbrauchern besteht
– der konsumbewußte Verbraucher sich jederzeit zusätzliche Informationen verschaffen und bei Konflikten mit dem Anbieter sich durch eine öffentliche Instanz (Ombudsman) rechtlich vertreten lassen kann
(...) Das nur für Agrarprodukte geltende Handelsklassengesetz sollte verbessert werden. (...)

*9. Bundeskongreß 1972: Antragsteller Deutsche Postgewerkschaft / Betr. Gesellschaftsreform*

6. Zum Zwecke einer erfolgreichen Verbraucherpolitik besetehende Kontakte zur Stiftung Warentest auszubauen.

*Erläuterungen der DGB-Zielprojektion 1971:*

3. Dämpfung der Preissteigerungen im Bereich der landwirtschaftlichen Marktordnungsprodukte durch Sicherung der angestrebten Einkommenserhöhung in der Landwirtschaft mit Hilfe moderner Strukturmaßnahmen.

*8. Bundeskongreß 1969: Antragsteller IG Metall / Betr. Europa-Politik*

(...) Die europäische Agrarpolitik trägt deutlich protektionistische und verbraucherfeindliche Züge. (...) Entwicklung von Plänen für eine europäische Währung, eine fortschrittliche Industriepolitik, eine Neuordnung der Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinschaft und eine europäische Raumordnung und Regionalpolitik.

*7. Bundeskongreß 1966: Antragsteller Bundesvorstand / Betr. EWG-Agrarpolitik*

Zu den Zielen der gemeinsamen Agrarpolitik gehört nach Art. 39 des EWG-Vertrages die sichere Versorgung des Verbrauchers zu angemessenen Preisen. Die Delegierten stellen mit Bedauern fest, daß dieses Ziel bisher nicht erreicht wurde. In der Bundesrepublik Deutschland ist seit Übernahme der EWG-Marktordnungen ein stetiges und starkes Ansteigen der Nahrungsmittelpreise zu beobachten. Diese Preissteigerungen konnten u.a. darauf zurückgeführt werden, daß der Marktordnungsmechanismus in den bisher vereinbarten EWG-Marktordnungen nur einseitig funktioniert.

Alle Marktordnungen sind so gestaltet, daß niedrige Preisangebote aus anderen Ländern bei Importen künstlich verteuert werden. Diese als Abschöpfung bezeichnete Verteuerung steigt mit sinkenden Auslandspreisen automatisch an. Auf diese Weise bleiben die inländischen Erzeugerpreise auch bei sinkenden Weltmarktpreisen geschützt.

Allen Marktordnungen fehlt aber ein Ausgleichsmechanismus, der zum Schutz der Verbraucher die Abschöpfungen senkt und die Importe anregt, wenn das inländische Preisniveau steigt.

Dadurch wurden starke Preissteigerungen möglich, die bei den Verbrauchern eine zunehmende Unruhe auslösten und die EWG-Politik diskreditierten. Um Preissteigerungen künftig schneller begegnen zu können, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Verfahren zur Beantragung von Abschöpfungssenkungen so abzukürzen, daß derartige Anträge spätestens 8 Tage nach der festgestellten Preiserhöhung der Kommission oder dem Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorliegen können.

Darüber hinaus erwarten die Delegierten des 7. Ordentlichen Bundeskongresses, daß die Bundesregierung die Interessen der Verbraucher stärker als bisher unterstützt, indem sie sich dafür einsetzt, daß in allen Marktordnungen Regelungen aufgenommen werden, die sicherstellen, daß die Abschöpfung automatisch gesenkt wird, wenn die inländischen Preise ansteigen, um durch erhöhte Importe diese Preissteigerungen zu verhindern.

*Antragsteller Bundesvorstand / Betr. Kompensatorische Preissenkungen*

Der 7. Ordentliche Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung, daß sie im Gegensatz zu der bisher geübten Praxis der Öffentlichkeit mitteilt, welche Auswirkungen auf das Preisniveau politische Entscheidungen zur Verbesserung der Einkommenslage der Landwirte, der Haus- und Grundbesitzer, des Mittelstandes usw. haben. (...)

*4. Bundeskongreß 1956: Antragsteller Bundesvorstand / Betr. Agrar- und Ernährungspolitik*

Die Gewerkschaften treten für planende und lenkende Maßnahmen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft ein. Die jetzige Marktordnung und deren Handhabung wird der Aufgabe einer ausreichenden Versorgung der Verbraucher zu angemessenen Preisen nicht gerecht.

Der Bundeskongreß begrüßt alle Maßnahmen, die die Verbesserung der Agrarstruktur, der Wasserwirtschaft und des Verkehrsnetzes, Beschaffung von verbilligten Krediten zur Rationalisierung der Betriebe und eine Senkung der Preise für sächliche Betriebsmittel in der Landwirtschaft zum Ziele haben. Sie führen zu einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Boden- und Agrarproduktivität. Maßnahmen aber, die eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft über den Verbraucherpreis anstreben, lehnt der Bundeskongreß entschieden ab. Der Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert, daß die Bundesregierung zur Senkung der Nahrungsmittelpreise die Einfuhr- und Zollpolitik stärker als bisher auf die Interessen der Verbraucher ausrichtet und darüber hinaus die bestehenden Marktordnungsgesetze einer entsprechenden Revision unterzieht.

Der Bundeskongreß stellt ferner fest, daß auf einigen wichtigen agrarischen Märkten sinkende Erzeugerpreise über längere Zeiträume nicht zur entsprechenden Herabsetzung der Verbraucherpreise führen, sondern zur ungerechtfertigten Erhöhung der Zwischenspannen des Handels mißbraucht wurden. Angesichts dieser Tatsache hält der Bundeskongreß Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung des Genossenschaftswesens und eine verstärkte Zusammenarbeit von ländlichen Absatzgenossenschaften und Verbrauchergenossenschaften für dringend erforderlich

*Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949: Volkswirtschaftliche Grundsätze des DGB*

4. Gesamtproblem: Volkswirtschaftliche Rationalisierung (...) Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um die Produktion der deutschen Landwirtschaft zu steigern. Rückständige Betriebe müssen, unter Umständen unter genossenschaftlicher Bewirtschaftung, auf einen Produktionsstand gebracht werden, der den Erkenntnissen der modernen Agrarwirtschaft entspricht. (...)





Die kapitalistische Produktionsweise und der Privatbesitz an Boden und Produktionsmitteln fesselt die Produktivkräfte: Die rückständige Handarbeit bei enormer Überarbeit des Bauern ist gesellschaftlich überflüssig, die Anwendung eines Heers von Lohnarbeitern in der landwirtschaftlichen industriellen Produktion ist beständiger Raubbau an Muskeln, Gesundheit und Lebenskraft.





8000 Bauern demonstrierten 1962 in Göttingen gegen ein Gutachten, nach dem der Getreideerzeugerpreis um 7% gesenkt werden sollte. Seit Bestehen der EG ist der Anteil des Erzeugererlöses für Weizen am Brotpreis von über 50% auf unter 20% gesenkt worden. – Verarbeitung von Tiefkühlgemüse bei Unilever.

Ruinierung und schließlich Enteignung einer kleinen Bauernfamilie

r.mia. In einem Dorf im Kreis Steinburg haben innerhalb der letzten Jahre sechs Höfe von ursprünglich 16 aufgeben müssen. Einige Höfe haben sich erheblich vergrößert.

Bei dem gepachteten 20 ha-Hof, den ein Bauer mit seiner Familie von 1960 bis 1968 bewirtschaftet, ist die Ruinierung vorprogrammiert. Der Hof hat vorwiegend schlechtes, nasses Land, das auf eigene Kosten jährlich entwässert werden muß. Später als der Hof nicht mehr exisitiert und eine Straße durch die Ländereien gezogen wird, wird auf Staatskosten eine Drainage gelegt.

Der Bauer hat 12 Milchkühe, ein paar Sauen und baut im wesentlichen Kartoffeln, Rüben und Getreide an. Er hat wenig und schlechte Maschinen, z.B. müssen Kartoffelroder und Presse immer geliehen werden, mit dem Mäh-

des Landes sich diesen Plänen erfolgreich widersetzt. Der Pächter hat da sowieso nichts zu sagen. Wie das endet, ob mit Enteignung durch den Staat oder mit Nicht-Verlängerung des Pachtvertrages, der zum Jahre 1970 ausläuft, ist ungewiß.

Der Bauer gibt auf. Erst ist er gezwungen, als Arbeiter im Akkord zu arbeiten. Heute ist er Angestellter bei der Kirche und trägt morgens noch Zeitungen aus, um etwas dazu zu verdienen; denn drei der vier Kinder sind noch in der Ausbildung und 2200/2300 DM brutto reichen da nicht.

Heute ist das Land entwässert. Durch die Drainage auf Staatskosten nach dem Bau der Straße durch das Land ist die Bodenqualität gebessert worden. Die Flächen, die nach dem Bau der Straße verblieben sind, werden agrarwirtschaftlich genutzt.

## Ruinierung und schließlich Enteignung einer kleinen Bauernfamilie

*r.mia.* In einem Dorf im Kreis Steinburg haben innerhalb der letzten Jahre sechs Höfe von ursprünglich 16 aufgeben müssen. Einige Höfe haben sich erheblich vergrößert.

Bei dem gepachteten 20 ha-Hof, den ein Bauer mit seiner Familie von 1960 bis 1968 bewirtschaftet, ist die Ruinierung vorprogrammiert. Der Hof hat vorwiegend schlechtes, nasses Land, das auf eigene Kosten jährlich entwässert werden muß. Später als der Hof nicht mehr exisitiert und eine Straße durch die Ländereien gezogen wird, wird auf Staatskosten eine Drainage gelegt.

Der Bauer hat 12 Milchkühe, ein paar Sauen und baut im wesentlichen Kartoffeln, Rüben und Getreide an. Er hat wenig und schlechte Maschinen, z.B. müssen Kartoffelroder und Presse immer geliehen werden, mit dem Mähdrescher ist der Bauer auf den Lohnunternehmer angewiesen. Dafür muß er die teuren Leihgebühren zahlen; denn den Mähdrescher zu kaufen, kann der Bauer sich erst recht nicht leisten. Nur dadurch, daß die ganze Familie, auch die vier Kinder im Alter zwischen sieben und elf Jahren, in einen langen Arbeitstag gepreßt werden, kann der Hof gehalten werden.

Die Lage drückt. Es gibt Ärger mit den Banken, Kredit zu bekommen. Ende der 60er Jahre bis 1971 ist die Ruinierung der kleinen Bauern am schärfsten vorangegangen. Im Kreis Steinburg haben von 1960 bis 1965 669 Betriebe aufgegeben, 1965 bis 1970 sind es 1283, von 1970 bis 1971 2003. Gemessen an den Zinsen, die an die Banken gezahlt werden müssen, sind die Erzeugerpreise viel zu niedrig. Der Erzeugerpreis für Hackfrüchte (Kartoffeln und Rüben) sinkt ab 1966, auf 83 1967/68 (1961/62 = 100) und 94 (1968/69). Für neue Maschinen ist der Preis ständig gestiegen, 1968/69 von 112 auf 166 (1962/63 = 100).

Die Verschuldung steigt, die Zinsen der Bank ebenso. Die Lage auf dem Hof spitzt sich zu. Nur durch noch mehr Arbeit der ganzen Familie hätte der Bauer sich halten können. Das ging nicht. Der Bauer ist gesundheitlich nicht voll auf der Höhe. Seine Frau ist auch nicht ganz gesund. Trotzdem haben sie die Arbeit verrichten können. Jetzt geht es nicht mehr. Nur mit ständig weiterer Ausdehnung des Arbeitstages wäre es vielleicht gegangen.

Der Ärger mit dem Bau der Gemeindestraße mitten durch das Pachtland kommt dazu. Bisher hat der Besitzer des Landes sich diesen Plänen erfolgreich widersetzt. Der Pächter hat da sowieso nichts zu sagen. Wie das endet, ob mit Enteignung durch den Staat oder mit Nicht-Verlängerung des Pachtvertrages, der zum Jahre 1970 ausläuft, ist ungewiß.

Der Bauer gibt auf. Erst ist er gezwungen, als Arbeiter im Akkord zu arbeiten. Heute ist er Angestellter bei der Kirche und trägt morgens noch Zeitungen aus, um etwas dazu zu verdienen; denn drei der vier Kinder sind noch in der Ausbildung und 2200/2300 DM brutto reichen da nicht.

Heute ist das Land entwässert. Durch die Drainage auf Staatskosten nach dem Bau der Straße durch das Land ist die Bodenqualität gebessert worden. Die Flächen, die nach dem Bau der Straße verblieben sind, werden agrarwirtschaftlich genutzt.

Die Bourgeoisie läßt verbreiten, die Bauern wären selbst schuld. Gründe wie, er sei krank, konnte nicht wirtschaften oder arbeiten usw. werden oft verwendet. Der Bauer war eben krank, der Nachbar hat aufgegeben, weil die Frau Krebs hat, der andere Bauer im Dorf, weil er keine Frau gefunden hat. Für diese „Argumente" der Bourgeoisie scheint einiges zu sprechen: denn ein anderer Bauer im Dorf mit 20 ha ist noch Bauer. Ihm scheint es nicht schlecht zu gehen. Er hat guten Boden. Weiter hat er noch z.B. die Kartoffeln mit vielen Arbeitskräften gesammelt, als schon lange andere mit Kartoffelvollerntern arbeiteten.

Nur mit einem Mehr an Arbeitskraft und gutem Boden kann der 20 ha-Bauer sich halten. Neue Maschinen kann er sich auch nicht leisten.

Bei der Landwirtschaftszählung und Bodennutzungserhebung im Mai 79 geben die acht befragten Bauern in einem Dorf auf der Geest als Arbeitszeiten an: Von den Betriebsinhabern einer 50 bis 59 Stunden, zwei 60 bis 69 Stunden, zwei 70 bis 79 Stunden, drei 80 bis 89 Stunden die Woche. Drei der Höfe haben 20 bis 30 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche, vier haben zwischen 30 und 40 ha und einer über 40 ha. Die Ehefrauen arbeiten im Betrieb und Haushalt zusammen: eine 50 bis 59 Stunden, vier 70 bis 79 Stunden, zwei 80 bis 89 Stunden und eine 90 Stunden in der Woche.

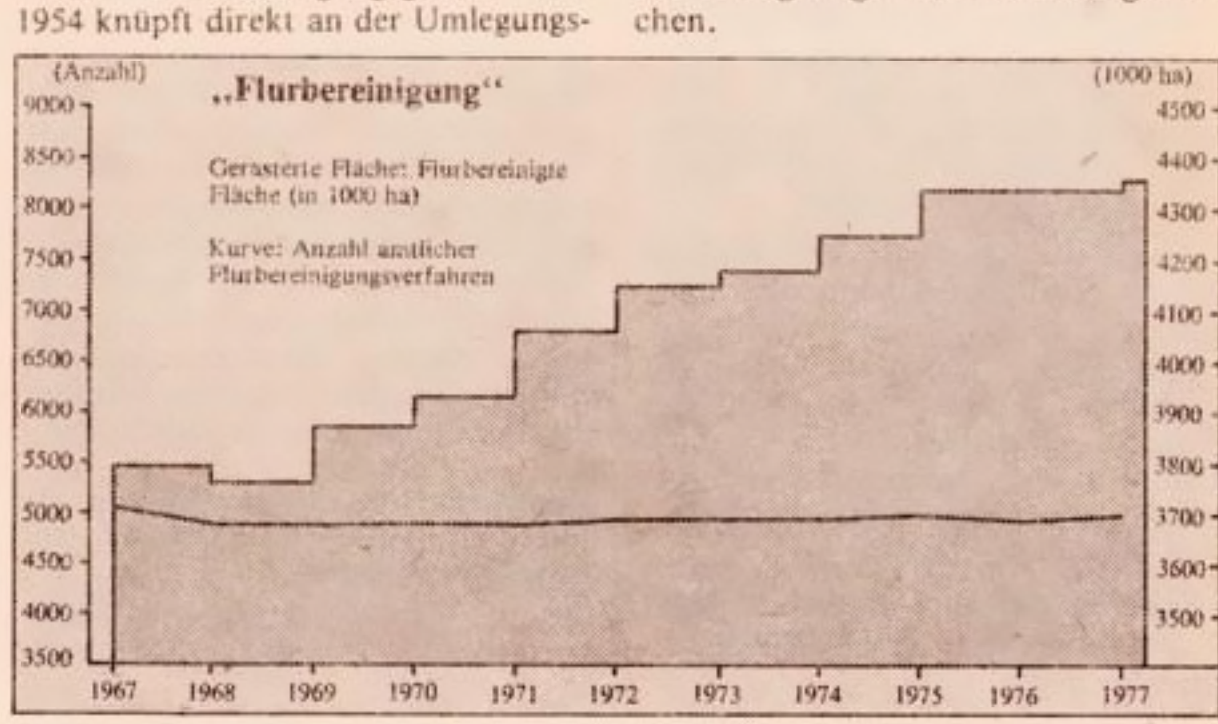
Im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten von den Ehefrauen zwischen 20 und 40 Stunden zwei, 40 bis 50 Stunden fünf Frauen. Eine gibt 60 bis 70 Stunden wöchentlichen Arbeitsaufwand im Betrieb an.

## Geschichte der Flurbereinigung – Landraub in großem Stil

*z.bil.* Die beginnende Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion im 19. Jahrhundert brachte die vollständige Durchsetzung des Privateigentums an Grund und Boden mit sich. Das Gemeindeeigentum wurde gewaltsam aufgeteilt. Der Gemeindewald hatte die Bedürfnisse des Hofes an Bauholz, Brennholz und Zaunstrecken gedeckt, die Gemeindewiese war die Grundlage der gesamten Viehhaltung gewesen. Von 1800 bis 1900 ging das Weideland von 5,5 Mio ha. auf 2,7 Mio ha zurück. Das Ackerland stieg von 18 Mio auf 25 Mio ha. Gleichzeitig wurde die Kuhzahl etwa verdoppelt, die Milchleistung vervierfacht und die Fleischproduktion versechsfacht. Die Beseitigung der historischen Flurverfassung mit ihren zersplitterten Ackerstücken war sodann das entscheidende Hindernis. Zwischen 1850 und 1886 erließen fast alle Länder (Preußen: 1850; Hessen: 1857; Baden 1856, Bayern 1861 und 1886) entsprechende Gesetze, „wonach die Mehrzahl der Interessenten ohne allen Unterschied des Besitzthums auf die Arrondierung oder Verkoppelung ohne weiteres dringen" konnte.

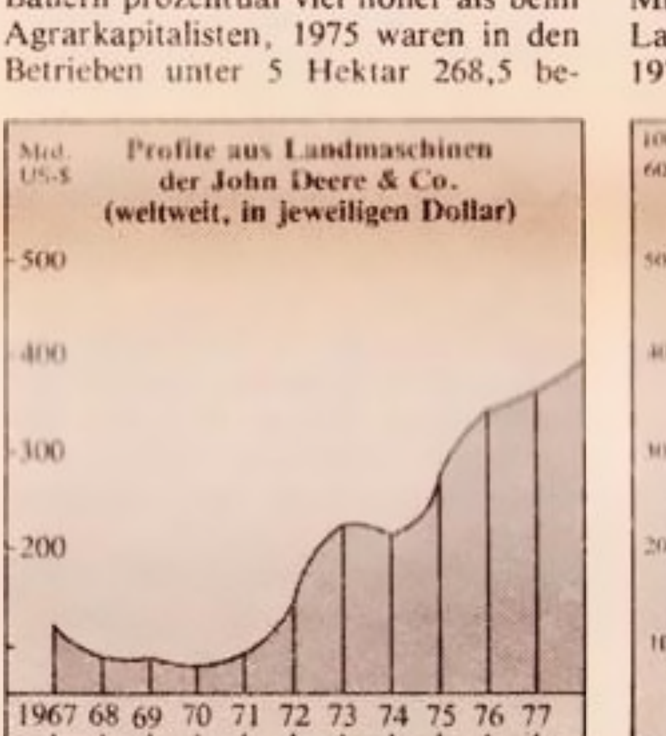
Die erste reichseinheitliche Regelung der Flurbereinigung erfolgte durch die Faschisten 1936 (Umlegungsgesetz) und 1937 (Umlegungsverordnung). „Zersplitterter ländlicher Grundbesitz kann umgelegt werden, wenn eine bessere Bewirtschaftung der Grundstücke mehrerer Eigentümer ... ermöglicht wird." (UmlegungsVO) Die Bauern wurden zu einer „Teilnehmergemeinschaft" gezwungen, die „die gemeinschaftlichen Anlagen herzustellen und zu unterhalten hatte" (§19 UmlegVO), von denen „Beiträge erhoben und Hand- und Spanndienste gefordert wurden" (§20)! Ländliche Grundstücke in großem Umfang konnten für den „Aufbau neuer Unternehmungen" (§57) oder für die Verkehrs- und Transportbedürfnisse (Eisenbahnen, Reichsautobahnen, Wege) (§74) enteignet werden.

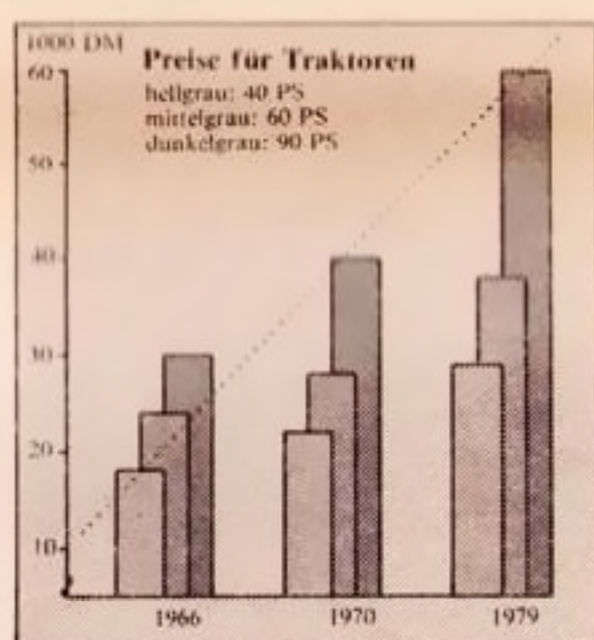
Das Flurbereinigungsgesetz von 1954 knüpft direkt an der Umlegungsverordnung der Faschisten an und übernimmt sie weitgehend. 1976 wird das Gesetz erneut geändert. Konnte nach dem Gesetz von 1954 die Enteignung „erst" durchgeführt werden, wenn der Plan im Enteignungsverfahren *festgestellt* war, so nach der Gesetzesänderung von 1976, wenn das Verfahren *eingeleitet* ist (§87 FlurbereinigungsG). Neu eingefügt ist, daß die Tatsache der Enteignung erst bekannt gemacht werden darf, wenn keine Rechtsmittel dagegen mehr möglich sind. Als „vereinfachtes Verfahren", d.h. Sonderverfahren kann die Enteignung durchgeführt werden, „wenn die Flurbereinigungsbehörde es für erforderlich hält und das Interesse der Beteiligten für gegeben hält." Die Regelung über die Höhe der Geldentschädigung bei Enteignungen ist ersatzlos gestrichen.




## Einsatz größerer Landmaschinen – die Kapitalisten verdienen sich dumm und dämlich

*z.doj.* 1960 hatten noch 71% der in der BRD verkauften Schlepper weniger als 34 PS Leistung. Bis 1971 besaßen von den 250000 Bauern mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 10 bis 20 ha immer noch die Hälfte Schlepper mit einer Stärke von nur 25 – 34 PS, während bereits 3149 Großbauern mit über 100 ha Land zusammen 96900 Schlepper mit über 50 PS einsetzten. Diese Entwicklung änderte sich innerhalb der nächsten zwei Jahre rasant: 1974 besaßen 75% der Bauern Schlepper mit mehr als 50 PS. Die Agrarkapitalisten konnten billiger produzieren als die Bauern, dies zwang die Bauern zu Maschinenkäufen, um ihre Produktion zu steigern und die individuellen Herstellungskosten zu senken. Dabei werden sie von den Landmaschinenkapitalisten und vom Bankkapital in die Zange genommen: Woher soll ein Kleinbauer, der ein Standardbetriebseinkommen von unter 30000 DM jährlich hat – 1977/78 waren das 46% aller Vollerwerbsbetriebe – 60000 DM für einen neuen Schlepper nehmen? Das durchschnittliche Nettoeinkommen liegt für diesen Bauern bei 1025 DM im Monat. Er muß einen Kredit bei der Bank aufnehmen. 1973 betrug das durchschnittliche Restdarlehen 50103 DM je landwirtschaftlichem Haushalt. (Wirtschaft und Statistik 6/75), heute macht die Verschuldung pro Hektar rund 3000 DM aus. Die Ausgaben für Maschinen sind beim Bauern prozentual viel höher als beim Agrarkapitalisten, 1975 waren in den Betrieben unter 5 Hektar 268,5 betriebseigene Schlepper je 1000 ha landwirtschaftliche Fläche im Einsatz, in Betrieben mit über 50 Hektar nur 39,0 Schlepper. – So kommt es, daß der Bauer zunehmend auch noch einen Teil seines Erlöses aus den landwirtschaftlichen Erzeugnissen an den Lohnunternehmer wegzahlen muß, wenn er für spezielle, nur einmal jährlich anfallende Arbeiten sich nicht die notwendige Maschinerie leisten kann: mit der Gründung der ersten Maschinenringe 1966 hat sich die Zahl der Mitglieder von 4600 mit 165000 ha Land auf 10900 mit 433000 ha Land 1974 erhöht.



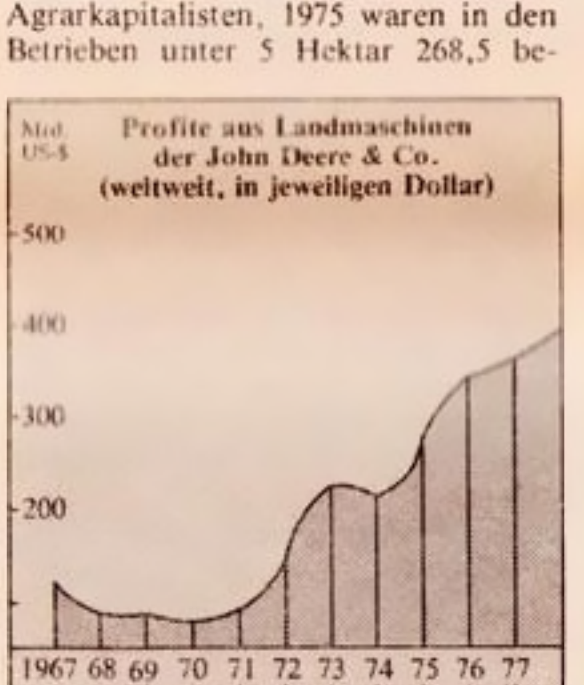

Spezialisierung in der Landwirtschaft –

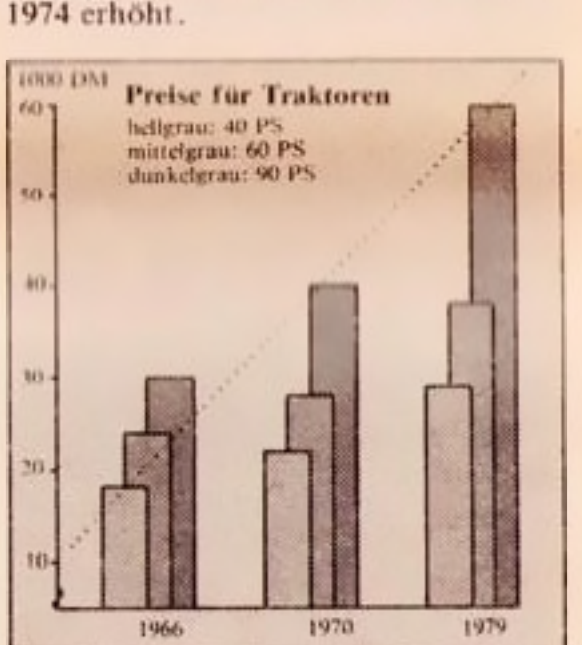
telt den Zuchtfortschritt zu Kosten von

Bauer zunehmend auch noch einen Teil seines Erlöses aus den landwirtschaftlichen Erzeugnissen an den Lohnunternehmer wegzahlen muß, wenn er für spezielle, nur einmal jährlich anfallende Arbeiten sich nicht die notwendige Maschinerie leisten kann: mit der Gründung der ersten Maschinenringe 1966 hat sich die Zahl der Mitglieder von 4600 mit 165000 ha Land auf 10900 mit 433000 ha Land 1974 erhöht.

z.doj. 1960 hatten noch 71% der in der BRD verkauften Schlepper weniger als 34 PS Leistung. Bis 1971 besaßen von den 250000 Bauern mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 10 bis 20 ha immer noch die Hälfte Schlepper mit einer Stärke von nur 25 – 34 PS, während bereits 3149 Großbauern mit über 100 ha Land zusammen 96900 Schlepper mit über 50 PS einsetzten. Diese Entwicklung änderte sich innerhalb der nächsten zwei Jahre rasant: 1974 besaßen 75% der Bauern Schlepper mit mehr als 50 PS. Die Agrarkapitalisten konnten billiger produzieren als die Bauern, dies zwang die Bauern zu Maschinenkäufen, um ihre Produktion zu steigern und die individuellen Herstellungskosten zu senken. Dabei werden sie von den Landmaschinenkapitalisten und vom Bankkapital in die Zange genommen: Woher soll ein Kleinbauer, der ein Standardbetriebseinkommen von unter 30000 DM jährlich hat – 1977/78 waren das 46% aller Vollerwerbsbetriebe – 60000 DM für einen neuen Schlepper nehmen? Das durchschnittliche Nettoeinkommen liegt für diesen Bauern bei 1025

DM im Monat. Er muß einen Kredit bei der Bank aufnehmen. 1973 betrug das durchschnittliche Restdarlehen 50103 DM je landwirtschaftlichem Haushalt. (Wirtschaft und Statistik 6/75), heute macht die Verschuldung pro Hektar rund 3000 DM aus. Die Ausgaben für Maschinen sind beim Bauern prozentual viel höher als beim Agrarkapitalisten, 1975 waren in den Betrieben unter 5 Hektar 268,5 be-





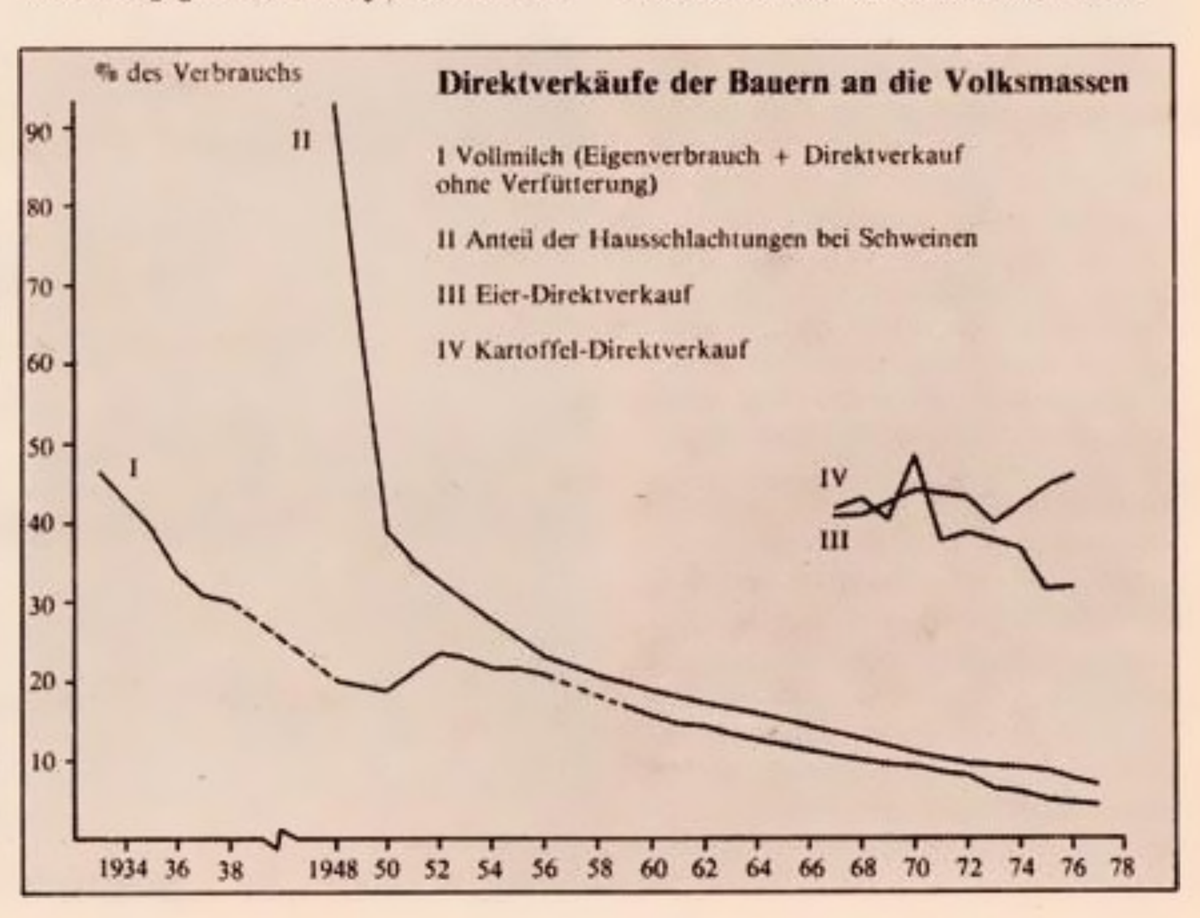
## Spezialisierung in der Landwirtschaft – Direktverkäufe Bauern-Volksmassen sinken

*z.mee.* Von den 1,98 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben vor 30 Jahren – die Mehrzahl war kleiner als 10 ha – hatten 1,85 Mio. Bauern sowohl Rinder, Pferde, Schafe als auch Schweine und (oder) Ziegen, und fast ebensoviele hatten Hühner. Pferde und viele Rinder dienten als Zugtiere. Der Überschuß über den Eigenbedarf an Eiern, Geflügel, Gemüse, Kartoffeln wurde über die Wochenmärkte verkauft. Das Vieh wurde selbst geschlachtet oder zum Schlachter gebracht. Nur 70% der erzeugten Milch wurde an die Molkerei geliefert, 10% wurden verfüttert und 20% selbst verbraucht oder an die Nachbarn verkauft. Das Getreide wurde zum überwiegenden Teil selbst eingelagert, gemahlen und an die Tiere verfüttert. Kartoffeln wurden gedämpft und an die Schweine verfüttert.

Heute gibt es 957900 Bauern weniger als 1949. Die meisten der übriggebliebenen haben sich spezialisieren müssen und die Produktion in ein oder zwei Betriebszweigen ungeheuer ausdehnen müssen. Ein Bauer, der 1949 noch 6 oder 7 Kühe hatte, braucht heute 30 Kühe, besser sind 40 bis 50 Kühe, wenn er und seine Familie davon leben wollen. An verschiedensten Stellen des Produktionsprozesses sind industrielle Kapitalisten dazwischengetreten.

*Der Landmasehinenkapitalist:* Mit Eimermelkanlage hat der Bauer den Kuhbestand verdoppelt, es folgt der Einbau einer Entmistungs-, Absaug- und Kühlanlage. Heute wären Laufstall, Güllebehälter und Melkstand notwendig, um die erforderliche Kuhzahl mit der Familie betreuen zu können. Zur Gewinnung von Gras und Heu kauft der Bauer neben 2 Traktoren Geräte zur Saat, Düngung, Pflege, zum Mähen, Kehren, Pressen usw. *Der Chemiekapitalist:* Der Aufwand an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln beträgt inzwischen ca. 500 DM je ha. *Der Futtermittelkapitalist:* Er liefert das Kraftfutter, mit dem die Kuh inzwischen zu über zwei Drittel gefüttert wird. *Die Pharmazeutische Industrie:* Tierarzt, Medikamente und Desinfektionsmittel werden um so notwendiger, je höher die Leistung der Tiere ist. *Die Besamungsgenossenschaft:* Sie vermittelt den Zuchtfortschritt zu Kosten von 30 bis 800 DM pro Besamung. *Die Molkerei:* Sie zahlt ca. 0,58 DM je Ltr. Milch an den Bauern. *Die Centrale Marketing- und Absatzorganisation (CMA):* Sie behält über die Molkerei 0,1 Pfg. je Liter Milch für Werbungszwecke ein. *Der Groß- und Einzelhandelskapitalist:* Er verkauft die Milch für ca. 1,10 DM je Ltr.

Der Anteil der Lebensmittelausgaben der Arbeiterhaushalts am Lohn steigt ständig, der Anteil der Erzeugerpreise am Lebensmittelpreis fällt. Dem Bauern ist es bei Strafe verboten, seine Milch direkt zu verkaufen. Trotzdem schafft die Bourgeoisie es immer weniger, den Direkthandel zwischen Arbeiter und Bauer zu unterbinden, vor allem bei gut lager- und transportfähigen Produkten wie Kartoffeln oder Eier.



## Belgische Bourgeois: Lohn senken! Arbeitstag verlängern!

*z.zik.Brüssel.* „Der Belgier ist Arbeiter, und er hat die stärkste Produktivität der Welt. Das ist unser einziger Trumpf." Der sich so in der Sonne der Meisterschaft bei der Schweißauspressung räkelt, ist D. Janssen, Vorsitzender der „Föderation der belgischen Unternehmer". Mit diesem Trumpf in der Hinterhand gedenkt die belgische Finanzbourgeoisie den Kampf der Arbeiterklasse für Verkürzung des Arbeitstages zu konterkarieren.

**In hartnäckig geführten Kämpfen haben die belgischen Arbeiter in den letzten Jahren die tarifvertragliche Kürzung der Wochenarbeitszeit auf 39, 38 und weniger Stunden durchgesetzt; die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller belgischen Beschäftigten lag – nach einer Untersuchung der EG – 1977 bei 37,1 Stunden, in Westdeutschland bei 42,1, in Frankreich bei 41,7, in Italien bei 41,6 (1976) und in Britannien bei 42,3 Stunden.**

Durch den Kampf der Arbeiterklasse bei der Profitproduktion mittels absoluter Verlängerung des Arbeitstages eingeschränkt, haben die belgischen Bourgeois die innere Ausweitung des Teils des Arbeitstages, den sie für sich beanspruchen, durch Intensivierung der Arbeit wie kaum andere betrieben. Am Beispiel der Stahlindustrie:

**Rohstahl- und Walzstahlproduktion in Tonnen pro Beschäftigtem**

| | 1977 | 1978 | Veränderung in % |
|---|---|---|---|
| EG | 307,9 | 351,8 | + 14,2 |
| BRD | 323,4 | 373,8 | + 15,5 |
| F | 257,9 | 319,1 | + 23,7 |
| GB | 197,1 | 211,3 | + 7,2 |
| I | 435,7 | 510,3 | + 17,1 |
| B | 399,4 | 465,2 | + 14,2 |

Quelle: Eurostat

Diese hohe Auspressung der belgischen Stahlarbeiter ist fast ausschließlich einer hohen Intensität der Arbeit geschuldet: Die Maschinerie in der belgischen Stahlindustrie ist im Vergleich zu der der Konkurrenten veraltet. In der Anwendung von Schichtarbeit stehen die belgischen Bourgeois mit 18,7% aller Beschäftigten an dritter Stelle in der EG – Warum sollte sich diese Position nicht, so das Kalkül der gefuchsten Ausbeuter, unter einer Kampagne für Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung von Arbeitsplätzen ausbauen lassen?

Fabrimetal, der größte belgische Kapitalistenverband, hat jüngst sein Programm dazu veröffentlicht. Den Kapitalisten von Fabrimetal schwillt der Hals vor Gier nach Lohnraub, Raubbau an der Arbeitskraft der belgischen Arbeiterklasse und unbeschränkter Ausdehnung des Arbeitstages: – Ausweitung der Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit, der Teilzeitarbeit und Kombination miteinander und – Verlängerung des Arbeitstages sind die

EG ........ 307,9 351,8 + 14,2
BRD ....... 323,4 373,8 + 15,5
F ......... 257,9 319,1 + 23,7
GB ........ 197,1 211,3 + 7,2
I ......... 435,7 510,3 + 17,1
B ......... 399,4 465,2 + 14,2

Quelle: Eurostat

Diese hohe Auspressung der belgischen Stahlarbeiter ist fast ausschließlich einer hohen Intensität der Arbeit geschuldet: Die Maschinerie in der belgischen Stahlindustrie ist im Vergleich zu der der Konkurrenten veraltet. In der Anwendung von Schichtarbeit stehen die belgischen Bourgeois mit 18,7% aller Beschäftigten an dritter Stelle in der EG – Warum sollte sich diese Position nicht, so das Kalkül der gefuchsten Ausbeuter, unter einer Kampagne für Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung von Arbeitsplätzen ausbauen lassen?

Fabrimetal, der größte belgische Kapitalistenverband, hat jüngst sein Programm dazu veröffentlicht. Den Kapitalisten von Fabrimetal schwillt der Hals vor Gier nach Lohnraub, Raubbau an der Arbeitskraft der belgischen Arbeiterklasse und unbeschränkter Ausdehnung des Arbeitstages: – Ausweitung der Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit, der Teilzeitarbeit und Kombination miteinander und – Verlängerung des Arbeitstages sind die
Hauptforderungen.

Bereits nach der jetzt gültigen gesetzlichen Arbeitszeitordnung, die formell den Achtstundentag und die 40-Stundenwoche festlegt, können die Kapitalisten fast unbegrenzt den Normalarbeitstag überschreiten. „... um eine schwerwiegende Behinderung des normalen Gangs des Fabrikbetriebs abzuwenden" oder für „Arbeiten, die aufgrund ihrer Natur nicht unterbrochen werden können", kann der Arbeitstag verlängert und beliebig gelegt werden. Darüber hinaus visiert Fabrimetal das Einreißen jeglicher Schranken des Arbeitstages an: Man müsse „gesetzliche Lasten und Tabus eliminieren" und „die Arbeitszeit nicht in Stunden/Woche, sondern in Stunden ... pro Arbeiterleben ausdrücken." – Man sieht sie förmlich rechnen. Könnte man einen Arbeiter zur Verlängerung des Arbeitstages sage von acht auf zehn Stunden bringen oder ihn in acht Stunden die Lebenskraft eines 10-Stundentags verausgaben lassen, was 20% macht, so könnte man ihn für den Lohn von 40 Jahren den Mehrwert von 50 Jahren Arbeit schaffen lassen und seine Lebenszeit restlos in Arbeitszeit für den Kapitalisten verwandeln. Oder könnte man mittels Teilzeitarbeit ihm in sechs Stunden die Lebenskraft eines 8-Stundentags herauspressen, so wäre das schon nach 47 ½ Jahren erreicht. Das ist der Sinn der „Verkürzung der Lebensarbeitszeit".

Ungefährlich ist das Programm der Kapitalisten nicht. Es kann Wirkung zeigen, solange die Forderung nach Verkürzung des gesetzlichen Normalarbeitstages und Verbot jeglicher Verletzung in der Arbeiterbewegung nicht geklärt ist.

# Wem nützt das Lohnzulagensystem?

## Untersuchung der außertariflichen Zulagen in einer Druckerei

*r.kea.* Im Durchschnitt liegen die Löhne der Industriearbeiter über den tariflich vereinbarten Sätzen. Sowohl sehen sich die Kapitalisten gezwungen, als auch sind sie dazu in der Lage, vielen Arbeitern einen Preis für deren Arbeitskraft zu zahlen, der über dem liegt, was die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zur gleichen Zeit in der Lage war, als allgemeinen Standard für eine ganze Branche bzw. einen Industriezweig zu erkämpfen. Während der einzelne Arbeiter oft froh sein muß, daß sein Lohn ein gutes Stück über der tariflich sicheren Höhe liegt, einfach weil der *das* Geld für sich und seine Familie zum Leben braucht, ist es für die Arbeiterklasse insgesamt schlecht, daß eine (in manchen Branchen sehr große) Kluft zwischen Tariflohn und Effektivlohn besteht. Die Kapitalistenklasse will diesen Zustand aufrechterhalten und nach Möglichkeit noch ausbauen, um den tariflich erkämpften Lohnstandard bedeutungslos zu machen, die Arbeiterklasse in hilflose Gruppen zu spalten und ihrer Willkür unterwerfen zu können.

**Durchschnittliche Stundenlöhne in der BRD (Produzierendes Gewerbe einschließlich Baugewerbe)**

| | Tariflohn (DM) | Effektivlohn (DM) | Differenz (Pfennig) |
|---|---|---|---|
| 1965 | 3,83 | 3,95 | 12 |
| 1966 | 4,09 | 4,24 | 15 |
| 1967 | 4,26 | 4,30 | 04 |
| 1968 | 4,46 | 4,69 | 23 |
| 1969 | 4,77 | 5,14 | 37 |
| 1970 | 5,50 | 6,00 | 50 |
| 1971 | 6,28 | 6,65 | 37 |
| 1972 | 6,83 | 7,29 | 46 |
| 1973 | 7,53 | 8,11 | 58 |
| 1974 | 8,48 | 9,04 | 56 |
| 1975 | 9,25 | 9,73 | 48 |
| 1976 | 9,83 | 10,53 | 70 |
| 1977 | 10,57 | 11,23 | 66 |
| 1978 | 11,20 | 11,85 | 65 |

Wie die Kapitalisten das System der Lohnzulagen zu ihrem Nutzen anwenden, zeigt das Beispiel der hannoverschen Druckerei Grütter, die mit etwas über 100 Beschäftigten 1978 einen Jahresumsatz von 14 Millionen DM hatte. Obwohl die Löhne teilweise erheblich über Tarif liegen, kommen hier gerade die untersten Lohngruppen (Lohngruppen I bis III für Hilfskräfte), das sind im wesentlichen die Frauen in der Buchbinderei, fast gar nicht über den Tarif hinaus, höchstens um Pfennigbeträge. Dafür gibt es innerhalb dieser drei Lohngruppen noch zusätzliche Altersstufen, so daß von 6,07 DM pro Stunde bis 9,21 DM pro Stunde insgesamt 12 Tariflöhne in drei Lohngruppen möglich sind.

1967 4,26 4,30 04
1968 4,46 4,69 23
1969 4,77 5,14 37
1970 5,50 6,00 50
1971 6,28 6,65 37
1972 6,83 7,29 46
1973 7,53 8,11 58
1974 8,48 9,04 56
1975 9,25 9,73 48
1976 9,83 10,53 70
1977 10,57 11,23 66
1978 11,20 11,85 65

Wie die Kapitalisten das System der Lohnzulagen zu ihrem Nutzen anwenden, zeigt das Beispiel der hannoverschen Druckerei Grütter, die mit etwas über 100 Beschäftigten 1978 einen Jahresumsatz von 14 Millionen DM hatte. Obwohl die Löhne teilweise erheblich über Tarif liegen, kommen hier gerade die untersten Lohngruppen (Lohngruppen I bis III für Hilfskräfte), das sind im wesentlichen die Frauen in der Buchbinderei, fast gar nicht über den Tarif hinaus, höchstens um Pfennigbeträge. Dafür gibt es innerhalb dieser

Außer in der Buchbinderei gibt es Hilfsarbeiterlohngruppen nur noch im Drucksaal, beim Hilfspersonal an den Druckmaschinen. Während in der Buchbinderei fast nur Frauen arbeiten, sind die Hilfskräfte an den Druckmaschinen ausschließlich Männer, die in Lohngruppe V eingestuft sind (mit Stundentarifen zwischen 8,40 und 9,88 DM, je nach Alter). Ab 21 Jahre liegen hier alle Hilfsarbeiter tariflich auf der gleichen Stufe, und die Zulagenunterschiede werden wieder wichtiger. Es gibt im Drucksaal Lohnunterschiede zwischen dem Facharbeitertarif der Drucker und dem Hilfspersonal-Tarif der Lohngruppe V, zum zweiten gewisse Zulagenunterschiede innerhalb beider Tarife, die bereits größer sind als etwa in der Buchbinderei, und zum dritten eine betriebliche Zulage an der Vierfarbenmaschine von 3 DM für den Drucker und 1,50 DM für den Hilfsarbeiter. Die Zulagen an der Vierfarbenmaschine sind die höchsten und bringen gleichzeitig dem Kapitalisten das meiste ein. Für diese Zulage müssen ein Drucker und ein Hilfsarbeiter die Vierfarbenmaschine allein bedienen und auf die Regelung verzichten, daß je ein Drucker und ein Hilfsarbeiter für zwei Druckwerke einzusetzen ist. Hinzu kommt, daß die Vierfarbenmaschine in Tag- und Nachtschicht rund um die Uhr läuft, was oft über Monate für Drucker und Hilfsarbeiter heißt: Zwölfstundenschicht im Wechsel. Die Kapitalisten holen also aus der Arbeitskraft der Vierfarbenmannschaft das Doppelte der normalen Leistung heraus, wogegen sich Zulagen und Überstundenzuschläge vergleichsweise harmlos ausnehmen. Was kümmert sie der körperliche Verschleiß der Arbeiter und die Tatsache, daß früher oder später die Arbeiter herausfallen aus diesem Arbeitsrhythmus und manche sogar kündigen, solange sich andere Arbeiter gezwungen sehen, um des höheren Lohns willen zu diesen Bedingungen zu arbeiten.

Die größte Spanne zwischen Tariflöhnen und tatsächlich gezahlten Löhnen besteht in der Druckformherstellung, z.B. in der Offsetmontage. Obwohl hier praktisch alle Arbeiter unter den 1. Facharbeitertarif mit einem

zwei Druckwerke einzusetzen ist. Hinzu kommt, daß die Vierfarbenmaschine in Tag- und Nachtschicht rund um die Uhr läuft, was oft über Monate für Drucker und Hilfsarbeiter heißt: Zwölfstundenschicht im Wechsel. Die Kapitalisten holen also aus der Arbeitskraft der Vierfarbenmannschaft das Doppelte der normalen Leistung heraus, wogegen sich Zulagen und Überstundenzuschläge vergleichsweise harmlos ausnehmen. Was kümmert sie der körperliche Verschleiß der Arbeiter und die Tatsache, daß früher oder später die Arbeiter herausfallen aus diesem Arbeitsrhythmus und manche sogar kündigen, solange sich andere Arbeiter gezwungen sehen, um des höheren Lohns willen zu diesen Bedingungen zu arbeiten.

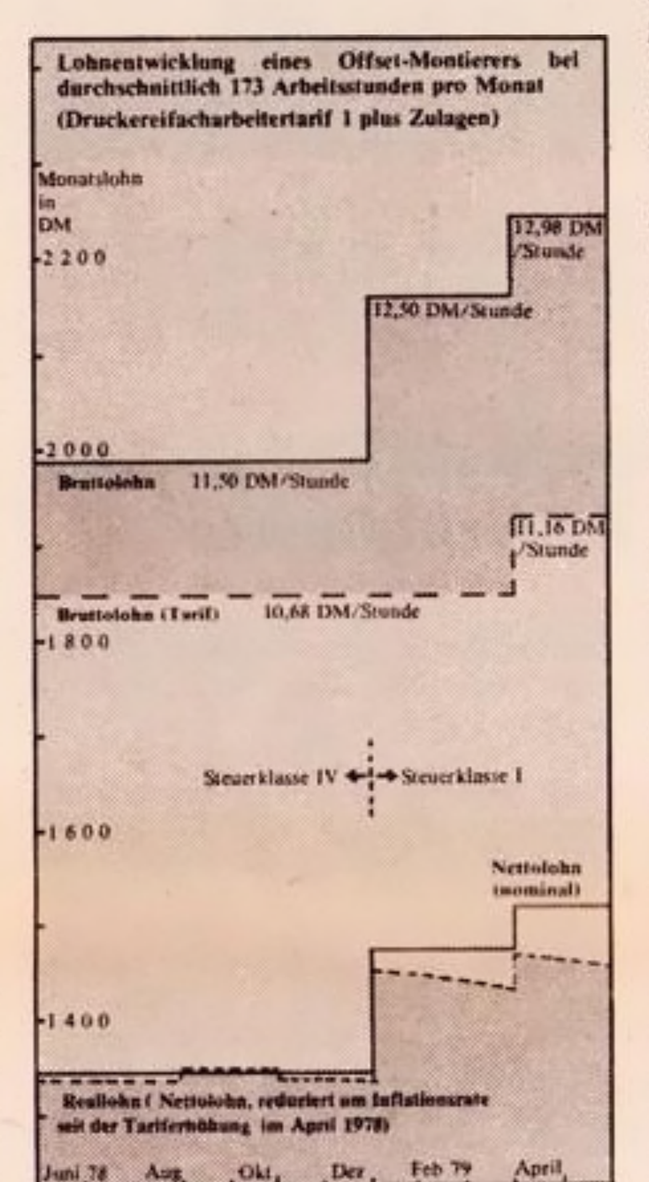
Die größte Spanne zwischen Tariflöhnen und tatsächlich gezahlten Löhnen besteht in der Druckformherstellung, z.B. in der Offsetmontage. Obwohl hier praktisch alle Arbeiter unter den 1. Facharbeitertarif mit einem

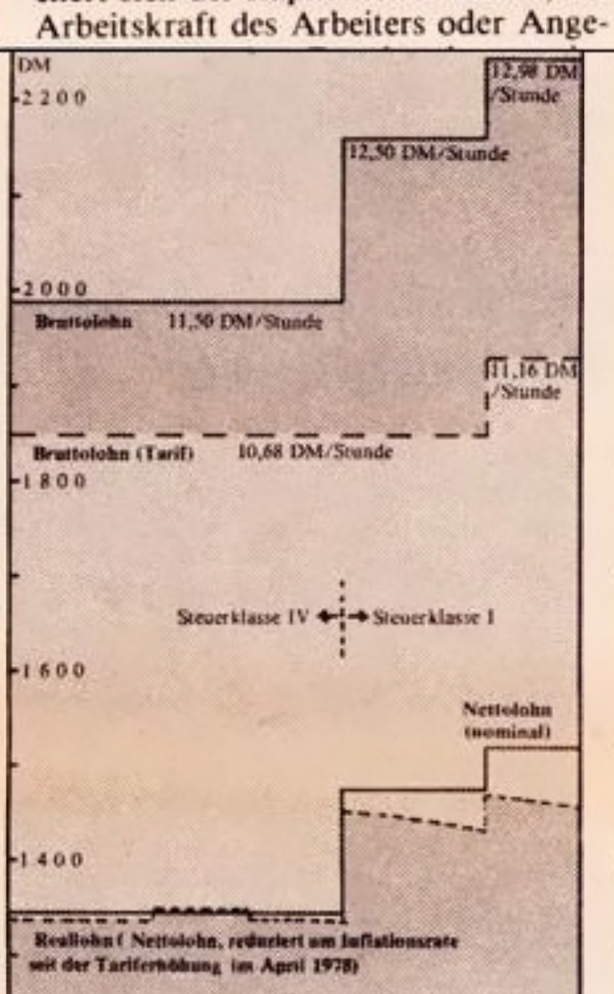
**Wirtschaftszahlen des untersuchten Druckbetriebes (ca. 100 Beschäftigte)***

| | 1977 (DM) | 1978 (DM) | Steigerung |
|---|---|---|---|
| Umsatz | 11,96 Mio. | 14 Mio. | 17% |
| Beschäftigte | · | · | 12,5% |
| Umsatz/Beschäftigten | · | · | 4% |
| Gewinn/Beschäftigten | 3300 DM | 3800 DM | 15% |
| Gewinn | · | · | 29,5% |
| Gesamtpersonalausgaben | 4,7 Mio. | 5,6 Mio. | 19% |

* Zahlenangaben nach dem mündlichen Geschäftsbericht der Druckerei Grütter (Hannover) und nach eigenen Berechnungen. Die Gewinnangaben sind als untertrieben zu betrachten, da in der Regel Ersatzinvestitionen für Maschinenabschreibung davon abgezogen werden und weil z.B. die Einkommen der Kapitalinhaber unter Personalausgaben verbucht werden. Es fällt überhaupt auf, daß nach diesen Angaben der Personalausgabensatz bei jährlich rund 56000 DM pro Kopf liegt, was weit über den durchschnittlichen Arbeiterbruttolöhnen liegt, die auf maximal 30000 DM zu schätzen sind.

Ecklohn von 11,16 DM pro Stunde fallen, reichen die tatsächlich gezahlten Stundenlöhne von rund 13 DM bis über 16 DM mit Spannen zwischen den einzelnen Arbeitern von 50 Pfennigen bis einer Mark. Das Zulagensystem, obwohl nicht offiziell formuliert und vereinbart, wie etwa im Lohnrahmentarifvertrag II in der Metallindustrie, ist hier am systematischsten durchgeführt und entfaltet entsprechend seine spaltende und zersetzende Wirkung auf die Arbeiter.



Für die Kapitalisten sind die Zulagen Mittel, die Arbeiter anzutreiben und aus ihnen die Höchstleistung herauszupressen. Da der Ausbeutungsgrad bestimmt ist durch das Verhältnis von produziertem Mehrwert zum Lohn (wobei der Mehrwert die Differenz zwischen vom Arbeiter produziertem Neuwert und dem Wert seiner Arbeitskraft, dem Lohn, ist), rechnen sich die Kapitalisten beim Zulagensystem insgesamt auch einen höheren Ausbeutungsgrad durch intensivere Anwendung der Arbeitskraft aus. Tatsächlich gab die Geschäftsleitung auf der letzten Betriebsversammlung eine Steigerung der Gewinne pro Kopf der Beschäftigten von rund 15 % im Jahr 1978 gegenüber 1977 bekannt. Da gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um 12,5 % gestiegen ist, stieg nach den zur Verfügung stehenden Zahlen der Gesamtgewinn um 29,5 %! Die „Gesamtpersonalausgaben" stiegen im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 5,7 %. – Während 1977 pro Beschäftigten 6600 DM investiert wurden, ist für 1979 geplant, 23000 DM pro Beschäftigten zu investieren. Die geplanten Investitionen, die teilweise allerdings durch Kreditaufnahme finanziert werden, können als Versprechen der Kapitalisten aufgefaßt werden, was sie aus den Arbeitern in den nächsten Jahren allein für die Rückzahlung der Kredite herausholen wollen.

Wer also profitiert von dem Zulagensystem? Der Kapitalist. Für die Arbeiter kommt es darauf an, daß in Vorbereitung der nächsten Tarifbewegung schon auf Abteilungsebene mit Hilfe der gewerkschaftlichen Körperschaften Lohnforderungen entwickelt werden, die die gegenwärtige Aufspaltung abbauen helfen und bereits durchgesetzte Zulagen tariflich sichern.

Lohnsumme – Lohnsummenverteilung ( III )
Entlohnung nach 'Leistung'

Gegen Zahlung des Arbeitslohnes sichert sich der Kapitalist das Recht, die Arbeitskraft des Arbeiters oder Ange-

stungssprung auf, freilich nur, damit die gleiche Qual auf höherer Stufenleiter fortgesetzt werde. In der industriel-

gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um 12,5 % gestiegen ist, stieg nach den zur Verfügung stehenden Zahlen der Gesamtgewinn um 29,5 %! Die „Gesamtpersonalausgaben" stiegen im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 5,7 %. – Während 1977 pro Beschäftigten 6600 DM investiert wurden, ist für 1979 geplant, 23000 DM pro Beschäftigten zu investieren. Die geplanten Investitionen, die teilweise allerdings durch Kreditaufnahme finanziert werden, können als Versprechen der Kapitalisten aufgefaßt werden, was sie aus den Arbeitern in den nächsten Jahren allein für die Rückzahlung der Kredite herausholen wollen.

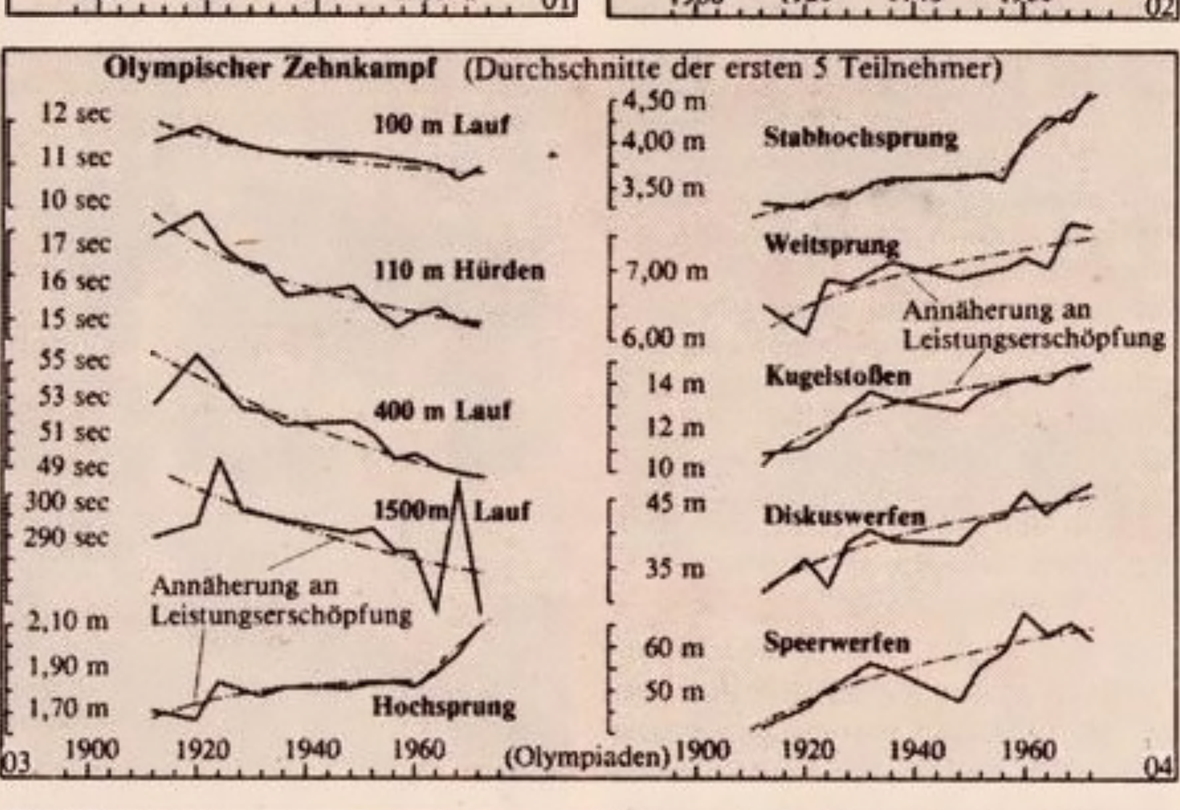
Wer also profitiert von dem Zulagensystem? Der Kapitalist. Für die Arbeiter kommt es darauf an, daß in Vorbereitung der nächsten Tarifbewegung schon auf Abteilungsebene mit Hilfe der gewerkschaftlichen Körperschaften Lohnforderungen entwickelt werden, die die gegenwärtige Aufspaltung abbauen helfen und bereits durchgesetzte Zulagen tariflich sichern.

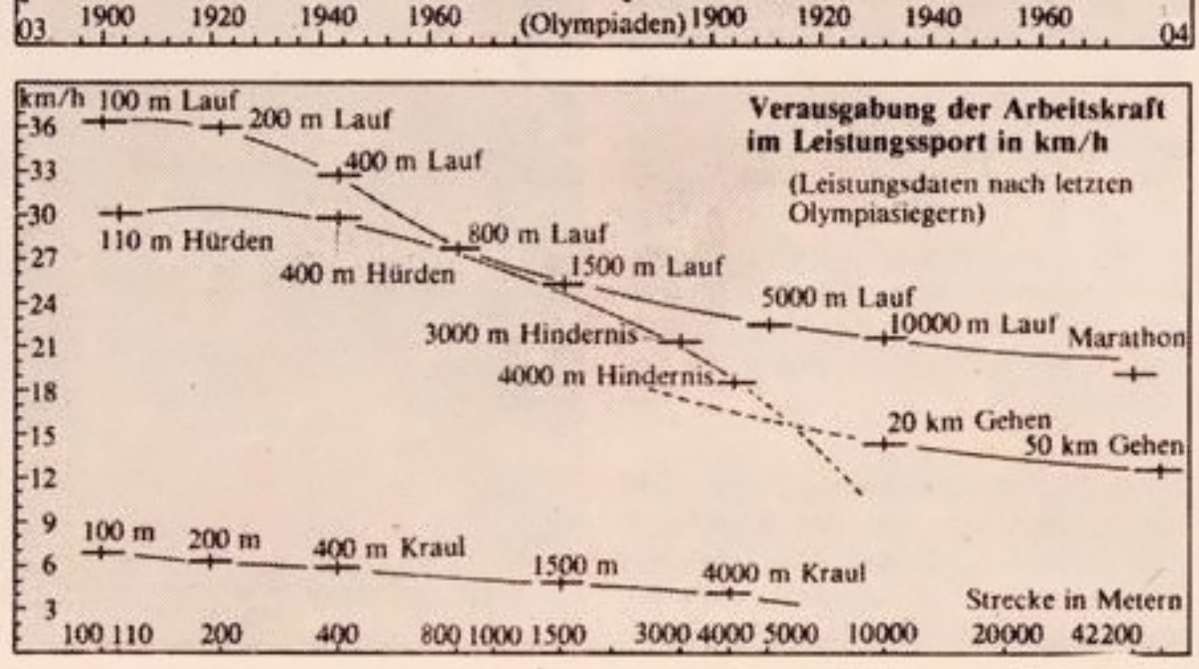
## Lohnsumme – Lohnsummenverteilung ( III )

### Entlohnung nach 'Leistung'

Gegen Zahlung des Arbeitslohnes sichert sich der Kapitalist das Recht, die Arbeitskraft des Arbeiters oder Angestellten für seine Zwecke eine vereinbarte Zeitlang wirken zu lassen. Er bezahlt nicht die Leistung des Arbeiters oder Angestellten, sondern deren Reproduktionskosten ( und auch die nur, wenn man ihn durch gewerkschaftlichen Kampf dazu nötigt ). Egal ob aussertarifliche persönliche Leistungszulage, Prämiensystem oder auch direkter Akkord. Diese Lohnformen bezwecken ausschließlich, den Arbeitslohn in einen tariflich sicheren Teil, der nicht ausreicht, und in einen Teil, der notwendig ist, aber bloß gezahlt wird, wenn eine besondere 'Leistung' erbracht wird, aufzuspalten. Nicht etwa wird die 'Leistung' bezahlt, sondern die Bezahlung der Reproduktionskosten wird von der Erbringung einer Sonderleistung, die nicht bezahlt wird, abhängig gemacht. – Die besten Daten über das 'Leistungsverhalten' des menschlichen Körpers erhält man aus dem 'Leistungssport'. Bleibt die zu verrichtende Tätigkeit im wesentlichen gleich ( 01, 02 ), so sind 20%, 30% Leistungssteigerung bereits viel. Die Leistungskurve nähert sich einem Erschöpfungszustand, während, wie jeder weiß, die Reproduktionskosten dieser Leistungssportler immer rasanter ansteigen und der Lebensabschnitt, in dem sie solche Leistungen vollbringen können, immer schmaler wird und die Folgen für die Gesundheit immer grausamer. Auf dieser Leistungskurve, auf der immer wahnwitzigere Anstrengung eine ständig schrumpfende Leistungssteigerung einbringen, treiben die Kapitalisten die menschliche Arbeit an den Tiefpunkt der Erschöpfung hin. – Treten Veränderungen der Arbeitstechnik und der Arbeitsmittel ein ( 03, 04, Hochsprungtechnik, Stabhochsprungstab ), so tritt ein Leistungssprung auf, freilich nur, damit die gleiche Qual auf höherer Stufenleiter fortgesetzt werde. In der industriellen Produktion, in der Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände und Arbeitstechnik beständig wechseln, sind diese Erschöpfungskurven mit Wachstumskurven bei Einführung neuer Technik dauernd gestückelt, so daß der Vorgang nicht so durchsichtig ist. Die Folgen sind aber genau diese: Sprunghaft steigende Anstrengung der Kräfte, überproportionales Wachstum der Reproduktionskosten, eine gewisse, verhältnismäßig geringfügige Steigerung der Leistung. Da aber die Lasten ganz auf den Arbeiter und Angestellten gehen und der Nutzen ganz auf den Profit des Kapitals, findet diese Verwüstung menschlicher Arbeitskraft andauernd statt. Weiter: Ein Spaziergänger legt 3 km/h zurück. Der Weltrekord im Laufen steht bei über 30 km/h. Mißt man einen 100 m Lauf von 10 Sekunden mit MTM-Methoden, so ist ein Tempo von 30 km/h leicht nachzuweisen. Also läuft der Marathon-Läufer eben ungeschickt, erreicht er doch kaum 20 km/h. Unvermeidlich ergeben sich für einen 8-Stunden-Tag mittlere Zeiten; sogleich entsteht für den Akkordarbeiter die Möglichkeit, vorzuarbeiten und 'Pausen' zu machen. Der tatsächlich erwirkte Grad der Erschöpfung ist meist erst im frühen Ruin der Gesundheit festzustellen. – Dies sind in ungefähr die Gründe, aus denen wir in unserem Programm das Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme fordern. Im Lohnkampf würden da alle Forderungen nützen, die den tariflich sicheren Teil des Lohns, der gegenwärtig vielleicht bloß bei ⅔ der Reproduktionskosten steht, an die Reproduktionskosten heranführen helfen:

**170.- DM / 8% mindestens!**



# Ertl und Matthöfer einigen sich über die künftige Steuerausplünderung der Bauern

*z.urb.* ,,Die gegenwärtige Regelung führt zu erheblichen steuerlichen Ungleichbehandlungen'', bekräftigte die Bundesregierung im Agrarbericht 79 erneut ihren Willen zur Reform der Steuerausplünderung der Bauern. Am 18. Juni einigte sie sich, im September soll das Gesetz verabschiedet werden. 600000 Bauern, die keine Steuer zahlen, 763000, die der Buchführungspflicht nicht unterworfen sind, 50000, die ihrer Buchführungspflicht nicht nachkämen, das zu ändern, hatten Landwirtschafts- und Finanzministerium eine Kommission eingesetzt, nach deren Vorschlägen jetzt der Gesetzentwurf geschmiedet wurde. Dem Arbeiter wird die Steuer abgezogen, bevor er den Lohn überhaupt kriegt, genauso hat der Staat Kontrolle über die Höhe des Lohns. Beim Bauern geht das nicht, und freiwillig legt er seine Einkünfte dem Finanzamt nicht vor. Deshalb ist die Unterwerfung unter die Buchführungspflicht das entscheidende Mittel, die Steuerschraube anzudrehen. Bis zu einem Einheitswert von 24000 DM, einer Hofgröße von 20,3 ha, soll der Gewinn nach Durchschnittssätzen ermittelt werden, und davon die Steuer. Bis zu einem Einheitswert von 40000 soll eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung eingeführt werden, als Dreh- und Angelpunkt, um die Bauern ab einer Hofgröße von 30 ha der Buchführungspflicht zu unterwerfen. Bei einem Gewinn von über 36000 DM werden sie buchführungspflichtig. Runde 140000 Bauern gegenüber 100000 bisher sollen es werden, und die ,,Wirtschaftswoche'' kommentiert: ,,Der Übergang zur Buchführungspflicht orientiert sich am Einkommen, und das steigt. Damit wachsen aber immer mehr Landwirte aus dieser Gruppe heraus. Sie soll auch in erster Linie den ,großen Sprung' von der Ermittlung nach Durchschnittssätzen nach der Buchführung abmildern, weil es wegen der ,Ungerechtigkeit', die mit diesem Übergang verbunden ist, bereits innerhalb der Landwirtschaft erheblichen Unmut gegeben hat.'' Also eigentlich wollten sie *alle* buchführungspflichtig machen, der Widerstand gegen die Steuerpläne hat es verhindert, und so soll es jetzt doch noch schrittweise hingedreht werden.

Aber sie einzuführen und auch gegen den Widerstand der Bauern durchzusetzen sind zwei Paar Schuh. Dieses Problem beschäftigte auch die Kommission: ,,Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß alle nach einer solchen Reform künftig ordnungsgemäß Bücher führen bzw. Aufzeichnungen machen, selbst wenn die Finanzverwaltung alle Möglichkeiten der Abgabenordnung ausschöpfen würde. Die Erfahrungen mit der Anwendung von Richtsätzen ... bestätigen nachdrücklich die Auffassung, daß erst dann der faktische Übergang vollzogen wird, wenn die Mehrheit die Vorteilhaftigkeit von Schätzungen selbst bezweifelt.'' Klarer ausgesprochen, die Steuerforderungen ins Maßlose treiben, so daß der Bauer bei Buchführung oder Aufzeichnung weniger hätte zahlen müssen. 200 Mill. mehr an Steuern soll so von den Bauern geplündert werden, ,,indem in Zukunft 50-70% des Einkommens statt wie bisher 15% erfaßt werden.'' Das zeigt die Dimension, genau wie der Vergleich der Besteuerung mit Durchschnittssätzen nach § 13a, mit der Besteuerung nach Buchführungspflicht und §4 des Einkommenssteuergesetzes (Angaben nach Agrarbericht 78).

**Einkommen und Steuern der Bauern (DM pro Hof)**

| | 0 – 10 ha | 10 – 20 ha | 20 – 30 ha | 30 – 50 ha | 50 u.m. ha |
|---|---|---|---|---|---|
| Standardbetriebseinkommen .... | 12600 | 26100 | 36700 | 51100 | 87400 |
| Gewinn .................... | 13513 | 24455 | 30879 | 36855 | 57047 |
| Steuerpfl. Eink. n. §13a ........ | 2960 | 5270 | 7045 | 6800 | |
| Steuerpfl. Eink. n. §4 .......... | 13712 | 24024 | 30020 | 35040 | 54410 |
| Steuer nach §13a .............. | 0 | 0 | 92 | 380 | |
| Steuer nach §4/79 ............. | 1384 | 3656 | 4976 | 6126 | 12248 |
| tats. gez. Steuer 77 ............ | 454 | 333 | 468 | 1419 | 6607 |

## Unter der Fahne des Umweltschutzes: Weniger Rechte, mehr Schikanen für die Anwohner

*r.ank.* Der Lankreis Emsland hat nach dem Erlaß der Landschaftsschutzverordnung für das Emstal einen Verordnungsentwurf für die Unterschutzstellung des Hasetals vorgelegt. Erklärtes Ziel dieser Verordnung sei, ,,soviel Natur und Landschaft wie eben möglich zu erhalten'' (Meppener Tagespost, 15.6.79). Alle Handlungen und Maßnahmen, die den Charakter des Gebietes verändern, sind danach strikt verboten. Unter dem Mantel des Schutzes der Natur will die Bourgeoise mit dieser Verordnung die Volksmassen treffen: So ist es außer an den hierfür vorgesehenen Flächen verboten, zu zelten, wohnwagen aufzustellen, Bootsstege anzulegen usw.

Verstöße gegen die Festsetzung dieser Verordnung werden nach den Vorschriften des Reichsnaturschutzgesetzes mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM geahndet. Dabei geben sie gleichzeitig zu, daß ,,die vorgeschriebene Unterhaltung des Flußbettes und seiner Ufer aus wirtschaftlichen Gründen weitgehend zurückgestellt worden'' ist (MT, 26.1.79). So hat es allein nach den starken Regenfällen 39 Abbrüche an Ufern der Hase gegeben.

Kriterium bei der Planung durch die Wasserwirtschaftsämter sind die Profitinteressen der Industrie. Diese benutzt die Flüsse als billige Kühl- und Abwassersysteme, wozu hohe Abflußmengen notwendig sind. Die Unterhaltung soll daher die Beseitigung von Sandbänken und großer Auskolkungen (Auswaschungen) bringen. Der auf hohen und schnellen Ablauf der Wasserläufe gerichtete Ausbau der Hase, sowie seit den fünfziger Jahren der Ems, ist ein Grund für das ständige Absinken des Grundwasserspiegels seit 1968. Gleichzeitig ist in den letzten Jahren die Niederschlagsdichte im Jahresmittel zurückgegangen. H. Klawitter, Baudirektor vom Wasserwirtschaftsamt Meppen versucht, diese drohende Versteppung ,,allein auf das Niederschlagsdefizit'' zurückzuführen, um sofort festzustellen, daß es im Emsland schon häufiger solche ,,Trockenperioden'' gegeben haben. Der Himmel hat noch immer zur Verteidigung von irdisch Überholtem herhalten müssen.

Den Kapitalisten ist es zu teuer, die für die Grundwasserzuführung nötigen Stauungen in Vorflutsystemen durchzuführen, sondern sie wollen alle Abflußhemmnisse beseitigen. Neben der Trockenlegung der Moore im Rahmen des Emslandplanes ist dies der wichtigste Grund für die Versteppung. Eine Abholzaktion und Pläne zur Begradigung des Flusses sind von den Anwohnern bekämpft worden.

### Schweiz: ,,Familieneigene'' Arbeitskräfte nicht versichert

*z.anb.* Nach einer Gesetzesinitiative, die der schweizerische Nationalrat am 20. Juni verabschiedete, sollen ,,mitarbeitende Familienangehörige'' in der Landwirtschaft von den Pflichtbeiträgen zur Arbeitslosenversicherung ,,befreit'' werden. Seit 1976 ist eine sogenannte Übergangsregelung in Kraft, derzufolge auch die Landarbeiter in die Sozialversicherung einbezogen sind; sie war auf den Druck der rund 350000 Landarbeiter, 211130 davon sind Saisonarbeiter, erkämpft worden. Diese Sonderregelung läuft 1982 aus. Die jetzt vorgeschlagene ,,definitive'' Lösung der Gesetzeslage zielt auf die Beseitigung des erkämpften Rechts ab. – Über ein Drittel aller ,,ständigen'' Arbeitskräfte in der Landwirtschaft der Schweiz sind Söhne, Töchter, Frauen der Klein- und Mittelbauern, insgesamt 53233. Durch die ,,Befreiung'' von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung wird ihnen jegliche Versicherungsleistung entzogen, sie werden nicht als ,,Arbeitnehmer'' anerkannt, sondern als ,,selbständig Erwerbende'' gezwungen, sich ,,freiwillig'' selbst zu versichern. Für die Bourgeois handelt es sich um ,,Mißbrauch'' der Arbeitslosenversicherung, wenn der Sohn des ruinierten Kleinbauern solange Arbeitslosengeld beziehen kann, bis ein Kapitalist seine Arbeitskraft kauft.

### Grüngürtel in der Sahelzone vom Atlantik bis zum Roten Meer

*z.dab.* Eine Studie über einen Waldgürtel, der sich durch 15 Länder von Senegal bis zum Sudan ziehen soll, wird z.Z. in Dakar (Senegal) erarbeitet. Durch den imperialistischen Raubbau – Überweiden, extensiven Ackerbau, Abholzen – hat sich die südliche Region der Sahara (Sahel: arab. = Küste) immer weiter nach Süden vorgeschoben. 1000 km breit bildet sie den Übergang vom eigentlichen Wüstengebiet der Sahara zur Dornstrauchsavanne. Die durch die Ausdehnung hervorgerufenen Dürrekatastrophen haben z.B. 1973/74 die Hirse- und Sorghumproduktion sowie den Rinderbestand um ⅓ verringert. Die Steigerung des Getreideimports (im Niger um das Vierfache) nutzten die Imperialisten, um die Preise zu verdreifachen. Die Verschuldung der von der Dürre am meisten betroffenen Länder – Mauretanien, Kapverden, Senegal, Mali, Obervolta, Gambia, Niger und Tschad – betrug 1975 ohne die Kapverden 1840 Mio. $. Seit Gründung des ,,Interstaatlichen Komitees des Kampfes gegen die Dürre in der Sahel'' 1973 unternehmen diese Staaten große Anstrengungen, die Selbstversorgung bis 2000 zu erreichen. Die Arabische Bank für ökonomische Entwicklung in Afrika stellte 1978 62% von 72,81 Mio $ für den Bau von Staudämmen zur Ver-

Imperialistisches Monopol auf dem Weltkaffeemarkt

Stagnation der Produktivkräfte, Verelendung der Bauernmassen

z.jon. Die Kaffeepflanze ist ein 8-12 m hoher Strauch, der wegen seiner wohlriechenden weißen Blüten und seiner großen, dichten Blätter von den herrschenden Klassen Europas als Zierpflanze angesehen wurde, bis Araber ihnen die Vorzüge des Kaffeegetränkes beibrachten. Die Früchte stehen in dichten Stauden, sie sind rot und saftig. Der Kern der reifen Kaffeefrucht enthält je nach Sorte 0,8 bis 2,8% Koffein. Der Strauch wird rund 20 Jahre alt, ab dem fünften Jahr trägt er Früchte. Die Kerne müssen bald nach der Ernte von der Frucht getrennt wer-

größeren Unempfindlichkeit Robusta genannt wird. Diese Pflanze gedeiht am besten in tropischen Regenwäldern.

In Brasilien war der Anbau von Arabica Mitte des 19. Jahrhunderts von sklavenhaltenden Großgrundbesitzern unter dem Kommando des britischen und US-amerikanischen Kapitals eingeführt worden. Seitdem ist das Land der größte Kaffeeproduzent der Welt. Rücksichtsloser Raubbau an dem eben erst erschlossenen Land, hemmungslose Vernutzung der afrikanischen Sklaven führten schon nach wenigen Jahr-

zierenden Länder, begünstigt durch die Verknappung des Produktes, eine Vervierfachung des Preises. Für das imperialistische Kapital, das die brasilianische Kaffeeproduktion beherrscht, nur eine Gelegenheit, den Einsatz von Lohnarbeitern zur Ausweitung der Produktion zu noch niedrigeren Löhnen erneut zu steigern. Der Anteil der Landarbeiter in der Kaffeeproduktion, gemessen an der Produktion der 16 wichtigsten Produkte, steigt von unter 9% 1976 auf 12,9% 1977.

Nicht die maßlose Ausbeutung rechtloser Landarbeiter, sondern die

sten geschafft, so gut wie alle Bauern der Waldzone zur Kaffeeproduktion zu zwingen – fast ausschließlich für den französischen Markt – und Elfenbeinküste zum größten Kaffeeproduzenten Afrikas zu machen. 2,3 Millionen Werktätige, ⅓ aller Beschäftigten überhaupt, sind dort heute in der Kaffeeproduktion beschäftigt, über die Hälfte der Produzenten bebaut weniger als 5 ha Land. Trotz großer Anstrengungen der Regierung, das Einkommen aus Kaffee zu steigern, lag das durchschnittliche Einkommen der Kaffeebauern 1978 bei umgerechnet

nicht, und freiwillig legt er seine Einkünfte dem Finanzamt nicht vor. Deshalb ist die Unterwerfung unter die Buchführungspflicht das entscheidende Mittel, die Steuerschraube anzudrehen. Bis zu einem Einheitswert von 24000 DM, einer Hofgröße von 20,3 ha, soll der Gewinn nach Durchschnittssätzen ermittelt werden, und davon die Steuer. Bis zu einem Einheitswert von 40000 soll eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung eingeführt werden, als Dreh- und Angelpunkt, um die Bauern ab einer Hofgröße von 30 ha der Buchführungspflicht zu un-

noch schrittweise hingedreht werden.

Aber sie einzuführen und auch gegen den Widerstand der Bauern durchzusetzen sind zwei Paar Schuh. Dieses Problem beschäftigte auch die Kommission: ,,Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß alle nach einer solchen Reform künftig ordnungsgemäß Bücher führen bzw. Aufzeichnungen machen, selbst wenn die Finanzverwaltung alle Möglichkeiten der Abgabenordnung ausschöpfen würde. Die Erfahrungen mit der Anwendung von Richtsätzen ... bestätigen nachdrücklich die Auf-

ser Verordnung werden nach den Vorschriften des Reichsnaturschutzgesetzes mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM geahndet. Dabei geben sie gleichzeitig zu, daß ,,die vorgeschriebene Unterhaltung des Flußbettes und seiner Ufer aus wirtschaftlichen Gründen weitgehend zurückgestellt worden'' ist (MT, 26.1.79). So hat es allein nach den starken Regenfällen 39 Abbrüche an Ufern der Hase gegeben.

Kriterium bei der Planung durch die Wasserwirtschaftsämter sind die Profitinteressen der Industrie. Diese benutzt die Flüsse als billige Kühl- und

mel hat noch immer zur Verteidigung von irdisch Überholtem herhalten müssen.

Den Kapitalisten ist es zu teuer, die für die Grundwasserzuführung nötigen Stauungen in Vorflutsystemen durchzuführen, sondern sie wollen alle Abflußhemmnisse beseitigen. Neben der Trockenlegung der Moore im Rahmen des Emslandplanes ist dies der wichtigste Grund für die Versteppung. Eine Abholzaktion und Pläne zur Begradigung des Flusses sind von den Anwohnern bekämpft worden.

Atlantik bis zum Roten Meer

z.dab. Eine Studie über einen Waldgürtel, der sich durch 15 Länder von Senegal bis zum Sudan ziehen soll, wird z.Z. in Dakar (Senegal) erarbeitet. Durch den imperialistischen Raubbau – Überweiden, extensiven Ackerbau, Abholzen – hat sich die südliche Region der Sahara (Sahel: arab. = Küste) immer weiter nach Süden vorgeschoben. 1000 km breit bildet sie den Übergang vom eigentlichen Wüstengebiet der Sahara zur Dornstrauchsavanne. Die durch die Ausdehnung hervorgerufenen Dürrekatastrophen haben z.B. 1973/74 die Hirse- und Sorghumproduktion sowie den Rinderbestand um ⅓ verringert. Die Steigerung des Getreideimports (im Niger um das Vierfache) nutzten die Imperialisten, um die Preise zu verdreifachen. Die Verschuldung der von der Dürre am meisten betroffenen Länder – Mauretanien, Kapverden, Senegal, Mali, Obervolta, Gambia, Niger und Tschad – betrug 1975 ohne die Kapverden 1840 Mio. $. Seit Gründung des ,,Interstaatlichen Komitees des Kampfes gegen die Dürre in der Sahel'' 1973 unternehmen diese Staaten große Anstrengungen, die Selbstversorgung bis 2000 zu erreichen. Die Arabische Bank für ökonomische Entwicklung in Afrika stellte 1978 62% von 72,81 Mio $ für den Bau von Staudämmen zur Ver-

fügung. Die VR China hat jetzt mit Mali ein Abkommen über den Bau von 3 Staudämmen geschlossen.

# Imperialistisches Monopol auf dem Weltkaffeemarkt

## Stagnation der Produktivkräfte, Verelendung der Bauernmassen

*z.jon.* Die Kaffeepflanze ist ein 8-12 m hoher Strauch, der wegen seiner wohlriechenden weißen Blüten und seiner großen, dichten Blätter von den herrschenden Klassen Europas als Zierpflanze angesehen wurde, bis Araber ihnen die Vorzüge des Kaffeegetränkes beibrachten. Die Früchte stehen in dichten Stauden, sie sind rot und saftig. Der Kern der reifen Kaffeefrucht enthält je nach Sorte 0,8 bis 2,8% Koffein. Der Strauch wird rund 20 Jahre alt, ab dem fünften Jahr trägt er Früchte. Die Kerne müssen bald nach der Ernte von der Frucht getrennt werden. Die getrockneten und verlesenen Bohnen sind dann lange lagerfähig. 90% des Kaffees wird als grüner Kaffee aus den tropischen Produzentenländern der Dritten Welt in die europäischen und nordamerikanischen ,,Verbraucherländer'' zum Rösten exportiert.

Nachdem die europäischen Bourgeois das wohlschmeckende und anregende Kaffeegetränk und vor allem das Geschäft damit entdeckt hatten, breiteten sie die Kaffeeproduktion rund um den kolonisierten Erdball aus. Die holländischen Kolonialisten machten zu Anfang des 18. Jahrhunderts in Ceylon und Südost-Asien den Anfang. In den mittelamerikanischen und Andenstaaten zwangen die spanischen Eroberer und britischen Handelskapitalisten die Indianer zur Kaffeeproduktion, nachdem deren eigene Wirtschaft zerstört war. Auf den Kaffeeplantagen der Antillen, wo die Indianer bereits ausgerottet waren, importierten die britischen und französischen Kolonialisten im 18. Jahrhundert Millionen von afrikanischen Sklaven.

Die Kaffeesorte, die die europäischen Bourgeois den arabischen Produzenten im Yemen stahlen, deshalb Arabica genannt, gedeiht ausschließlich in tropischem Bergklima. Sie ist sowohl gegen hohe Temperaturen wie auch gegen Frost sehr empfindlich. Um das britische und US-amerikanische Monopol auf dem Weltkaffeemarkt zu brechen, zwangen die französischen Imperialisten ihren afrikanischen Kolonien seit Beginn dieses Jahrhunderts, teilweise erst nach dem zweiten Weltkrieg, den Anbau einer anderen Kaffeesorte auf, die wegen ihrer größeren Unempfindlichkeit Robusta genannt wird. Diese Pflanze gedeiht am besten in tropischen Regenwäldern.

In Brasilien war der Anbau von Arabica Mitte des 19. Jahrhunderts von sklavenhaltenden Großgrundbesitzern unter dem Kommando des britischen und US-amerikanischen Kapitals eingeführt worden. Seitdem ist das Land der größte Kaffeeproduzent der Welt. Rücksichtsloser Raubbau an dem eben erst erschlossenen Land, hemmungslose Vernutzung der afrikanischen Sklaven führten schon nach wenigen Jahrzehnten dazu, daß Brasilien Lebensmittel einführen mußte, und zu einer raschen Abnahme der Produktivität in der Kaffeeproduktion selbst. Eine neue Generation von Pflanzern ,,erschloß'' nach 1870 neues Kaffeeland südlich und östlich von Sao Paulo, nicht mehr mit Sklaven, sondern mit vor allem aus Italien und Japan importierten Landarbeitern, die auf den Plantagen angesiedelt wurden und nicht das Recht hatten, das Land zu verlassen. Vollständige Rechtlosigkeit der Landarbeiter und Stagnation der Produktivkräfte sind das Kennzeichen der brasilianischen Landwirtschaft, die ganz auf die Befriedigung des imperialistischen Heißhungers nach agrarischen Rohstoffen ausgerichtet ist.

Kaffee ist bis heute mit 20% aller Exporte Brasiliens wichtigstes Ausfuhrgut. Daneben werden Zucker, Sojabohnen, Kakao exportiert. Grundnahrungsmittel wie Bohnen, Zwiebeln, Kartoffeln werden importiert. Die Plantagenwirtschaft dehnt sich weiter aus. Der Anteil der Betriebe mit über 10000 ha an der landwirtschaftlichen Nutzfläche wuchs 1970 – 75 von 12,3 auf 14,4%. Die Zahl der Landarbeiter nahm in der gleichen Zeit um 19,5% zu. Die Zahl der Landarbeiter unter 14 Jahren wuchs von 2,9 Mio. auf 4,5 Mio., um 55%. Diese Jahre 70 – 75 waren ,,gute'' Kaffeejahre mit steigender Tendenz in Produktion und Preisen. 1975 vernichtet Frost den Großteil der Ernte, die Produktion fällt von 22,4 Mio. Sack à 60 kg auf 7,3 Mio. Sack. Die Auswirkungen für die Landarbeiter, die nach dem Ertrag entlohnt werden, kann man sich vorstellen. 1976/77 erkämpfen die kaffeeproduzierenden Länder, begünstigt durch die Verknappung des Produktes, eine Vervierfachung des Preises. Für das imperialistische Kapital, das die brasilianische Kaffeeproduktion beherrscht, nur eine Gelegenheit, den Einsatz von Lohnarbeitern zur Ausweitung der Produktion zu noch niedrigeren Löhnen erneut zu steigern. Der Anteil der Landarbeiter in der Kaffeeproduktion, gemessen an der Produktion der 16 wichtigsten Produkte, steigt von unter 9% 1976 auf 12,9% 1977.

Nicht die maßlose Ausbeutung rechtloser Landarbeiter, sondern die Plünderung der in der Kleinproduktion gefesselten Bauern ist die Grundlage der ,,Robusta''-Produktion, die die französischen Imperialisten seit Ende der 30er Jahre, vor allem aber nach dem zweiten Weltkrieg, der *Elfenbeinküste* aufzwangen. Die gewaltsame Einführung der Kaffeeproduktion in den Waldzonen des Landes zerstörte die Subsistenzwirtschaft, löste die Wirtschaftseinheit der Dörfer und Stämme auf, zwang einen Teil der Bauern, sich als Lohnarbeiter zu verdingen, die anderen, für den Markt zu produzieren und Steuern zu zahlen. Bis zur Erkämpfung der Unabhängigkeit durch das Volk der Elfenbeinküste hatten es die französischen Imperialisten geschafft, so gut wie alle Bauern der Waldzone zur Kaffeeproduktion zu zwingen – fast ausschließlich für den französischen Markt – und Elfenbeinküste zum größten Kaffeeproduzenten Afrikas zu machen. 2,3 Millionen Werktätige, ⅓ aller Beschäftigten überhaupt, sind dort heute in der Kaffeeproduktion beschäftigt, über die Hälfte der Produzenten bebaut weniger als 5 ha Land. Trotz großer Anstrengungen der Regierung, das Einkommen aus Kaffee zu steigern, lag das durchschnittliche Einkommen der Kaffeebauern 1978 bei umgerechnet 500 DM pro Jahr. Davon können sie nur leben, weil sie ihre Lebensmittel selbst anbauen.

Die Unterdrückung durch die Imperialisten hat bisher jede Entwicklung der Produktivkräfte in der Kaffeeproduktion verhindert. Ernte und Bearbeitung der Kaffeefrüchte erfolgt bis heute fast ausschließlich mit der Hand. Als erste machen jetzt die afrikanischen Staaten gemeinsame Anstrengungen, die Kaffeeproduktion selbst zu mechanisieren und die Weiterverarbeitung im eigenen Land zu fördern, um die imperialistische Plünderung zu unterbinden und den Millionen Bauern die Beteiligung am Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft zu ermöglichen.



Bauer der Elfenbeinküste mit reifen Kaffeefrüchten. Die Sträucher wie die geernteten Früchte erfordern eine intensive Bearbeitung.

### Arbeiter bei Cadbury gegen Ausweitung der Schichtarbeit

*z.acr.London.* Am 19.6. streikten 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Tagschicht bei Cadbury in Bourneville, Birmingham. Die 1000 Arbeiter in der vorangegangenen Nachtschicht hatten die Produktion bereits gestoppt. Die Cadbury-Schweppes-Kapitalisten wollen drei Schichten für Frauen durchsetzen. Durch die Erhöhung der Ausbeutung und die schnellere Verwertung ihrer Maschinerie wollen sie günstige Bedingungen für weiteres Vordringen auf dem amerikanischen Schokoladenmarkt schaffen. Die englische Arbeiterklasse hat gesetzliche Schranken für die Ausbeutung der Frauen durchsetzen können. Sie dürfen in Industriebetrieben nur von 7 bis 20 Uhr ausgebeutet werden. Zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigungen können die Kapitalisten jederzeit von der Gesundheits- und Sicherheitsbehörde erhalten. Wollen sie Arbeiterinnen ständig in Schichtarbeit ausbeuten, müssen diese jedoch mehrheitlich zustimmen. Die Frauen bei Cadbury hatten die Ausweitung der Schichtarbeit abgelehnt. Diese entschlossene Haltung versuchten die Kapitalisten zu untergraben, indem sie ,,Freiwillige'' in Nachtschicht arbeiten ließen. Die Antwort der Belegschaft darauf war der Streik. Auf einer Streikversammlung am 19.6. kündigten die Arbeiter weitere Maßnahmen an, falls die Kapitalisten sich weiterhin über ihren Willen hinwegsetzten.

## Abgerichtet und mobil – Andreottis EG-Berufsorientierungsplan für arbeitslose Jugendliche

*z.erm.Rom.* Einen ,,Berufsorientierungsplan" auf europäischer Ebene hat der italienische Ministerpräsident Andreotti auf der Straßburger Gipfelkonferenz der EG-Imperialisten vorgeschlagen. Die Jugendarbeitslosigkeit ,,ist ein Problem, das immer schwerer von einem einzelnen Land zu lösen ist", und wo es doch ,,einige Länder in der Gemeinschaft gibt, die Arbeitskräftemangel haben werden", ist ,,koordinierte Arbeit" vonnöten.

,,Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" gibt es in Italien seit 1977 ein Gesetz, nach dem die Kapitalisten Zuschüsse von monatlich umgerechnet 70 bis 140 DM kriegen, wenn sie Jugendliche für ein bis zwei Jahre ausbeuten. Von den insgesamt 1,3 Millionen Arbeitslosen unter 25 Jahren waren jedoch bis Ende 1978 lediglich 4600 nach diesem Programm in der privaten Industrie beschäftigt. Für die italienischen Kapitalisten war das Programm, nach dem sie die Jugendlichen auch noch die Hälfte der Zeit ,,ausbilden" sollten, untauglich. 9169 Jugendliche hat die Regierung in Straßenbauarbeiten und Sozialdienst gesteckt.

Insgesamt sind in der EG drei Millionen Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. In Großbritannien vermittelt das halbstaatliche ,,Manpower Service Committee" jährlich 25000 Jugendliche für Arbeiten ,,von öffentlichem Interesse", eine von der Regierung unterstützte ,,Initiative" steckt jährlich 2000 Jugendliche in ,,mobile Einsatzkommandos" für Kranken- und Altenpflege und Straßenbauarbeiten. In Belgien wurden 1978 28000 Jugendliche bei staatlichen Straßenbauarbeiten beschäftigt.

Mit Geldern aus dem Sozialfonds hat die EG in den verschiedenen Ländern ,,beispielhafte Projekte" finanziert. In Neapel z.B. einjährige Kurse für die Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen zu Bauarbeitern, zu 55% aus dem Fonds bezuschußt. Wer bei der Ausbildung fehlt, wird rausgeschmissen, wer krank ist, bekommt kein Geld, der ,,Lohn" beträgt 200000 Lire (450 DM). Nach einem Jahr stehen die Jugendlichen dem europäischen Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Ein EG-Berufsorientierungsplan, so Andreotti, erfordert eine Ausbildung der Jugendlichen ,,unter allen Gesichtspunkten, damit es nicht an Charakteristiken mangelt, die für dieses weitgespannte Projekt notwendig gefordert werden". Zur Verschickung über den halben Kontinent müssen die Jugendlichen allerdings auch ,,mobil" sein. Schon im April 1977 forderte daher die EG-Kommission ,,Erleichterungen für die geographische Mobilität der Jugendlichen unter 25."

## 4500 Studenten der Sussex-Universität kämpfen für Abschaffung der Hochschuleingangsprüfungen

*z.rül.London.* Seit drei Monaten kämpfen die 4500 Studenten der Sussex-Universität in Brighton für die Abschaffung der Hochschuleingangsprüfungen. Diese waren von der Universität vor etwa zehn Jahren eingeführt worden. Sie müssen nach zwei Studienabschnitten (,,terms"), d.h. nach etwa acht Monaten, abgelegt werden. Wer durch die Eingangsprüfungen fällt und auch die Wiederholungsprüfungen nicht schafft, dem droht der Entzug der staatlichen Studienförderung. Wer eine weitere Prüfung nicht besteht – die nächste ist nach zwei Jahren, die Abschlußprüfung nach drei Jahren – oder schlechte Noten in einzelnen Fächern bekommt, dem droht die Relegation von der Universität. Die Universitätsleitung nahm in den letzten Jahren teilweise 50% mehr Studenten auf, als sie in dem eigentlichen Studiengang studieren lassen wollte; entsprechend entwickelten sich die Durchfallquoten.

Die Studenten der Sussex-Universität bekämpfen diese Prüfungen seit Jahren; bereits 1971/72 setzten sie in den geisteswissenschaftlichen Fächern ihre Abschaffung durch.

Nachdem in diesem Jahr die Studenten erneut die Eingangsprüfungen und

Studenten, die seit Dezember 1978 einen Mietstreik gegen Mieten von ca. 175 DM je Zimmer in den Wohnheimen durchführten, die Ablehnung ihrer Wiedereinschreibung zum Herbst an, wenn sie nicht bis zum 21. Juni die ausstehende Miete zahlten.

Auf einer Vollversammlung am 5. Juni beschlossen 2000 Studenten einen eintägigen Streik gegen diese Maßnahmen und für die Abschaffung der Eingangsprüfungen. Nachdem eine Woche später der Senat der Universität ihre Forderungen erneut ablehnte, besetzten sie ein Gebäude der Universität, in dem sich auch die Telefonzentrale befand. Versuche der Universitätsleitung, in den folgenden Tagen unter Polizeischutz die Eingangsprüfungen zu wiederholen, scheiterten an den Streikpostenketten der Studenten.

Die breite Unterstützung des Kampfes – die Studentengewerkschaften von über 20 anderen Universitäten schickten Solidaritätstelegramme – zwang die Universitätsleitung gegen Semesterende zu Manövern. Die Relegationen wurden in Androhungen von Relegation ,,bei weiteren Störungen" verwandelt. Gleichzeitig leitete sie aber

## Ist der Schüler körperlich wendig?

### Genauere Erfassung, schärfere Versetzungsvorschriften an Grund- und Hauptschulen

*z.gid.* Jürgen Schmude, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, wird ungeduldig. Ein Jahr nach der Kultusministerkonferenz im April 78, auf der sich alle Kultusminister für die Vereinheitlichung im Bildungswesen ausgesprochen hätten, könnten nun Taten erwartet werden. Das Hamburger Kultusministerium hat nun gehandelt, herausgekommen ist ein Entwurf zur Zeugnis- und Versetzungsordnung, die im August 79 und Teile davon im Januar 81 in Kraft treten soll. Es heißt dort u.a. zu den Versetzungsnoten: ,,Nicht ausreichende Leistungen in Englisch und Sport können unberücksichtigt bleiben, sofern sie nicht auf Leistungsverweigerung beruhen". D.h. arbeitet ein Schüler mit und bekommt trotzdem eine schlechte Note in den beiden Fächern, kann das bei der Versetzung unter den Tisch fallen. Lehnt er sich jedoch gegen den Unterricht und den Unterrichtsinhalt auf und verweigert somit die Leistung, spielt die Note bei der Versetzung eine Rolle. Am meisten fürchtet die Bourgeoisie das kollektive Verweigern von Klassenarbeiten und Streiks – die Versetzungsrichtlinie soll dagegen als Druckmittel eingesetzt werden.

Durch alle Richtlinien und Verordnungen zieht sich wie ein roter Faden die Frage: läßt sich der Jugendliche in der Schule in die vom Kapital geforderten Leistungsnormen pressen oder nicht. Schon die Schulberichte in den ersten beiden Grundschulklassen sollen über die Arbeitsweise und Arbeitshaltung jedes einzelnen Schülers genaue Auskunft geben. Wie diese Berichte aussehen sollen, hat das baden-württembergische Kultusministerium gleich mitveröffentlicht: ,,Jürgen arbeitete in allen Unterrichtsbereichen zielstrebig und selbständig mit. Er konnte Aufgaben mit Ausdauer und Genauigkeit ausführen." Nicht wünschenswert sind zu ungenaue Berichte wie: ,,Jürgen fällt das Lernen leicht. Er ist fleißig und gewissenhaft. Im Unterricht macht er gut mit." Immer feinere Kriterien werden ausgearbeitet zur Beurteilung der Schüler ab Grundschulalter, frühzeitig soll klar sein, wie er später eingesetzt werden kann. Am Ende des 9. Schuljahres ist das Bild dann einigermaßen vollständig. Das Arbeitsamt erhält einen ,,vertraulichen" Berufsberatungsbogen von der Schule. Die verschiedenen ,,Eigenschaften" des Schülers sind darin angekreuzt. Unter der Rubrik ,,Arbeitseigenschaften" ist zu ersehen, welche Leistungen der Kapitalist von seinem künftigen Lohnarbeiter erwarten kann. Z.B. ,,arbeitet schneller als die Mehrzahl der Mitschüler", oder eben ,,ausdauernd, hält durch", beides Eigenschaften, die die Kapitalisten zu schätzen wissen. Wichtig für sie auch zu wissen, ob diese Arbeitskraft ,,manuell eher ungeschickt" oder ,,körperlich wendig" ist, und ob sie ,,zur Arbeit oft Aufsicht benötigt" etc. Mit diesem Bogen bieten Schule und Arbeitsamt den Kapitalisten schon vorsortierte Arbeitskräfte an. Ein ausgeklügeltes Versetzungsnetz soll die Schüler dazu zwingen, von der ersten Klasse an die geforderten Leistungen auch tatsächlich zu erbringen. Schafft er's in einem Fach nicht, muß er zumindest einen gleichwertigen Ausgleich schaffen. Nach der saarländischen Verordnung wird ein Schüler der Hauptschule nicht versetzt, wenn er in den Hauptfächern Deutsch und Mathematik oder in einem Hauptfach und in 3 Nebenfächern eine 5 hat – ebenfalls nicht versetzt wird er, wenn er in keinem Hauptfach ,,befriedigend" und in 4 Nebenfächern schlechter als ,,ausreichend" ist. Blaue Briefe und Halbjahreszeugnisse mit dem ,,Versetzung gefährdet"-Vermerk sollen die Eltern auf den Plan rufen. Am Ende des Schuljahres zeigt sich dann, ob diese auf ihre Kinder auch den geforderten Druck ausgeübt haben, ist der Schüler nicht zum Endspurt angetreten, bleibt er hängen. Ausdauer ist allerdings auch gefragt: ,,Entscheidend ist, ob unter Würdigung der *gesamten* Jahresleistung, des Fleißes und der Reife des Schülers damit gerechnet werden kann, daß er in der nächsthöheren Klasse erfolgreich mitarbeitet". Durch das Versetzungs- und Zeugnissystem aller Länder zieht sich der Widerwille der Kultusminister gegen die Kontrolle durch Eltern und Schüler. In einigen Bundesländern, wie in Hessen, ist ausdrücklich ,,die Teilnahme von Eltern- und Schülervertretern an der Versetzungskonferenz ausgeschlossen". Widerspruchsverfahren gegen eine Versetzungsentscheidung, ,,die aufgrund der Beurteilung von Leistungen eines Schülers getroffen ist, entscheidet die Schule, die den Verwaltungsakt erlassen hat ..." (Schleswig-Holstein).




Aus einem Formblatt ,,Bemerkungen der Schule für die Berufsberatung": 4. Arbeitseigenschaften. Arbeitet langsamer als die Mehrzahl der Mitschüler ... arbeitet ausdauernd, hält durch ... benötigt zur Arbeit oft Aufsicht ...

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
**Kommunistische Volkszeitung**
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) | Geschäftsstelle Hamburg, Chemnitzstr. 78, Tel. 38 21 68 | Kommunistischer Jugendbund
Barmbek, Wandsbek | 18. Juni 1979 | 25a3g1000n

## Einheitliche Ausbildung auch für ausländische Schüler bis zum 18. Lebensjahr

nis befinden, bekommen nur Niedrigstlöhne, von denen man nicht einmal seine Kinder vernünftig ernähren kann.

Schulleiter Albers hat es sich zu eigen gemacht, auf Flugblättern für Völkervereinigung zu werben, und irgendein Mitglied ,,seines" Lehrerkollegiums hat dafür gesorgt, daß zu der Abbildung des Klospruchs (Kanaker raus

ten Leistungsnormen pressen oder nicht. Schon die Schulberichte in den ersten beiden Grundschulklassen sollen über die Arbeitsweise und Arbeitshaltung jedes einzelnen Schülers genaue

Kapitalisten schon vorsortierte Arbeitskräfte an. Ein ausgeklügeltes Versetzungsnetz soll die Schüler dazu zwingen, von der ersten Klasse an die geforderten Leistungen auch tatsäch-

,,die aufgrund der Beurteilung von Leistungen eines Schülers getroffen ist, entscheidet die Schule, die den Verwaltungsakt erlassen hat ..." (Schleswig-Holstein).

## 4500 Studenten der Sussex-Universität kämpfen für Abschaffung der Hochschuleingangsprüfungen

*z.rül.London.* Seit drei Monaten kämpfen die 4500 Studenten der Sussex-Universität in Brighton für die Abschaffung der Hochschuleingangsprüfungen. Diese waren von der Universität vor etwa zehn Jahren eingeführt worden. Sie müssen nach zwei Studienabschnitten (,,terms"), d.h. nach etwa acht Monaten, abgelegt werden. Wer durch die Eingangsprüfungen fällt und auch die Wiederholungsprüfungen nicht schafft, dem droht der Entzug der staatlichen Studienförderung. Wer eine weitere Prüfung nicht besteht – die nächste ist nach zwei Jahren, die Abschlußprüfung nach drei Jahren – oder schlechte Noten in einzelnen Fächern bekommt, dem droht die Relegation von der Universität. Die Universitätsleitung nahm in den letzten Jahren teilweise 50% mehr Studenten auf, als sie in dem eigentlichen Studiengang studieren lassen wollte; entsprechend entwickelten sich die Durchfallquoten.

Die Studenten der Sussex-Universität bekämpfen diese Prüfungen seit Jahren; bereits 1971/72 setzten sie in den geisteswissenschaftlichen Fächern ihre Abschaffung durch.

Nachdem in diesem Jahr die Studenten erneut die Eingangsprüfungen und auch deren Wiederholungen Ende Mai sprengten oder die Prüfungsunterlagen verschwinden ließen, beschloß die Universitätsleitung am 1. Juni die Relegation des Präsidenten der Studentengewerkschaft und eines weiteren Studenten. Gleichzeitig drohte sie 600 bis 700

Studenten, die seit Dezember 1978 einen Mietstreik gegen Mieten von ca. 175 DM je Zimmer in den Wohnheimen durchführten, die Ablehnung ihrer Wiedereinschreibung zum Herbst an, wenn sie nicht bis zum 21. Juni die ausstehende Miete zahlten.

Auf einer Vollversammlung am 5. Juni beschlossen 2000 Studenten einen eintägigen Streik gegen diese Maßnahmen und für die Abschaffung der Eingangsprüfungen. Nachdem eine Woche später der Senat der Universität ihre Forderungen erneut ablehnte, besetzten sie ein Gebäude der Universität, in dem sich auch die Telefonzentrale befand. Versuche der Universitätsleitung, in den folgenden Tagen unter Polizeischutz die Eingangsprüfungen zu wiederholen, scheiterten an den Streikpostenketten der Studenten.

Die breite Unterstützung des Kampfes – die Studentengewerkschaften von über 20 anderen Universitäten schickten Solidaritätstelegramme – zwang die Universitätsleitung gegen Semesterende zu Manövern. Die Relegationen wurden in Androhungen von Relegation ,,bei weiteren Störungen" verwandelt. Gleichzeitig leitete sie aber neue Ordnungsverfahren wegen der letzten Störungen ein, und gegen fünf Studenten erhob die Staatsanwaltschaft Anklage. Gleich nach Beginn des neuen Trimesters im Oktober wollen die Studenten ihren Kampf fortsetzen.




Aus einem Formblatt ,,Bemerkungen der Schule für die Berufsberatung": 4. Arbeitseigenschaften. Arbeitet langsamer als die Mehrzahl der Mitschüler ... arbeitet ausdauernd, hält durch ... benötigt zur Arbeit oft Aufsicht ...

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
**Kommunistische Volkszeitung**
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) | Geschäftsstelle Hamburg, Chemnitzstr. 78, Tel. 38 21 68 | Kommunistischer Jugendbund
Barmbek, Wandsbek | 18. Juni 1979 | 25a3g1000n

## Einheitliche Ausbildung auch für ausländische Schüler bis zum 18. Lebensjahr

Als zwei Schüler aus den Griechenklassen der Schule Fraenkelstraße (Hamburg) am 6.6. zwei und fünf Minuten zu spät zur Schule gekommen sind, wurden sie vom Schulleiter Albers zusammengeschrien und für jeweils einen Tag beurlaubt. Die Schüler berichten weiter, daß sich kein Grieche erlauben kann, beim Rauchen erwischt zu werden, weil er dann nicht mehr auf die Realschule darf. Ein paar andere Griechen berichten, sie seien auf dem gegenüber der Schule liegenden Bahnhof nach der Schule beim Rauchen erwischt worden und hätten einen Tadel wegen Rauchens bekommen.

An dieser Schule gibt es auch Lehrer, die mit den Schülern der Griechenklassen keine Klassenreisen außerhalb Hamburgs machen, weil sie scheinbar der Meinung sind, daß 15 Jahre alte Griechenkinder zu unselbständig sind, auch nur die kleinste Verantwortung zu tragen.

Diese ,,Erziehungsmaßnahmen" bzw. pädagogischen Maßnahmen haben einen handfesten Hintergrund, denn die Staatliche Pressestelle Hamburg behauptet in ihrer Broschüre ,,Berichte und Dokumente", daß die meisten Ausländerkinder auf Sonderschulen, Hauptschulen und Beobachtungsstufen der Haupt- und Realschule gingen, beruhe darauf, daß sich nur vier bzw. zwei von hundert Gastarbeitern um die soziale Stellung bzw. um die Erziehung der Kinder kümmern würden.

In Wahrheit aber versteckt sich hinter dieser kinderfreundlichen Fassade und den daraus folgenden pädagogischen Maßnahmen, die im ersten Teil angesprochen wurden, ein nach Hilfsarbeitern gieriger Löwe. Den Schülern wird von vornherein klargemacht, daß es unbedingt einzuhalten ist, was der Boß sagt. Außerdem werden alle Schüler mit dem neuen Schulgesetz ziemlich stark um ihr Recht auf Ausbildung betrogen (das sie eh nur auf dem Papier haben):

§ 42

Weitere Ermächtigungen

Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen zu erlassen über

1. Ausnahmen von der Schulpflicht für Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung, für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag und für Absolventen der Berufsfachschulen;
2. Ausnahmen von der Schulpflicht für Ausländer und Staatenlose;

(Zitat aus dem neuen Schulgesetz)

Der Senat kann mit dieser Gesetzesfassung erreichen, den ausländischen Schülern die Berufsschulpflicht zu nehmen, was für diese bedeutet, daß sie, wenn sie arbeiten und keine Lehre haben, diesen einen Berufsschultag nicht mehr haben. Aber auch für die Deutschen gilt das.

Der Hintergrund dafür ist der, daß die Kapitalisten erreichen wollen, keinen Tag Ausfall in der Produktion zu haben, der ihnen von der Berufsschule bis jetzt wöchentlich beschwert wurde.

Die Ausländer in Deutschland, die sich in einem normalen Arbeitsverhältnis befinden, bekommen nur Niedrigstlöhne, von denen man nicht einmal seine Kinder vernünftig ernähren kann.

Schulleiter Albers hat es sich zu eigen gemacht, auf Flugblättern für Völkervereinigung zu werben, und irgendein Mitglied ,,seines" Lehrerkollegiums hat dafür gesorgt, daß zu der Abbildung des Klospruchs (Kanaker raus / Vergasen die Schweine) in der Schülerzeitung auch ein Text steht, der die Ausländer auf die Deutschen hetzt und die deutschen Schüler untereinander spaltet; denn sie sollen denken: ,,Jeder Nächste kann ein Neonazi sein!" Da hat sich das Kollegium aber geirrt, denn diese Reaktion hat es nicht gegeben. Und warum hat es sie nicht gegeben? Weil kein Ausländer ein Interesse hat, sich mit seinen deutschen Kollegen zu streiten, und auch die Deutschen haben kein Interesse, sich zu streiten, nicht zuletzt haben beide ein gemeinsames Interesse, nämlich einen vernünftigen Hauptschulabschluß. Aus diesem Grund müssen sich die deutschen und die ausländischen Schüler zusammentun, um für eine einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr zu kämpfen.

**Untersuchung der Schülervertretung der Berufsschule 2/3 in Kiel:**

Untersucht wurde die Zensurengebung:
- von 71 Lehrern
- über 561 Schüler
- also über 27 Klassen

Ergebnis:
- Es gibt unter diesen 561 Schülern insgesamt *257 mit 5en* und *16 mit 6en*
- von 71 Lehrern geben *nur 47* überhaupt 5en und *nur 6geben 6en*
- *nur 14* von 71 Lehrern geben *mehr als 9 5en* pro Klasse!

5 Lehrer halten allein die Spitze, es hagelt dort 5en und 6en! Und zwar bis zu 27 allein in einer Klasse. Diese Noten wurden überwiegend in fachbezogenem Unterricht erteilt. Im Gegensatz dazu gibt es sogar Klassen, wo die schlechteste Zensur eine 3 ist!

Damit muß Schluß sein!

- Die SV muß allen Fällen von 5en und 6en auf den Grund gehen. Insbesondere bei den Lehrern, bei denen es 5en und 6en nur so hagelt, muß die SV einschreiten.

## Studentenparlament an der FU in Westberlin konstituiert

*r.crw.* Vier Wochen hat es nach der Wahl gedauert, bis an der FU in Westberlin nach zehnjährigem Verbot der Verfaßten Studentenschaft das erste Studentenparlament zusammengetreten ist. Eine ziemlich lange Zeit. Das Problem ist, daß es keine eindeutige Mehrheit gibt, sondern neben zehn rechten sich je 25 revisionistische und sozialliberale und Basisgruppenstimmen gegenüberstehen. Ein Problem, dessen Wurzel zum einen in der Spaltung der Studentenbewegung und zum anderen in der gesetzlich aufgezwungenen parlamentarischen Ordnung der ,,Personalvertretung" der Studenten zu suchen ist. Es muß also einerseits rasch ein AStA als Vertretung gegen den Staat gebildet werden, das aber scheint gerade unmöglich.

Zumindest dann, wenn die Frage nach parlamentarischen Gesichtspunkten betrachtet wird. Diese sind aber dem Zweck der Studentenvertretung eh fremd, was nicht heißt, daß sie den Gewählten fremd sind. Diese haben sich jetzt also damit zu befassen, ob sie auf ihren Minderheitspositionen beharren wollen und keinen AStA wählen, oder ob nicht. Wenn nicht, so liegt ihnen ein Vorschlag der KHG vor, der es *allen* ermöglichen würde, ihren Teil zum Aufbau der Verfaßten Studentenschaft zu leisten. Dieser Vorschlag ist einfach. Er beinhaltet sofortige Bildung eines AStA auf Grundlage der in Vollversammlungen erhobenen und in zahlreichen Kämpfen bewährten Forderungen der Studentenbewegung nach Zahlung eines ausreichenden Ausbildungsentgelts, festzulegen in jährlichen Verhandlungen zwischen VDS und Regierung, nach Koalitionsrechten gegenüber Prüfungs- und Studienbedingungen. Dies ist nicht nur das beschlossene Kampfprogramm der Studentenbewegung, sondern auch Bestandteil aller Wahlprogramme. Vier Wochen hat es schon gedauert, bis die verschiedenen Parteien und Strömungen sich zu dem Problem eine Auffassung gebildet haben.

Sie haben sich noch nicht festgelegt, wie sie mit ihrer Aufgabe, die erhobenen Forderungen durchzusetzen und folglich *gemeinsam* auf ihrer Grundlage einen AStA zu bilden, fertig werden wollen. Dafür ist es langsam Zeit.

## Heeresinspekteur Poeppels „menschliche Wärme" in den Kasernen

*z.jük.* Gleich nach seinem Amtsantritt hat der neue Inspekteur des Heeres, Johannes Poeppel, „Weltkriegshauptmann" und inzwischen Generalleutnant, ein „Fünfpunkteprogramm" verkündet. Die Zeitung „ Die Welt" schreibt in Anlehnung an einen Programmpunkt: „In die Kasernen soll auch mehr menschliche Wärme." Bei den Programmpunkten, über die im einzelnen noch entschieden wird, kann den Whrpflichtigen allerdings „warm" werden: sie bedeuten für sie Steigerung des Kasernendrills und der Unterdrückung. „Schwächen" in der Kriegsfähigkeit der westdeutschen imperialistischen Armee sollen geschlossen werden: „Es geht mir darum, die Stärken, die das Heer im Laufe der letzten Jahre zu entwickeln vermochte, ganz und gar zur Geltung zu bringen, indem ich mich um die Beseitigung der Schwächen kümmere, die das Funktionieren der Truppe beeinträchtigen." (Poeppel) Das Programm entspricht den gegenwärtigen Planungen des Verteidigungsministeriums unter Minister Apel. Die Konzentration liegt zuerst bei der Abrichtung des Unteroffizierskorps. Vor Wochen hatte Apel auf einer Tagung des Bundeswehrverbandes Soldänderungen für das Unteroffizierskorps angekündigt (vgl. KVZ 20, S.14), in der Debatte im Bundestag über den Bericht des Wehrbeauftragten letzte Woche sprach er von 280 Mio. „für die Verbesserung der sozialen Lage" in der Armee. Poeppels Programmpunkt zum Unteroffizierkorps ist: „Die Ausbildung der Unteroffiziere soll intensiviert werden. Dabei gilt es, alle Anwärter die normale Ausbildung der Soldaten durchlaufen zu lassen, sie dann nach einem Jahr auf einen Lehrgang zu schicken. Danach sollen die Männer mit nur zweijähriger Dienstzeit als taktische Führer und als Hilfsausbilder eingesetzt und später als Unteroffiziere der Reserve entlassen werden. Die Männer, die länger dienen, sollen einen Ergänzungslehrgang von sechs Wochen absolvieren, der ihnen das Rüstzeug zum Ausbilder und Führer so vermittelt, daß sie in ihren Aufträgen als aktive Offiziere sicher und kompetent werden." Verbunden damit ist folgender Programmpunkt, in dem „die politische Bildung im Heer ... auf die Stärkung des Wehrmotivs konzentriert werden soll." „Weithin werde weder das Warum des Dienstes noch der Wert begriffen, was es zu verteidigen gilt."

Die Entwicklung der Soldatenbewegung auf Grundlage der Verschärfung des Klassengegensatzes zeigt Wirkung. Als deutlich angeschlagen kann heute der Versuch angesehen werden, die unteren Offiziersgrade mehr in politische Auseinandersetzung mit den Rekruten zu jagen. Die Wirkungen auf das Unteroffizierskorps sind unterschiedlich. Gemeinsame Interessen mit der Bewegung der Wehrpflichtigen werden verschiedenenorts erkannt. Es gibt aber auch Steigerung der Schinderei der Mannschaften. Das letztere ist nicht verwunderlich, schafft aber durchaus Probleme für die imperialistische Armee. Ein Teil der Maßnahmen des Verteidigungsministeriums, die Unteroffiziere zu trimmen, besteht darin, sie auf die rechtlichen Möglichkeiten einzuschwören, die die Kasernenunterdrückung erlaubt. Und die sind erheblich. Dazu Poeppel: „Der Führungsstil in der Truppe soll geändert werden. Einerseits (muß) der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen und andererseits in allen Führungsfunktionen nicht bloß kalte Perfektion, sondern menschliche Wärme eingesetzt" werden. Verteidigungsminister Apel hat in der Bundestagsdebatte Überlegungen" zur „Inneren Führung" von sich gegeben zur Effektivierung der ideologischen Indoktrination der Soldaten. „Können wir es uns leisten, die vielfältigen Einrichtungen der Bundeswehr, die indirekt oder direkt etwas mit der inneren Führung zu tun haben, sie zumindestens zu vermitteln haben, wie das Militärgeschichtliche Forschungsamt, wie das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, wie in gewissem Sinne auch die Bundeswehrhochschulen, alle nebeneinander bestehen lassen? Kann der geistige Verbund, kann die geistige Brücke reichen? Oder brauchen wir auch mehr, eine geographische Zusammenfassung?" Was heißt, erleichterte Kontrolle auf die gegenwärtig etwas „zivilen" Anstalten, offenere Militarisierung der Ausbildung der dortigen Offizierschargen.

Zur Straffung der Kampftruppen schreibt Poeppel: „Das Training des Zusammenspiels der Besatzung von Kampfpanzern und Schützenpanzern soll verbessert werden. Dazu wird, neben Maßnahmen der Ausbildung, vorgesehen, daß jeder Zug in der Kompanie nur Soldaten mit gleichem Eintrittsdatum zusammenfaßt, nicht also jeweils Männer mit unterschiedlichem Ausbildungsstand" (Welt, 13.6.). Der Zugriff auf die wehrpflichtigen Soldaten wird dadurch gesteigert. Als letzte Maßnahme erklärt Poeppel, daß „das Territorialheer gegenüber dem Feldheer nicht in die Rolle eines Stiefkindes gedrängt" werden dürfe. Dieser Heeresabschnitt, u.a. zum Einsatz gegen die Volksmassen bestimmt („Schutz von Kraftwerken, Wasserwerken, Schleusen, Brücken, Schutz bestimmter Räume, Verkehrswege u.ä."), wird modernisiert und umgerüstet.

# Bundesadler verschwunden: Kampf gegen Kasernierung der Zivildienstleistenden auf Lehrgang

*r.bem.* Endstation für die ca. 70 zum letzten Einführungslehrgang auf dem Ith abkommandierten Zivildienstleistenden (ZDL) aus ganz Norddeutschland: das Kasernengelände der ehemaligen Reichsfliegerschule Hermann Göring, jetzt vornehmer „Zivildienstschule" genannt, weltabgeschieden, aber idyllisch auf dem Berg Ith im Weserbergland (Kr. Holzminden) gelegen.

Der Ith ist eine von bisher 4 für diesen Zweck eingerichteten bundeseigenen Zivildienstkasernen. 1971 wurden in den beiden „Schulen" Ith und Staffelstein nur 3 Lehrgänge mit 73 Teilnehmern erzwungen, 1976 schon 23 mit 995 ZDL. Gesamtteilnehmerzahl 1971 bis 76: 4039. Gleichzeitig wurden 8453 ZDL in die Einführungslehrgänge der Spitzenverbände, wie DRK, gezwungen (Der Zivildienst 3/77). Seitdem ist die Tendenz steigend: die Kasernen Castrop-Rauxel und Bocholt kamen 1977 dazu. Grundlage bildet § 25a des Zivildienstgesetzes (ZDG): „Die Dienstleistenden sollen zu Beginn ihres Dienstes in Lehrgängen (1.) über Wesen und Aufgaben des Zivildienstes, sowie über ihre Rechte und Pflichten... unterrichtet und (2.) in die Tätigkeit angemessen eingeführt werden." Die Durchführung kann den Verbänden übertragen werden. Der neue ZDG-Entwurf läßt die Arbeitsdienstabsichten der Bourgeoisie ungeschminkt heraus: „Die Dienstleistenden werden zu Beginn ihres Dienstes in Lehrgängen von mindestens 4 Wochen Dauer unterrichtet. Der Dienstleistende ist während des Einführungsdienstes in einer dienstlichen Unterkunft unterzubringen." Diese kasernierte Grundausbildung können Schulleiter Bars, vormals Methodistenpfarrer, und die 3 festen Dozenten auf dem Ith gegen die ZDL nur erzwingen. Die Idylle der Bergwelt ist in wenigen Stunden verflogen. Morgens durch Gong geweckt und von den Dozenten zu den Kursen geschleppt, können auch „Selbsterfahrungsgruppen" und „Friedenspädagogik" Rebellion und Kampf gegen die Kasernierung nicht unterdrücken. Auch die „Aufklärung über Rechte und Pflichten" kann das Lernziel, „Verständnis zu wecken für den Sinn jener Normen, für die Strukturen und Funktionen des ZD"(Schulleiter Keck, Staffelstein) nicht erreichen. Die ZDL finden folgenden Vordruck, der als Disziplinarmaßnahme von Bars an das Bundesamt, bzw. die Dienststelle weitergeleitet wird: „Der ZDL... fiel durch destruktives Verhalten während der Kurse auf. Bitte nehmen Sie dies zu den Akten." Nachdem ein Kücheneinbruch zu verzeichnen ist, schließen sich die ZDL gegen die Gemeinschaftsverpflegung und den Kantinenpächter zusammen. Ein Essensboykott wird organisiert, und jeder ZDL übergibt Bars einen Beschwerdebrief. Antwort: Gemeinschaftsverpflegung kann nicht gut sein. Nach 2 Wochen ist der Bundesadler an einem Gebäude verschwunden. Bars will „keine große Sache" daraus machen und fordert zur anonymen Rückgabe des Schildes auf. Der Geier bleibt verschollen, die liberale Maske fällt. Bars läßt Polizei holen und Schränke und Betten der ZDL durchsuchen. Es kommt zu Auseinandersetzungen, weil die ZDL dem Polizeieinsatz entgegentreten. Ein ZDL soll festgenommen werden und wird von der Polizei verprügelt. Ein anderer bekommt eine Anzeige wegen Körperverletzung.

Aufgabe der Selbstorganisation wird es sein, diese Rebellion zum einheitlichen Kampf gegen die Arbeitsdienstmaßnahmen der Regierung zu organisieren.

## Keine „gesunden Relationen" in der Bundeswehr – Anteil der unteren Dienstgrade sinkt

*z.rua.* 1970 hatte der damalige Verteidigungsminister Schmidt im „Verteidigungsweißbuch" das Verhältnis von Berufssoldaten zu Wehrpflichtigen mit 60:40 als „gesunde Relation" bestimmt. Noch günstiger wäre ein Verhältnis 75:25. Die Bundeswehr ist weit von diesen günstigen Relationen entfernt. Heute umfaßt sie insgesamt 488291 Mann, davon stehen 268291 Berufs- und Zeitsoldaten 220000 Wehrpflichtige gegenüber, das entspricht einem Verhältnis von 55:45.

Die Bundeswehr basiert auf der Wehrpflicht. Seit ihrer Einführung 1957 wurden ca. 4 Mio. Jugendliche in die Pflicht genommen. Mit der Einsaugung großer Teile der Jugend des Volkes in die allgemeine Wehrpflicht entstand für die westdeutsche Bourgeoisie jedoch auch die Notwendigkeit, einen großen Kaderstamm an Berufssoldaten heranzuziehen, der das Zwangsverhältnis gegenüber den rekrutierten Jugendlichen durchsetzt und die Funktionsfähigkeit der Armee gewährleistet.

Mit Aufstellung der Bundeswehr wurde erstmalig das Dienstverhältnis des Soldaten auf Zeit geschaffen, nach dem sich ein Soldat für mindestens 21 Monate und maximal 15 Jahre verpflichtet. Eine zwei- bis vierjährige Verpflichtung als Soldat auf Zeit ist Voraussetzung, um eine Berufssoldatenlaufbahn einzuschlagen. Diese ist gespalten in drei Kategorien: Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere. Für die Offizierslaufbahn ist das abgeschlossene Abitur Voraussetzung, für die der Mannschaften und Unteroffiziere neben der Volks- bzw. Mittelschulreife eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Während die westdeutsche Bourgeoisie ihren Offiziersnachwuchs im wesentlichen aus den eigenen Reihen bestreitet, ist sie gezwungen, ihren Unteroffiziers- und Mannschaftsbedarf aus dem Volk zu rekrutieren. Dabei macht sie sich die bestehende Überproduktionskrise und die aus ihr resultierende Reservearmee zunutze. Mit Ködern, wie Verpflichtungsprämien und Überbrückungsgeldern nach mehrjährigem Wehrdienst, sollen die Jugendlichen geworben werden. 1967, im ersten Krisenjahr der westdeutschen Bourgeoisie, und nachdem die Bundeswehr Prämien für eine 4- bis 15jährige Dienstverpflichtung in Höhe von 2000 – 6000 DM ausgesetzt hatte, stieg z.B. die Zahl der Zeitoffiziersanwärter von 1863 (1966) auf 3369.

**Personalentwicklung der Bundeswehr**

| Jahr | Gesamt | Offiziere | Unteroffiziere | Mannschaften | Wehrpflichtige |
|---|---|---|---|---|---|
| 1956 ......... | 66100 | 8000 | 24000 | 34100 | – |
| 1960 ......... | 270400 | 17700 | 71300 | 73400 | 108000 |
| 1965 ......... | 440800 | 25000 | 104600 | 94000 | 217200 |
| 1970 ......... | 458500 | 29000 | 133500 | 89800 | 206200 |
| 1977 ......... | 488288 | 39944 | 155783 | 73073 | 220000 |
| 1978 ......... | 488291 | 41314 | 154935 | 72042 | 220000 |

Nur ¼ aller Unteroffiziere sind Berufssoldaten, die Mehrzahl hat sich nur auf 2 – 3 Jahre verpflichtet. Bei den Mannschaften haben sich im Heer 66% auf 2 Jahre verpflichtet, in der Luftwaffe 68% auf 2 – 4 Jahre. Die Bereitschaft unter den Volksmassen, das Vaterland nach vorne zu verteidigen, ist gering. Das zeigt sich auch an der sinkenden Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten in den unteren Dienstgraden.

auch Steigerung der Schinderei der Mannschaften. Das letztere ist nicht verwunderlich, schafft aber durchaus Probleme für die imperialistische Armee. Ein Teil der Maßnahmen des Verteidigungsministeriums, die Unteroffiziere zu trimmen, besteht darin, sie auf die rechtlichen Möglichkeiten einzuschwören, die die Kasernenunterdrückung erlaubt. Und die sind erheblich. Dazu Poeppel: „Der Führungsstil in der Truppe soll geändert werden. Einerseits (muß) der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen und andererseits in allen Führungsfunktionen nicht bloß kalte Perfektion, sondern menschliche Wärme eingesetzt" werden. Verteidigungsminister Apel hat in der Bundestagsdebatte Überlegungen" zur „Inneren Führung" von sich gegeben zur Effektivierung der ideologischen Indoktrination der Soldaten. „Können wir es uns leisten, die vielfältigen Einrichtungen der Bundeswehr, die indirekt oder direkt etwas mit der inneren Führung zu tun haben, sie zumindestens zu vermitteln haben, wie das Militärgeschichtliche Forschungsamt, wie das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, wie in gewissem Sinne auch die Bundeswehrhochschulen, alle nebeneinander bestehen lassen? Kann der geistige Verbund, kann die geistige Brücke reichen? Oder brauchen wir auch mehr, eine geographische Zusammenfassung?" Was heißt, erleichterte Kontrolle auf die gegenwärtig etwas „zivilen" Anstalten, offenere Militarisierung der Ausbildung der dortigen Offizierschargen.

Zur Straffung der Kampftruppen schreibt Poeppel: „Das Training des Zusammenspiels der Besatzung von Kampfpanzern und Schützenpanzern soll verbessert werden. Dazu wird, neben Maßnahmen der Ausbildung, vorgesehen, daß jeder Zug in der Kompanie nur Soldaten mit gleichem Eintrittsdatum zusammenfaßt, nicht also jeweils Männer mit unterschiedlichem Ausbildungsstand" (Welt, 13.6.). Der Zugriff auf die wehrpflichtigen Soldaten wird dadurch gesteigert. Als letzte Maßnahme erklärt Poeppel, daß „das Territorialheer gegenüber dem Feldheer nicht in die Rolle eines Stiefkindes gedrängt" werden dürfe. Dieser Heeresabschnitt, u.a. zum Einsatz gegen die Volksmassen bestimmt („Schutz von Kraftwerken, Wasserwerken, Schleusen, Brücken, Schutz bestimmter Räume, Verkehrswege u.ä."), wird modernisiert und umgerüstet.

z.rua. 1970 hatte der damalige Verteidigungsminister Schmidt im „Verteidigungsweißbuch" das Verhältnis von Berufssoldaten zu Wehrpflichtigen mit 60:40 als „gesunde Relation" bestimmt. Noch günstiger wäre ein Verhältnis 75:25. Die Bundeswehr ist weit von diesen günstigen Relationen entfernt. Heute umfaßt sie insgesamt 488291 Mann, davon stehen 268291 Berufs- und Zeitsoldaten 220000 Wehrpflichtige gegenüber, das entspricht einem Verhältnis von 55:45.

Die Bundeswehr basiert auf der Wehrpflicht. Seit ihrer Einführung 1957 wurden ca. 4 Mio. Jugendliche in die Pflicht genommen. Mit der Einsaugung großer Teile der Jugend des Volkes in die allgemeine Wehrpflicht entstand für die westdeutsche Bourgeoisie jedoch auch die Notwendigkeit, einen großen Kaderstamm an Berufssoldaten heranzuziehen, der das Zwangsverhältnis gegenüber den rekrutierten Jugendlichen durchsetzt und die Funktionsfähigkeit der Armee gewährleistet.

Mit Aufstellung der Bundeswehr wurde erstmalig das Dienstverhältnis des Soldaten auf Zeit geschaffen, nach dem sich ein Soldat für mindestens 21 Monate und maximal 15 Jahre verpflichtet. Eine zwei- bis vierjährige Verpflichtung als Soldat auf Zeit ist Voraussetzung, um eine Berufssoldatenlaufbahn einzuschlagen. Diese ist gespalten in drei Kategorien: Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere. Für die Offizierslaufbahn ist das abgeschlossene Abitur Voraussetzung, für die der Mannschaften und Unteroffiziere neben der Volks- bzw. Mittelschulreife eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Während die westdeutsche Bourgeoisie ihren Offiziersnachwuchs im wesentlichen aus den eigenen Reihen bestreitet, ist sie gezwungen, ihren Unteroffiziers- und Mannschaftsbedarf aus dem Volk zu rekrutieren. Dabei macht sie sich die bestehende Überproduktionskrise und die aus ihr resul-

mehrjährigem Wehrdienst, sollen die Jugendlichen geworben werden. 1967, im ersten Krisenjahr der westdeutschen Bourgeoisie, und nachdem die Bundeswehr Prämien für eine 4- bis 15jährige Dienstverpflichtung in Höhe von 2000 – 6000 DM ausgesetzt hatte, stieg z.B. die Zahl der Zeitoffiziersanwärter von 1863 (1966) auf 3369.

Personalentwicklung der Bundeswehr

| Jahr | Gesamt | Offiziere | Unteroffiziere | Mannschaften | Wehrpflichtige |
|---|---|---|---|---|---|
| 1956 ......... | 66100 | 8000 | 24000 | 34100 | – |
| 1960 ......... | 270400 | 17700 | 71300 | 73400 | 108000 |
| 1965 ......... | 440800 | 25000 | 104600 | 94000 | 217200 |
| 1970 ......... | 458500 | 29000 | 133500 | 89800 | 206200 |
| 1977 ......... | 488288 | 39944 | 155783 | 73073 | 220000 |
| 1978 ......... | 488291 | 41314 | 154935 | 72042 | 220000 |

Nur ¼ aller Unteroffiziere sind Berufssoldaten, die Mehrzahl hat sich nur auf 2 – 3 Jahre verpflichtet. Bei den Mannschaften haben sich im Heer 66% auf 2 Jahre verpflichtet, in der Luftwaffe 68% auf 2 – 4 Jahre. Die Bereitschaft unter den Volksmassen, das Vaterland nach vorne zu verteidigen, ist gering. Das zeigt sich auch an der sinkenden Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten in den unteren Dienstgraden.

# Warum Vietnam Hunderttausende „Flüchtlinge" exportiert

### 3 Mrd. Dollar an Kopfgeld kassiert / ASEAN-Konferenz verurteilt Aggressionspolitik

*z.anb.* 2500 Dong, das sind ca. 1725 DM, verlangten die vietnamesischen Behörden Anfang Juni von den „Auswanderungswilligen", die sie in Hanoi mit Polizeischikanen hatten zusammentreiben, registrieren und als lebendigen „Beweis" der „chinesischen Unruhestiftung" vorführen lassen. Allein im Monat April haben die vietnamesischen Hegemonisten über diese Vertreibungspolitik 240 Mio. Dollar in ihre Kriegskasse gebracht; das sind ziemlich genau 75% des gesamten Wertvolumens der sowjetischen Exporte nach Vietnam im Jahre 1978.

Anfang Mai, als sich in Djakarta (Indonesien) Vertreter aus 24 Ländern zu einer internationalen Beratung über die Flüchtlingsfrage in Indochina versammelt hatten, verkündete dort der Vertreter der vietnamesischen Regierung, Vu Hoang, man rechne mit weiteren 600000 „Ausreisewilligen" und wünsche nichts sehnlicher, als den Exodus „in geordneten Bahnen ablaufen zu lassen". Wenn sich gegenwärtig die Stimmen mehren, die für eine internationale Konferenz unter der Ägide der UNO-Organisation für das Flüchtlingswesen eintreten, so sind es äußerst verschiedene Interessen und Beweggründe, die auf seiten der Länder der Dritten Welt einerseits, der Imperialisten andererseits verfolgt werden.

Für die VR China und die ASEAN-Länder Thailand, Malaysia und die Philippinen, die in den letzten Monaten über 500000 „Flüchtlinge" aufgenommen haben, ist die Politik der vietnamesischen Behörden eine offene Aggression. In mehrfacher Hinsicht. Große Anstrengungen sind in den ASEAN-Ländern in den letzten Jahren unternommen worden, um die Grundlage der nationalen Unabhängigkeit, die Sicherstellung der Nahrungsmittelselbstversorgung, d.h. die Unabhängigkeit von Reis-Importen, die auf dem Weltmarkt von den US-Imperialisten monopolisiert werden, zu erreichen. Dies war mehreren ASEAN-Ländern 1978 gelungen.

Völlig entgegengesetzt dazu die Politik der vietnamesischen Marionetten. Le Thanh Nghi, Präsident der Staatlichen Plankommission, erstattete vor wenigen Wochen der vietnamesischen Nationalversammlung Bericht über die Nichterfüllung des geltenden Fünfjahrplanes. Die vom nackten Hunger bedrohten Volksmassen Vietnams sollen über die Ausweitung des Kriegsrechts zu Produktionssteigerungen gezwungen werden. Verteidigungsminister Vo Nguen Giap formulierte dies so: „Die wichtigste aktuelle Frage besteht darin, daß wir unseren Landsleuten die Arbeits- und Militärpflichten klarmachen müssen. Gegenüber jenen Elementen, die ihre Pflichten umgehen und faul sind, müssen strenge Sanktionen ergriffen werden." (Beijing Rundschau, Nr.24/79) Die produktive Arbeit der Massen wird für anderes verwertet als ihre Ernährung: nach dem Wirtschaftsplan soll die Reisproduktion bis 1980 von 13,5 Mio. t auf 12,6 Mio. t *reduziert* werden. Inzwischen ist offenkundig, mit welchen Methoden dies verfolgt wird.

Die Vertreibung von bislang nahezu einer halben Million „Flüchtlingen", vor allem Vietnamesen chinesischer Abstammung, ist jedoch nicht nur der Versuch, Ernährungsprobleme aus der Welt zu schaffen. Es ist weit mehr. Jeng Sary, Außenminister des Demokratischen Kampuchea, erklärte am 20. Juni in einem offenen Brief an die Regierungen mehrerer Staaten: „Vietnam will mit seinem massiven Flüchtlingsexport die Ruhe in den südostasiatischen Ländern stören, ihre wirtschaftliche Stabilität unterminieren und nicht zuletzt seine Expansionspolitik in diesem Raum durchsetzen. Um die Flüchtlingsfrage zu lösen, muß man die Hanoier Behörden zum Verzicht auf ihre Aggressions-, Expansions- und Annexionspolitik gegenüber ihren Nachbarländern zwingen." So lautstark die westlichen Imperialisten die Flüchtlings„tragödie" beklagen, *das* ist es eben nicht, was *sie* im Auge haben. Warum haben die USA keinen Ton zu der vietnamesischen Unverfrorenheit gesagt, jeden Monat – und die Rechnung umfaßt offensichtlich 60 Monate – weitere 10000 „Ausreisegenehmigungen" zu erteilen? Mit ihrer "humanistischen Hilfsaktion" für bislang 100 000 vertriebene Vietnamesen verbindet die US-Finanzbourgeoisie das abgebrühte Kalkül, ihren eigenen Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk im nachherein zu rechtfertigen und damit politischen Boden wettzumachen gegenüber der demokratischen und revolutionären Bewegung in den USA selbst.

Die vietnamesischen Hegemonisten behaupten derweil, es handle sich um eine „Hinterlassenschaft der US-Aggression", es seien allesamt „Kapitalisten und Bourgeois", die das Land verlassen wollen; daß sie „*Gold und Geld zahlen können für die Ausreisegenehmigung*", beweise dies hinlänglich. Die Außenminister des ASEAN haben auf ihrer Konferenz in der letzten Woche diese Politik beim Namen genannt: Aggression und Hegemonismus stecke dahinter, es sei Zeit, die internationale Konferenz durchzuführen, nicht jedoch, um Flüchtlingsströme zu verwalten, sondern die Ursache ihrer Entstehung zu beseitigen.






Für die USA sind die „Boat People" der Vorwand, auf den sich ihre verschärfte Einmischung stützt. (Karte: „Flüchtlings"lager in Südostasien)

## Studenten in Auckland unterstützen Kampf der Maoris für sofortige Freilassung

*z.mat.Sydney.* Seit dem 1. Mai sind elf Maoris in Auckland in Untersuchungshaft. Sie sind des Landfriedensbruchs angeklagt, weil sie mit zahlreichen anderen Maoris eine Veranstaltung von Ingenieurstudenten gewaltsam beendet hatten. Die Veranstaltung ist regelmäßiger Bestandteil des jährlich stattfindenden Studentenfaschings, auf der eine Gruppe von weißen Studenten in Baströcken und Lippenstiftbemalung eine ,,Haka'', das traditionelle Maorifest, lächerlich machen wollten.

Die Maoris sind die rechtmäßigen Besitzer von Aotearoa (Neuseeland). Trotz eines massiven Vernichtungsprogramms, das die Maoribevölkerung um 1900 auf 42000 dezimierte, konnten die Imperialisten ihren Widerstand nicht brechen. Heute leben wieder 250000 Maoris in Aotearoa.

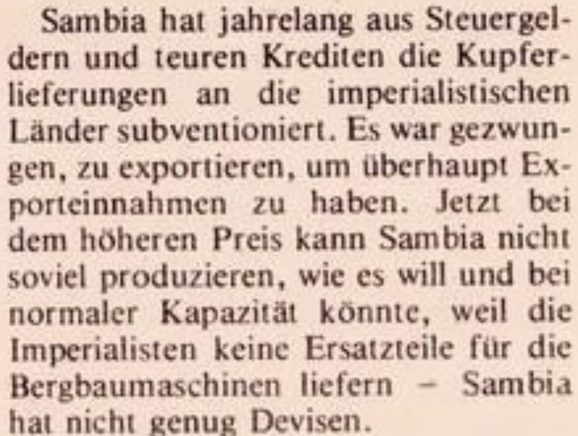
Den Kampf gegen die ,,Haka''-Fete führen die Maoris seit 25 Jahren. In diesem Jahr gründeten einige Maoristudenten die Vereinigung Te Haua (Kampfpartei) und verteilten ein Flugblatt, in dem sie unter anderem schreiben: ,,25 Jahre lang haben Maoris sich durch die obszönen Szenen der Haka-Fete der Ingenieurstudenten beleidigt gesehen. (...) Sie sagen, es sei alles nur ein Scherz. Aber Rassismus ist nicht zum lachen, und für uns ist es kein Scherz, wenn unsere Kultur in den Schmutz gezogen wird.''

Nach dem vorzeitigen Ende der Fete ließ die Regierung elf ihrer Führer verhaften. Doch die Studenten sagten den Maoris die Unterstützung ihrer Forderung nach sofortiger Freilassung und nach Verbot der Haka-Fete zu, und der Vorsitzende der Ingenieurstudentenvereinigung, der zuerst in einer Erklärung die Anwendung von Gewalt durch die Te Haua verurteilt hatte, mußte sich vor 1800 Studenten öffentlich entschuldigen.

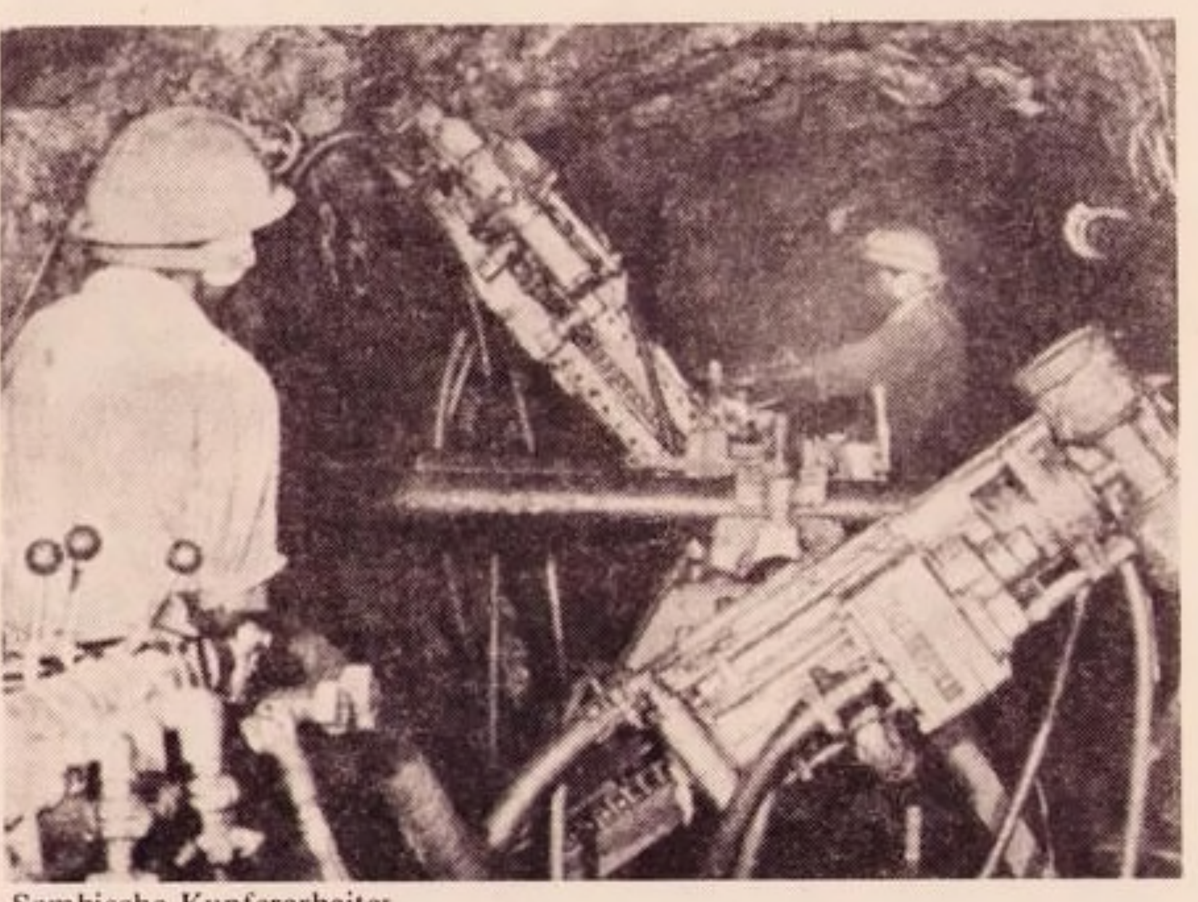
Seitdem hat die Bewegung für die Freilassung der Maoris schnell an Kraft und Breite gewonnen. Das Rückgrat der Bewegung bilden die Maoris selbst. Der Bezirksrat der Maoris in Auckland, der 15 Maoriräte vertritt, hat öffentlich die Freilassung gefordert. Die Jahreskonferenz der Maoristudenten Te Huinga Ragatahi O Aotearoa, die von mehreren hundert Maoristudenten des ganzen Landes besucht war, hat 200 Dollar für ihre Verteidigung gesammelt. Am 9. Mai, als die Verhafteten zum zweiten Mal vor dem Richter erscheinen mußten, demonstrierten 100 Menschen vor dem Gericht. Vertreter von Te Haua haben in Wellington auf mehreren Versammlungen gesprochen. Am 22. Juni fand eine Protestversammlung im Rathaus von Auckland statt.

## Imperialistische Konkurrenz um fremdes Kupfer

### Sambia: Dem Kolonialgouverneur folgt der schuldeneintreibende Bankier



*z.hef.* Nach Schätzungen des ,,Metal Bulletin'', einer britischen Fachzeitschrift für den Metallhandel, stieg der Weltkupferverbrauch 1978 um 340000 Tonnen auf 7,2 Millionen Tonnen, das ist eine Steigerung um 5%. Die Imperialisten beschleunigen die Kriegsvorbereitung, deshalb brauchen sie mehr Kupfer als Rohstoff für Munition, für Elektro- und Elektronikproduktion und andere strategische Produktion. Entsprechend nimmt die Konkurrenz um die Beherrschung der Kupferproduktion zu. Inzwischen müssen die kupferverbrauchenden Monopole zum ersten Mal seit 1974 an der Londoner Metallbörse über 1000 Pfund für eine Tonne Kupfer zahlen. Die beiden Supermächte sind selbst die größten Produzenten von Kupfer in der Welt (dar-



Sambische Kupferarbeiter

überhinaus beteiligen sie sich an der Plünderung der 3. Welt). Um so dringender versuchen die anderen imperialistischen Mächte, sich die Verfügung über die Kupferproduktion in Ländern der 3. Welt zu sichern. Das Hauptmittel dazu ist die Schuldabhängigkeit dieser Länder.

Schmidt hat im letzten Jahr vorgeschlagen, Kupfer in das Exportstabilisierungsabkommen einzubeziehen. Damit hat er sich bei den anderen EG-Staaten vorläufig nicht durchgesetzt. Vor allem hat er Sambia im Auge. Aus Sambia bezogen die westdeutschen Imperialisten 1976 20% ihres raffinierten Kupfers, damit ist Sambia der größte Lieferant.

Kupfer- und Kobaltexporte machten 1977 94% aller Exporteinnahmen Sambias aus. 1975 lag der Preis zwischen 600 und 700 Pfund. 1976 und 1977 erhielten die kupferproduzierenden Länder etwas mehr, aber die meisten mußten immer noch zuschießen bei der Produktion. Francis Kaunda, General-

Sambische Kupferarbeiter

überhinaus beteiligen sie sich an der Plünderung der 3. Welt). Um so dringender versuchen die anderen imperialistischen Mächte, sich die Verfügung über die Kupferproduktion in Ländern der 3. Welt zu sichern. Das Hauptmittel dazu ist die Schuldabhängigkeit dieser Länder.

Schmidt hat im letzten Jahr vorgeschlagen, Kupfer in das Exportstabilisierungsabkommen einzubeziehen. Damit hat er sich bei den anderen EG-Staaten vorläufig nicht durchgesetzt. Vor allem hat er Sambia im Auge. Aus Sambia bezogen die westdeutschen Imperialisten 1976 20% ihres raffinierten Kupfers, damit ist Sambia der größte Lieferant.

Kupfer- und Kobaltexporte machten 1977 94% aller Exporteinnahmen Sambias aus. 1975 lag der Preis zwischen 600 und 700 Pfund. 1976 und 1977 erhielten die kupferproduzierenden Länder etwas mehr, aber die meisten mußten immer noch zuschießen bei der Produktion. Francis Kaunda, General-



direktor von Sambias größter Fördergesellschaft, der Nchanga Consolidated Coppermines Ltd. (NCCM), erklärte vor kurzem: ,,In der geographischen Lage Sambias brauchen wir ungefähr 900 Pfund pro Tonne, die Zinszahlungen eingerechnet, um eine ausgeglichene Bilanz zu haben, über dem werden wir profitabel. Wir müssen aber noch die dauernden Verluste aus den letzten Jahren ausgleichen und ein neues Bergwerk in Gang setzen, danach belaufen sich unsere Kosten auf ungefähr 1200 Pfund pro Tonne.''

Sambia hat jahrelang aus Steuergeldern und teuren Krediten die Kupferlieferungen an die imperialistischen Länder subventioniert. Es war gezwungen, zu exportieren, um überhaupt Exporteinnahmen zu haben. Jetzt bei dem höheren Preis kann Sambia nicht soviel produzieren, wie es will und bei normaler Kapazität könnte, weil die Imperialisten keine Ersatzteile für die Bergbaumaschinen liefern – Sambia hat nicht genug Devisen.

Die Abhängigkeit vom Kupferverkauf mit den entsprechenden Folgen verdankt das Land dem britischen und US-Imperialismus. Um 1928 ,,entdeckten'' die Imperialisten die Kupfervorräte im ,,Copperbelt'', dem Kupfergürtel von 110 km mal 50 km Ausdehnung, nördlich von Lusaka an der Grenze zu Zaire. Die afrikanischen Völker hatten das Kupfer schon vor mehr als 700 Jahren entdeckt und seitdem benutzt. 1930 beuteten die Bergbaumonopole bereits 22000 Sambier aus, vor allem Bauern, denen die britischen Imperialisten durch die Vertreibung in Reservate in den Jahren zuvor ihr Land gestohlen hatten.

Von den ersten Förderungen bis 1969 beherrschten zwei Monopole die Kupferproduktion: Die Anglo-American Corporation, ein in Südafrika registriertes Monopol mit britischen und US-Anteilen, und der Rhodesian Selection Trust Limited (später umbenannt in Roan Selection Trust), eine Tochtergesellschaft des US-Monopols AMAX. Neben den Bergbaumonopolen verdiente der britische Staatsapparat kräftig mit. Zwischen 1930 und 1940 nahm der britische Staat mehr als 2,5 Millionen Pfund Steuern als Anteil an der Ausplünderung des Kupfers Sambias ein. Zur ,,Entwicklung'' Sambias wurden 136000 Pfund davon in die Kolonie überwiesen – und die wurden hauptsächlich für den Bau von Straßen und Eisenbahnen und für den leichteren Abtransport des Kupfers verwendet.

US-Imperialismus. Um 1928 ,,entdeckten'' die Imperialisten die Kupfervorräte im ,,Copperbelt'', dem Kupfergürtel von 110 km mal 50 km Ausdehnung, nördlich von Lusaka an der Grenze zu Zaire. Die afrikanischen Völker hatten das Kupfer schon vor mehr als 700 Jahren entdeckt und seitdem benutzt. 1930 beuteten die Bergbaumonopole bereits 22000 Sambier aus, vor allem Bauern, denen die britischen Imperialisten durch die Vertreibung in Reservate in den Jahren zuvor ihr Land gestohlen hatten.

Von den ersten Förderungen bis 1969 beherrschten zwei Monopole die Kupferproduktion: Die Anglo-American Corporation, ein in Südafrika registriertes Monopol mit britischen und US-Anteilen, und der Rhodesian Selection Trust Limited (später umbenannt in Roan Selection Trust), eine Tochtergesellschaft des US-Monopols AMAX. Neben den Bergbaumonopolen verdiente der britische Staatsapparat kräftig mit. Zwischen 1930 und 1940 nahm

,,Ihr verbessert unser Land, nicht wahr? Eisenbahnen, Straßen, Bergwerke, natürlich. Wem nutzen sie? Was mich angeht, könnt ihr alles wieder mitnehmen. Was laßt ihr uns zurück? Eine ausgelutschte Orange.'' So wird ein Häuptling der Luanda zitiert, wenige Jahre nach Beginn des Kupferbergbaus.

Die Imperialisten schufen durch die schnelle Ausweitung des Raubbaus eine relativ große Arbeiterklasse (heute leben 40% der Sambier in Städten), die sich bald führend an den Kämpfen gegen die Kolonialherrschaft beteiligte. 1935 gab es einen ersten größeren Streik gegen neue Steuermaßnahmen. 1940 streikten die Bergarbeiter, unter Führung der Gewerkschaftsvorläufer, gegen die Lohnsenkung. Die 1948 gegründeten Gewerkschaften standen in der ersten Reihe des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft.

Aber die Regierung nach der 1964 erkämpften Unabhängigkeit war eine Regierung der Bourgeoisie. Bis 1969 beschränkte sie sich auf höhere Besteuerung der Profite (73%) und ließ die Kupfermonopole ansonsten ungeschoren. Diese Kapitalisten rühmen sich noch heute, sie hätten einen ,,mäßigenden Einfluß'' auf den Weltmarkt ausgeübt, weil sie *unter* dem Preis der Londoner Metallbörse verkauften. Das heißt, sie verkauften billig an ihre Muttergesellschaften, machten selbst wenig Profit und hatten wenig zu versteuern. 1966 machte die Regierung dem ein Ende, es wurde zu LME-Preis (Preis an der Londoner Metallbörse) verkauft. 1969 begann die Regierung, die Kupferindustrie zu verstaatlichen. Aber sie ging nur zögernd und halbher-

Profit und hatten wenig zu versteuern. 1966 machte die Regierung dem ein Ende, es wurde zu LME-Preis (Preis an der Londoner Metallbörse) verkauft. 1969 begann die Regierung, die Kupferindustrie zu verstaatlichen. Aber sie ging nur zögernd und halbher-

### Wichtiges über

*z.elb.* Kupfer ist wegen seines nicht allzu hohen Schmelzpunktes bei 1083° und vor allem wegen seiner leichten Verformbarkeit durch Hämmern das älteste technische Gebrauchsmetall. In reinem Zustand zeichnet es sich durch eine extrem hohe elektrische Leitfähigkeit aus, die nur noch von Silber übertroffen wird. Die dritte besondere Eigenschaft des Kupfers besteht in seiner ebenfalls hohen thermischen Leitfähigkeit.

Bei einem durchschnittlichen Kupfergehalt von 70 Gramm pro Tonne der zugänglichen Erdkruste gehört das Metall zu den relativ seltenen Elementen. Es wird dann abgebaut, wenn der Kupfergehalt des Gesteins bei mindestens 1% liegt. Bei den Vorkommen an den Großen Seen in den USA beträgt der Kupfergehalt nur 0,75%; in der Provinz Shaba in Zaire liegt er mit 6% am höchsten.

Wichtiges über

z.elb. Kupfer ist wegen seines nicht allzu hohen Schmelzpunktes bei 1083° und vor allem wegen seiner leichten Verformbarkeit durch Hämmern das älteste technische Gebrauchsmetall. In reinem Zustand zeichnet es sich durch eine extrem hohe elektrische Leitfähigkeit aus, die nur noch von Silber übertroffen wird. Die dritte besondere Eigenschaft des Kupfers besteht in seiner ebenfalls hohen thermischen Leitfähigkeit.

Bei einem durchschnittlichen Kupfergehalt von 70 Gramm pro Tonne der zugänglichen Erdkruste gehört das Metall zu den relativ seltenen Elementen. Es wird dann abgebaut, wenn der Kupfergehalt des Gesteins bei mindestens 1% liegt. Bei den Vorkommen an den Großen Seen in den USA beträgt der Kupfergehalt nur 0,75%; in der Provinz Shaba in Zaire liegt er mit 6% am höchsten.

Mit der Entwicklung der großen Industrie nahm die Förderung des Kupfers sprunghaft zu. Betrug sie 1900 452000 t, so hatte sie sich bis 1911 fast verdoppelt und bis 1916 mehr als verdreifacht. 1977 lag sie bei 8,03 Mio. t. 70 bis 80 Jahre wird der Kupfervorrat noch reichen, schätzt man. Den Imperialisten gelingt es, das Metall – seit 4000 Jahren in Gebrauch – in ca. 150

## Erneute Verbrechen Carters gegen die indianische Nation

*z.pel.* ,,Unsere souveränen Rechte sind kein Verhandlungsgegenstand. Wir kämpfen für nationale Unabhängigkeit''. Mit diesem Aufruf beschloß der Führer der Amerikanischen Indianerbewegung (AIM) Vernon Bellecourt am 22.4. eine Konferenz, auf der Vertreter von neun indianischen Völkern über die Fortführung ihres Kampfes gegen die amerikanische Finanzbourgeoisie beraten hatten. Knapp 800000 Indianer von ehemals drei Millionen leben heute noch in den USA. 492000 in 272 Reservaten, auf ihrem Land, das ihnen von eindringenden Siedlern vertraglich zugesichert worden war und ihnen in der Folge teils gestohlen, teils unter die ,,Verwaltung'' der amerikanischen Regierung gestellt wurde.

Der Menschenrechtsapostel Carter hat von Anbeginn seiner Amtszeit die Fortsetzung dieses Raubes betrieben. Im Dekret über ,,Bodenforschung, Bergbau und Landrückgabeforderungen'' (18.12.77) erklärt er: ,,Es ist die Politik dieser Regierung, die Entwicklung der Mineralienvorräten unter indianischem Land... zu fördern''. Im Dekret über ,,Öl- und Gasförderung'' wird sogleich der Zugriff gesichert: ,,Jede Regierungsdienststelle hat eine Option auf das geförderte Öl. (...) Ist der Eigentümer nicht bereit, Abbau auf seinem Boden zu gestatten, wird der Superintendent die Parteien drängen, zu Vereinbarungen zu kommen.'' Der Superintendent als Vertreter des Büros für Indianische Angelegenheiten (BIA) untersteht direkt dem Innenminister. Hunderttausende von Morgen Land sind so den Indianern für 1 $ pro Morgen abgepreßt worden. Widerstand ist einkalkuliert. Die ,,Strafrechtsbestimmungen'' vom 26.4.77 regeln die Einsetzung von indianischen Richtern und Polizei in den Reservaten durch das BIA. Die Aufgabe der Richter ist ,,die Verurteilung eines jeden Schuldigen zu Arbeitsstrafe''. Ein perfektes Arbeitshaus.

Die andauernden Kämpfe der Indianer gegen die Unterdrückungsmaßnahmen haben Carter im April 78 veranlaßt, eine ,,Kommission zur Reorganisierung des BIA'' einzusetzen. Sie empfiehlt dem Präsidenten, die Taktik zu wechseln und Programme zu entwickeln, ,,die es der Jugend erlauben, Karriere und Lebensstil zwischen Indianerwelt und herrschender Kultur auszuwählen.'' Auslöschung der indianischen Nation über Korrumpierung. Carters Vorgänger hatten es mit Schnaps versucht.

die indianische Nation

z.pel. ,,Unsere souveränen Rechte sind kein Verhandlungsgegenstand. Wir kämpfen für nationale Unabhängigkeit''. Mit diesem Aufruf beschloß der Führer der Amerikanischen Indianerbewegung (AIM) Vernon Bellecourt am 22.4. eine Konferenz, auf der Vertreter von neun indianischen Völkern über die Fortführung ihres Kampfes gegen die amerikanische Finanzbourgeoisie beraten hatten. Knapp 800000 Indianer von ehemals drei Millionen leben heute noch in den USA. 492000 in 272 Reservaten, auf ihrem Land, das ihnen von eindringenden Siedlern vertraglich zugesichert worden war und ihnen in der Folge teils gestohlen, teils unter die ,,Verwaltung'' der amerikanischen Regierung gestellt wurde.

Der Menschenrechtsapostel Carter hat von Anbeginn seiner Amtszeit die Fortsetzung dieses Raubes betrieben. Im Dekret über ,,Bodenforschung, Bergbau und Landrückgabeforderungen'' (18.12.77) erklärt er: ,,Es ist die Politik dieser Regierung, die Entwicklung der Mineralienvorräten unter indianischem Land... zu fördern''. Im Dekret über ,,Öl- und Gasförderung'' wird sogleich der Zugriff gesichert: ,,Jede Regierungsdienststelle hat eine Option auf das geförderte Öl. (...) Ist der Eigentümer nicht bereit, Abbau auf seinem Boden zu gestatten, wird der Superintendent die Parteien drängen, zu Vereinbarungen zu kommen.'' Der Superintendent als Vertreter des Büros für Indianische Angelegenheiten (BIA) untersteht direkt dem Innenminister. Hunderttausende von Morgen Land sind so den Indianern für 1 $ pro Morgen abgepreßt worden. Widerstand ist einkalkuliert. Die ,,Strafrechtsbestimmungen'' vom 26.4.77 regeln die Einsetzung von indianischen Richtern und Polizei in den Reservaten durch das BIA. Die Aufgabe der Richter ist ,,die Verurteilung eines jeden Schuldigen zu Arbeitsstrafe''. Ein perfektes Arbeitshaus.

Die andauernden Kämpfe der Indianer gegen die Unterdrückungsmaßnahmen haben Carter im April 78 veranlaßt, eine ,,Kommission zur Reorganisierung des BIA'' einzusetzen. Sie empfiehlt dem Präsidenten, die Taktik zu wechseln und Programme zu entwickeln, ,,die es der Jugend erlauben, Karriere und Lebensstil zwischen Indianerwelt und herrschender Kultur auszuwählen.'' Auslöschung der indianischen Nation über Korrumpierung. Carters Vorgänger hatten es mit Schnaps versucht.

## Britische Imperialisten wollen die Nordirlandgesetze verschärfen

*z.rül.* 234 Bombenanschläge sowie 32 Tote, zumeist Mitglieder der nordirischen Polizeitruppe der britischen Imperialisten RUC, der Siedlertruppe UDR oder Besatzungssoldaten, seien in diesem Jahr bis jetzt zu beklagen, erklärte der britische Nordirlandminister Atkins am 24.5. vor dem Unterhaus. Zur Unterdrückung des irischen Befreiungskampfes kündigte er in den letzten beiden Wochen eine erneute Überprüfung der ,,Nordirlandgesetze'' an. Es handelt sich dabei vor allem um:

a) Das ,,Gesetz über Spezielle Vollmachten'' für Nordirland. Es erlaubt die unbefristete Internierung ,,Verdächtiger'' in Internierungslagern und ist seit 1922 in Kraft.

b) das ,,Gesetz zur Verhütung des Terrorismus''. Die Mitgliedschaft in oder Unterstützung der verbotenen IRA wird mit bis zu 10 Jahren Haft bestraft; Grenzbeamte zwischen Nordirland und dem britischen Festland können ,,Verdächtige'' bis zu 7 Tagen in Haft halten; der britische Innenminister kann ,,des Terrorismus Verdächtige'' aus Britannien nach Nordirland oder umgekehrt unbefristet ausweisen; schließlich können die Polizeikräfte mit Genehmigung des Innenministers jeden ,,Verdächtigen'' bis zu 7 Tagen in Haft halten und verhören. Vom 29.11.74 bis zum 1.6.78 geschah dies bei 11658 ,,Verdächtigen''.



Kundgebung zur Unterstützung gefangener irischer Befreiungskämpfer

c) das ,,Notstandsvollmachtengesetz'' für Nordirland. Danach kann die Polizei Verhaftungen bis zu 72 Stunden Dauer vornehmen, mit Genehmigung des Nordirlandministers bis zu 7 Tagen; die Besatzungssoldaten sind zu Personenkontrollen, Verhaftungen, der Abriegelung ganzer Gebiete, der Beschlagnahme und Zerstörung von Gegenständen im Zusammenhang mit vermuteten ,,terroristischen Straftaten'' befugt, zu Hausdurchsuchungen etc.

Die Aussichten der britischen Imperialisten, mit der Verschärfung dieser Kolonialgesetzgebung den Befreiungskampf des irischen Volkes ersticken zu können, sind gering. In einem kürzlich von der IRA veröffentlichten geheimen Dokument der britischen Regierung vermutet diese zu Recht, daß ,,die Kampagne der Gewalt... wahrscheinlich andauern wird, solange Britannien in Nordirland bleibt.''

### Keine Paras nach Zaire – vorerst

*z.zik.Brüssel.* Wenn am 1. Juli die ,,Interafrikanische Friedenstruppe'', bestehend aus 2360 Soldaten aus Marokko, Senegal, Togo und Elfenbeinküste, aus Zaires Provinz Shaba abgezogen ist, wird sie durch von den belgischen und französischen Imperialisten ausgebildete Truppen unter Führung von Kolonialoffizieren ersetzt werden. ,,Para-Einheiten permanent in die unruhigsten Gebiete von Zaire zu legen'', werde nicht erwogen, schreibt die belgische Presse. Das ist *vorerst* nicht notwendig. Ein ,,Vertrag für militärische Zusammenarbeit'', den die belgischen Imperialisten der Regierung von Zaire – unter dem Druck des IWF und der Bedrohung durch die Katanga-Söldner der Sozialimperialisten – aufzwingen konnten, sichert ihnen das Kommando über entscheidende Teile der zairischen Armee: Die 2500 Mann starke 21. Infanteriebrigade, von belgischen Offizieren zusammengestellt, bleibt weiterhin unter deren Führung; belgische Verwaltungs- und Logistikoffiziere werden in den Verwaltungsstab und die Logistikeinheiten der zairischen Armee eingepflanzt; in Kinshasa wird eine belgische Militärmission eröffnet. Falls das nicht reicht, so beruhigte der belgische Außenminister Simonet in einer Ansprache an die belgische Kolonie in Shaba, stehe jederzeit das von französischen Offizieren ausgebildete und geführte 311. Fallschirmspringerbataillon in Kamina zur Verfügung.

### Nigerianische Presse für Austritt aus dem Commonwealth

*z.lik.* Nachdem Mitte Mai das Commonwealth-Komitee für das Südliche Afrika die britische Regierung vor einer Anerkennung des illegalen Regimes in Zimbabwe gewarnt hatte, hat nun die nigerianische Presse zum Boykott der in Kürze in Lusaka stattfindenden Commonwealth-Konferenz aufgerufen. In einem Artikel des ,,Nigerian Herald'' heißt es, Nigeria habe die britischen Spaltungsmanöver satt und die Unterstützung, die den rassistischen Regimen im Südlichen Afrika nach wie vor gegeben werde. Der ,,New Nigerian'' erklärt: ,,Nigeria läßt sich nicht täuschen über die Absichten Britanniens im sogenannten ,Zimbabwe-Rhodesien'.'' Die Fortsetzung der Mitgliedschaft im Commonwealth gebe den britischen Imperialisten hierbei nur Rückendeckung. Die Erfahrungen Nigerias bis 1960 mit der britischen Kolonialmacht und seit 1963 als Mitglied ihres Commonwealth sprechen gleichermaßen für diesen Schritt. Allein 1978 stieg das Defizit der Handelsbilanz mit den britischen Imperialisten gegenüber 1977 um 652 Mio. DM (19%), und das obwohl seit April 1978 auf viele britische Waren ein Importverbot verhängt ist, weil diese immer teurer bezahlt werden müssen, während Nigerias wichtigste Exportgüter, Zinn und Erdöl, auf dem Weltmarkt im Wert massiv gedrückt wurden.

### Mozambique: Stärkung der nationalen Unabhängigkeit

*z.pel.* In den letzten Monaten steigern die Imperialisten – neben den militärischen Überfällen durch ihre rhodesischen Söldnerhaufen – die Sabotage des Wirtschaftsaufbaus der Volksrepublik Mozambique. So hatten z.B. die

zig vor, wofür Sambia noch heute zahlen muß.

Das Abkommen von 1969 sah vor, daß die Regierung über ihre Gesellschaft ZIMCO 51% der Aktien aufkauft und dafür mit ZIMCO-Schuldverschreibungen über acht Jahre (bei Roan) und zwölf Jahre (bei Anglo-American) bezahlt. Die beiden Monopole erhielten Management- und Absatzverträge bis 1979, waren also weiterhin für Betriebsführung und Absatz zuständig. Außerdem mußte Sambia zusagen, a) die Steuer auf Kupferproduktion nicht zu erhöhen, b) Investitionen zu 100% von der Steuer absetzbar zu machen, c) den unbehinderten Export aller Profite aus den verbleibenden Kapitalteilen zu gestatten. All dies so lang, bis die Schuldverschreibungen zurückgezahlt waren.

Während die Imperialisten immer noch einen guten Schnitt machten, sanken die Staatseinnahmen 1971/72 drastisch, als der Kupferpreis fiel. Außerdem wurde mit der Intensivierung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika und der Unterstützung durch Sambia die Kontrolle der Hauptindustrie in den Händen von Anglo-American und AMAX immer unerträglicher. 1973 nahm Sambia deshalb hohe Euro-Kredite auf und zahlte den beiden Monopolen 80 Millionen Pfund für den vorzeitigen Rückkauf der Schuldverschreibungen. Außerdem wurden die Management- und Absatzverträge gekündigt, als Ausgleich mußte Sambia noch einmal mehrere zehntausend Pfund zahlen. Die Regierung hält jetzt 51% des Kapitals. 49% bei Nchanga Consolidated gehören weiterhin Anglo-American. 20% des Kapitals der Roan Consolidated Mines gehören AMAX, 12% Anglo-American und 12% einem weiteren US-Konzern.

Sambia hat den Einfluß der US- und britischen Monopole eingeschränkt. Unter anderem hat es sich dafür hoch verschulden müssen. Genau diese Verschuldung wollen die anderen imperialistischen Bourgeoisien, vor allem die westdeutsche und japanische, nutzen. Sambias Verschuldung hat sich zwischen 1972 und 1977 glatt auf 1,8 Milliarden Dollar verdoppelt, trotz Dollarabwertung ein erheblicher Anstieg. 400 Mio. davon sind Bankschulden, ein großer Teil bei westdeutschen Banken. Weil es Schulden zurückzahlen muß, muß Sambia zu jedem Preis Kupfer verkaufen – auch wenn es Verlust dabei macht und dafür wieder Kredite aufnehmen muß.

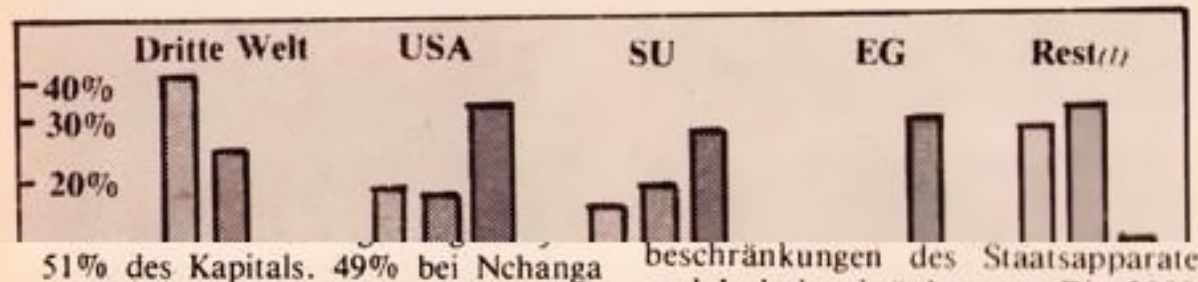
Obwohl Sambia dauernd mehr Waren exportiert als importiert, also eine positive Handelsbilanz hat, ist die Zahlungsbilanz defizitär: wegen der Schuldenrückzahlungen, wegen der Profite, die die Imperialisten aus dem Land holen, wegen der mehr als 5000 ausländischen Techniker, die Sambia immer noch für den Betrieb der Bergwerke braucht und die zum Teil in ausländischer Währung bezahlt werden müssen (bis 1958 verboten die Briten Sambiern, eine Industrielehre z.B. als Mechaniker zu machen).

Japan, die BRD und Britannien, Hauptimporteure des sambischen Kupfers, sind führende Mitglieder des „Beratungskonsortiums Sambia", in dem die meisten Gläubiger des Landes sitzen (ebenso auch die USA, Frankreich, Schweden u.a.). Im letzten Jahr forderte das Gremium strikte Ausgabenbeschränkungen des Staatsapparates und Lohnbeschränkungen. Die 55000 sambischen Bergarbeiter haben große Kampferfahrung, allein im letzten Jahr führten sie zwölf (lokal begrenzte) Streiks durch. Der politische Widerstand der sambischen Massen gegen die von den Imperialisten geforderten Sparprogramme nimmt heftig zu.

## Kupferförderung und -produktion

Jahren zu erschöpfen.

1977 wurden von der gesamten Kupferendproduktion in Westdeutschland 62,7% (543000 t) in der Elektroindustrie verwandt, vor allem auf dem Gebiet der elektrischen Leitungen. Aufgrund seiner hohen Wärmeleitfähigkeit, verbunden mit der Widerstandsfähigkeit gegen organische Stoffe – wenn sie schwefelfrei sind –, wird Kupfer zur Herstellung von Apparaturen in der Spiritus-, Bier-, Essig-, Fett- und Zuckerindustrie benutzt, in Destillieranlagen, Heiz- und Kühlschlangen und Dampfleitungsrohren; bei Klimaanlagen und Kühlmaschinen eine Kupfer-Beryllium-Legierung, um höhere Festigkeit zu erreichen. Weitere Legierungen werden im Motorenbau verwandt, so Kupfer-Chrom-Legierungen für Kollektorlamellen und andere Elektromotorenteile oder Aluminiumbronze z.B. für Zahnräder in der chemischen Industrie und im Bergbau. Wegen der Dehnbarkeit und Geschmeidigkeit des Kupfers wird es zu Führungsringen an Geschossen verarbeitet. Entsprechend kam es vor dem 1. und 2. Weltkrieg zu großen Förderungs- und Produktionssteigerungen.




51% des Kapitals. 49% bei Nchanga Consolidated gehören weiterhin Anglo-American. 20% des Kapitals der Roan Consolidated Mines gehören AMAX, 12% Anglo-American und 12% einem weiteren US-Konzern.

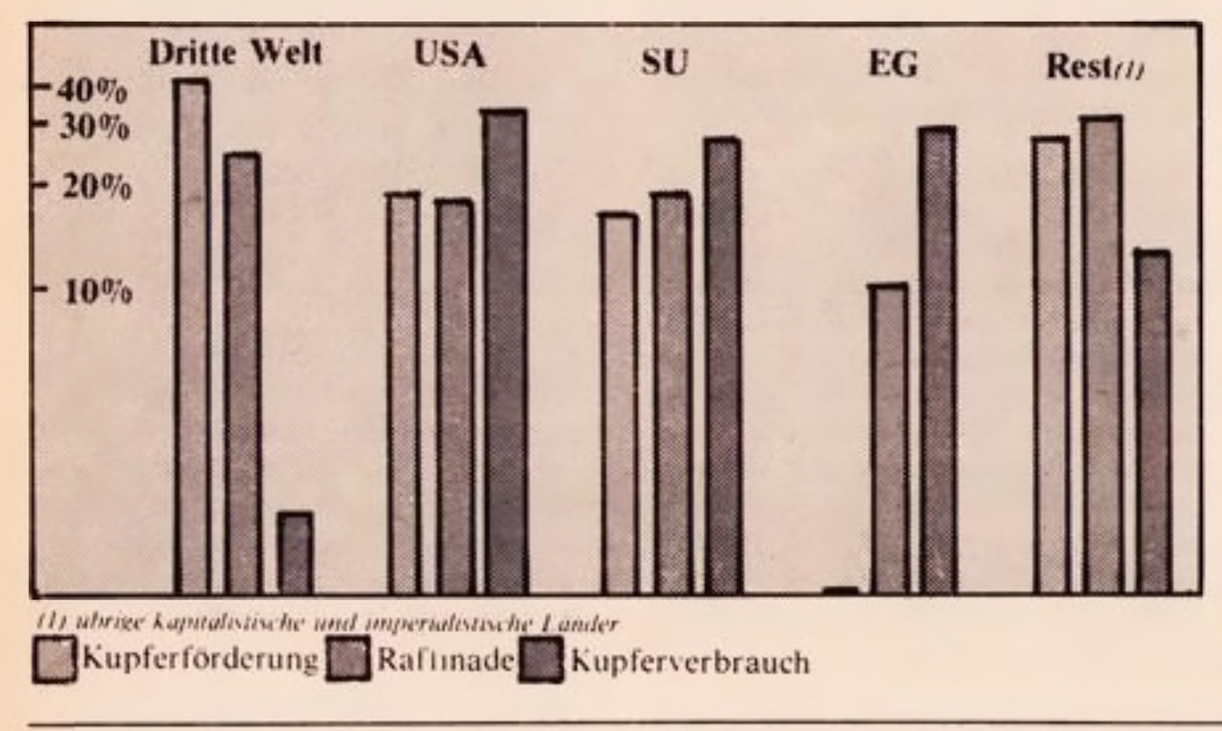
Sambia hat den Einfluß der US- und britischen Monopole eingeschränkt.

beschränkungen des Staatsapparates und Lohnbeschränkungen. Die 55000 sambischen Bergarbeiter haben große Kampferfahrung, allein im letzten Jahr führten sie zwölf (lokal begrenzte) Streiks durch. Der politische Widerstand der sambischen Massen gegen die von den Imperialisten geforderten Sparprogramme nimmt heftig zu.

Kupferförderung und -produktion

Jahren zu erschöpfen.

1977 wurden von der gesamten Kupferendproduktion in Westdeutschland 62,7% (543000 t) in der Elektroindustrie verwandt, vor allem auf dem Gebiet der elektrischen Leitungen. Aufgrund seiner hohen Wärmeleitfähigkeit, verbunden mit der Widerstandsfähigkeit gegen organische Stoffe – wenn sie schwefelfrei sind –, wird Kupfer zur Herstellung von Apparaturen in der Spiritus-, Bier-, Essig-, Fett- und Zuckerindustrie benutzt, in Destillieranlagen, Heiz- und Kühlschlangen und Dampfleitungsrohren; bei Klimaanlagen und Kühlmaschinen eine Kupfer-Beryllium-Legierung, um höhere Festigkeit zu erreichen. Weitere Legierungen werden im Motorenbau verwandt, so Kupfer-Chrom-Legierungen für Kollektorlamellen und andere Elektromotorenteile oder Aluminiumbronze z.B. für Zahnräder in der chemischen Industrie und im Bergbau. Wegen der Dehnbarkeit und Geschmeidigkeit des Kupfers wird es zu Führungsringen an Geschossen verarbeitet. Entsprechend kam es vor dem 1. und 2. Weltkrieg zu großen Förderungs- und Produktionssteigerungen.






In der Kupferraffinerie Olen werden die vorwiegend aus Afrika zusammengeraubten Reichtümer zu Halbfertigprodukten weiterverarbeitet. Der Elektrolysesaal allein hat eine Größe von 2 ha.

# Durch Raub und Ausbeutung Riesenprofite

### Belgische Monopole im Kampf um den Weltkupfermarkt

*z.scc.Brüssel.* In Olen, nahe bei Antwerpen und direkt an den großen Verkehrsadern zwischen dem belgischen Hafen und den westdeutschen Industriegebieten, liegt die größte Kupferraffinerie Europas, die viertgrößte der Welt. Rund um die Uhr schmelzen und raffinieren hier die 2200 Arbeiter das Rohkupfer, gießen es zu Kupferanoden, die im Elektrolysebad zu hochreinem Kathodenkupfer weiterverarbeitet werden, und formen es schließlich zu Drahtbarren, Walzplatten, Maschinendraht usw. Bis zu 780000 t im Jahr können die Kapitalisten, wenn ihnen die Ausbeutung profitabel genug erscheint, so produzieren lassen. Der Kupferraffinerie sind eine Kobaltfabrik und ein Werk zur Produktion von Germanium-Elementen (mit einer Produktionskapazität von 50000 kg das größte der Welt) angeschlossen.

„Die Geschichte lehrt, daß die Länder, deren Grundgebiet begrenzt ist, ein moralisches und materielles Anrecht darauf haben, über ihre eigenen Grenzen hinweg zu wirken", hatte 1885 Leopold II. die Devise zu einem ungeheuren kolonialen Raubzug gegen die Völker des Kongo ausgegeben. Kein Kilo des jemals in der Olener Raffinerie verarbeiteten Kupfers ist in Belgien selbst gefördert worden. Millionen Tonnen haben die belgischen Imperialisten erst aus ihrer Kolonie, später, nach der Unabhängigkeit, aus der Republik Zaire abgeschleppt. Allein zwischen 1967 und 1977 waren es 2,9 Mio. t Kupfer sowie eine unbekannte Menge weiterer Rohstoffe, vor allem Kobalt, bei dem sie sich fast die gesamte zairische Produktion – 65% der

raffinieren hier die 2200 Arbeiter das Rohkupfer, gießen es zu Kupferanoden, die im Elektrolysebad zu hochreinem Kathodenkupfer weiterverarbeitet werden, und formen es schließlich zu Drahtbarren, Walzplatten, Maschinendraht usw. Bis zu 780000 t im Jahr können die Kapitalisten, wenn ihnen die Ausbeutung profitabel genug erscheint, so produzieren lassen. Der Kupferraffinerie sind eine Kobaltfabrik und ein Werk zur Produktion von Germanium-Elementen (mit einer Produktionskapazität von 50000 kg das größte der Welt) angeschlossen.

„Die Geschichte lehrt, daß die Länder, deren Grundgebiet begrenzt ist, ein moralisches und materielles Anrecht darauf haben, über ihre eigenen Grenzen hinweg zu wirken", hatte 1885 Leopold II. die Devise zu einem ungeheuren kolonialen Raubzug gegen die Völker des Kongo ausgegeben. Kein Kilo des jemals in der Olener Raffinerie verarbeiteten Kupfers ist in Belgien selbst gefördert worden. Millionen Tonnen haben die belgischen Imperialisten erst aus ihrer Kolonie, später, nach der Unabhängigkeit, aus der Republik Zaire abgeschleppt. Allein zwischen 1967 und 1977 waren es 2,9 Mio. t Kupfer sowie eine unbekannte Menge weiterer Rohstoffe, vor allem Kobalt, bei dem sie sich fast die gesamte zairische Produktion – 65% der

Weltproduktion – aneignen. Für die imperialistischen Nachbarn wurde Belgien zur Drehscheibe der Rohstoffausplünderung Afrikas.

Wie die meisten belgischen NE-metallverarbeitenden Fabriken entstand die Olener Kupferraffinerie Anfang dieses Jahrhunderts auf dem Höhepunkt der Kolonialausbeutung. Sie gehört heute zum größten belgischen Konzern, der in NE-Metallen macht, der „Metallurgie Hoboken-Overpelt". Diese wiederum wird, wie die gesamte belgische NE-Metallurgie, durch die Société Générale kontrolliert.

Mit dem einen seiner Saugarme beraubt dieses imperialistische Monopol Länder auf allen Kontinenten ihrer natürlichen Reichtümer. In Zaire, wo seine Tochter Union Minière durch die Nationalisierung der Kupferminen 1966 aus der Kupferförderung weitgehend vertrieben war, beherrschte ein anderer Ableger, die Société Générale des Minerais, auch weiterhin Transport und Verkauf des Kupfers. Einer weiteren Unternehmung, der Tanganyika Concessions Ltd., gehört zu 90% die Benguela-Eisenbahn, die bis zu ihrer Stillegung 1975 das Kupfer aus der Provinz Shaba an den Hafen Lobito transportierte. Nach Antwerpen schließlich schaffen Frachter der ebenfalls Société Générale-eigenen CMB die zairischen Rohstoffe.

Gut die Hälfte aller belgischen Kupfer*exporte* (1978: 596 600 t) ist Rohkupfer, für dessen „Veredelung" teils durch Raffinade, teils durch einfachen Weiterverkauf die Imperialisten umgerechnet 46 Mio. DM einstreichen konnten. Der Rest sind Halbfertigprodukte. Fast 15000 belgische Arbeiter vermehrten 1978 in den ersten Verarbeitungsstufen von Kupfer und anderen NE-Metallen den Reichtum der Société Générale.

1973 und '74 hatte die aufgrund der florierenden Profitwirtschaft und verstärkter Lagerbildung gestiegene Nachfrage der Imperialisten nach Kupfer die Preise anziehen lassen. Mit der Stockung der Profitproduktion und

türlichen Reichtümer. In Zaire, wo seine Tochter Union Minière durch die Nationalisierung der Kupferminen 1966 aus der Kupferförderung weitgehend vertrieben war, beherrschte ein anderer Ableger, die Société Générale des Minerais, auch weiterhin Transport und Verkauf des Kupfers. Einer weiteren Unternehmung, der Tanganyika Concessions Ltd., gehört zu 90% die Benguela-Eisenbahn, die bis zu ihrer Stillegung 1975 das Kupfer aus der Provinz Shaba an den Hafen Lobito transportierte. Nach Antwerpen schließlich schaffen Frachter der ebenfalls Société Générale-eigenen CMB die zairischen Rohstoffe.

Gut die Hälfte aller belgischen Kupferexporte (1978: 596 600 t) ist Rohkupfer, für dessen „Veredelung" teils durch Raffinade, teils durch einfachen Weiterverkauf die Imperialisten umgerechnet 46 Mio. DM einstreichen konnten. Der Rest sind Halbfertigprodukte. Fast 15000 belgische Arbeiter vermehrten 1978 in den ersten Verarbeitungsstufen von Kupfer und anderen NE-Metallen den Reichtum der Société Générale.

1973 und '74 hatte die aufgrund der florierenden Profitwirtschaft und verstärkter Lagerbildung gestiegene Nachfrage der Imperialisten nach Kupfer die Preise anziehen lassen. Mit der Stockung der Profitproduktion und

dem gesetzmäßig eintretenden Fall der Rohstoffpreise ab 1975 entbrannte zwischen den kupferproduzierenden imperialistischen Monopolen ein heftiger Kampf um neue Marktanteile. Die belgischen Kupfermonopole, allen voran die Metallurgie Hoboken-Overpelt, konnten ihren Weltmarktanteil an raffiniertem Kupfer von 4,3 auf 5,1% steigern. Eine Ursache war der Druck auf Zaire, anstatt mehr raffiniertes mehr unraffiniertes Kupfer zu liefern. Die andere Ursache ist die gesteigerte Ausbeutung der belgischen Arbeiter.

Während sie von 1970 auf '77 die Produktion von Rohprodukten um 22 und von Halbfertigprodukten um 49% (alle NE-Metalle) steigerten, was vor allem die Entwicklung der Kupferproduktion widerspiegelt, vermochten die Kapitalisten die Zahl der Arbeiter um 15% zu senken. Allein 1977 produzierte ein Arbeiter bei Hoboken-Overpelt 20% mehr als im Jahr zuvor. Ständige Ausdehnung des Arbeitstages für einen Teil der Arbeiter geht einher mit wachsender Kurzarbeit für den anderen. Mit durchschnittlich 40 Wochenstunden war die Arbeitszeit der NE-Metallarbeiter 1977 mit die höchste in Belgien; gleichzeitig waren etwa bei Hoboken-Overpelt jeweils 2,8% der Belegschaft zeitweilig außer Arbeit gesetzt.

In ihrem Jahresbericht 1977 „bedanken" sich zynisch die Hoboken-Overpelt-Kapitalisten für die „Mäßigung" der Lohnabhängigen. Tatsächlich hatten sie gerade einen Tarifvertrag durchsetzen können, der mit einer Lohn„erhöhung" von 2% erneute Lohn*senkung* festschrieb. Die „Dankes"worte indes sollten ihnen im Halse stecken bleiben: Im Frühjahr 1978 streikten die NE-metallverarbeitenden Arbeiter vier Wochen für Lohnerhöhung, Erhöhung des Kurzarbeitergeldes und Arbeitszeitverkürzung.

Durchsetzen konnten die Arbeiter ihre Forderungen nicht. Im Gegenteil setzte der auf zwei Jahre abgeschlossene Tarifvertrag mit einer einmaligen Prämie von 2000 bfr die dauernden Lohnsenkungen fort. Glücklich werden konnten die Kapitalisten ihrerseits

duktion widerspiegelt, vermochten die Kapitalisten die Zahl der Arbeiter um 15% zu senken. Allein 1977 produzierte ein Arbeiter bei Hoboken-Overpelt 20% mehr als im Jahr zuvor. Ständige Ausdehnung des Arbeitstages für einen Teil der Arbeiter geht einher mit wachsender Kurzarbeit für den anderen. Mit durchschnittlich 40 Wochenstunden war die Arbeitszeit der NE-Metallarbeiter 1977 mit die höchste in Belgien; gleichzeitig waren etwa bei Hoboken-Overpelt jeweils 2,8% der Belegschaft zeitweilig außer Arbeit gesetzt.

In ihrem Jahresbericht 1977 „bedanken" sich zynisch die Hoboken-Overpelt-Kapitalisten für die „Mäßigung" der Lohnabhängigen. Tatsächlich hatten sie gerade einen Tarifvertrag durchsetzen können, der mit einer Lohn„erhöhung" von 2% erneute Lohnsenkung festschrieb. Die „Dankes"worte indes sollten ihnen im Halse stecken bleiben: Im Frühjahr 1978 streikten die NE-metallverarbeitenden Arbeiter vier Wochen für Lohnerhöhung, Erhöhung des Kurzarbeitergeldes und Arbeitszeitverkürzung.

Durchsetzen konnten die Arbeiter ihre Forderungen nicht. Im Gegenteil setzte der auf zwei Jahre abgeschlossene Tarifvertrag mit einer einmaligen Prämie von 2000 bfr die dauernden Lohnsenkungen fort. Glücklich werden konnten die Kapitalisten ihrerseits

jedoch nicht. Die Produktion von Kupfer sank 1978 um 12300 t oder 4%, ähnlich bei den anderen Rohstoffen. Für die Arbeiter von Hoboken-Overpelt war der Streik der erste seit 21 Jahren. Sie haben dabei gelernt, vor allem, daß der „Kampf, den wir zusammen führen müssen, um die gefährliche Klippe der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise zu umschiffen" (Jahresbericht 1977), – sie selbst zum Angriffsobjekt hat.

---

britischen Kapitalisten die Zuckerproduktion in der größten Zuckerfabrik des Landes, der Sena Sugar, heruntergefahren, als die mozambiquanische Regierung ihnen mit Preiskontrollen und verfügten Lohnerhöhungen die Profite beschnitt. Sena Sugar und eine Reihe anderer imperialistischer Unternehmen sind daraufhin Anfang des Jahres verstaatlicht worden. Die Imperialisten schicken ihre Hofprediger los. „Die Nationalisierungen sind eine Quelle der Unzufriedenheit", hetzten die katholischen Bischöfe im Lande.

Die Volksmassen haben ihnen mit noch entschlossenerer Unterstützung der Politik der nationalen Unabhängigkeit geantwortet. – Einige Beispiele: Mehrere Werke zur Metallbearbeitung sind Anfang des Jahres geschlossen worden, da die Produktion hohe Rohstoffeinfuhren erforderte. In Beira haben die Arbeiter ein PKW-Karosseriemontagewerk zu einer Fabrik für landwirtschaftliches Werkzeug umgerüstet. Im neuen Reifenwerk Mabor, das im Februar in Betrieb genommen wurde, werden vor allem Reifen für LKWs und Traktoren produziert. Die Jahresproduktion von 112000 Reifen geht allein auf den nationalen Markt. Der Kauf von 14 Lokomotiven in Brasilien und die Rückgabe geliehener Dielselloks an Südafrika schafft die Bedingungen eines störungsfreien Warenumschlags.

### Italienisch-britischer „Kerosinkrieg"

*z.ulg.Rom.* Vorletzten Donnerstag weigerte sich das US-Ölmonopol Mobil Oil, eine auf dem Londoner Flughafen Gatwick gelandete Maschine der italienischen Charterfluggesellschaft Itavia zu betanken, weil die „Juni-Ration" aufgebraucht sei. Der Grund für die „Rationierung": In Großbritannien ist das Kerosin billiger, und das Ölmonopol verkauft den Treibstoff lieber teurer auf anderen, z.B. italienischen Flughäfen. Die Maschine lag also still. Der italienische Industrieminister, Sozialdemokrat und um ein bißchen Kriegsstimmung zur Durchsetzung der geplanten Notstandsmaßnahmen zur „Energieeinsparung" nie verlegen, verfügte postwendend, britische Charterflugzeuge würden ab sofort in Italien nicht mehr betankt. Der britische Außenhandelsminister legte natürlich umgehend den fälligen „energischen Protest" ein und – die italienischen Hotelkapitalisten standen Kopf. Denn jährlich kommen zehnmal mehr britische Chartertouristen nach Italien als italienische nach Großbritannien. Für die Zeit bis zum 30. Juni ist jetzt eine vorläufige Regelung gefunden worden. Ab 1. Juli kann der Handelskrieg weitergehen.

### Massenentlassungen in Ungarn

*z.krk.* Im Februar dieses Jahres entließ die mit MAN durch einen Kooperationsvertrag liierte RABA Magyar Vagon és Gépgyár Lastwagenfabrik 249 Arbeiter und Angestellte (insgesamt 16 000 Beschäftigte). Empörte Arbeiter zertrümmerten daraufhin die Fensterscheiben der Villa des Betriebsdirektors. Sarlós István, Mitglied des Politbüros des USAP wetterte in seiner letzten Parlamentsrede gegen „Wortführer", die gegen solche Maßnahmen auftreten, und stellte fest, daß „die Entfernung derjenigen, die die Arbeit behindern, die Arbeitslust und Initiative der Verbliebenen beachtlich gestärkt hat." In der Busfabrik Ikarus ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten im ersten Halbjahr 1979 um 140 verringert worden durch „natürliche Abgänge". Gleichwohl haben die Kapitalisten die Norm um durchschnittlich 10,8% verschärft. Falls wegen Arbeitskräftemangel die Produktion sinkt, werden die Prämien gestrichen. Die Massenentlassungen betreibt der Staat über die Lohnregulierung. Die Ikarus Werke wollen in diesem Jahr eine Lohnerhöhung von 2,5 – 3% auszahlen (bei einer offiziellen Inflationsrate von 4,6%). Bei der dem Werk vom Staat zugewiesenen Gesamtlohnsumme müssen in diesem Fall 250 – 300 weitere Arbeiter entlassen werden, kündigt die Geschäftsleitung jetzt schon an.

### EG stellt Ultimatum für neues Lomé-Abkommen

*z.ulg.* Am Mittwoch haben die Außenminister der EG-Staaten die Verhandlungen mit den 57 AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) über ein neues Lomé-Abkommen einseitig für „beendet" erklärt. Das erstmals 1975 geschlossene Abkommen läuft am 1.4.80 aus. Darin sind u.a. die „Finanzhilfe" der EG-Staaten, Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstofferlöse und zur Öffnung der EG-Märkte für Produkte der AKP-Länder vertraglich geregelt. Die Länder der Dritten Welt hatten am 26. Mai eine Vertagung der Verhandlungen bis zur Vorlage eines neuen Angebots der EG durchgesetzt. Einige Zugeständnisse haben die EG-Imperialisten bei den jüngsten Verhandlungen gemacht, doch das „Paket", das sie nun als ihr „letztes Wort" ultimativ durchsetzen wollen, entspricht bei weitem nicht den Forderungen der AKP-Länder. Diese hatten z.B. eine Verdreifachung der finanziellen Leistungen der EG (Kredite eingeschlossen) auf 27 Mrd. DM für den fünfjährigen Vertragszeitraum gefordert. Geboten haben die EG-Imperialisten jetzt gut 14 Mrd. DM, 1,2 Mrd. mehr als im Mai. Eine vertraglich gesicherte Kontrolle über die Anwendung der „Schutzklausel", mit der die EG bisher jederzeit ihre Märkte für bestimmte Produkte der AKP-Länder sperren kann, wollen die EG-Imperialisten nach wie vor nicht zugestehen. Die AKP-Staaten haben das EG-Ultimatum nicht akzeptiert. Auf einer Sondertagung ihrer Außenminister wollen sie jetzt über das weitere Vorgehen beraten.




## Ein starkes, hochindustrialisiertes sozialistisches Land aufbauen

„In den 105 Jahren von den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind fast alle großen, mittleren und kleinen imperialistischen Staaten der Welt in unser Land eingefallen und gegen uns zu Felde gezogen. Abgesehen vom letzten derartigen Krieg, nämlich dem Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression, der aufgrund verschiedener innerer und äußerer Faktoren mit der Kapitulation des japanischen Imperialismus sein Ende fand, wurden wir in all diesen Kriegen geschlagen, endeten sie alle mit der Unterzeichnung von Verträgen mit demütigenden Bedingungen. Die Ursachen dafür waren: erstens die verfaulte Gesellschaftsordnung, zweitens die ökonomische und technische Rückständigkeit. Nun, da sich die Gesellschaftsordnung unseres Landes gewandelt hat, ist die erste Ursache im wesentlichen beseitigt. Aber sie ist noch nicht völlig beseitigt, weil in der Gesellschaft immer noch Klassenkampf existiert. Auch im Hinblick auf die zweite Ursache hat sich einiges zu ändern begonnen, doch für einen vollständigen Wandel werden noch mindestens einige Jahrzehnte nötig sein. Wenn es uns in den kommenden Jahrzehnten nicht gelingt, den Zustand gründlich zu ändern, daß wir ökonomisch und technisch weit hinter den imperialistischen Ländern herhinken, werden wir unvermeidlich wieder Schläge beziehen.“

„Bei der Planung unserer Arbeit müssen wir von der Möglichkeit ausgehen, daß man uns angreift; daher müssen wir alles tun, um in einer nicht allzulangen Zeit den Zustand unserer ökonomischen und technischen Rückständigkeit zu ändern – andernfalls werden wir Fehler begehen.“
(Mao Zedong, 1963, zitiert in: Hua Guofeng, Bericht über die Tätigkeit der Regierung auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses)

„Unser Problem besteht nun darin, die Investitionen in die Schwerindustrie einerseits und in die Landwirtschaft und die Leichtindustrie andererseits weiter in einem angemessenen Verhältnis aufeinander abzustimmen – zugunsten einer stärkeren Entwicklung von Landwirtschaft und Leichtindustrie. Soll das heißen, daß die Schwerindustrie nicht mehr die Hauptsache ist? Nein, sie bleibt die Hauptsache und der Schwerpunkt unserer Investitionen. Aber der Anteil, der in Landwirtschaft und Leichtindustrie fließt, muß etwas höher werden.

Was wird sich aus dieser Steigerung ergeben? Erstens wird die Bevölkerung noch besser versorgt; zweitens wird rascher Geld akkumuliert, wodurch wir die Schwerindustrie mit größeren und besseren Resultaten entwickeln können. Auch die Schwerindustrie kann zur Akkumulation beitragen, aber unter unseren gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen können Leichtindustrie und Landwirtschaft mehr und schneller akkumulieren.

Hier erhebt sich nun die Frage: Ist euer Wunsch, die Schwerindustrie zu entwickeln, echt oder nur vorgetäuscht, ist er brennend oder lau? Falls euer Wunsch nur vorgetäuscht oder lau ist, dann geht ihr auf die Landwirtschaft und die Leichtindustrie los und investiert weniger in sie. Wollt ihr aber wirklich die Schwerindustrie entwickeln, ist dies euer brennender Wunsch, dann werdet ihr der Landwirtschaft und der Leichtindustrie große Aufmerksamkeit schenken, damit mehr Getreide da ist und die Leichtindustrie noch mehr Rohstoffe zur Verfügung hat, damit noch mehr akkumuliert wird. Dann werden in Zukunft auch mehr Mittel in die Schwerindustrie investiert werden können.

Um die Schwerindustrie zu entwickeln, können wir zweierlei Wege gehen. Der ei-

## Schwerpunkt sozialistische Modernisierung – Hua Guofeng: Ein historischer Wendepunkt ist erreicht

*z.ges.* Nach dem Sturz der „Viererbande“ im Herbst 1976 hat das Zentrale Komitee der Kommunistischen Partei Chinas der Partei, der chinesischen Arbeiterklasse und dem ganzen chinesischen Volk die Aufgabe gestellt, den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu ergreifen, die „Viererbande“ gründlich zu kritisieren und im ganzen Land eine Situation der Stabilität und Einheit zu schaffen, um China zu einem starken sozialistischen Land aufzubauen. „Der Kampf zur Entlarvung und Kritik der Viererbande steht jetzt und auch in der nächsten Zukunft weiterhin im Mittelpunkt des Kampfes zweier Klassen und zweier Wege. Packt man diesen Kampf an, so hat man das Hauptkettenglied fest in der Hand“, legte der Bericht an den 11. Parteitag im August 1977 fest. Als allgemeine Aufgabe wurde auf dem 11. Parteitag beschlossen, auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses bestätigt und ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen:

„Mit dem siegreichen Abschluß der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau unseres Landes in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. In Übereinstimmung mit der grundlegenden Linie der Kommunistischen Partei Chinas für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus stellt sich dem chinesischen Volk in dieser neuen Etappe die allgemeine Aufgabe: Festhalten an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, Entfaltung der drei großen revolutionären Bewegungen Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren, Aufbau Chinas noch in diesem Jahrhundert zu einem großen und starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie

„Heute und noch einige Zeit in der Zukunft bleibt es die wichtigste Aufgabe für unser Volk, die ‚Viererbande‘ zu entlarven und zu kritisieren und diesen Kampf zu Ende zu führen“. Um den Kampf mit der Natur erfolgreich führen und den Aufbau des Sozialismus voranbringen zu können, mußte nach dem Sturz der „Viererbande“ der Einfluß ihrer idealistischen und metaphysischen Ideologie gebrochen werden. Die Wahrheit in den Tatsachen suchen und die Theorie in der Praxis überprüfen, war die Leitlinie der Kritik der „Viererbande“. Die Entfaltung des Produktionskampfes und des wisssenschaftlichen Experiments setzten die Kritik der „Viererbande“ voraus. Deshalb blieb die Kritik der „Viererbande“ das Hauptkettenglied. Hauptkettenglied hieß nicht, daß man den Klassenkampf führen soll, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren aber unterlassen kann. Hauptkettenglied hieß, daß man auf den Klassenkampf das Schwergewicht legen muß, wenn man alle drei großen revolutionären Bewegungen, den Klassenkampf, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren, gleichzeitig zum Erfolg führen will. Mit diesem Kurs hat das chinesische Volk in den letzten zwei Jahren an allen Fronten große Erfolge erzielt. Durch die Kritik der „Viererbande“ wurden die Kräfte der Arbeiterklasse und der Volksmassen befreit, Stabilität und Einheit errungen, die Diktatur des Proletariats und ihre materielle Basis gefestigt, indem große Fortschritte im wirtschaftlichen Aufbau zustandegebracht wurden.

In den zwei Jahren, die auf den Sturz der „Viererbande“ folgten, konnte die Stahlproduktion um 55,3% auf 31780000 Tonnen, die Kohleförde-

te 1978 die Getreideproduktion gegenüber 1977 um 7,8% auf 304750000 Tonnen gehoben werden. Die Pro Kopf-Produktion von Getreide erreichte damit ihren bisher höchsten Stand. Ähnliche Erfolge konnten im Transportwesen erzielt werden.

Diese Erfolge waren die Grundlage für die Neueinschätzung der Situation durch die dritte Plenartagung des ZK und die Verlagerung des Schwerpunkts der Arbeit von der Kritik der „Viererbande“ auf die sozialistische Modernisierung. Im Bericht Hua Guofengs über die Tätigkeit der Regierung heißt es zu Beginn:

„Fünfzehn Monate sind seit dem Abschluß der ersten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses bis zur Einberufung unserer jetzigen Sitzung vergangen. Es waren 15 Monate des einheitlichen Kampfes, der Anspannung und bedeutender Erfolge. Dank der planmäßigen Anstrengungen während dieser Zeit konnte die Massenbewegung zur Entlarvung von Lin Biao und der Viererbande im wesentlichen abgeschlossen werden. Ein sichtbarer Erfolg konnte dabei erzielt werden, das Land mit dieser Bewegung als Hauptkettenglied in Ordnung zu bringen. In Übereinstimmung mit der dritten Plenarsitzung des ZK der Kommunistischen Partei Chinas hat der Staatsrat seit Anfang 1979 den Schwerpunkt der Arbeit der ganzen Nation auf die sozialistische Modernisierung verlegt. Das ist ein historischer Wendepunkt.“

Damit wird der Produktionskampf als Hauptkettenglied ergriffen, um die allgemeine Aufgabe, die der 11. Parteitag und die erste Sitzung des V. Nationalen Volkskongresses gestellt hatte, erfolgreich zu lösen. Soll also der Klas-



hört. Sie sei ausgekauft worden und die arbeitsfähigen Teile der Bourgeoisie, wie der Grundbesitzer und der reichen Bauern, seien in Werktätige umgewandelt worden, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen. „Die Herren der sozialistischen Gesellschaft sind die sozialistischen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle und jene anderen Patrioten, die den Sozialismus unterstützen. Es gibt verschiedene Widersprüche unter ihnen, aber keinen grundlegenden Interessengegensatz. Der Aufbau und der Aufstieg des Sozialismus ist ihr gemeinsames Interesse. Dies ist der historische Sieg, den wir errungen haben, und eine unbestreitbare objektive Tatsache.“

Aber es gebe auch nach wie vor Konterrevolutionäre, Agenten des Feindes, Kriminelle und Lumpen, die den Aufbau des Sozialismus ernstlich stören. Es gebe neue Ausbeuter, bestechliche Elemente, solche, die Unterschlagungen begingen, und Spekulanten. Überreste der Viererbande, hartnäckige frühere Grundbesitzer und reiche Bauern beharren auf ihrem reaktionären Standpunkt und entfalten antisozialistische Aktivitäten in Politik und Wirtschaft. Vor allem übe der Klassenkampf im Ausland auf den Klassenkampf im Innern Einfluß aus. „Aus diesen Gründen wird es in China noch für lange Zeit Klassenfeinde aller Art geben. Wir müssen gegenüber ihnen die Diktatur des Proletariats ausüben. Obwohl sie nicht sehr zahlreich sind, dürfen wir unter keinen Umständen in unserer Wachsamkeit nachlassen und weniger aufpassen. In den Reihen des Volkes wird der Einfluß der feudalen und bürgerlichen Ideologien noch lange fortbestehen. Diesen Einflüssen gegenüber müssen wir einen langandauernden Kampf führen und die Erziehung verstärken. Während wir die vier Modernisierungen vorantreiben, unsere Produktivkräfte entwickeln und die Produktivität der Arbeit heben, müssen wir fortfahren, auf dem wirtschaftlichen, dem politischen und ideologischen Feld in der richtigen Weise den Klassenkampf zu führen, so daß es unmöglich sein wird, daß die Bourgeoisie fortexistiert oder daß eine neue Bourgeoisie emporkommen kann. Dies ist ebenfalls eine unbestreitbare, objektive Tatsache.“

Ausgehend von diesen beiden Tatsachen stellt Hua Guofeng in dem Bericht über die Regierungstätigkeit fest: „Beide Auffassungen, daß der Klassenkampf bereits abgestorben sei, wie daß der Klassenkampf verschärft werden müsse, stimmen mit der Wirklichkeit in der gegenwärtigen Etappe nicht überein und widersprechen folglich den Wünschen des Volkes im ganzen Land.“ Nach wie vor seien, wie *Mao Zedong* festgestellt habe, der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften und der Widerspruch zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis die grundlegenden Widersprüche. Aber der Charakter dieser Widersprüche hätte sich gegenüber vor der Revo-

zen, das China zu einem starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik machen will.“

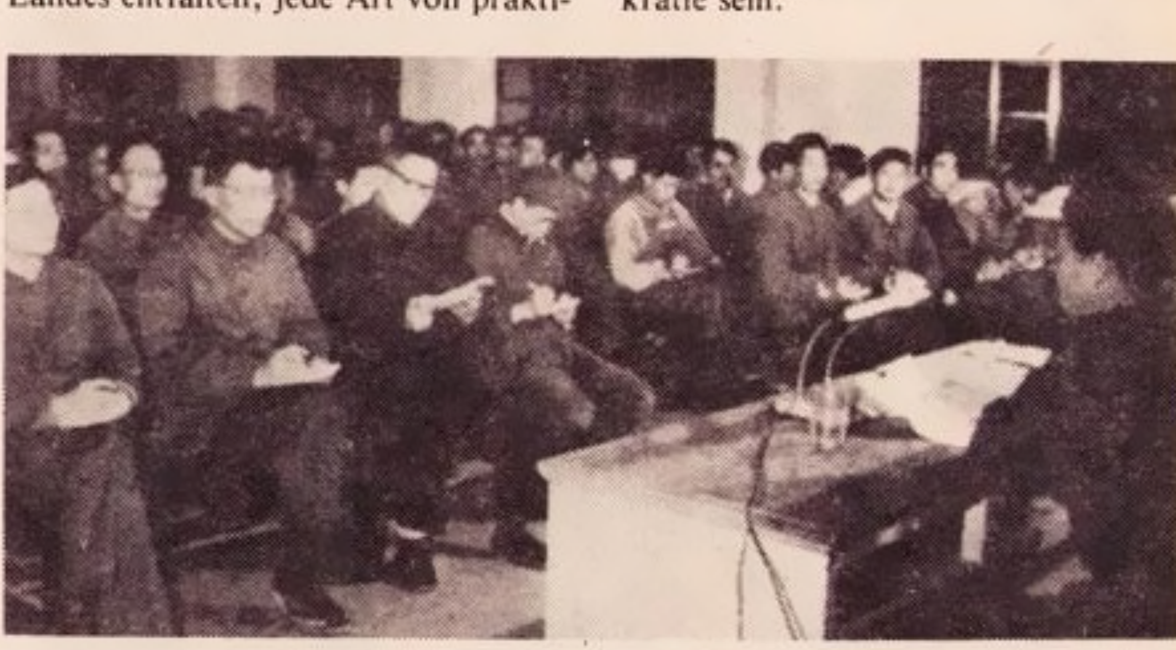
Der Hauptwiderspruch in der VRCh sei jetzt der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des Volkes und des Landes und dem niedrigen Stand der Produktivkräfte: „Die Verwirklichung der vier Modernisierungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts, die Hebung unseres niedrigen Stands der Produktivität auf einen Stand, der einer modernen Nation entspricht, und die konsequente Umwandlung jener Elemente unserer gegenwärtigen Produktionsverhältnisse und des Überbaus, die die Modernisierung behindern, wie die Beseitigung aller alten Gewohnheiten, die ihr schaden – dies stellt den Hauptwiderspruch dar und die zentrale Aufgabe, die unser ganzes Volk in dieser Etappe lösen muß. „Um diese Hauptaufgabe zu erfüllen, müssen wir an der Diktatur des Proletariats und am Klassenkampf festhalten. Aber der Klassenkampf ist nicht länger der Hauptwiderspruch unserer Gesellschaft. Wir müssen den Klassenkampf auf die Hauptaufgabe der sozialistischen Modernisierung ausrichten und ihr dienen.“

Sicherlich knüpft diese Einschätzung an die Einschätzung und Beschlüsse des VIII. Parteitages vor dem großen Sprung nach vorn und vor der Kulturrevolution an. Sie bricht mit der Auffassung, daß der Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus zu jedem Zeitpunkt das Hauptkettenglied sei. Sie knüpft an die Einschätzung Stalins nach der Verwirklichung der Kollektivierung und bei der Verabschiedung der Sowjetverfassung 1936 an. Sie knüpft an den historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats an, die die KPCh nach dem XX. Parteitag aus dem Verrat der Revisionisten wie den Fehlern Stalins zog und formulierte. Gleichzeitig wird an den Erfahrungen der Kulturrevolution und des Kampfes gegen Lin Biao und die Viererbande festgehalten, die die drei großen revolutionären Bewegungen gegeneinander ausspielten und mit der Behauptung, der Klassenkampf sei stets das Hauptkettenglied, dem alles andere untergeordnet wäre, in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus untergruben. Jetzt wird davon ausgegangen, daß der Klassenkampf in der gegenwärtigen Etappe auf die Verwirklichung der vier Modernisierungen konzentriert werden müsse, weil der Sozialismus in China ohne die sozialistische Modernisierung gegenüber den inneren wie den äußeren Feinden keinen Bestand haben kann.

Auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung stellt der Bericht über die Regierungstätigkeit für die Jahre 1979 bis 1981 die Aufgabe, die Wirtschaft zu reorganisieren und umzustrukturieren, zu konsolidieren und zu verbessern, um sie Schritt für Schritt auf den Weg einer planmäßigen, pro-

## Stärkung der sozialistischen Demokratie und die 4 Modernisierungen sind untrennbar

„Sozialistische Demokratie ist in erster Linie eine Frage des staatlichen Systems in den sozialistischen Ländern. Sozialistische Demokratie bedeutet, daß das Volk die höchste Macht bei der Regelung der Angelegenheiten des Landes inne hat, auf Grundlage des Eigentumsrechts und der Verfügung über die Produktionsmittel, welches es in verschiedenen Formen ausübt. Das ist ein unerschütterliches politisches Prinzip des Sozialismus. Abweichen von diesem grundlegenden Prinzip bedeutet Sabotage am sozialistischen Staat. Wir nennen die 4 Modernisierungen Chinas sozialistische Modernisierung, weil wir die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik im Sozialismus modernisieren und nicht im Kapitalismus. Deshalb tragen unsere Modernisierungen, als gesellschaftlicher Prozeß, in ihrem Ziel, Verlauf, in ihrer Durchführung und ihrer Methode den Stempel des Sozialismus und vor allem der sozialistischen Demokratie. Mit anderen Worten, unsere Modernisierungen sind untrennbar von den Bedürfnissen, Interessen, Wünschen und Anstrengungen der breiten Massen des Volkes. Das ZK der KP Chinas ruft die ganze Nation auf, bei der Modernisierung an den 4 grundlegenden Prinzipien festzuhalten, namentlich am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die Kommunistische Partei und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen. Keines dieser 4 Prinzipien kann ohne sozialistische Demokratie verwirklicht werden. Ohne einen hohen Grad an politischer Demokratie und ohne aus der Weisheit und den Anstrengungen der Massen zu schöpfen und ohne einen hohen Grad der Zentralisierung, wie sie auf der Basis all dessen notwendig ist, kann es keine ununterbrochene, proportionelle und rasche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft geben, und auch keine 4 Modernisierungen. Nur durch vollständige Demokratie kann das Volk sein Bewußtsein befreien und als Herr seines Landes den Geist der Verantwortung, Initiative, Schöpferkraft, Hingabe und Selbstaufopferung entfalten. Nur durch vollständige Demokratie können die Volksmassen eine Kampagne zum Studium und zur Lösung der Probleme der Wirtschaft des Landes entfalten, jede Art von praktischen und schöpferischen Vorschlägen entwickeln, unermüdlich für ihre Ausführung kämpfen und bedeutende Erneuerungen, Entdeckungen und Erfindungen entwickeln, die große Ausdauer verlangen. Nur durch vollständige Demokratie können die Massen die führenden Organe und Kader kritisieren und überwachen, um Bürokratismus und Konservativismus zu überwinden und politisch entartete, korrupte Elemente, Unterschlagung, Konterrevolutionäre und Kriminelle rasch bloßzustellen und die Sache des Sozialismus und des sozialistischen Staates zu konsolidieren. Kurz gesagt, je mehr sich die sozialistische Demokratie entwickelt, desto besser kann die sozialistische Modernisierung verwirklicht werden, und je mehr die Sache der Modernisierung voranschreitet, je höher das Niveau der Wirtschaft, der Kultur der Gesellschaft und der politischen Bewußtheit des Volkes wird, desto gesunder wird die sozialistische Demokratie sein.“



Belegschaft der Schanghaier Generatorenfabrik beim Studium

## Bedingungen für eine ununterbrochene, proportionelle und rasche Entwicklung schaffen

Seit der 3. Plenartagung des 11. ZK der Kommunistischen Partei Chinas hat der Staatsrat eine Gesamtanalyse unseres wirtschaftlichen Aufbaus vorgenommen und ist zu dem Schluß gekommen, daß auf der Grundlage der soliden Fortschritte in der Wiederherstellung der Wirtschaft und des Wachstums des Landes die folgenden 3 Jahre, beginnend mit 1979, der Neuordnung, Reorganisation, Konsolidierung und Verbesserung der nationalen Wirtschaft gewidmet werden sollten, um unser Land Schritt für Schritt auf den Weg der ununterbrochenen, proportionellen und raschen Entwicklung zu führen. Nach der Entscheidung, den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die 4 Modernisierungen zu legen, ist das die erste Schlacht, die wir schlagen müssen, und wir müssen diese Schlacht gewinnen. (...)

Mit Neuordnung meinen wir, daß gewissenhafte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die schwerwiegenden Disproportionen in unserer Wirtschaft zu überwinden, die durch die jahrelange Einmischung und Sabotage Lin Biaos und der Viererban-

währleisten. Neuordnung, Rekonstruktion, Konsolidierung und Verbesserung hängen miteinander zusammen und ergänzen sich gegenseitig. Aber gegenwärtig ist für die Wirtschaft als Ganzes die Neuordnung das Entscheidende. Für die nächsten 3 Jahre der Neuordnung haben wir uns die folgenden größeren Ziele gesetzt:

1) Eine relative Übereinstimmung zwischen dem Wachstum der Getreideproduktion sowie der Produktion anderer landwirtschaftlicher und Nebenerwerbsartikel auf der einen Seite und dem der Bevölkerung und der Industrie auf der anderen Seite erzielen,

2) eine Wachstumsrate für die Leicht- und Textilindustrie erzielen, die gleich oder etwas höher als die der Schwerindustrie ist, das Wachstum bei den wesentlichen Produkten der Textil- und Leichtindustrie im großen und ganzen in Übereinstimmung bringen mit dem Wachsen der einheimischen Kaufkraft, während gleichzeitig die Exporte bedeutend gesteigert werden sollen,

3) die gegenwärtig gespannte Situation in der Erdöl- und Energieerzeugung sowie im Transport- und Verkehrswesen durch Steigerung der Produktion und durch Sparsamkeit mindern. Bei der Steigerung in der Metallerzeugung, im Maschinenbau und in der übrigen Schwerindustrie den Schwerpunkt auf Verbesserung der Qualität und Entwicklung der Artikelvielfalt legen.



hört. Sie sei ausgekauft worden und die arbeitsfähigen Teile der Bourgeoisie, wie der Grundbesitzer und der reichen Bauern, seien in Werktätige umgewandelt worden, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen. „Die Herren der sozialistischen Gesellschaft sind die sozialistischen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle und jene anderen Patrioten, die den Sozialismus unterstützen. Es gibt verschiedene Widersprüche unter ihnen, aber keinen grundlegenden Interessengegensatz. Der Aufbau und der Aufstieg des Sozialismus ist ihr gemeinsames Interesse. Dies ist der historische Sieg, den wir errungen haben, und eine unbestreitbare objektive Tatsache."

Aber es gebe auch nach wie vor Konterrevolutionäre, Agenten des Feindes, Kriminelle und Lumpen, die den Aufbau des Sozialismus ernstlich stören. Es gebe neue Ausbeuter, bestechliche Elemente, solche, die Unterschlagungen begingen, und Spekulanten. Überreste der Viererbande, hartnäckige frühere Grundbesitzer und reiche Bauern beharren auf ihrem reaktionären Standpunkt und entfalten antisozialistische Aktivitäten in Politik und Wirtschaft. Vor allem übe der Klassenkampf im Ausland auf den Klassenkampf im Innern Einfluß aus. „Aus diesen Gründen wird es in China noch für lange Zeit Klassenfeinde aller Art geben. Wir müssen gegenüber ihnen die Diktatur des Proletariats ausüben. Obwohl sie nicht sehr zahlreich sind, dürfen wir unter keinen Umständen in unserer Wachsamkeit nachlassen und weniger aufpassen. In den Reihen des Volkes wird der Einfluß der feudalen und bürgerlichen Ideologien noch lange fortbestehen. Diesen Einflüssen gegenüber müssen wir einen langandauernden Kampf führen und die Erziehung verstärken. Während wir die vier Modernisierungen vorantreiben, unsere Produktivkräfte entwickeln und die Produktivität der Arbeit heben, müssen wir fortfahren, auf dem wirtschaftlichen, dem politischen und ideologischen Feld in der richtigen Weise den Klassenkampf zu führen, so daß es unmöglich sein wird, daß die Bourgeoisie fortexistiert oder daß eine neue Bourgeoisie emporkommen kann. Dies ist ebenfalls eine unbestreitbare, objektive Tatsache."

Ausgehend von diesen beiden Tatsachen stellt Hua Guofeng in dem Bericht über die Regierungstätigkeit fest: „Beide Auffassungen, daß der Klassenkampf bereits abgestorben sei, wie daß der Klassenkampf verschärft werden müsse, stimmen mit der Wirklichkeit in der gegenwärtigen Etappe nicht überein und widersprechen folglich den Wünschen des Volkes im ganzen Land." Nach wie vor seien, wie *Mao Zedong* festgestellt habe, der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften und der Widerspruch zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis die grundlegenden Widersprüche. Aber der Charakter dieser Widersprü-

unserer Wachsamkeit nachlassen und weniger aufpassen. In den Reihen des Volkes wird der Einfluß der feudalen und bürgerlichen Ideologien noch lange fortbestehen. Diesen Einflüssen gegenüber müssen wir einen langandauernden Kampf führen und die Erziehung verstärken. Während wir die vier Modernisierungen vorantreiben, unsere Produktivkräfte entwickeln und die Produktivität der Arbeit heben, müssen wir fortfahren, auf dem wirtschaftlichen, dem politischen und ideologischen Feld in der richtigen Weise den Klassenkampf zu führen, so daß es unmöglich sein wird, daß die Bourgeoisie fortexistiert oder daß eine neue Bourgeoisie emporkommen kann. Dies ist ebenfalls eine unbestreitbare, objektive Tatsache."

Ausgehend von diesen beiden Tatsachen stellt Hua Guofeng in dem Bericht über die Regierungstätigkeit fest: „Beide Auffassungen, daß der Klassenkampf bereits abgestorben sei, wie daß der Klassenkampf verschärft werden müsse, stimmen mit der Wirklichkeit in der gegenwärtigen Etappe nicht überein und widersprechen folglich den Wünschen des Volkes im ganzen Land." Nach wie vor seien, wie *Mao Zedong* festgestellt habe, der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften und der Widerspruch zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis die grundlegenden Widersprüche. Aber der Charakter dieser Widersprü-

che hätte sich gegenüber vor der Revolution völlig geändert. „Im Sozialismus hat unsere Aufgabe gewechselt. Unter den neuen Produktionsverhältnissen müssen die Produktivkräfte nicht mehr befreit, sondern geschützt und entwickelt werden. Das Ziel der Diktatur des Proletariats ist, die friedliche Arbeit unseres Volkes zu schützen, das China zu einem starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik machen will."

Der Hauptwiderspruch in der VRCh sei jetzt der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des Volkes und des Landes und dem niedrigen Stand der Produktivkräfte: „Die Verwirklichung der vier Modernisierungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts, die Hebung unseres niedrigen Stands der Produktivität auf einen Stand, der einer modernen Nation entspricht, und die konsequente Umwandlung jener Elemente unserer gegenwärtigen Produktionsverhältnisse und des Überbaus, die die Modernisierung behindern, wie die Beseitigung aller alten Gewohnheiten, die ihr schaden – dies stellt den Hauptwiderspruch dar und die zentrale Aufgabe, die unser ganzes Volk in dieser Etappe lösen muß. „Um diese Hauptaufgabe zu erfüllen, müssen wir an der Diktatur des Proletariats und am Klassenkampf festhalten. Aber der Klassenkampf ist nicht länger der Hauptwiderspruch unserer Gesellschaft. Wir müssen den Klassenkampf auf die Hauptaufgabe der sozialistischen Modernisierung ausrichten und ihr dienen."

Sicherlich knüpft diese Einschätzung an die Einschätzung und Beschlüsse des VIII. Parteitages vor dem großen Sprung nach vorn und vor der Kulturrevolution an. Sie bricht mit der Auffassung, daß der Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus zu jedem Zeitpunkt das Hauptkettenglied sei. Sie knüpft an die Einschätzung Stalins nach der Verwirklichung der Kollektivierung und bei der Verabschiedung der Sowjetverfassung 1936 an. Sie knüpft an den historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats an, die die KPCh nach dem XX. Parteitag aus dem Verrat der Revisionisten wie den Fehlern Stalins zog und formulierte. Gleichzeitig wird an den Erfahrungen der Kulturrevolution und des Kampfes gegen Lin Biao und die Viererbande festgehalten, die die drei großen revolutionären Bewegungen gegeneinander ausspielten und mit der Behauptung, der Klassenkampf sei stets das Hauptkettenglied, dem alles andere untergeordnet wäre, in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus untergruben. Jetzt wird davon ausgegangen, daß der Klassenkampf in der gegenwärtigen Etappe auf die Verwirklichung der vier Modernisierungen konzentriert werden müsse, weil der Sozialismus in China ohne die sozialistische Modernisierung gegenüber den inneren wie den äußeren Feinden keinen Bestand haben kann.

Auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung stellt der Bericht über die Regierungstätigkeit für die Jahre 1979 bis 1981 die Aufgabe, die Wirtschaft zu reorganisieren und umzustrukturieren, zu konsolidieren und zu verbessern, um sie Schritt für Schritt

beim Aufbau des Sozialismus zu jedem Zeitpunkt das Hauptkettenglied sei. Sie knüpft an die Einschätzung Stalins nach der Verwirklichung der Kollektivierung und bei der Verabschiedung der Sowjetverfassung 1936 an. Sie knüpft an den historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats an, die die KPCh nach dem XX. Parteitag aus dem Verrat der Revisionisten wie den Fehlern Stalins zog und formulierte. Gleichzeitig wird an den Erfahrungen der Kulturrevolution und des Kampfes gegen Lin Biao und die Viererbande festgehalten, die die drei großen revolutionären Bewegungen gegeneinander ausspielten und mit der Behauptung, der Klassenkampf sei stets das Hauptkettenglied, dem alles andere untergeordnet wäre, in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus untergruben. Jetzt wird davon ausgegangen, daß der Klassenkampf in der gegenwärtigen Etappe auf die Verwirklichung der vier Modernisierungen konzentriert werden müsse, weil der Sozialismus in China ohne die sozialistische Modernisierung gegenüber den inneren wie den äußeren Feinden keinen Bestand haben kann.

Auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung stellt der Bericht über die Regierungstätigkeit für die Jahre 1979 bis 1981 die Aufgabe, die Wirtschaft zu reorganisieren und umzustrukturieren, zu konsolidieren und zu verbessern, um sie Schritt für Schritt

auf den Weg einer planmäßigen, proportionellen und raschen Entwicklung zu bringen. Dies sei die erste Schlacht, die bei der Verwirklichung der vier Modernisierungen geschlagen werden müsse. „Wir müssen sie gewinnen." Auf die Probleme dabei werden wir zurückkommen, wenn der Bericht Hua Guofengs auf Deutsch erschienen ist.

---

sich auch die Millionen Arbeiter in unserem Land stellen können. (...) Wir können hier an eine Reihe von Maßnahmen erinnern, mit denen das Lebensniveau der Arbeiter erhöht wird: Die Hälfte der Löhne wurde letztes Jahr um 20% angehoben. Was die Bauern angeht, so hat die 3. Tagung des ZK der KPCh Ende Dezember eine ganze Reihe von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen beschlossen, um die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, die materiellen Interessen der Bauern zu schützen und ihnen wirksam die demokratischen Rechte zu garantieren. Insbesondere wurde der Preis, zu dem der Staat Getreide aufkauft, um 20% erhöht und um 50% bei Käufen oberhalb der Normen... Es geht nicht darum zu behaupten, daß alle Probleme, die mit der Modernisierung entstehen, gelöst sind, aber zumindest kann man feststellen, daß eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, damit das Volk davon den Nutzen hat."

### Frankreich, Le Quotidien du Peuple, PCRml, 16.6.1979:

„Die Fabriken für Traktoren, Werkzeugmaschinen, Präzisionsinstrumente und Elektronik entwickeln sich. Aber diese raschen Veränderungen der chinesischen Industrie sind noch völlig unzureichend, um die wirtschaftliche Basis Chinas und das Leben eines Volkes von fast einer Milliarde Menschen umzuwandeln. Denn diese Spitzenbereiche koexistieren mit veralteten, archaischen Sektoren, die erst kaum modernisiert sind und die heute die große Mehrheit der chinesischen Industrieausrüstung stellen. Eine gleiche und zweifellos noch frappierendere Lage finden wir in der Landwirtschaft, wo der Grad der Mechanisierung stark von der Modernisierung der Leichtindustrie abhängt. (...) Man muß die Bauern im Süden von Guangxi gesehen haben, wie sie gebeugt in den Reisfeldern stehen, mit den Füßen im Wasser, und mit der Hand tagelang den Reis umsetzten, ... um die absolute Notwendigkeit der vier sozialistischen Modernisierungen zu verstehen. (...) Wie kann die Begeisterung und das Vertrauen des chinesischen Volkes in den sozialistischen Weg erhalten werden, wenn die materielle Basis der sozialistischen Gesellschaft stagniert und sich nicht entwickelt, wenn das sozialistische System nicht konkret, durch Verbesserung des Lebensniveaus des chinesischen Volkes... seine Überlegenheit über das kapitalistische System zeigt?"

## Stärkung der sozialistischen Demokratie und die 4 Modernisierungen sind untrennbar

„Sozialistische Demokratie ist in erster Linie eine Frage des staatlichen Systems in den sozialistischen Ländern. Sozialistische Demokratie bedeutet, daß das Volk die höchste Macht bei der Regelung der Angelegenheiten des Landes inne hat, auf Grundlage des Eigentumsrechts und der Verfügung über die Produktionsmittel, welches es in verschiedenen Formen ausübt. Das ist ein unerschütterliches politisches Prinzip des Sozialismus. Abweichen von diesem grundlegenden Prinzip bedeutet Sabotage am sozialistischen Staat. Wir nennen die 4 Modernisierungen Chinas sozialistische Modernisierung, weil wir die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik im Sozialismus modernisieren und nicht im Kapitalismus. Deshalb tragen unsere Modernisierungen, als gesellschaftlicher Prozeß, in ihrem Ziel, Verlauf, in ihrer Durchführung und ihrer Methode den Stempel des Sozialismus und vor allem der sozialistischen Demokratie. Mit anderen Worten, unsere Modernisierungen sind untrennbar von den Bedürfnissen, Interessen, Wünschen und Anstrengungen der breiten Massen des Volkes. Das ZK der KP Chinas ruft die ganze Nation auf, bei der Modernisierung an den 4 grundlegenden Prinzipien festzuhalten, namentlich am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die Kommunistische Partei und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen. Keines dieser 4 Prinzipien kann ohne sozialistische Demokratie verwirklicht werden. Ohne einen hohen Grad an politischer Demokratie und ohne aus der Weisheit und den Anstrengungen der Massen zu schöpfen und ohne einen hohen Grad der Zentralisierung, wie sie auf der Basis all dessen notwendig ist, kann es keine ununterbrochene, proportionelle und rasche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft geben, und auch keine 4 Modernisierungen. Nur durch vollständige Demokratie kann das Volk sein Bewußtsein befreien und als Herr seines Landes den Geist der Verantwortung, Initiative, Schöpferkraft, Hingabe und Selbstaufopferung entfalten. Nur durch vollständige Demokratie können die Volksmassen eine Kampagne zum Studium und zur Lösung der Probleme der Wirtschaft des Landes entfalten, jede Art von praktischen und schöpferischen Vorschlägen entwickeln, unermüdlich für ihre Ausführung kämpfen und bedeutende Erneuerungen, Entdeckungen und Erfindungen entwickeln, die große Ausdauer verlangen. Nur durch vollständige Demokratie können die Massen die führenden Organe und Kader kritisieren und überwachen, um Bürokratismus und Konservativismus zu überwinden und politisch entartete, korrupte Elemente, Unterschlagung, Konterrevolutionäre und Kriminelle rasch bloßzustellen und die Sache des Sozialismus und des sozialistischen Staates zu konsolidieren. Kurz gesagt, je mehr sich die sozialistische Demokratie entwickelt, desto besser kann die sozialistische Modernisierung verwirklicht werden, und je mehr die Sache der Modernisierung voranschreitet, je höher das Niveau der Wirtschaft, der Kultur der Gesellschaft und der politischen Bewußtheit des Volkes wird, desto gesunder wird die sozialistische Demokratie sein."



Belegschaft der Schanghaier Generatorenfabrik beim Studium

## Bedingungen für eine ununterbrochene, proportionelle und rasche Entwicklung schaffen

Seit der 3. Plenartagung des 11. ZK der Kommunistischen Partei Chinas hat der Staatsrat eine Gesamtanalyse unseres wirtschaftlichen Aufbaus vorgenommen und ist zu dem Schluß gekommen, daß auf der Grundlage der soliden Fortschritte in der Wiederherstellung der Wirtschaft und des Wachstums des Landes die folgenden 3 Jahre, beginnend mit 1979, der Neuordnung, Reorganisation, Konsolidierung und Verbesserung der nationalen Wirtschaft gewidmet werden sollten, um unser Land Schritt für Schritt auf den Weg der ununterbrochenen, proportionellen und raschen Entwicklung zu führen. Nach der Entscheidung, den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die 4 Modernisierungen zu legen, ist das die erste Schlacht, die wir schlagen müssen, und wir müssen diese Schlacht gewinnen. (...)

Mit Neuordnung meinen wir, daß gewissenhafte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die schwerwiegenden Disproportionen in unserer Wirtschaft zu überwinden, die durch die jahrelange Einmischung und

Proletariats, an der Führung durch die Kommunistische Partei und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen. Keines dieser 4 Prinzipien kann ohne sozialistische Demokratie

Belegschaft der Schanghaier Generatorenfabrik beim Studium

Bedingungen für eine ununterbrochene, proportionelle und rasche Entwicklung schaffen

Seit der 3. Plenartagung des 11. ZK der Kommunistischen Partei Chinas hat der Staatsrat eine Gesamtanalyse unseres wirtschaftlichen Aufbaus vorgenommen und ist zu dem Schluß gekommen, daß auf der Grundlage der soliden Fortschritte in der Wiederherstellung der Wirtschaft und des Wachstums des Landes die folgenden 3 Jahre, beginnend mit 1979, der Neuordnung, Reorganisation, Konsolidierung und Verbesserung der nationalen Wirtschaft gewidmet werden sollten, um unser Land Schritt für Schritt auf den Weg der ununterbrochenen, proportionellen und raschen Entwicklung zu führen. Nach der Entscheidung, den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die 4 Modernisierungen zu legen, ist das die erste Schlacht, die wir schlagen müssen, und wir müssen diese Schlacht gewinnen. (...)

Mit Neuordnung meinen wir, daß gewissenhafte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die schwerwiegenden Disproportionen in unserer Wirtschaft zu überwinden, die durch die jahrelange Einmischung und

Sabotage Lin Biaos und der Viererbande verursacht wurden, um eine realativ gute Koordinierung des Wachstums der Landwirtschaft, der Leicht- und der Schwerindustrie und der verschiedenen Industriebranchen zu erzielen und eine richtige Proportion zwischen Akkumulation und Konsumtion zu gewährleisten. Neuordnung, Rekonstruktion, Konsolidierung und Verbesserung hängen miteinander zusammen und ergänzen sich gegenseitig. Aber gegenwärtig ist für die Wirtschaft als Ganzes die Neuordnung das Entscheidende. Für die nächsten 3 Jahre der Neuordnung haben wir uns die folgenden größeren Ziele gesetzt:

1) Eine relative Übereinstimmung zwischen dem Wachstum der Getreideproduktion sowie der Produktion anderer landwirtschaftlicher und Nebenerwerbsartikel auf der einen Seite und dem der Bevölkerung und der Industrie auf der anderen Seite erzielen,

2) eine Wachstumsrate für die Leicht- und Textilindustrie erzielen, die gleich oder etwas höher als die der Schwerindustrie ist, das Wachstum bei den wesentlichen Produkten der Textil- und Leichtindustrie im großen und ganzen in Übereinstimmung bringen mit dem Wachsen der einheimischen Kaufkraft, während gleichzeitig die Exporte bedeutend gesteigert werden sollen,

3) die gegenwärtig gespannte Situation in der Erdöl- und Energieerzeugung sowie im Transport- und Verkehrswesen durch Steigerung der Produktion und durch Sparsamkeit mindern. Bei der Steigerung in der Metallerzeugung, im Maschinenbau und in der übrigen Schwerindustrie den Schwerpunkt auf Verbesserung der Qualität und Entwicklung der Artikelvielfalt legen.



währleisten. Neuordnung, Rekonstruktion, Konsolidierung und Verbesserung hängen miteinander zusammen und ergänzen sich gegenseitig. Aber gegenwärtig ist für die Wirtschaft als Ganzes die Neuordnung das Entscheidende. Für die nächsten 3 Jahre der Neuordnung haben wir uns die folgenden größeren Ziele gesetzt:

1) Eine relative Übereinstimmung zwischen dem Wachstum der Getreideproduktion sowie der Produktion anderer landwirtschaftlicher und Nebenerwerbsartikel auf der einen Seite und dem der Bevölkerung und der Industrie auf der anderen Seite erzielen,

2) eine Wachstumsrate für die Leicht- und Textilindustrie erzielen, die gleich oder etwas höher als die der Schwerindustrie ist, das Wachstum bei den wesentlichen Produkten der Textil- und Leichtindustrie im großen und ganzen in Übereinstimmung bringen mit dem Wachsen der einheimischen Kaufkraft, während gleichzeitig die Exporte bedeutend gesteigert werden sollen,

3) die gegenwärtig gespannte Situation in der Erdöl- und Energieerzeugung sowie im Transport- und Verkehrswesen durch Steigerung der Produktion und durch Sparsamkeit mindern. Bei der Steigerung in der Metallerzeugung, im Maschinenbau und in der übrigen Schwerindustrie den Schwerpunkt auf Verbesserung der Qualität und Entwicklung der Artikelvielfalt legen.



Landwirtschaftlicher Investbau im Kreis Huolu, Provinz Hopeh

## Kampf für eine internationale Umgebung des Friedens

In den auswärtigen Angelegenheiten hat China immer eine Politik des Friedens verfolgt und unerschütterliche Anstrengungen unternommen, um den Weltfrieden zu sichern und die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern aller Länder und den Fortschritt der Menschheit zu fördern.

Wir halten am proletarischen Internationalismus fest und unterstützen die unterdrückten Nationen und die unterdrückten Völker in ihren Kämpfen gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, für Befreiung und sozialen Fortschritt. In Befolgung der Theorie der 3 Welten des Genossen Mao Zedong wollen wir unsere Einheit mit dem Proletariat und den fortschrittlichen Kräften auf der Welt, mit den sozialistischen Staaten und den verschiedenen Ländern der 3. Welt festigen und uns mit allen Kräften zusammenschließen, die zu gemeinsamen Anstrengungen gegen die hegemonistische Politik der Aggression und des Krieges zusammengeschlossen werden können. Wir sind bereit, Beziehungen mit anderen Ländern auf der Grundlage der 5 Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitigem Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitigem Nutzen und friedliche Koexistenz aufzunehmen und zu entwickeln. China wird niemals nach Hegemonie streben und niemals eine Supermacht werden. (...) Chinas sozialistische Modernisierung erfordert eine internationale Umgebung von langandauerndem Frieden. Unsere Verteidigungskraft hat immer der Sache des Weltfriedens und unseres sozialistischen Aufbaus gedient. Zu bestimmten Zeiten waren wir gezwungen, Schritte zu unternehmen, die wir von uns aus nicht gewollt haben, aber die ganze Welt weiß, daß wir niemals auch nur einen Fußbreit des Territoriums anderer Länder beansprucht haben, noch haben wir einen einzigen Soldaten auf dem Territorium irgendeines anderen Landes stationiert. Natürlich werden wir es auch anderen nicht erlauben, einen Fußbreit unseres Landes zu besetzen.



Stellvertretender Ministerpräsident Geng Piao bei einem Besuch in Rwanda

(Auszüge aus dem Bericht Hua Guofengs über die Arbeit der Regierung)

# Landesregierungen rangeln um neues Konzept für den NDR

## Klose will stärkere Staatsaufsicht, Albrecht Privatsender

*r.std.* „Rettet den NDR vor CDU, Springer und Co." Unter diesem Motto führt die Sozialdemokratie in Hamburg gegenwärtig eine Kampagne durch, um ihre Politik weiter über den NDR durchsetzen zu können.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat vor einem Jahr den Staatsvertrag über den NDR gekündigt. Die schleswig-holsteinische CDU wollte größeren Einfluß, ihr war das Programm zu „linkslastig" und „unausgewogen", der Einfluß der CDU war gering: nach dem gültigen Staatsvertrag von 1955 sitzen in dem Verwaltungsrat als entscheidendem Gremium, das über Personalentscheidungen befindet, 4 Vertreter der CDU und 4 der SPD, dies obgleich die Wahlen in den Bundesländern in den letzten Jahren dazu führten, daß die CDU zwei der drei Regierungen stellt. Da der Staatsvertrag Ende 1980 ausläuft, war eine Änderung dringlich. Die Rundfunkanstalten spielen eine große Rolle für die bürgerlichen Parteien und den Staatsapparat, sie sind wichtige Mittel der Indoktrination zum Schutz des Privateigentums der Kapitalisten. Die CDU hat bei den Wahlen in Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein erheblich an Stimmen verloren, muß sich also anstrengen, dies Propagandainstrument stärker unter Kontrolle zu bekommen. Die Positionen der CDU-Regierungen sind dabei nicht einfach schlecht: 60 Prozent aller Gebühren werden von Niedersachsen eingenommen, 20% von Schleswig-Holstein, der Rest von Hamburg. Das Pfand, was die Hamburger SPD über die Regierung in der Hand hält, sind vor allem die Produktionsmittel, die in Hamburg stehen. Für die Einrichtung von drei Länderanstalten müßten wenigstens knapp 800 Mio. DM Kapital zur Verfügung stehen.

Mit der Kündigung des Staatsvertrages hat Stoltenberg zugleich einen Entwurf für einen neuen Staatsvertrag vorlegen lassen. Danach sollen die Sendungen „einen aktiven Beitrag zur Aufrechterhaltung der vom Grundgesetz geschützten Wertordnung leisten", die Redakteure sollen „für den äußeren und inneren Frieden sowie für die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit eintreten und die Einigung Europas fördern." Dies wird von der SPD aufgebauscht, obwohl der bestehende Staatsvertrag und die für den Rundfunk geltenden Bundesgesetze nichts andres beinhalten. Der Staatsvertrag über den NDR sieht vor: „Der NDR hat seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten." Nach den „Allgemeinen Vorschriften für die Rundfunkanstalten des Bundesrechts" müssen die Sendungen „in ihrer Gesamtheit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen." Das Kapital hat sowieso einen direkten Einfluß auf die Rundfunkanstalten. Der NDR hat allein von 1974 bis 1979 rund 200 Mio. DM Schulden gemacht und befindet sich in Abhängigkeit von den Banken.

Auf den Vorschlag von Schleswig-Holstein für einen Staatsvertrag hat der Hamburger Senat mit einem eigenen Entwurf geantwortet. Nach Aussage Kloses ist er gekennzeichnet von „Liberalität und Pluralität". Im wesentlichen beinhaltet er die Ausweitung der Kontrolle des Staates, die über die Parteien und gesellschaftliche Gruppen wahrgenommen wird. An die Stelle von zwei Gremien in dem alten Staatsvertrag, dem Rundfunkrat und dem Programmbeirat, soll nur noch ein Rundfunkrat treten, der auch die Kontrolle über das Programm erhält. Insgesamt wird dieser Rundfunkrat auf 59 Sitze aufgebläht, wovon die bürgerlichen Parteien 20 erhalten sollen, die Gewerkschaften und Kapitalisten 11, die Kirchen 7; 21 Sitze sollen „andere Gruppen" erhalten, die von den Länderparlamenten vorgeschlagen werden. Klose will damit politische Bewegungen kurzfristig integrieren, um sie dann nach Erfüllung ihres Auftrags wieder zu entlassen.

Auf Kloses Taktik, den Einfluß der SPD zu halten, hat Albrecht damit reagiert, Teile des NDR den Kapitalisten direkt zur Verfügung zu stellen. Er ist „wild entschlossen", den Rundfunk neu zu ordnen, und „über den NDR das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu (zu) gestalten." So auf einer CDU-Veranstaltung in Westerstede. Er will den Kapitalisten Sender zur Verfügung stellen, indem dem NDR ein Fernsehkanal weggenommen wird, und zwei Rundfunkwellen. Langfristig soll dies geschehen über das Kabelfernsehen. Das Kabelfernsehen macht die aufwendigen Fernsehmasten überflüssig und erlaubt die Sendung von vielen Programmen gleichzeitig. Es ist in verschiedenen Gemeinden bereits in Erprobung. In Verbindung mit Übertragen über Fernsehsatelliten können dann in wenigen Jahren wenigstens 10 Programme gleichzeitig empfangen werden oder auch andere Daten übertragen werden. Darauf bereitet sich das Kapital mit Albrechts Vorschlag vor.

Klose hat auf dem Hamburger Medientag zu der Neuordnung im Rundfunkwesen Stellung genommen. Was ihn von Albrecht unterscheidet, ist, daß er die gleiche Absicht verfolgt, bloß unter „Staatsaufsicht". Sein Interesse ist ebenfalls die Sicherung der „gesellschaftlichen Integration und (der) politischen Stabilität". Er führt seine politische Kampagne gegen die „Pressekonzerne". Er verschweigt, daß auf jeden Fall der Staatsapparat die Kontrolle hat: Die Vergabe der Lizenzen erfolgt durch den Bund über die Post. Damit wird sichergestellt werden, daß für das Betreiben von Sendern das Eintreten für das Grundgesetz Voraussetzung ist.

## Die Bourgeoisie konzentriert ihre Presse

01: Druckauflage (Mio.) 25 – 26 – 27; Zahl der Zeitungen 450 – 500; 1973 1974 1975 1976

02: Verkaufsauflage (in 1000) 200 – 400 – 600; Anzahl d. Ztg. 15 (bis 5000), 15 (5000-10000), 31 (10000-50000), 2 (50000-100000), 5 (über 100000); Größenklasse (n. Auflage)

03: Anzahl der Tageszeitungsverlage 438 (1973), 403 (1976); Anzahl der Kreise mit nur einer Tageszeitung 38,3 % (1973), 45,3 % (1976)

*r.geh.* Von 1973 auf 1976 ist die Druckauflage der Zeitungen in der BRD von 25,5 Mio. auf 26,8 Mio. gestiegen, die Zahl der Zeitungen stieg weniger, von 458 auf 463 (Schaubild 01). Dabei redigierte ein Drittel der Vollredaktionen die Zeitungsmäntel für etwa drei Viertel der Gesamtauflage der Tagespresse. 68 Tageszeitungen (Hauptausgaben) mit 1,7 Mio. Verkaufsauflage gab es 1975 in Niedersachsen/Bremen. Die sieben größten Tageszeitungen mit über 100000 Verkaufsauflage haben daran einen Anteil von 43,4% (Schaubild 02). In der Konkurrenz der Kapitalisten um das Geschäft der Pressehetze gegen die Interessen der Arbeiterbewegung und der Volksmassen ist die Zahl der Tageszeitungsverlage in der BRD von 438 (1973) auf 403 (1976) zurückgegangen. Der Prozentanteil der Kreise, in denen ein Kapitalist mit einer Tageszeitung ein Monopol hat, wuchs von 38,3% auf 45,3%. (Schaubild 03) – Die Bourgeoisie konzentriert ihr Pressewesen, das sind die Tatsachen; die Debatte über „Meinungsvielfalt" liefert die Begleitmusik. Für die Arbeiterbewegung macht es keinen Unterschied, ob die Bourgeoisie mit ein oder 10 Zeitungen ein- oder vielfältig gegen sie hetzt.

### Handel: „Angebote" werden nicht akzeptiert

*r.her.* Der eindeutigen Ablehnung der letzten Angebote der Einzelhandelskapitalisten durch die Beschäftigten (Umfrage der HBV) war die Große Tarifkommission am 26. Juni gefolgt, nachdem HBV und auch DAG nach der 3. Sitzung mit den Handelskapitalisten das Scheitern der Verhandlungen am 14.6. erklärt hatten. Jetzt haben die Kapitalisten, erschreckt durch dieses Ergebnis, schnell einen weiteren Verhandlungstermin vorgeschlagen – es soll Mittwoch, der 4. Juli sein. Am gleichen Tag wird auch im Großhandel Niedersachsen getagt. Daß die Beschäftigten entschlossen sind, weiter den Kampf um die Erhöhung des Tariflohns zu führen, zeigt z.B. der einstimmige Beschluß der Fachgruppe Einzelhandel in Göttingen: Für Ablehnung und keinen Abschluß unter 100 DM für alle! – In Rheinland-Pfalz haben die Beschäftigten im Einzelhandel jetzt nach dem Scheitern in der 4. Verhandlung mit den Kapitalisten die Genehmigung für Urabstimmung für Streik beim Hauptvorstand der HBV durchgesetzt. – In Westberlin sind die Verhandlungen seit dem 28.6. bis zum 5.7. unterbrochen. Gleich am 28.6. haben Beschäftigte eines Kaiser-Verbraucher-Marktes in einem Telegramm die HBV aufgefordert, bei einem Angebot unter den aufgestellten 130 DM das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und Urabstimmung für Streik einzuleiten.

### Die Behindertenzahl steigt – die Bourgeoisie ist intessiert

*r.klm.* Der Sozialminister Schnipkoweit sorgt sich gemeinsam mit den Sozialdemokraten um das Wohl der Behinderten. Feste und Spiele werden ausgerichtet, ein Behindertenbericht für 1980 vorbereitet und die Presse ist voll mit Forderungen nach wirklicher Integration: Chancengleichheit auch hier. Was ist daran? Seit 1957 wird die Entwicklung der Behindertenzahlen in der BRD untersucht. Gewissenhaft addierte Zahlen in „Wirtschaft und Statistik" führten 1964 zu folgendem Schluß: „Es hat sich dabei herausgestellt, daß Umfang und Zusammensetzung dieses Personenkreises verhältnismäßig konstant sind." In der Statistik tauchen die Behinderten erst wieder 1975 auf, hier Schwerpunkt Kinder, um daran ausführlich im Jahre 1978 mit einer Steigerung von ca. 1 Million gegenüber 1964 dazustehen. Der Personenkreis, der „verhältnismäßig konstant" bleibt, weist plötzlich drastische Steigerung auf. Das hat Gründe, die nicht bloß im schärferen Verschleiß der Arbeitskraft liegen. In allen Winkeln und Ecken suchen Bourgeoiswissenschaftler nach Behinderungen, finden schnell neue und stellen sie als „geringgradige frühkindliche Hirnschädigung", „Verhaltensstörung", als

zuleiten.

# Untersuchung der Arbeits- und Versorgungsbedingungen am St.-Gertrauden-Krankenhaus Westberlin

*r.anp.* Zur Stützung des Kampfes gegen die Arbeits- und Versorgungsbedingungen an den Krankenhäusern haben Beschäftigte des kirchlichen St.-

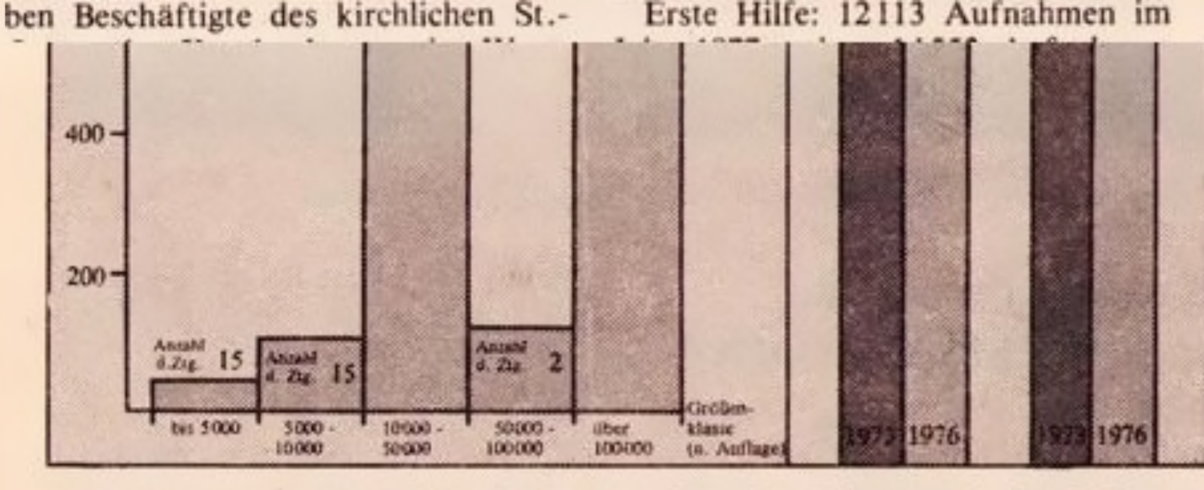
sivstation und Röntgenabteilung lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen.

Erste Hilfe: 12113 Aufnahmen im

net auf das Jahr 1979 ergeben das 15528 Aufnahmen. Dieser Arbeitszunahme steht ein Personalabbau von über 33% gegenüber. Jetzt arbeiten ge-

April 64 (90), Mai 89 (82).

Röntgenabteilung: Die Arbeit in dieser Abteilung wird von acht Vollzeit-MTA's und einer Halbtagskraft gelei-




*r.geh.* Von 1973 auf 1976 ist die Druckauflage der Zeitungen in der BRD von 25,5 Mio. auf 26,8 Mio. gestiegen, die Zahl der Zeitungen stieg weniger, von 458 auf 463 (Schaubild 01). Dabei redigierte ein Drittel der Vollredaktionen die Zeitungsmäntel für etwa drei Viertel der Gesamtauflage der Tagespresse. 68 Tageszeitungen (Hauptausgaben) mit 1,7 Mio. Verkaufsauflage gab es 1975 in Niedersachsen/Bremen. Die sieben größten Tageszeitungen mit über 100000 Verkaufsauflage haben daran einen Anteil von 43,4% (Schaubild 02). In der Konkurrenz der Kapitalisten um das Geschäft der Pressehetze gegen die Interessen der Arbeiterbewegung und der Volksmassen ist die Zahl der Tageszeitungsverlage in der BRD von 438 (1973) auf 403 (1976) zurückgegangen. Der Prozentanteil der Kreise, in denen ein Kapitalist mit einer Tageszeitung ein Monopol hat, wuchs von 38,3% auf 45,3%. (Schaubild 03) – Die Bourgeoisie konzentriert ihr Pressewesen, das sind die Tatsachen; die Debatte über „Meinungsvielfalt" liefert die Begleitmusik. Für die Arbeiterbewegung macht es keinen Unterschied, ob die Bourgeoisie mit ein oder 10 Zeitungen ein- oder vielfältig gegen sie hetzt.

der SPD aufgebauscht, obwohl der bestehende Staatsvertrag und die für den Rundfunk geltenden Bundesgesetze nichts andres beinhalten. Der Staatsvertrag über den NDR sieht vor: „Der NDR hat seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten." Nach den „Allgemeinen Vorschriften für die Rundfunkanstalten des Bundesrechts" müssen die Sendungen „in ihrer Gesamtheit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen." Das Kapital hat sowieso einen direkten Einfluß auf die Rundfunkanstalten. Der NDR hat allein von 1974 bis 1979 rund 200 Mio. DM Schulden gemacht und befindet sich in Abhängigkeit von den Banken.

Auf den Vorschlag von Schleswig-Holstein für einen Staatsvertrag hat der Hamburger Senat mit einem eigenen Entwurf geantwortet. Nach Aussage Kloses ist er gekennzeichnet von „Liberalität und Pluralität". Im wesentlichen beinhaltet er die Ausweitung der Kontrolle des Staates, die über die Parteien und gesellschaftliche Gruppen

Programmen gleichzeitig. Es ist in verschiedenen Gemeinden bereits in Erprobung. In Verbindung mit Übertragen über Fernsehsatelliten können dann in wenigen Jahren wenigstens 10 Programme gleichzeitig empfangen werden oder auch andere Daten übertragen werden. Darauf bereitet sich das Kapital mit Albrechts Vorschlag vor.

Klose hat auf dem Hamburger Medientag zu der Neuordnung im Rundfunkwesen Stellung genommen. Was ihn von Albrecht unterscheidet, ist, daß er die gleiche Absicht verfolgt, bloß unter „Staatsaufsicht". Sein Interesse ist ebenfalls die Sicherung der „gesellschaftlichen Integration und (der) politischen Stabilität". Er führt seine politische Kampagne gegen die „Pressekonzerne". Er verschweigt, daß auf jeden Fall der Staatsapparat die Kontrolle hat: Die Vergabe der Lizenzen erfolgt durch den Bund über die Post. Damit wird sichergestellt werden, daß für das Betreiben von Sendern das Eintreten für das Grundgesetz Voraussetzung ist.

### Die Behindertenzahl steigt – die Bourgeoisie ist intessiert

*r.klm.* Der Sozialminister Schnipkoweit sorgt sich gemeinsam mit den Sozialdemokraten um das Wohl der Behinderten. Feste und Spiele werden ausgerichtet, ein Behindertenbericht für 1980 vorbereitet und die Presse ist voll mit Forderungen nach wirklicher Integration: Chancengleichheit auch hier. Was ist daran? Seit 1957 wird die Entwicklung der Behindertenzahlen in der BRD untersucht. Gewissenhaft addierte Zahlen in „Wirtschaft und Statistik" führten 1964 zu folgendem Schluß: „Es hat sich dabei herausgestellt, daß Umfang und Zusammensetzung dieses Personenkreises verhältnismäßig konstant sind." In der Statistik tauchen die Behinderten erst wieder 1975 auf, hier Schwerpunkt Kinder, um daran ausführlich im Jahre 1978 mit einer Steigerung von ca. 1 Million gegenüber 1964 dazustehen. Der Personenkreis, der „verhältnismäßig konstant" bleibt, weist plötzlich drastische Steigerung auf. Das hat Gründe, die nicht bloß im schärferen Verschleiß der Arbeitskraft liegen. In allen Winkeln und Ecken suchen Bourgeoiswissenschaftler nach Behinderungen, finden schnell neue und stellen sie als „geringgradige frühkindliche Hirnschädigung", „Verhaltensstörung", als
„Lernstörung" oder „Kontaktarmut" vor. Warum dieser Eifer? Da die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte die Arbeiter mehr und mehr zu Teilmenschen verstümmelt, ist der Punkt, an dem es möglich wird, tatsächliche Teilmenschen, Krüppel, Behinderte als Arbeitskräfte einzusetzen, erreicht. Die Kapitalseele erheischt die Vernutzung dieser Arbeitskraft zu einem geringen Lohn. Der Rummel, ob er nun christlich oder sozialdemokratisch ist, soll dies vertuschen, die Sorge um die Behinderten soll ihren profitablen Einsatz vorbereiten.

# Untersuchung der Arbeits- und Versorgungsbedingungen am St.-Gertrauden-Krankenhaus Westberlin

*r.anp.* Zur Stützung des Kampfes gegen die Arbeits- und Versorgungsbedingungen an den Krankenhäusern haben Beschäftigte des kirchlichen St.-Gertrauden-Krankenhauses in Westberlin ihren Arbeitsbereich untersucht. Aus den Bereichen Erste Hilfe, Intensivstation und Röntgenabteilung lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen.

Erste Hilfe: 12113 Aufnahmen im Jahr 1977 stehen 14553 Aufnahmen 1978 gegenüber. Bis zum 31.5.1979 waren es 6469 Aufnahmen; hochgerechnet auf das Jahr 1979 ergeben das 15528 Aufnahmen. Dieser Arbeitszunahme steht ein Personalabbau von über 33% gegenüber. Jetzt arbeiten gerade noch acht Vollzeitkräfte und vier Nachtwachen auf der Ersten Hilfe. 1980 soll nach dem Bettenbedarfsplan das im gleichen Bezirk liegende Albrecht-Achilles-Krankenhaus geschlossen werden. Von dessen Erste Hilfe-Aufnahmen (1977: 17536; 1978: 17079) soll ein Großteil vom St.-Gertrauden-Krankenhaus übernommen werden.

Intensivstation: Die folgenden Tabellen geben Aufschluß über die Personalentwicklung seit 1977.

| | Ja. | Fe. | Mä. | Ap. | Mai |
|---|---|---|---|---|---|
| 1977 | | | | | |
| Vollzeitkräfte | 10 | 10 | 10 | 12 | 12 |
| Teilzeitkräfte | ⅓ | ⅓ | ⅓ | ⅓ | ⅓ |
| Pflegekräfte | – | – | – | – | – |
| Nachtwachen | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| Schüler | | 5 | 6 | 6 | 1 |
| 1978 | | | | | |
| Vollzeitkräfte | 11 | 11 | 11 | 12 | 12 |
| Teilzeitkräfte | ⅓ | ⅓ | ⅓ | – | – |
| Pflegekräfte | 1 | 1 | – | – | – |
| Nachtwachen | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| Schüler | 5,5 | 4 | 3 | 3 | 3 |
| 1979 | | | | | |
| Vollzeitkräfte | 8 | 8 | 9 | 9 | 8 |
| Teilzeitkräfte | 2×½ | 2×½ | 2×½ | – | – |
| Pflegekräfte | – | – | – | – | – |
| Nachtwachen | 3 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Schüler | 3 | 4 | 3 | 4 | 3 |

Zehn Stellen sind für die Vollzeitkräfte im Haushaltsplan für die Intensivstation vorgesehen. Ebenso acht Planbetten. Von der räumlichen Lage her sind jedoch nur sieben Betten aufgestellt. Diese waren von Januar bis Mai 1979 folgendermaßen belegt (in Klammern die Belegzahl von 1978): Januar 79 (93), Februar 63 (63), März 80 (90), April 64 (90), Mai 89 (82).

Röntgenabteilung: Die Arbeit in dieser Abteilung wird von acht Vollzeit-MTA's und einer Halbtagskraft geleistet, dazu 1 Chefarzt, 1 Oberarzt und 3 Assistenzärzte, wovon einer nur für ein halbes Jahr beschäftigt ist. Von den acht Vollzeit-MTA's wurde eine in der Urlaubszeit für gut vier Wochen nach Westdeutschland an das Mutterhaus des Ordens verliehen. Gegenüber 1977 gibt es eine halbe MTA-Stelle mehr. Diesem Zuwachs an Personal steht folgender Arbeits- und Patientenzuwachs gegenüber:

**Einzelleistungen pro Patientenzahl (Patientenzahl)**

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|---|---|---|---|
| Therapie | 3365 (234) | 3389 (232) | 1583 (153) | 1900 (173) |
| Nukl.med. | 2541 (1188) | 4694 (1904) | 4806 (1771) | 5564 |
| Diagnose | 82931 (17662) | 107313 (19263) | 129928 (20878) | 145000 24725) |

Zu dieser Personalsituation kommt, daß auf mittlerweile drei Stationen die Fünf-Tagewoche ohne zusätzliches Personal eingeführt worden ist. Die Schichtzeiten wurden im Vergleich zu anderen Krankenhäusern weit ungünstiger von der Krankenhausleitung festgelegt. Frühdienst: 5.40-14.20 Uhr, Spätdienst: 13.40-22.20 Uhr. Für die anteilsmäßig anfallenden dienstungünstigen Zeiten (21.00-6.00 Uhr), also 20 Minuten im Frühdienst und 1 Stunde und 20 Minuten im Spätdienst werden nicht die bisher üblichen Zuschläge bezahlt.

Zur Erörterung der Forderungen der Beschäftigten nach gleichen Schichtzeiten wie an den städtischen Krankenhäusern (6.00-14.30 Uhr, 13.20-22.00 Uhr) und nach mehr Personal fordert die ÖTV-Betriebsgruppe von der Mitarbeitervertretung eine außerordentliche Mitarbeiterversammlung.

## Nicht „Ruhe an den Schulen" erreicht Remmers, das Gegenteil!

*r.chs.* Es gärt an den Schulen. Viele verschiedene Kämpfe werden tagtäglich geführt. Sei es, daß die Schüler für ein unzensiertes Schwarzes Brett kämpfen, sei es, daß sie gegen den neuen Fehlzeitenerlaß vorgehen, wonach jedes Fehlen sofort entschuldigt werden muß. Sei es, daß sie, wie am 26.6. in Langenhagen (bei Hannover) gegen die Schulraumnot streiken und einen Fertigbau fordern, der nach den Ferien stehen soll. Sei es der Kampf der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung und gegen Teilzeitverträge.

Diese noch oft vereinzelt geführten Kämpfe an den Schulen sind gerade das Angriffsziel von Remmers. Mit seinem Schulgesetzneuentwurf will er die unerträglichen Bedingungen, die diese Kämpfe hervorrufen, allgemein durchsetzen und jede Selbständigkeit unterdrücken. Es paßt der Bourgeoisie überhaupt nicht, wenn z.B. Lehrergremien gegen militaristische Aufzüge Stellung nehmen, wie die GEW-Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Braunschweig, die gefordert hat, daß die Militärparade in Braunschweig abgesetzt wird. Zu Recht vermutet sie darin die Haltung von Lehrern, die sich auch in der Schule militaristischen Unterrichtszielen widersetzen werden.

Die Vertretungskörperschaften von Schülern und Lehrern haben den richtigen Weg eingeschlagen. Sie organisieren den Kampf über die einzelne Schule hinaus. Die GEW-Kreisdelegiertenversammlung Hannover-Stadt lehnt den Schulgesetzentwurf ab. Zur Durchsetzung der Forderungen wurde beschlossen, Informationsveranstaltungen und Personalversammlungen durchzuführen und eine Demonstration in Hannover anzustreben. Die Landesvertreterversammlung der GEW Niedersachsen hat beschlossen, im Februar 1980 – wenn auch der neue Lohn ausgehandelt wird – nicht an Zeugniskonferenzen teilzunehmen, keine Zeugnisse zu schreiben und gegebenenfalls einen Warnstreik durchzuführen. Der Stadtschülerrat Braunschweig hat zusammen mit der GEW eine Demonstration von 700 Teilnehmern organisiert und fordert u.a.: Keine Klasse über 25 – Aufhebung des Zensurparagraphen für Schülerzeitungen – freie gewerkschaftliche und politische Betätigung an der Schule – Herabsetzung der Lehrerarbeitszeit.

Remmers hat also gerade das Gegenteil von dem geerntet, was er erreichen wollte. Es scheint, daß Remmers letzter Vorstoß auf keiner Seite die rechte Würdigung findet. Die niedersächsischen Kapitalisten bescheinigen dem Minister in ihrem Organ 'Niedersächsische Wirtschaft': Unausgegorenheit. Sie sind ein wenig unzufrieden, daß der Kultusminister nicht rascher Ergebnisse vorweist: in Hinblick auf Bereitstellung von *für sie* arbeitswilliger Jugend.

### Vertreterversammlung der IGM-Hamburg für Festgeld

*r.uwh.* Am 13.Juni hat die IGM-Vertreterversammlung der Ortsverwaltung Hamburg auf Antrag des Vertrauensleutekörpers von Haller Meurer folgende Resolution einstimmig beschlossen: „In der Tarifrunde 79/80 müssen alle Mitglieder, Funktionäre und organisierte Ebenen der IG Metall sich dafür einsetzen, daß die unteren Lohngruppen bis zur Lohngruppe IV ersatzlos gestrichen werden. Die Lage ist besonders günstig, da der bislang geltende Lohngruppenschlüssel gekündigt worden ist... Wir sind der Meinung, daß die aufzustellenden Lohn- und Gehaltsforderungen als eine Festgeldforderung aufzustellen sind, auf jeden Fall aber ein Mindesbetrag gefordert wird, um die wachsende Spaltung der Lohngruppen abzuschwächen." Dieser Beschluß ist das Ergebnis zahlreicher Auseinandersetzungen in den Betrieben und entspricht dem Willen der Arbeiter, im Herbst den Lohnsenkungen ein Ende zu setzen.

# Vollboykott der Förde-Reederei

## Unterstützung von ITF und ÖTV ist nötig

*b.clm.* Seit zwei Monaten führen die Arbeiter der Römö-Sylt-Linie den Boykott gegen die Förde-Reederei Flensburg. Am 23.6. organisierten sechs Gewerkschaften: der Seemannsbund, die HK (Handel, Banken), die Hotelgewerkschaft , der Metallarbeiterbund, die Brauerei- und die Tabakarbeitergewerkschaft Demonstrationen an den wichtigsten Anlegestellen der Flensburger Fähren in Kollund, Grafenstein und Sonderburg, an denen zusammen 700 teilnahmen. Diese Aktionen leiteten den Vollboykott der Reederei ein. Schon seit dem 26.6. wird die Auslieferung eines guten Teils der Tabak-, Alkohol-, Öl- und Diesellieferungen verhindert. Die aktive Unterstützung der gesamten dänischen Arbeiterklasse ist groß. Ein Bus der Förde-Reederei, der die Fähre Faaborg-Gelting benutzen wollte, mußte wieder umdrehen, weil die Matrosen sich weigerten, mit dem Bus an Bord auszulaufen. In Söby wurde ein Schiff der Reederei von zwanzig dänischen Arbeitern besetzt, die westdeutsche Flagge eingeholt und stattdessen die Piratenflagge gesetzt. Warum die Unterstützung so groß ist und warum die Blockade auf jeden Fall bis zum Sieg fortgesetzt wird, auch wenn das ein Jahr und länger dauern sollte, sagten uns zwei Mitglieder der Blockadewacht:,,Es handelt sich um Rechte, die die Arbeiterbewegung sich in Jahren erkämpft hat. Und die lassen wir uns auf keinen Fall untergraben. Einzelverträge sind ein Anschlag auf die kollektive Kampfkraft und auf die gewerkschaftliche Organisation. Jetzt sind wir hier in Römö betroffen, wer wird der nächste sein?" ,,Diese Einzelverträge unterschreiben zu sollen, ist eine Demütigung der dänischen Arbeiter. Der Vertrag sagt klar und unverhüllt, daß wir jede Arbeit an Bord übernehmen müssen, die der Arbeitgeber uns zuweist. Eine Verkäuferin z.B. muß dann den Abwasch machen, wenn der Kapitalist sagt, wir sollen. Wir sollen ja dazu sagen, daß wir von Schiff zu Schiff, von Herodes zu Pilatus geschickt werden. Der Vertrag sagt auch, daß wir Überstunden nicht verweigern dürfen, man soll Überstunden schinden für einen Stundenlohn von 34 bis 35 Kronen anstelle von 30 Kronen. Das ist schlicht gesagt eine Unverschämtheit. Nicht nur, daß Lohn- und Überstundenbezahlung gesenkt werden. Auch der Teuerungsausgleich ist gestrichen. Oder das Urlaubsgeld: zwei Prozent unter dänischem Standard, 10% anstatt 12%. Früher konnte jedes Besatzungsmitglied monatlich Mahlzeiten für 1 350 Kronen kostenlos einnehmen. Jetzt sollen es nur noch 500 Kronen sein. Außerdem soll Schweigepflicht

Und die lassen wir uns auf keinen Fall untergraben. Einzelverträge sind ein Anschlag auf die kollektive Kampfkraft und auf die gewerkschaftliche Organisation. Jetzt sind wir hier in Römö betroffen, wer wird der nächste sein?" ,,Diese Einzelverträge unterschreiben zu sollen, ist eine Demütigung der dänischen Arbeiter. Der Vertrag sagt klar und unverhüllt, daß wir jede Arbeit an Bord übernehmen müssen, die der Arbeitgeber uns zuweist. Eine Verkäuferin z.B. muß dann den Abwasch machen, wenn der Kapitalist sagt, wir sollen. Wir sollen ja dazu sagen, daß wir von Schiff zu Schiff, von Herodes zu Pilatus geschickt werden. Der Vertrag sagt auch, daß wir Überstunden nicht verweigern dürfen, man soll Überstunden schinden für einen Stundenlohn von 34 bis 35 Kronen anstelle von 30 Kronen. Das ist schlicht gesagt eine Unverschämtheit. Nicht nur, daß Lohn- und Überstundenbezahlung gesenkt werden. Auch der Teuerungsausgleich ist gestrichen. Oder das Urlaubsgeld: zwei Prozent unter dänischem Standard, 10% anstatt 12%. Früher konnte jedes Besatzungsmitglied monatlich Mahlzeiten für 1 350 Kronen kostenlos einnehmen. Jetzt sollen es nur noch 500 Kronen sein. Außerdem soll Schweigepflicht
herrschen für alles, was an Bord geschieht. Für alles, versteht ihr! Und endlich will der Vertrag uns vorschreiben, daß wir nicht zu unserem eigenen Arzt gehen dürfen, wenn wir krank werden; wir müssen zum Reederei-Arzt gehen."

Der dänische Tarifvertrag legt die Arbeitszeit auf 160 Stunden im Monat fest, die Einzelverträge der Förde-Reederei auf 168 bis 173 Stunden und grundsätzlich die Verpflichtung zu Überstunden. Bis auf die Arbeit der Decksmannschaft waren alle anderen Arbeiten auf fünf Werktage in der Zeit von 7.00 bis 17.30 Uhr beschränkt. Alle Arbeiter der Decksmannschaft außerhalb dieser Zeit wurde mit einem Zuschlag von 35% bezahlt. Enthielt der dänische Tarifvertrag zwei Stunden feste Pausen, sind diese in den Einzeltarifverträgen mit keinem Wort erwähnt. Die Bezahlung von Krankengeld, Urlaubsgeld, Rente ist, wenn die Schiffe unter dänischer Flagge laufen, gesetzlich geregelt, aber nur dann. Deshalb kämpfen die Arbeiter so zäh um einen kollektiven Tarifvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln. Ein Tarifvertrag zwischen der Zypriotischen Gewerkschaft oder der ÖTV und der Förde-Reederei wäre zwar immer noch besser als die Einzelverträge, die dänischen Arbeiter müßten dann aber immer noch über 40% Steuern und Abgaben zahlen, würden aber die erkämpften gesetzlichen Regelungen verlieren. Deshalb haben sowohl die Zypriotische Gewerkschaft, die ÖTV als auch die Internationale Transportarbeitergewerkschaft(ITF) auf alle Verhandlungsrechte zugunsten der dänischen Gewerkschaften verzichtet.

Auf der Linie Römö-Sylt hat die Fördereederei Einbußen bis zu 80% hinnehmen müssen. Mit dem Beginn des Vollboykotts befürchtet sie weitere Verluste. In einer Presseerklärung läßt die Reederei am 29.6. verlauten: Eine Weiterführung der seit zwei Monaten dauernden Protest- und Boykottaktionen könnte möglicherweise zu diplomatischen Verwicklungen ,,zwischen der Bundesrepublik und Dänemark führen." Diese Drohung wird erst dann verständlich, wenn man sieht, wer sie ausspricht. Nur etwa 16% vom Aktienkapital der Fördereederei liegen in der Hand der Familie des Reedereikapitalisten Nissen. Die übrigen 84% teilen sich die Rumfirma Hansen, Bommerlunder, die Westbank und die Landesbank Schleswig-Holstein. Den größten Teil der zum Aufkauf der Römö-Sylt-Linie notwendigen 33 Millionen DM hat die Landesbank aufgebracht. In einer ,,Presseinformation" berichtete am 25.1.1979 der derzeitige Vorstandsvorsitzende, Finanzminister a.D. Schlegelberger: ,,Die geschäftlichen Kontakte der Landesbank erstrecken sich über das gesamte Königreich Dänemark. Zu mehr als 30 dänischen Banken und Sparkassen bestehen Geschäftsverbindungen. Finanziert wurden aber auch Kommunen und schließlich ist die Landesbank Kiel stets in den Konsortien der Anleihen

Vollboykotts befürchtet sie weitere Verluste. In einer Presseerklärung läßt die Reederei am 29.6. verlauten: Eine Weiterführung der seit zwei Monaten dauernden Protest- und Boykottaktionen könnte möglicherweise zu diplomatischen Verwicklungen ,,zwischen der Bundesrepublik und Dänemark führen." Diese Drohung wird erst dann verständlich, wenn man sieht, wer sie ausspricht. Nur etwa 16% vom Aktienkapital der Fördereederei liegen in der Hand der Familie des Reedereikapitalisten Nissen. Die übrigen 84% teilen sich die Rumfirma Hansen, Bommerlunder, die Westbank und die Landesbank Schleswig-Holstein. Den größten Teil der zum Aufkauf der Römö-Sylt-Linie notwendigen 33 Millionen DM hat die Landesbank aufgebracht. In einer ,,Presseinformation" berichtete am 25.1.1979 der derzeitige Vorstandsvorsitzende, Finanzminister a.D. Schlegelberger: ,,Die geschäftlichen Kontakte der Landesbank erstrecken sich über das gesamte Königreich Dänemark. Zu mehr als 30 dänischen Banken und Sparkassen bestehen Geschäftsverbindungen. Finanziert wurden aber auch Kommunen und schließlich ist die Landesbank Kiel stets in den Konsortien der Anleihen
für das Königreich Dänemark vertreten." Besonders gut sind die Beziehungen zur Handelsbanken. Die aber war Hauptgläubiger des ehemaligen Besitzers der Römö-Sylt-Linie Lindinger. Nachdem die Handelsbanken diesen hat hochgehen lassen, stellte sie den Konkursverwalter und verschacherte die Linie zum Vorzugspreis an die Fördereederei. Im Kern handelte es sich bei dem ganzen Geschäft um eine Transaktion zwischen Handelsbanken und Landesbank.

Durch die Blockade der Fährarbeiter sieht sich die Landesbank nun um die Früchte dieses Geschäfts gebracht. Wenn die Landesbank deshalb jetzt durch die Fördereederei ,,diplomatische Verwicklungen" androhen läßt, was nichts anderes heißt als daß sie Druck auf den dänischen Staatsapparat ausübt, die Blockade zu zerschlagen, muß man das ernst nehmen. Die Landesbank Schleswig-Holstein ist die Bank des Landes Schleswig-Holstein. Verwaltungsratsvorsitzender ist Stoltenberg, Vorstandsvorsitzender Lausen, bis vor kurzem noch Finanzminister. Die Machenschaften der Landesregierung liegen so offen auf der Hand und die Drohung ist so unverhüllt, daß Karl Otto Meier, Landtagsabgeordneter des SSW und offizieller Sprecher der dänischen Minderheit eigentlich nicht umhin kann, die Landesregierung deshalb im Landtag anzugreifen.

Hätten die dänischen Arbeiter es nur mit dem Reedereikapitalisten Nissen zu tun, wäre der kollektive Tarifvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln schon lange unterzeichnet. Doch um die ganze Gesellschaft von Banken, Landesregierung und Schnapsfabrikanten schlagen zu können, brauchen sie die Unterstützung der westdeutschen Arbeiter. Durch zu viele Gegenmaßnahmen wird sonst die Wirkung des Boykotts abgeschwächt. Nach einem jetzt geschlossenen Vertrag mit der Bundesbahn ,,kann zu einem Sonderpreis in der Zeit vom 1.Juli bis 30.September ein ,,touristisches Rundfahrticket" für die Fährverbindung von Havneby/Römö nach List mit anschließender Benutzung des Autoreisezuges von Westerland nach Niebüll gebucht werden." Die Blockade der Schnapslieferungen kann von den Mitaktionären Rum-Hansen und Bommerlunder leicht wirkungslos gemacht werden und für den Ersatz des billigen Dieseltreibstoffes aus Dänemark wird die Landesregierung auch Mittel und Wege finden können.

Bei der Blockadewacht in Havneby sind viele Solidaritätsresolutionen aus der BRD eingegangen, darunter vom AjLE Flensburg, von der Betriebsversammlung der Gesamthafenarbeiter Hamburg und vom Studentenparlament der PH Kiel. Notwendig sind jetzt direkte Aktionen gegen die Fördereederei. Dieter Benze vom Hauptvorstand der ÖTV, Abteilung Seefahrt, hat zugesichert, daß die ÖTV bereit sei, alle Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie von der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft dazu offiziell aufgefordert wird. Ohne diese Aufforderung seien der ÖTV allerdings die Hände gebunden.

derpreis in der Zeit vom 1.Juli bis 30.September ein ,,touristisches Rundfahrticket" für die Fährverbindung von Havneby/Römö nach List mit anschließender Benutzung des Autoreisezuges von Westerland nach Niebüll gebucht werden." Die Blockade der Schnapslieferungen kann von den Mitaktionären Rum-Hansen und Bommerlunder leicht wirkungslos gemacht werden und für den Ersatz des billigen Dieseltreibstoffes aus Dänemark wird die Landesregierung auch Mittel und Wege finden können.

Bei der Blockadewacht in Havneby sind viele Solidaritätsresolutionen aus der BRD eingegangen, darunter vom AjLE Flensburg, von der Betriebsversammlung der Gesamthafenarbeiter Hamburg und vom Studentenparlament der PH Kiel. Notwendig sind jetzt direkte Aktionen gegen die Fördereederei. Dieter Benze vom Hauptvorstand der ÖTV, Abteilung Seefahrt, hat zugesichert, daß die ÖTV bereit sei, alle Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie von der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft dazu offiziell aufgefordert wird. Ohne diese Aufforderung seien der ÖTV allerdings die Hände gebunden.

Die dänischen Fährarbeiter beabsichtigen, einen solchen Antrag an die nächste Vorstandssitzung in London zu stellen. Großen Einfluß auf dessen Entscheidung wird die Stellungnahme des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker haben und die wird sicherlich davon abhängen, wie groß die Unterstützung der Blockade in den Gewerkschaftsabteilungen und in den Betrieben ist. Auf jeden Fall ist es richtig zu überprüfen, wo wirkungsvolle Blockadeaktionen möglich sind, und diese vorzubereiten.

## Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea

Veranstaltung

Es spricht ein Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich

Für seinen Befreiungskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression benötigt das Demokratische Kampuchea jede politische und materielle Unterstützung von den Völkern der Welt und erhält sie auch. Der KBW ruft auf, die Veranstaltung zu unterstützen und für das Demokratische Kampuchea zu spenden.

**Curio-Haus, Hamburg, Rothenbaumchaussee 13**
**Sonntag, den 8.7.79, 10.00 Uhr**

*Abfahrt aus den Orten:*
**Flensburg,** Deutsches Haus, 8.00 Uhr. **Schleswig,** ZOB, 8.30 Uhr. **Husum,** Marktplatz, 8.00 Uhr. **Heide,** Marktplatz, 8.30 Uhr. **Itzehoe,** Berliner Platz, 8.45 Uhr. **Rendsburg,** Paradeplatz, 8.30 Uhr. **Kiel,** Exerzierplatz, 8.30 Uhr. **Lübeck,** ZOB, 8.30 Uhr. **Neumünster,** Großflecken, 9.00 Uhr. **Stade,** Pferdemarkt, 9.00 Uhr. **Lüneburg,** Am Graalwall, 9.00 Uhr.

## Sind die GSG 9 nun Metzgerhunde oder nicht, Richter Sauer?




7.Verhandlungstag im Wehrkraftzersetzungsprozeß: Angeklagte und Verteidigung wiesen nach, daß Sauers Verhandlungsführung den Absichten des Innenministeriums entspricht. Daß die GSG 9 eine zum Töten abgerichtete Truppe ist, soll aus dem Verfahren herausgehalten werden. 300 DM Ordnungsgeld verhängte Sauer für diesen Nachweis zwecks Einschüchterung. Ein Angeklagter überreichte einen Brief eines Rentners, der den Betrag für das Ordnungsgeld aufgebracht hat, in dem es heißt: ,,Ich bin gegen diesen Prozeß, weil ich als Rentner und früherer MaK-Arbeiter weiß, daß diese Prozesse den Zweck haben, die Armee einsatzfähig zu machen für den imperialistischen Krieg und für den Einsatz im Inneren ..." Sauer ist angeschlagen und hat den Prozeß auf übernächste Woche vertagt.

Grosso-Belegschaft Uelzen schließt sich gegen weitere Lohnsenkung zusammen

b.kak. Über 30 Unterschriften sind innerhalb einer Stunde gesammelt worden für die Durchführung einer Betriebsversammlung, auf der die Ten-

arbeiten würde, also die Kapitalisten gezwungen sind, gewisse Zulagen zu zahlen. Deswegen sind diese Zulagen auch erkämpfte Lohnbestandteile und




7.Verhandlungstag im Wehrkraftzersetzungsprozeß: Angeklagte und Verteidigung wiesen nach, daß Sauers Verhandlungsführung den Absichten des Innenministeriums entspricht. Daß die GSG 9 eine zum Töten abgerichtete Truppe ist, soll aus dem Verfahren herausgehalten werden. 300 DM Ordnungsgeld verhängte Sauer für diesen Nachweis zwecks Einschüchterung. Ein Angeklagter überreichte einen Brief eines Rentners, der den Betrag für das Ordnungsgeld aufgebracht hat, in dem es heißt: ,,Ich bin gegen diesen Prozeß, weil ich als Rentner und früherer MaK-Arbeiter weiß, daß diese Prozesse den Zweck haben, die Armee einsatzfähig zu machen für den imperialistischen Krieg und für den Einsatz im Inneren ..." Sauer ist angeschlagen und hat den Prozeß auf übernächste Woche vertagt.

## Grosso-Belegschaft Uelzen schließt sich gegen weitere Lohnsenkung zusammen

*b.kak.* Über 30 Unterschriften sind innerhalb einer Stunde gesammelt worden für die Durchführung einer Betriebsversammlung, auf der die Tengelmann-Kapitalisten angegriffen werden sollen wegen ihrer Absichten, erneut Lohnsenkung gegenüber der Belegschaft durchzusetzen. Marktleiter Schulz hat erklärt, nur denjenigen die Tariferhöhung zahlen zu wollen, die ,,knallhart nach Tarif bezahlt werden", also bei denen er sowieso *muß*. Bei allen anderen behält er sich vor, die Erhöhung mit den außertariflichen Zulagen zu verrechnen. Nun ist es mit diesen Zulagen so, daß kaum einer zu den elenden Tariflöhnen bei Grosso arbeiten würde, also die Kapitalisten gezwungen sind, gewisse Zulagen zu zahlen. Deswegen sind diese Zulagen auch erkämpfte Lohnbestandteile und nicht etwa ,,Geschenk" der Firma. Deswegen fordern die Kollegen auch Lohnerhöhung ohne Kürzung der außertariflichen Zulagen! Gleichzeitig wird um die Höhe des Abschlusses gekämpft: Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung der in der HBV organisierten Kollegen, an der zehn Kollegen teilnahmen, wurde sich einstimmig für Urabstimmung und Streik ausgesprochen, um die 100 DM mindestens für jeden durchzusetzen.

*Veranstaltungskalender*
**Bezirksgruppe Nordost**

**Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –**

**Revolutionen sind der Motor der Geschichte**

**Rendsburg,** 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg

**Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß**

**Mölln,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zur Linde", Königsberger Straße 19

**Deutsche Geschichte**

**Die Deutschen Bauernkriege Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion**

**Itzehoe,** 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

**Lohnsumme und Lohnsummenverteilung**

**Bad Oldesloe,** 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Schützenhalle", Sehmsdorfer Straße

**Kritische Theorie**

**Neumünster,** 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Hotel Stadt Rendsburg", Rendsburger Straße

**Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre**

**Eutin,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Gasthaus Am See", Elisabethstraße

**Reihe Arabien**
**Der Kampf für die Einheit der arabischen Nation und für ihre Befreiung**

**Norderstedt,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Holsteneck", Breslauer Straße

**Afrika-Reihe**

**Preetz,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Schellhorner Berg", Plöner Landstraße

**Schulungen**

**Marx: ,,Bürgerkrieg in Frankreich"**

**Kiel,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Dorfschänke", Zum Brook 25

**Engels: ,,Anti-Dühring"**

**Hamburg-Harburg,** 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Elbschloßklause", Bunatwiete 2
**Hamburg-Wandsbek,** 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Hasselbrookschule, Ritterstraße
**Hamburg-Altona,** 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Neu-Altona
**Lüneburg,** 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Stucksaal", An der Münze

**Lenin: ,,Staat und Revolution"**

**Hamburg-Nord,** 2. bis 6. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Fraenkelstraße
**Hamburg-Harburg,** 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Elbschloßklause", Bunatwiete 2
**Pinneberg,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Karl-Sörensen-Schule, Lindenstraße

**Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus"**

**Kiel,** 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa
**Flensburg,** 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

**Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien"**

**Universität Hamburg,** 2. bis 6. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Phil-Turm Hörsaal F

**Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –**

**Kurs Grundrechnungsarten**
**Hamburg,** 2. bis 6. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer 6

**Sportkurs**
**Gymnastik, Ballspiel, Einführung in die Selbstverteidigung**
**Hamburg,** Sonntag, 8. Juli, 10.00 Uhr, Stadtpark, Große Wiese

**Kulturgruppe: Zeichenkursus**

**Hamburg,** Freitag, 6. Juli, 18.00 bis 21.00 Uhr, HfbK, Lerchenfeld 2, Raum 218a (II. Stock)

**Foto- und Plakatgruppe**
**Kiel,** Sonntag, 8. Juli, 16.00 Uhr, Blocksberg 13, bei Neubecker

**Motorzug**
**Kiel,** Samstag, 7. Juli, 14.30 Uhr, KBW-Büro, Schulstr. 12

**Sportarbeitsgemeinschaft**
**Wrohe/Westensee,** Sonntag, 8. Juli, 10.00 Uhr, ,,Zum Fischmeister"

**Mittwoch, 4. Juli**

**Hamburg-Eimsbüttel,** 19.30 bis 21.30 Uhr, Der Befreiungskampf der afrikanischen Völker und seine Darstellung in Schulbüchern (öffentliche Arbeitssitzung), Schule Kaiser-Friedrich-Ufer 6

**Donnerstag, 5. Juli**

**Kiel,** Amtsgericht, Harmsstraße, 9.00 Uhr, Zimmer 108, Prozeß gegen V. Iserhoht wegen Betruges, weil er als BAföG-Bezieher auf den Verkauf seiner Arbeitskraft als Hilfsassistent an der Kieler Universität angewiesen war.

*b.maa. Flensburg.* **Am 27.6. feierte das Seminar- und Studienleiterkorps das 25jährige Jubiläum des Flensburger Studienseminars.** Die Referendare wollten nicht mitfeiern, sondern nutzten die Anwesenheit des Dienstherrn und des Prüferkorps, um ihre Lage darzustellen und ihre Forderungen vorzutragen. Durch ständige Kontrollen und Zwang durch den Notendruck sollen die Referendare dazu ausgebildet werden, die Schüler zu unterdrücken. Der Lehrplan muß durchgezogen werden, statt daß man als Lehrer auf die Widersprüche eingehen kann. Gerade war einer der Referendare durch das Examen gefallen, was heftige Diskussionen unter den Referendaren ausgelöst hatte. Im Hauptreferat, vertreten durch eine Seminarleiterin aus Hamburg, Frau von der Lieth, hatte der Dienstherr sich ganz auf den Kampf der Referendare eingestellt. Man müsse ,,der Kritik den Giftzahn nehmen und stattdessen konstruktiv auf sie eingehen", schlug sie vor. Ruhe am Seminar sei nur trügerische Ruhe. Viel Verständnis müsse man den Referendaren entgegenbringen, die durch Trennung von Universitäts- und pädagogischer Ausbildung, ,,Praxisschock" und ,,Radikalenerlaß" unter großen Ängsten leiden. Von Notendruck war da nicht die Rede, denn der sollte ja auch nicht angetastet werden.

*b.san. Kiel.* **Alle Auszubildenden müssen nach dem Examen übernommen werden.** Diese Auseinandersetzungen sind in der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken Kiel noch nicht beendet: Eine Auszubildende soll wegen angeblicher Unzuverlässigkeit durch häufiges Fehlen nicht übernommen werden. Demgegenüber steht der Erfolg, daß die Übernahme einer ehemaligen und einer derzeitigen Jugendvertreterin durchgesetzt wurde.

*b.uth.Hamburg.* ,,**Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Erziehung", so der bürgerliche Staat in §1 des Jugendhilfegesetzes(JHG).** Seit 1970 wird an diesem Gesetz gewerkelt, 1977 kam der Entwurf, 1978 wurde er verabschiedet und dem Bundesrat vorgelegt. Dieser hatte noch Bedenken von wegen zu teuer und jetzt fürchten engagierte Kreise, daß das Jahrhundertreformwerk durch die anstehenden Wahlmanöver nicht mehr vor 1982 Gesetz werden könne. Trotzdem gehen die Bundesländer daran, den ,,Geist des JHG" durch einzelne Maßnahmen vorauszunehmen. – Was bildet den Rahmen des JHG? Um das ,,Recht auf Erziehung" durchzusetzen, regeln §7 und §8 ,,Hilfe zur Erziehung gegen den Willen des Jugendlichen / des Personensorgeberechtigten." §136 regelt die Straf- und Bußgeldvorschriften bei ,,Behinderung der Hilfe". Dazu sind nun zahlreiche sozialdemokratische ,,Reformansätze" aufgenommen. Unter dem Motto ,,Beteiligung des jungen

Universitätskliniken Kiel noch nicht beendet: Eine Auszubildende soll wegen angeblicher Unzuverlässigkeit durch häufiges Fehlen nicht übernommen werden. Demgegenüber steht der Erfolg, daß die Übernahme einer ehemaligen und einer derzeitigen Jugendvertreterin durchgesetzt wurde.

*b.uth.Hamburg.* ,,**Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Erziehung", so der bürgerliche Staat in §1 des Jugendhilfegesetzes(JHG).** Seit 1970 wird an diesem Gesetz gewerkelt, 1977 kam der Entwurf, 1978 wurde er verabschiedet und dem Bundesrat vorgelegt. Dieser hatte noch Bedenken von wegen zu teuer und jetzt fürchten engagierte Kreise, daß das Jahrhundertreformwerk durch die anstehenden Wahlmanöver nicht mehr vor 1982 Gesetz werden könne. Trotzdem gehen die Bundesländer daran, den ,,Geist des JHG" durch einzelne Maßnahmen vorauszunehmen. – Was bildet den Rahmen des JHG? Um das ,,Recht auf Erziehung" durchzusetzen, regeln §7 und §8 ,,Hilfe zur Erziehung gegen den Willen des Jugendlichen / des Personensorgeberechtigten." §136 regelt die Straf- und Bußgeldvorschriften bei ,,Behinderung der Hilfe". Dazu sind nun zahlreiche sozialdemokratische ,,Reformansätze" aufgenommen. Unter dem Motto ,,Beteiligung des jungen
Menschen und des Erziehungsberechtigten" sollen die Massen in die Fänge des Jugendamtes gelockt werden. Freizeit, Erholung, Gesundheit, politische und kulturelle Aktivitäten, bei alledem soll man sich mit dem Jugendamt in Verbindung setzen. Verschiedene Gremien sollen eingerichtet werden, in denen neben Richtern, Pfaffen etc. auch Eltern und sogar Kinder sitzen sollen dürfen. Als besonderer Fortschritt wird gefeiert, daß Kinder ab vier Jahren durch Elementarunterricht und Krippenplätze unter die Fuchtel des bürgerlichen Staates gezogen werden sollen. – Der Hamburger Senat hält sich an diese Auffassung: bis zu drei Jahren läge die Aufgabe der Kinderbetreuung bei den Familien, heißt es in den Antworten des Senats vom 18.5.79, und entsprechend plane der Senat den Ausbau der Kindergärten. – Die Amtsleitung des Jugendamtes in Kiel nimmt den §41 JHG vorweg. Dort wird die Erstellung eines Gesamtplanes zur Erziehungshilfe vorgeschrieben. Sämtliche Daten des Jugendlichen müssen in Erziehungshilfe vorgeschrieben. Sämtliche Daten des Jugendlichen müssen in solche Pläne eingearbeitet werden. Entsprechend diesem § werden die Sozialarbeiter in Kiel dazu angehalten, sogenannte Hilfspläne zu erstellen. Weil es für sie verstärkte Mehrarbeit bedeutet, sind die Sozialarbeiter in Kiel dagegen.

*b.ulr. Kiel.* **Im Städtischen Krankenhaus in Kiel verweigerten die Schwestern die morgentliche Blutabnahme und die zeitraubenden Laufereien ins Labor und in die Verwaltung.** Dies geschah auf sechs Stationen im Haus V. Es sind zu wenig Schwestern auf den Stationen, um die Patienten zu versorgen. Die Ärzte mußten dann Blut abnehmen, was zur Folge hatte, daß das Blut zwei Stunden zu spät in den Laboren war. Die Schwestern fordern sechs neue Planstellen. Die Ärzte unterstützen diese Forderung. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung wurde beschlossen, dazu ein Flugblatt herauszugeben.

*b.wik. Husum.* **Die Gemeindevertretungen von Struckum und Bohmstedt lehnen den geplanten Neubau der B5 ab.** Bundes- und Landesregeriung planen den Bau der Westküstenautobahn und in diesem Zusammenhang die Ortsumgehung Husum und Hattstedt sowie die Neutrassierung und den zweispurigen Ausbau der B5 bei Bredstedt, um die Westküste für anlagesuchendes industrielles Kapital zu erschließen. – Das Planfeststellungsverfahren für die Ortsumgehung Husum ist mittlerweise nach mehrjähriger Dauer abgeschlossen. Die Bürgeraktion ,,Vernünftige Umgehung" will dagegen vor Gericht klagen. Allenfalls wird dadurch eine Verzögerung des Baubeginns erreicht. Im ,,öffentlichen Interesse" tritt die Stadt Husum mit den Bauern, über deren Land die Umgehungsstraße gebaut werden soll, in Verhandlungen und droht den Bauern, die nicht verkaufen wollen, mit Zwangsenteignung. – In Bohmstedt würden durch die neue Trassenführung drei Höfe durch Zerschneidung völlig vernichtet, mehrere an den Rand des Ruins gebracht und fast alle anderen in ihrer Produktionsweise erheblich behindert. 100 Meter zweispurig ausgebauter B5, die in der Bohmstedter Marsch noch als Notlandeplatz für militärische Zwecke genutzt werden soll, kostet den Bauern ein Hektar Land. Im Flurbereinigungsverfahren Almdorf mußten bereits vier Hektar Land beidseitig der B5 für die Verbreiterung der Straße bereitgestellt werden, die seitdem nicht mehr bebaut werden. ,,Wir lehnen diese Neutrassierung mit ihren schweren negativen Folgerungen entschieden ab", beschloß die Bohmstedter Gemeindevertretung.

*b.dam.* **Über 50 jugendliche Arbeiter und Schüler aus Kappeln demonstrierten am 18. Juni vom Rathausmarkt in der Innenstadt bis zum Rathaus.** Die Kappelner Stadtvertretung weigert sich weiterhin, in der alten Schule in der Wassermühlenstraße ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, das von den Jugendlichen schon seit mehreren Jahren gefordert worden ist, einzurichten und zu finanzieren. ,,Wir halten uns für fähig, das Haus in Eigenverantwortung zu übernehmen, da wir als Jugendliche die Probleme der Jugend am besten kennen", erklärten die Sprecher der Jugendzentrumsinitiative auf der Kundgebung. Der Bürgermeister Franz Schmoll war während der Kundgebung in seinem Amtsgebäude nicht anwe-

fast alle anderen in ihrer Produktionsweise erheblich behindert. 100 Meter zweispurig ausgebauter B5, die in der Bohmstedter Marsch noch als Notlandeplatz für militärische Zwecke genutzt werden soll, kostet den Bauern ein Hektar Land. Im Flurbereinigungsverfahren Almdorf mußten bereits vier Hektar Land beidseitig der B5 für die Verbreiterung der Straße bereitgestellt werden, die seitdem nicht mehr bebaut werden. ,,Wir lehnen diese Neutrassierung mit ihren schweren negativen Folgerungen entschieden ab", beschloß die Bohmstedter Gemeindevertretung.

*b.dam.* **Über 50 jugendliche Arbeiter und Schüler aus Kappeln demonstrierten am 18. Juni vom Rathausmarkt in der Innenstadt bis zum Rathaus.** Die Kappelner Stadtvertretung weigert sich weiterhin, in der alten Schule in der Wassermühlenstraße ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, das von den Jugendlichen schon seit mehreren Jahren gefordert worden ist, einzurichten und zu finanzieren. ,,Wir halten uns für fähig, das Haus in Eigenverantwortung zu übernehmen, da wir als Jugendliche die Probleme der Jugend am besten kennen", erklärten die Sprecher der Jugendzentrumsinitiative auf der Kundgebung. Der Bürgermeister Franz Schmoll war während der Kundgebung in seinem Amtsgebäude nicht anwe-
send.

*b.hör.Kiel.* **In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, daß Patienten in die Apotheke kommen und bestimmte Arzneimittel, die sie früher immer vom Arzt auf Kassenrezept verschrieben bekommen haben, jetzt nur noch auf Privatrezept verordnet bekommen, was schlicht heißt, daß sie den vollen Betrag selbst zahlen müssen.** Betroffen davon sind in erster Linie Arzneimittel gegen chronische Leiden, die die Patienten z.T. sehr häufig holen müssen: so z.B. Schmerzzäpfchen gegen Migräne und Kopfschmerzen nach Kopfverletzungen, Schlafmittel, die die Patienten z.B. brauchen gegen chronische Schlaflosigkeit verursacht durch Schmerzen an einem Amputationsstumpf oder Appetitzügler, die bei krankhaftem Übergewicht verordnet werden. Es ist klar, daß einzelne Ärzte den Druck des Ehrenberg-Kostendämpfungsprogramms gerade an diese Patienten weitergeben, die sehr große Mengen von diesen Mitteln benötigen. Jeden Protest von Seiten der Patienten können sie mit der Bemerkung unterdrücken, daß der Patient sowieso schon zu viel davon schlucken würde, was gar nicht gesund sei. Dieser Zustand ist ein Zeichen dafür, daß den Ärzten immer weniger Spielraum bleibt, sich dem Mordprogramm Ehrenbergs zu entziehen. Die Krankenkassen betreiben über die kassenärztliche Vereinigung eine detaillierte Bespitzelung der Kassenärzte: es wird berechnet, wie hoch die Durchschnittssumme für verordnete Arzneimittel pro Rezept liegt, und sie drohen dem Arzt mit Regreßpflicht, wenn er zu ,,teuer" verordnet. Im Februar 79 hat der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen den Kassenärzten eine sog. ,,Transparenzliste" = Preisvergleichsliste zugeschickt, damit die Ärzte auf den ersten Blick sehen können, welche Firma das billigste Penicillin herstellt, das dann auch gefälligst verschrieben werden soll.

# Über 50 Arbeitsstunden pro Woche

## Erstsemester Germanistik gegen Stoffausdehnung und Aussieberei

*b.sih.* In der letzten Woche fand am Fachbereich Germanistik an der Universität Kiel, an dem vorwiegend Lehrerstudenten studieren, eine Versammlung der Erstsemesterstudenten aus den Kursen ,,Einführung in die neuere deutsche Literaturwissenschaft" statt. Beschlossen wurde dort, eine Unterschriftensammlung für einen Antrag an die Institutsleitung in den Kursen durchzuführen, der folgende Forderungen enthält: die sofortige Offenlegung der Bewertungskriterien für die beiden Hausarbeiten, deren Anerkennung Grundlage für einen Leistungsnachweis in diesen Kursen ist, eine Stoffbegrenzung in der zweiten Hausarbeit auf ein Themengebiet sowie einen Schein für jeden, der die Hausarbeiten abgegeben hat – ohne Bewertung.

Worauf basiert diese Auseinandersetzung? Seit Semestern ist die Institutsleitung bestrebt, in diesen Kursen die Durchfallquote in die Höhe zu treiben. Schon frühzeitig wird der geeignete Funktionärsnachwuchs für die Bourgeoisie unter den Studenten rausgefischt. Folgende Tabelle gibt Aufschluß über das Ausmaß der von den Dozenten betriebenen Aussieberei:

| SS 77 | WS 77/78 | SS 78 | WS 78/79 |
|---|---|---|---|
| 5,7% | 17,3% | 27,7% | 8,4% |

Daß die Durchfallquote im WS 78/79 ziemlich in den Keller ging, ist den Kämpfen der Studenten geschuldet, denen es gelang, gegenüber der Institutsleitung die Streichung der letzten Prüfung, einer Abschlußklausur, in diesem Kurs durchzusetzen.

In diesem Semester ging die Institutsleitung sofort daran, diese von den Studenten erkämpfte Prüfungsstoffbegrenzung wieder rückgängig zu machen. Dazu untersagte Dozent Matthias als erstes zwei Fachschaftsgruppenmitgliedern, die an einem der Kurse teilnehmen wollten, unter Androhung von Hausfriedensbruchanzeigen die Teilnahme; von der Institutsleitung damit unterstützt, daß die Fachschaft kein Kontrollrecht hätte.

Eine Ausdehnung des Prüfungsstoffs versuchen die Dozenten jetzt darüber durchzusetzen, daß in der zweiten Hausarbeit, die Anfang der Semesterferien geschrieben werden soll, der Prüfungsstoff, der letztes Semester gestrichen wurde, hinterrücks zusätzlich wieder abverlangt werden soll. Was dabei für die Studenten herauskommt, ist eine enorme Arbeitszeitbelastung. Schon in der Woche, in der die erste Hausarbeit geschrieben wurde, kamen nach einer Erhebung der Fachschaftsgruppe fünf von acht Studenten auf über 50 Arbeitsstunden, wovon im Durchschnitt 13 Stunden für die Erstellung der Hausarbeit benötigt wurden. Daß die Studenten nicht während des ganzen Semesters eine derartige Wochenarbeitszeit haben, liegt daran, daß sie trotz hoher Unterrichtszeit die Vorbereitungszeit für die Seminare relativ niedrig halten. Dafür muß dann in den letzten Semesterwochen bis in die Nacht hinein gearbeitet werden. Von den befragten Erstsemestern müssen die meisten noch drei bis vier weitere Prüfungen ablegen.

Zweck der Hausarbeiten ist die Abrichtung auf festgesetzte Normen, die widerspruchslos wiedergekäut werden sollen. Dozent Matthias hielt beim Themengebiet ,,Drama" den Studenten gleich vor, daß sie das Drama am besten auswendig lernen sollten, um beim Zitieren nicht immer im Buch herumblättern zu müssen.

Ein Student auf der Erstsemesterversammlung meinte: ,,Das muß man sich mal überlegen, da sitzt man vier Stunden in der Woche, um so einen Scheiß zu lernen, und das nennen sie dann noch wissenschaftlich, wenn du die Kategorien, die hundert Jahre später entstanden sind als das Drama, dann im Drama wiederfinden sollst." Widerwille gegen solche Abrichtung und Aussieberei sind die Triebkräfte in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Prüfungen. Die Erstsemester führen jetzt unter ihren Forderungen nochmal eine Unterschriftensammlung durch, damit die Fachschaft bei Verhandlungen mit der Institutsleitung sich auf das Votum der Seminarteilnehmer stützen kann. Wenn die Germanisten-Vollversammlung in dieser Woche die Erstsemester ebenfalls unterstützt, sind die Bedingungen, die Forderungen durchzusetzen, nicht schlecht.

# Landwirtschaftsminister verspricht Bauern ,,schnelle Hilfe"

*b.heh.* Helmut Winter vom Obstbauverband. ,,Der Schaden im Alten Land und besonders in Kehdingen beträgt rd. 1 Mio. DM. Die Plantagen waren zugeschneit, die Äste mit dem sinkenden Schnee abgebrochen." 30 Betriebe sollen betroffen sein; eine Aufforstung ist erst in 2 bis 3 Jahren möglich, weil die Baumschulen nicht schneller junge Bäume liefern können. Der niedersächsische Landwirtschaftminister Glup mußte den Vertretern des Obstbauverbandes ,,schnelle und unbürokratische Hilfe" zusagen.

Noch 3 Wochen nach dem Schneesturm bedeckten große Wassermassen Obsthöfe und Wiesen in Kehdingen, z.B. im Drochtersener Moor. – In Oederquart standen weitere 4 qkm unter Wasser, weil die Entwässerungsschleusen voller Packeis steckten. – In Hörne waren es 3 qkm, weil das Pumpwerk zu klein ausgelegt ist – ebenfalls die Stromleitung, weswegen mobile Pumpen nicht zum Einsatz kommen konnten. Sogar die Beschaffung eines Notstromaggregates brachte die örtliche Bourgeoisie nicht zustande.

Zeitweiliges Überstauen schadet den Obstbäumen kaum, es sei denn, Eis und Eisschollen beschädigen die Stämme. Jedoch können dann wie auch bei hohem Schnee und bei Frost die Bäume nicht ausgesägt und -geschnitten werden, was dem ,,Vergreisen" der Bäume entgegenwirkt. Die ,,abgetragenen" Äste müssen entfernt werden und ansonsten die Äste so freigelegt werden, daß sie möglichst viele Sonnenstrahlen abbekommen, um einen guten Ernteertrag zu ermöglichen. Zeit dafür ist zwischen November und April; benötigt werden zwischen 40 und 100 Stunden pro ha, also bei 5 ha (durchschnittlicher Obstbaubetrieb in Niedersachsen) rd. 1 bis 3 Monate. Das Ausschneiden ist bei jungen Bäumen (heute bis 4, früher bis 7 jährig) besonders wichtig, damit die Bäume für das Ertragsalter (bis 25 Jahre) zweckmäßige Kronen entwickeln.

In diesem Jahr haben einige Bauern nicht mehr oder noch im Mai ausschneiden müssen. So häufte sich die Arbeit, denn im Frühjahr fallen an: Spritzen gegen Unkräuter, Krebs auf Frucht und Holz als chemische Ausdünnung, die 2. N-Düngung, evtl. Blattdüngung, Ausschneiden und Verschließen von Krebsstellen, Kontrolle der eingelagerten Früchte vom Vorjahr und evtl. der direkte Verkauf auf dem Markt.



Schnelle Hilfe versprach der Mini-

Daß die Durchfallquote im WS 78/79 ziemlich in den Keller ging, ist den Kämpfen der Studenten geschuldet, denen es gelang, gegenüber der Institutsleitung die Streichung der letzten

ge Wochenarbeitszeit haben, liegt daran, daß sie trotz hoher Unterrichtszeit die Vorbereitungszeit für die Seminare relativ niedrig halten. Dafür muß dann in den letzten Semesterwochen bis in

manisten-Vollversammlung in dieser Woche die Erstsemester ebenfalls unterstützt, sind die Bedingungen, die Forderungen durchzusetzen, nicht schlecht.

Landwirtschaftsminister verspricht Bauern ,,schnelle Hilfe"

b.heh. Helmut Winter vom Obstbauverband. ,,Der Schaden im Alten Land und besonders in Kehdingen beträgt rd. 1 Mio. DM. Die Plantagen waren zugeschneit, die Äste mit dem sinkenden Schnee abgebrochen." 30 Betriebe sollen betroffen sein; eine Aufforstung ist erst in 2 bis 3 Jahren möglich, weil die Baumschulen nicht schneller junge Bäume liefern können. Der niedersächsische Landwirtschaftminister Glup mußte den Vertretern des Obstbauverbandes ,,schnelle und unbürokratische Hilfe" zusagen.

Noch 3 Wochen nach dem Schneesturm bedeckten große Wassermassen Obsthöfe und Wiesen in Kehdingen, z.B. im Drochtersener Moor. – In Oederquart standen weitere 4 qkm unter Wasser, weil die Entwässerungsschleusen voller Packeis steckten. – In Hörne waren es 3 qkm, weil das Pumpwerk zu klein ausgelegt ist – ebenfalls die Stromleitung, weswegen mobile Pumpen nicht zum Einsatz kommen konnten. Sogar die Beschaffung eines Notstromaggregates brachte die örtliche Bourgeoisie nicht zustande.

Zeitweiliges Überstauen schadet den Obstbäumen kaum, es sei denn, Eis und Eisschollen beschädigen die Stämme. Jedoch können dann wie auch bei hohem Schnee und bei Frost die Bäume nicht ausgesägt und -geschnitten werden, was dem ,,Vergreisen" der Bäume entgegenwirkt. Die ,,abgetragenen" Äste müssen entfernt werden und ansonsten die Äste so freigelegt werden, daß sie möglichst viele Sonnenstrahlen abbekommen, um einen guten Ernteertrag zu ermöglichen. Zeit dafür ist zwischen November und April; benötigt werden zwischen 40 und 100 Stunden pro ha, also bei 5 ha (durchschnittlicher Obstbaubetrieb in Niedersachsen) rd. 1 bis 3 Monate. Das Ausschneiden ist bei jungen Bäumen (heute bis 4, früher bis 7 jährig) besonders wichtig, damit die Bäume für das Ertragsalter (bis 25 Jahre) zweckmäßige Kronen entwickeln.

In diesem Jahr haben einige Bauern nicht mehr oder noch im Mai ausschneiden müssen. So häufte sich die Arbeit, denn im Frühjahr fallen an: Spritzen gegen Unkräuter, Krebs auf Frucht und Holz als chemische Ausdünnung, die 2. N-Düngung, evtl. Blattdüngung, Ausschneiden und Verschließen von Krebsstellen, Kontrolle der eingelagerten Früchte vom Vorjahr und evtl. der direkte Verkauf auf dem Markt.

Schnelle Hilfe versprach der Mini-
ster. – Aber was kann von einem Bauernleger erwartet werden, der schreiben läßt, daß ,,in den Krisenjahren des Obstbaues 1963 – 1973 nur durch einen rigorosen Strukturwandel günstige Produktionsflächen geschaffen werden konnten." – Rund 3200 Betriebe (gleich 40%) hatten den Anbau von Obst zum Verkauf aufgeben müssen.



*b.ano.Hamburg.* **Deutsche Bank-Beschäftigte sollen mit Beurteilungsbögen bespitzelt werden.** Über jeden Angestellten wird in dem 4-seitigen Beurteilungsbogen eine Art Zeugnis angefertigt. Insgesamt werden 13 Punkte ,,benotet" von Arbeitsleistung und Arbeitsqualität bis hin zu ,,Sozialverhalten" und ,,Verhalten gegenüber Vorgesetzten". Es werden Noten von 1 bis 7 verteilt, wobei 1 die schlechteste und 7 die beste Note ist. In einer eigens von der Bank erstellten Broschüre werden den Vorgesetzten Tips gegeben, wie sie solche Beurteilungen durchzuführen haben: ,,Vor dem eigentlichen Beurteilungsgespräch ist mit dem zu Beurteilenden ein neutrales Thema zu behandeln, wo beide in ihrer Meinung übereinstimmen. So läßt sich eine Atmosphäre herstellen, in der das Verhältnis Vorgesetzter – Untergebener in den Hintergrund rückt." Es ist das brennende Interesse der Bankkapitalisten über diese Spitzelberichte und die Kontrolle des Personals, Spaltungslinien in der Belegschaft zu setzen und die Konkurrenz zu schüren. Bekanntlich haben die Bankangestellten in dieser Lohnrunde Streikaktionen durchgeführt. Vom Ergebnis der Bögen soll die nächste Gehaltserhöhung und Beförderung abhängen. Einige Kollegen haben die Unterschrift unter die Beurteilung verweigert, andere haben die ,,Beurteilungsgespräche" bis zu 4 Stunden in die Länge gezogen.

*b.uwh.Hamburg.* **Senat legt neue Pflegesätze fest.** Um 1,75 DM wurden die Sätze in den AK's jezt auf 202,80/Tag erhöht. Daß die Ehrenberggesetze Wirkung zeigen, äußert sich in dem nur ,,gedämpften Kostenanstieg", den die Bourgeois registrieren. Um den Raubzug auf die Versicherungsgelder auszudehnen, wurden für das AK St. Georg und das Hafenkrankenhaus die Sätze erstmal ,,vorläufig" festgesetzt, weil dort die Kostensteigerung so ,,auffällig" sei. Ein ,,unabhängiges Unternehmen" soll deshalb die Betriebsführungen prüfen, wo die bei der Umsetzung des Mordprogramms in Verzug gekommen sind.

*b.jan.Hamburg.* **Raakmoor-Bewohner überreichen Unterschriftenliste gegen die Bebauungspläne des Bezirksamtes.** In einer Bürgeranhörung in der Fritz Schumacher Schule ist der Bebauungsplanentwurf des Stadtplanungsausschusses bekannt gemacht worden, aus dem hervorgeht, daß den Siedlern des Raakmoors ein großer Teil ihrer Gärten weggenommen werden soll. Die Siedlung besteht seit 1940. Seitdem sind die Häuser und Gärten von den Arbeitern mit großem Aufwand instand gehalten worden, zu den 125 bestehenden Wohnungen sollen jetzt 70 Bungalows dazugebaut werden, wodurch die Gärten von 85 auf 15 Meter verkürzt würden. In einem offenen Brief, den 120 Einwohner unterschrieben haben, heißt es, daß der Wohnwert der Siedlung dann gleich null ist. Die Kommunalpolitiker Wellingheusen (SPD) und Kuhn (CDU) konnten ihren Plan nicht durchsetzen. Sie erklärten schnell, daß der Plan im Ausschuß wahrscheinlich keine Chance hat. Man muß auf weitere Manöver gefaßt sein.

# Waffen-SS – Vorbild der GSG 9

*b.stk.* ,,Es darf niemals mehr in der Zukunft geduldet werden, daß die deutsche Wehrmacht der allgemeinen Wehrpflicht bei kritischen Lagen im Innern gegen eigene Volksgenossen mit der Waffe eingesetzt wird. Ein solcher Schritt ist der Anfang vom Ende'', faßte Adolf Hitler die Erfahrungen der imperialistischen deutschen Bourgeoisie mit ihrer Wehrpflichtigenarmee zusammen. In der Tat hatte die Novemberrevolution 1918, der Aufstand der Kieler Matrosen und die Verbrüderung der von der Front zurückkehrenden Soldaten mit den Aufständischen, der Bourgeoisie nur zu deutlich vor Augen geführt, daß die einfachen Soldaten, die zwangsweise in die Armee gepreßt werden, nicht auf ihre Klassenbrüder schießen.

1925 hatten die Faschisten eine ,,Schutzstaffel'', die SS, gebildet, die sich aus Freiwilligen rekrutierte. Bis 1933 bestand die wesentliche Aufgabe der SS darin, die faschistischen Führer vor den Angriffen der Volksmassen zu schützen. Als 1933 die Faschisten die

(,,Außerordentliche Befriedungsprogramm'') einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit sich, dafür zu sorgen, daß aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiß, welche Verantwortung wir damit übernehmen'' (Generalgouverneur Frank auf einer Besprechung mit SS-Führern in Polen im Mai 1940).

Für diese Art ,,Einsätze'' brauchten die Faschisten eine skrupellose Mordbande, die durch eisernen Drill zusammengehalten werden mußte. SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich charakterisierte die SS folgendermaßen: ,,Man hält uns für Bluthunde im Ausland, ist es nicht so? Es ist fast zu hart für den Einzelnen, aber hart wie Granit müssen wir sein, sonst geht das Werk unseres Führers zugrunde. Viel später wird man uns danken für das, was wir auf uns genommen haben.''

Ob Bluthunde oder Metzgerhunde, der Unterschied ist da nicht so sonder-



SS beim Abführen von Juden in Polen

Staatsgewalt übernahmen, wurde die SS zu einer bewaffneten Elitetruppe ausgebaut, um die Kämpfe der Arbeiter gegen die faschistische Terrorherrschaft niederzuhalten. 1936 ernennt ,,der Führer'' Himmler zum Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei. Anordnung Hitlers über die Stellung der bewaffneten SS-Verbände vom 17. August 1938:

,,(...) Die Verwendung der SS-Verfügungstruppe im Mob.-Fall ist eine doppelte:

1. Durch den Oberbefehlshaber des Heeres im Rahmen des Kriegsheeres. Sie untersteht dann ausschließlich den militärischen Gesetzen und Bestimmungen, bleibt aber politisch eine Gliederung der NSDAP.
2. Im Bedarfsfall im Innern nach meinen Weisungen. Sie untersteht dann dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei. Sie sind eine stehende bewaffnete Truppe der SS zur Lösung von Sonderaufgaben polizeilicher Natur, die zu stellen ich von Fall zu

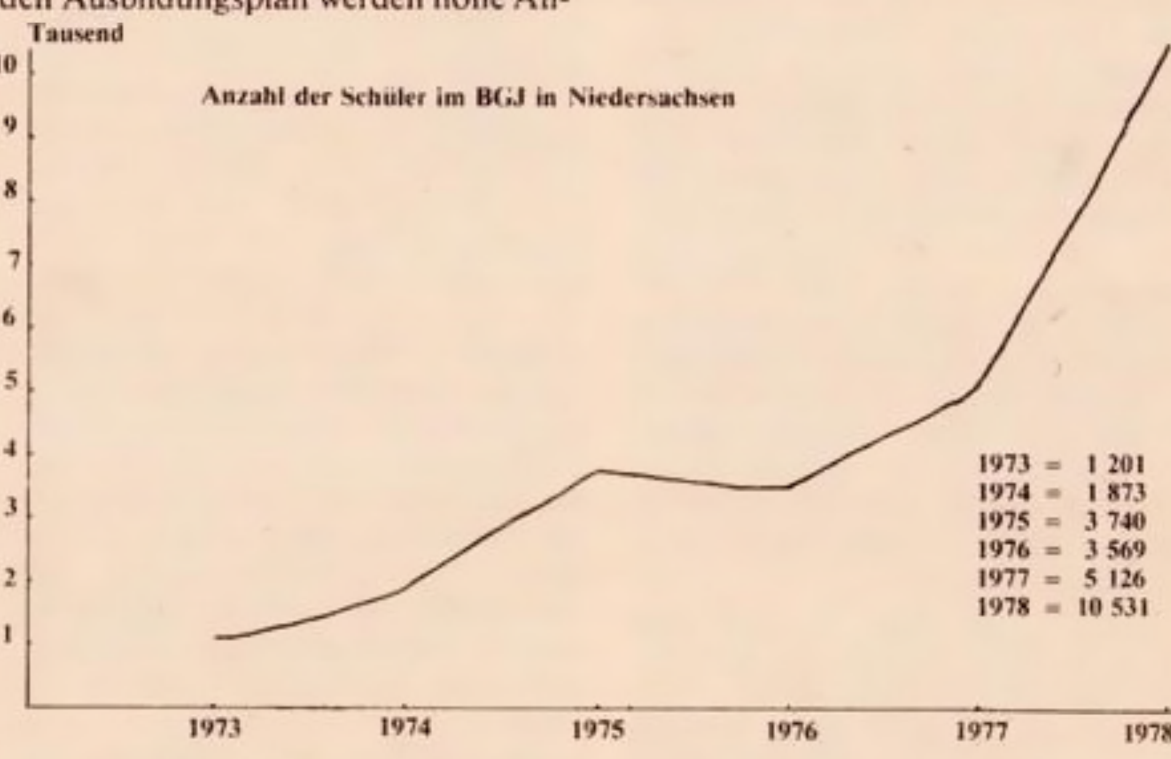
lich groß. Polizeidirektor Wegener über die Ausbildung *seiner* Elitetruppe, der GSG 9: ,,Sie kann nicht hart genug sein, denn wir müssen davon ausgehen, daß es sich beim potentiellen Gegner um militante Gruppen handelt.''

Tophoven, als Kenner der GSG 9 bekannt und Verfasser des Buches ,,GSG 9 – Kommando gegen den Terrorismus'', hat kürzlich vor Grenzschützern einen Vortrag über die Kampfweise der palästinensischen Guerillas gehalten. Dabei hat er vertreten, daß König Hussein gestürzt werden müsse, Jordanien dann ein halbpalästinensischer Staat werden solle und Israel als Staat erhalten bleibt. Wäre das nicht eine Aufgabe für die GSG 9? Tophoven verbringt jedenfalls seinen Urlaub in Israel, wohl um die Lage auszukundschaften.

Aber nicht nur in der Härte der Ausbildung steht die GSG 9 der SS in nichts nach, auch die Aufgaben, für die die Bourgeoisie diese Spezialeinheit

# BGJ: In einem Jahr zum ungelernten Facharbeiter

*b.kas.* Trotz großen Propagandarummels ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, die Jugendlichen für das BGJ zu gewinnen. 1976 wird erstmals für den Metallbereich das BGJ in Salzgitter verbindlich. Ohne BGJ Nachweis gibt es keinen Lehrvertrag. Durch Zwangsverpflichtungen wird die Anzahl der BGJ-Schüler innerhalb von 5 Jahren fast verzehnfacht. Mitte der 80ziger Jahre soll das BGJ für alle Berufe durchgesetzt sein. Ziel des BGJ ist: ,,.... den Strukturwandlungen in der Wirtschaft weitsichtig zu begegnen.'' Remmers organisiert die Interessen der Kapitalistenklasse an billiger Arbeitskraft. Ziel ist, statt 3jähriger Lehre, 1 Jahr BGJ, wobei die Kapitalisten die Ausbildungskosten sparen. 1979 sparen die Baukapitalisten in Niedersachsen auf diese Weise 30 Mio. DM. Die Modernisierungen der Produktionsmittel reduziert den Arbeitsprozeß weitgehend auf leicht erlernbare Tätigkeiten. Im Metallbereich des BGJ werden innerhalb eines Jahres Grundfertigkeiten für 64 verschiedene Lehrberufe vermittelt. Laut Lehrplan werden im wesentlichen Verfahren der Werkstoffbearbeitung wie Prüfen, Kennzeichnen, Zerteilen, Spanen, Umformen und Fügen unterrichtet. Nach einer allgemeinen Einführung beträgt der Anteil der Fachtheorie in den drei Schwerpunkten Fertigungs- und spanende Bearbeitungstechnik, Installations- und Metallbautechnik und Kraftfahrzeugtechnik nur noch 18 %. Die Bourgeoisie legt im wesentlichen Wert auf die praktische Ausbildung. Gelernt werden soll: Hobeln, Sägen, Meißeln, Gewindeschneiden, Feilen, Reiben, Senken, Drehen, Treiben, Stauchen, Schweifen, Biegen, Nieten, Löten, Gas- und E-Schweißen, Fräsen. Der BGJ-Absolvent kann also sofort in der Produktion eingesetzt werden und die meisten Tätigkeiten eines Facharbeiters ausführen. Durch den umfassenden Ausbildungsplan werden hohe Anforderungen an die Schüler gestellt. In einer Lüneburger BGJ-Klasse sind von 28 Schülern 3 Wochen vor der Prüfung 23 übrig geblieben, von denen bei 20 unsicher ist, daß sie den Abschluß kriegen. Die Leistungen werden in der Werkstatt nach Punkten bewertet. Von 100 möglichen Punkten haben die Besten bislang 80 erreicht. Das BGJ sortiert also die jugendliche Arbeitskraft. Wer den Abschluß nicht oder schlecht schafft, hat Fähigkeiten und Kenntnisse erworben, die der Kapitalist ihm aber nicht bezahlt.




# Die Bauern sollen Heizöl sparen und für teure Alternativenergie gewonnen werden

*b.klw.* Der schleswig-holsteinischen Landesregierung ist das Thema Energiesparen so wichtig, daß sie es am 3. Juli konkurrierend zum Thema ,,NDR'' als Auftakt zur Landtagssitzung behandeln will. Am 28.Juni veröffentlichten die KN: ,,Landwirtschaft kann auf Öl verzichten''. Berechnungen des Kieler Landwirtschaftsministeriums, so Fritz Latendorf, Vorsitzender des Agrarausschusses im Landtag, ergäben: ,,Das in der Landwirtschaft Schleswig-Holstein verbrauchte Heizöl von jährlich 200000 t läßt sich durch Verbrennung von überflüssigem Stroh und Abfallholz indirekt ersetzen.'' 1408000 t wurden 1976 in Industrie und Handwerk Schleswig-Holsteins verbraucht, 1/7 davon braucht also die Landwirtschaft, also ein beträchtlicher Teil. Für die Bourgeoisie der Beweggrund, den Heizölverbrauch der Landwirtschaft drastisch einzuschränken und bei dieser Gelegenheit die Bauern zur Kasse zu bitten.

Von Seiten der Bauern besteht großes Interesse daran, die Betriebskosten zu senken. Von 1970 bis 1977 stieg der Heizölpreis um 149%. 60 Pf kostet derzeit das Heizöl, ein mittelgroßer Betrieb braucht 8000 l im Jahr, 4800 DM macht das. Zur Zeit wird auch nur beschränkt geliefert, 2000 l höchstens.

Gas und Sonnenenergie zu erforschen. Bio-Gas und Sonnenenergie sind, nach Angabe der CDU, noch nicht erprobt genug. Aber ,,am interessantesten von allen alternativen Energiequellen erschiene für die Landwirtschaft der Strohofen. Arbeitswirtschaftlich ... gäbe es inzwischen befriedigende Lösungen auf dem Markt.''

Wie sieht dieser ,,Fortschritt'' des Fritz Latendorf aus? Eine Verfeuerungsanlage für Stroh, und Handbeschickung, kostet zwischen 2500 und 8700 DM. Jedoch ist dies mit hohem Arbeitsaufwand verbunden, so daß der Bauer allein hierfür eine Arbeitskraft stellen muß. (siehe Bild) Dies käme einer Einschränkung im Sinne der Bourgeoisie, sprich Mehrarbeit, schon sehr nahe. Ein ,,Großballenofen'' kostet zwischen 19317 und 48000 DM, je nach dem Automatisierungsgrad. Jedoch muß auch für Bergung und Kurztransport innerhalb des Erzeugerbetriebes eine Arbeitskraft gestellt werden. Im Februar 79 war der Marktpreis für ein dz zusammengepreßtes Stroh 29 DM, was den hohen Grad an Arbeitsaufwand zeigt. Gibt der Staat für energiesparende Maßnahmen 25%, so muß der Bauer immer noch zwischen 15000 DM und 36000 DM hinblättern. Man sieht, das Energiesparprogramm fördert die großen Bauern, so wie nur ein größerer Bauer einen Strohofen überhaupt kaufen kann.

Mit diesen Plänen wird gleichzeitig ein ideologisches Manöver gefahren: Spaltung der Bauern von den Arbeitern. Ein Arbeiter, z.B. zum Sonntagsfahrverbot verurteilt, soll denken, die Bauern haben ihre Abfälle sowieso übrig, sollen sie sich doch ein wenig anstrengen und Stroh verfeuern.





SS beim Abführen von Juden in Polen

Staatsgewalt übernahmen, wurde die SS zu einer bewaffneten Elitetruppe ausgebaut, um die Kämpfe der Arbeiter gegen die faschistische Terrorherrschaft niederzuhalten. 1936 ernennt ,,der Führer'' Himmler zum Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei. Anordnung Hitlers über die Stellung der bewaffneten SS-Verbände vom 17. August 1938:

,,(...) Die Verwendung der SS-Verfügungstruppe im Mob.-Fall ist eine doppelte:

1. Durch den Oberbefehlshaber des Heeres im Rahmen des Kriegsheeres. Sie untersteht dann ausschließlich den militärischen Gesetzen und Bestimmungen, bleibt aber politisch eine Gliederung der NSDAP.
2. Im Bedarfsfall im Innern nach meinen Weisungen. Sie untersteht dann dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei. Sie sind eine stehende bewaffnete Truppe der SS zur Lösung von Sonderaufgaben polizeilicher Natur, die zu stellen ich von Fall zu
Fall vorbehalte.''

Diese Sonderaufgaben bestanden in der Durchführung des fürchterlichen Völkermordprogramms der Faschisten, während des 2. Weltkrieges in der Niederschlagung von Aufständen und Partisanentruppen in den von den deutschen Imperialisten besetzten Ländern und die Niederschlagung der Kämpfe der eigenen Arbeiterklasse. ,,Ich gestehe ganz offen, daß das

lich groß. Polizeidirektor Wegener über die Ausbildung *seiner* Elitetruppe, der GSG 9: ,,Sie kann nicht hart genug sein, denn wir müssen davon ausgehen, daß es sich beim potentiellen Gegner um militante Gruppen handelt.''

Tophoven, als Kenner der GSG 9 bekannt und Verfasser des Buches ,,GSG 9 – Kommando gegen den Terrorismus'', hat kürzlich vor Grenzschützern einen Vortrag über die Kampfweise der palästinensischen Guerillas gehalten. Dabei hat er vertreten, daß König Hussein gestürzt werden müsse, Jordanien dann ein halbpalästinensischer Staat werden solle und Israel als Staat erhalten bleibt. Wäre das nicht eine Aufgabe für die GSG 9? Tophoven verbringt jedenfalls seinen Urlaub in Israel, wohl um die Lage auszukundschaften.

Aber nicht nur in der Härte der Ausbildung steht die GSG 9 der SS in nichts nach, auch die Aufgaben, für die die Bourgeoisie diese Spezialeinheit
braucht, haben sich nicht wesentlich geändert. Eine der Aufgaben der SS war beispielsweise die gezielte Ermordung der politischen Kommissare der Sowjetunion in den von den deutschen Imperialisten besetzten Gebieten an der Ostfront. Die GSG 9 wird hauptsächlich zur Bekämpfung des ,,Terrorismus'' abgerichtet, wobei mit ,,Terrorismus'' weniger die RAF und ähnliche Gruppen gemeint sind, als die Kämpfe der Länder der Dritten Welt.

Alternativenergie gewonnen werden

*b.klw.* Der schleswig-holsteinischen Landesregierung ist das Thema Energiesparen so wichtig, daß sie es am 3. Juli konkurrierend zum Thema ,,NDR'' als Auftakt zur Landtagssitzung behandeln will. Am 28.Juni veröffentlichten die KN: ,,Landwirtschaft kann auf Öl verzichten''. Berechnungen des Kieler Landwirtschaftsministeriums, so Fritz Latendorf, Vorsitzender des Agrarausschusses im Landtag, ergäben: ,,Das in der Landwirtschaft Schleswig-Holstein verbrauchte Heizöl von jährlich 200000 t läßt sich durch Verbrennung von überflüssigem Stroh und Abfallholz indirekt ersetzen.'' 1408000 t wurden 1976 in Industrie und Handwerk Schleswig-Holsteins verbraucht, 1/7 davon braucht also die Landwirtschaft, also ein beträchtlicher Teil. Für die Bourgeoisie der Beweggrund, den Heizölverbrauch der Landwirtschaft drastisch einzuschränken und bei dieser Gelegenheit die Bauern zur Kasse zu bitten.

Von Seiten der Bauern besteht großes Interesse daran, die Betriebskosten zu senken. Von 1970 bis 1977 stieg der Heizölpreis um 149%. 60 Pf kostet derzeit das Heizöl, ein mittelgroßer Betrieb braucht 8000 l im Jahr, 4800 DM macht das. Zur Zeit wird auch nur beschränkt geliefert, 2000 l höchstens.

Die CDU will sich für die stärkere Vergabe von Forschungsvorhaben für ,,Alternativenergie'' einsetzen. Im Rahmen des Energieeinsparungsprogramms sollen 1 Mio für Pilotprojekte ausgegeben werden, um Energiequellen wie Nutzung von Abwärme aus Milchkühlung und Stallabluft, Bio-

Gas und Sonnenenergie zu erforschen. Bio-Gas und Sonnenenergie sind, nach Angabe der CDU, noch nicht erprobt genug. Aber ,,am interessantesten von allen alternativen Energiequellen erschiene für die Landwirtschaft der Strohofen. Arbeitswirtschaftlich ... gäbe es inzwischen befriedigende Lösungen auf dem Markt.''

Wie sieht dieser ,,Fortschritt'' des Fritz Latendorf aus? Eine Verfeuerungsanlage für Stroh, und Handbeschickung, kostet zwischen 2500 und 8700 DM. Jedoch ist dies mit hohem Arbeitsaufwand verbunden, so daß der Bauer allein hierfür eine Arbeitskraft stellen muß. (siehe Bild) Dies käme einer Einschränkung im Sinne der Bourgeoisie, sprich Mehrarbeit, schon sehr nahe. Ein ,,Großballenofen'' kostet zwischen 19317 und 48000 DM, je nach dem Automatisierungsgrad. Jedoch muß auch für Bergung und Kurztransport innerhalb des Erzeugerbetriebes eine Arbeitskraft gestellt werden. Im Februar 79 war der Marktpreis für ein dz zusammengepreßtes Stroh 29 DM, was den hohen Grad an Arbeitsaufwand zeigt. Gibt der Staat für energiesparende Maßnahmen 25%, so muß der Bauer immer noch zwischen 15000 DM und 36000 DM hinblättern. Man sieht, das Energiesparprogramm fördert die großen Bauern, so wie nur ein größerer Bauer einen Strohofen überhaupt kaufen kann.

Mit diesen Plänen wird gleichzeitig ein ideologisches Manöver gefahren: Spaltung der Bauern von den Arbeitern. Ein Arbeiter, z.B. zum Sonntagsfahrverbot verurteilt, soll denken, die Bauern haben ihre Abfälle sowieso übrig, sollen sie sich doch ein wenig anstrengen und Stroh verfeuern.



# Panzerbrücken für Hamburgs Hausbrigade

Delingsdorfer Stieg
B 75
DB Lübeck
Graf Goltz-Kaserne
Bahnhof Rahlstedt
Boehnkaserne
Autobahn Lübeck
Scharbeutzerstraße
Polizeirevierwache 51

Die Bourgeoisie feiert mal wieder ein ,,Jahrhundertbauwerk''. Vom 6. bis 8. Juli soll beim ,,Rahlstedter Brückenfest'' gefeiert werden, daß einige bauliche Voraussetzungen für den schnellen Panzervorstoß nach Berlin fertig sind. Neben den beiden Brücken über die Eisenbahn wurde extra ein Autobahnzubringer und -anschluß gebaut. Kein Wunder, daß es sich der Kommandeur der Brigade 17 (von der Bourgeoisie als ,,Hamburgs Hausbrigade' bezeichnet, Stab in der Boehn-Kaserne) nicht nehmen läßt, die Feierlichkeiten am Freitag zu eröffnen. Klose ist Samstag mit dabei.

# Weitere Ausrichtung der Wissenschaft für die Expansion

*b.höl.* Auf der Jahresversammlung der DFG 1977 hielt Bundeskanzler Schmidt den Vortrag ,,Verantwortung der Forschung für die Zukunft der Gesellschaft'', den ,,Festvortrag'' danach hielt der Kieler Professor Seibold über ,,Der Untergrund der Ozeane''. Auf dieser Versammlung wurden neue Aufgaben für die DFG verkündet, Seibold hat sich seinerzeit zur Durchsetzung angeboten und ist jetzt Präsident der DFG geworden. ,,Den jungen Menschen an den Universitäten müssen wir auch helfen zu begreifen, ...daß ein Studium an der Hochschule ...in keiner Weise eine Garantie für eine entsprechende Anstellung und Bezahlung darstellen kann und auch nicht darstellen darf ... Ich finde, Sie haben es nötig, dies den jungen Menschen zu sagen.'' So der Kanzler, womit er den Zweck der imperialistischen Bildungsreform erfüllt sieht und die entsprechenden Maßnahmen fordert: ,,Auf der anderen Seite verstehe ich es aber auch nicht..., daß staatliche Bürokratien es nicht schaffen, zusätzliche Lehrer einzustellen – sei es durch Teilzeitbeschäftigung, sei es durch Anstellungsverträge auf Zeit, sei es auch durch Überdenken der in Generationen gewachsenen Gehaltsstruktur.'' Politische Disziplinierung mittels ökonomischer Erpressung will die Bourgeoisie betrieben wissen, um die richtigen Wissenschaftler für ihre Expansionsabsichten zu bekommen, hat sie doch ständig vor Augen, daß dem ,,Fall Tomczak'' durch Entlassung auch nicht beizukommen ist.

Was der Kanzler insgesamt fordert, hat Seibold in seinem Institut vorexerziert, wo offene Unterwerfung Voraussetzung für finanzielle Zuwendungen aus diversen Quellen ist. Weiterentwickelt hat er es maßgeblich im Sonderforschungsbereich 95, wo die Forschung von Stipendiaten, Zeitverträglern und Teilzeitbeschäftigten gemacht wird und die Kräfte für die geplante Infiltration in die Länder der Dritten Welt ausgebildet werden sollen: ,,Das heißt aber wiederum, daß die Bundesrepublik das vorhandene wissenschaftliche und technologische Potential mit allen Mitteln verstärken muß, um die Erschließung der Bodenschätze, aber auch anderer Ressourcen des Meeres, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Küstenstaaten voranzubringen'', wobei Seibold den Zweck der Unternehmung offen propagiert:

,,Auch im ersten Zeitalter der Entdeckung waren menschliche Neugier und ideelle Kräfte untrennbar mit der Hoffnung auf Nutzen verbunden. Die Karavellen stießen nicht zuletzt deshalb ins Unbekannte vor, weil Pfeffer und Muskat und andere Schätze lockten. Heute treiben uns Öl und Gas um, treiben uns hinaus und treiben uns hinab.' Mit der Infiltration in die Länder der Dritten Welt aufgrund deren Wachsamkeit nicht so recht vorangekommen, rasselt er unverhohlen mit dem Säbel für die westdeutsche Bourgeoisie: ,,Im Siebenjährigen Krieg standen für andere Länder Europas Indien und Nordamerika im Vordergrund der Interessen, für uns Schlesien. In unseren Tagen sollten wir nicht vergessen, daß die Ozeanböden, also zwei Drittel unserer Erdoberfläche, aufgeteilt werden, was sicher auch einmal in die Geschichte eingehen wird.''

## Die Bedeutung der ,,Neuen Rheinischen Zeitung" 1848/1849

*z.jöd.* Zu Beginn der bürgerlichen Revolution 1848 bildete die Kommunistische Partei, wie sie sich nannte, einen Bund der Kommunisten. Er bestand aus 200 bis 300 Mitgliedern. Die Mitglieder waren zerstreut in viele Orte. Operativ konnte mit dieser Organisation nur geringfügig in die Revolution eingegriffen werden. Aber diese Organisation hatte sich das Kommunistische Manifest geschaffen und arbeitete auf dessen Grundlage. Marx und Engels führten die Organisation an. Sie bildeten eine Zeitung, die als ideologische Waffe in den revolutionären Auseinandersetzungen Position beziehen und auch politischen Einfluß nehmen sollte. Diese ,,Neue Rheinische Zeitung" erschien in Köln und nannte sich ,,Organ der Demokratie", sollte aber nicht irgendeine demokratische Zeitung werden, sondern ,,die einer Demokratie, die überall den spezifischen proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte". (Engels) Dies war auch die einzige Möglichkeit, noch entscheidenden Einfluß auf die revolutionäre Entwicklung nehmen zu können.

Gleich in der ersten Ausgabe wird ein Artikel über die Frankfurter Nationalversammlung veröffentlicht, in dem über die versammelten Bürger zu lesen war: ,,Man unterhält sich hierüber, man spricht, man bleibt stecken, man lärmt, man vertrödelt die Zeit und vertagt die Abstimmung vom 19. auf den 22. Mai. Am 22. kommt die Sache wieder vor; es regnet neue Amendments, neue Abschweifungen, und nach langem Reden und mehrfachem Durcheinander beschließt man, die bereits auf die Tagesordnung gesetzte Frage an die Abteilungen zurückzuverweisen. Damit ist die Zeit glücklich herum und die Herren Deputierten gehen essen." Die ,,Neue Rheinische Zeitung" zeichnet sich durch eine gute Berichterstattung – wenn nötig: mit entsprechendem Sarkasmus – aus. Einen unermüdlichen Kampf führten Marx und Engels darin um die Einigung Deutschlands. Mit Artikeln wie: ,,Programm der radikal-demokratischen Partei und die Linken zu Frankfurt", ,,Die Zeitungs-Halle über die Rheinprovinz" tritt die Zeitung gegen die bürgerlichen Pläne der Einigung Deutschlands an, gegen Hegemonieansprüche Preußens oder Österreichs sowie gegen das Föderativstaatenmodell.

Je deutlicher die ,,Neue Rheinische Zeitung" diesen Kurs steuerte, desto mehr entfernten sich die bürgerlichen Aktionäre von der Zeitung. 5000 Zeitungen wurden von der Tageszeitung verkauft. Schnell wuchs der politische Einfluß der Zeitung. Sie wurde zu der Zeitung, die den größten Einfluß in dem Revolutionsjahr hatte. Die bürgerlichen Kräfte schreckten auf, als die Zeitung über den Aufstand des französischen Proletariats im Juni 1848 be-

tagt die Abstimmung vom 19. auf den 22. Mai. Am 22. kommt die Sache wieder vor; es regnet neue Amendments, neue Abschweifungen, und nach langem Reden und mehrfachem Durcheinander beschließt man, die bereits auf die Tagesordnung gesetzte Frage an die Abteilungen zurückzuverweisen. Damit ist die Zeit glücklich herum und die Herren Deputierten gehen essen." Die ,,Neue Rheinische Zeitung" zeichnet sich durch eine gute Berichterstattung – wenn nötig: mit entsprechendem Sarkasmus – aus. Einen unermüdlichen Kampf führten Marx und Engels darin um die Einigung Deutschlands. Mit Artikeln wie: ,,Programm der radikal-demokratischen Partei und die Linken zu Frankfurt", ,,Die Zeitungs-Halle über die Rheinprovinz" tritt die Zeitung gegen die bürgerlichen Pläne der Einigung Deutschlands an, gegen Hegemonieansprüche Preußens oder Österreichs sowie gegen das Föderativstaatenmodell.

Je deutlicher die ,,Neue Rheinische Zeitung" diesen Kurs steuerte, desto mehr entfernten sich die bürgerlichen Aktionäre von der Zeitung. 5000 Zeitungen wurden von der Tageszeitung verkauft. Schnell wuchs der politische Einfluß der Zeitung. Sie wurde zu der Zeitung, die den größten Einfluß in dem Revolutionsjahr hatte. Die bürgerlichen Kräfte schreckten auf, als die Zeitung über den Aufstand des französischen Proletariats im Juni 1848 be-
richtete: ,,Der Aufstand ist ein reiner Arbeiteraufstand. Der Groll der Arbeiter ist losgebrochen gegen die Regierung und die Versammlung, die ihre Hoffnung enttäuscht, die täglich neue Maßregeln im Interesse der Bourgeoisie gegen die Arbeiter ergriffen ...". Immer wieder propagierte die ,,Neue Rheinische Zeitung" die beständige revolutionäre Bewegung, die nur beendet sein konnte, wenn Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat die letzten feudalen Herrschaftsformen von sich geschüttelt haben. Marx forderte die Massen auf, keine Steuern mehr zu zahlen. Die Nationalversammlung mußte die Forderung aufgreifen. Marx und Engels vertraten, daß die alten Verwaltungs-, Militär- und Gerichtsinstanzen beseitigt und eine radikale Säuberung des ganzen Staatsapparates durchgeführt wird. Aber es kam anders. Einerseits isolierten sich die Abgeordneten in der Frankfurter Versammlung immer mehr vom Volk, andererseits stieg der Einfluß der Linken, so wurde die Versammlung in Frankfurt und Berlin doch von den Adligen auseinandergejagt. Die ,,Neue Rheinische Zeitung" setzte ihren Kurs weiter fort. Sie unterstützte den Kampf der schlesischen Bauern. Die Zeitung berichtete über den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker. Die Zeitung begrüßte den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen der Polen, Tschechen, Ungarn und Italiener. Diese Berichterstattung war wichtig, um den Stand der Kämpfe der anderen Völker gegen den Feudaladel und gegen die Reaktion verfolgen zu können.

Im Frühjahr 1849 nahte die Entscheidung in der Revolution. Die ,,Neue Rheinische Zeitung" ließ in den Anstrengungen nicht nach. Einen Monat später erschien die Abhandlung von Marx über ,,Lohnarbeit und Kapital" in einer Reihe von Leitartikeln. Mit dieser grundlegenden Schrift zur politischen Ökonomie wurde noch einmal deutlich, auf was Marx und Engels Wert legten: auf die soziale Befreiung des Proletariats. Immer wieder berichtete die Zeitung über die Schlachten gegen den Feudaladel in ganz Europa. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu. Im Mai 1849 unterdrückte die Reaktion die Aufstände in Dresden und Elberfeld. Die Reaktion forderte auch die Redaktion der ,,Neuen Rheinischen Zeitung" auf, ihre Arbeit einzustellen. Auf 6000 Exemplare hatte es die bekannte Zeitung gebracht. Das war viel, wenn man bedenkt, daß die ,,Kölnische Zeitung", die auf Seiten der preußisch-liberalen Bourgeoisie stand, gerade 9000 vertrieb. Fast ein Jahr ist die ,,Neue Rheinische Zeitung" erschienen und hat die Volksmassen in die Kämpfe geführt und sich mit vielen theoretischen Fragen auseinandergesetzt. In der letzten Ausgabe schreibt die Redaktion: ,,Wir warnen Euch schließlich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret Ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher aufs niederträchtigste verrät."

Die Revolution von 1848 endet mit einem Bündnis zwischen Bourgeoisie

Anstrengungen nicht nach. Einen Monat später erschien die Abhandlung von Marx über ,,Lohnarbeit und Kapital" in einer Reihe von Leitartikeln. Mit dieser grundlegenden Schrift zur politischen Ökonomie wurde noch einmal deutlich, auf was Marx und Engels Wert legten: auf die soziale Befreiung des Proletariats. Immer wieder berichtete die Zeitung über die Schlachten gegen den Feudaladel in ganz Europa. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu. Im Mai 1849 unterdrückte die Reaktion die Aufstände in Dresden und Elberfeld. Die Reaktion forderte auch die Redaktion der ,,Neuen Rheinischen Zeitung" auf, ihre Arbeit einzustellen. Auf 6000 Exemplare hatte es die bekannte Zeitung gebracht. Das war viel, wenn man bedenkt, daß die ,,Kölnische Zeitung", die auf Seiten der preußisch-liberalen Bourgeoisie stand, gerade 9000 vertrieb. Fast ein Jahr ist die ,,Neue Rheinische Zeitung" erschienen und hat die Volksmassen in die Kämpfe geführt und sich mit vielen theoretischen Fragen auseinandergesetzt. In der letzten Ausgabe schreibt die Redaktion: ,,Wir warnen Euch schließlich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret Ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher aufs niederträchtigste verrät."

Die Revolution von 1848 endet mit einem Bündnis zwischen Bourgeoisie
mit dem Adel. Wissenschaftlich und theoretisch arbeiteten Marx und Engels die Niederlage auf und rufen das Proletariat auf, den Kampf bis zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution zu führen, um dann Blick auf die sozialistische Revolution nehmen zu können.



# 1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die deutsche Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat

## Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

### Die feudalen Fesseln treiben die Bourgeoisie in die Revolution

,,Dieser sich mächtig hebenden Industrie und dem sich an sie knüpfenden Handel aber mußte die deutsche Kleinstaaterei mit ihren vielfachen Handels- und Gewerbegesetzgebungen bald eine unerträgliche Fessel werden. Alle paar Meilen weit ein anderes Wechselrecht, andere Bedingungen bei Ausübung eines Gewerbes, überall, aber überall andere Schikanen, bürokratische und fiskalische Fußangeln, ja oft noch Zunftschranken, gegen die nicht einmal eine Konzession half! Und dazu die vielen verschiedenen Heimatgesetzgebungen und Aufenthaltsbeschränkungen, die es den Kapitalisten unmöglich machten, disponible Arbeitskräfte in genügender Zahl auf die Punkte zu werfen, wo Erz, Kohle, Wasserkraft und andere Naturbegünstigung die Anlage von industriellen Unternehmungen gebot! Die Fähigkeit, die massenhafte Arbeitskraft des Vaterlandes ungehindert auszubeuten, war die erste Bedingung der industriellen Entwicklung; überall aber, wo der patriotische Fabrikant Arbeiter von allen Enden zusammenzog, stemmte sich Polizei und Armenverwaltung gegen die Niederlassung der Zuzügler. Ein deutsches Rechtsbürgerrecht und volle Freizügigkeit für alle Reichsbürger, eine einheitliche Handels- und Gewerbegesetzgebung, das waren nicht mehr patriotische Phantasien überspannter Studenten, das waren jetzt notwendige Lebensbedingungen der Industrie.

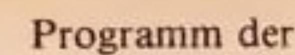
Dazu in jedem Staat und Stätchen anderes Geld, anderes Maß und Gewicht, oft genug zweierlei und dreierlei im selben Staat. Was Wunder also, daß Kaufleute und Fabrikanten, die auf dem Weltmarkt verkehrten oder mit importierten Artikeln zu konkurrieren hatten, zu all den vielen Münzen, Maßen und Gewichten auch noch ausländische anwenden mußten, daß baumwollene Garne nach englischen Pfunden gehaspelt, seidene Zeuge nach Meterlänge angefertigt, Rechnungen für's Ausland in Pfund Sterling, Dollars, Francs ausgestellt wurden? Und wie sollten große Kreditinstitute zustandekommen auf diesen beschränkten Währungsgebieten mit Banknoten in Gulden hier, in preußischen Talern dort, daneben Taler Gold, Taler ,neue Zweidrittel', Mark Banko, Mark Courant, Zwanzig Guldenfuß, Vierundzwanzig Guldenfuß bei endlosen Kursberechnungen und Kursschwankungen.

Und wenn es gelang, dies alles schließlich zu überwinden, wieviel Kraft war bei allen diesen Reibungen schließlich draufgegangen, wieviel Geld und Zeit war verloren! Und man fing endlich auch in Deutschland an zu merken, daß heutzutage Zeit Geld ist...

Man sieht hieraus, wie das Verlangen nach einem einheitlichen ,Vaterland' einen sehr materiellen Hintergrund besaß."

F. Engels, Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches, in: Neue Zeit, Jhg. 1896





### Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands 1848

1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafen erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der deutsche Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiterarmeen, so daß das Heer in Zukunft nicht bloß verzehrt wie früher, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltskosten betragen. Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.

es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilt sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen wirken zu lassen. Diese Maßregel ist schließlich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeois an die Regierung festzuschmieden.

11. Alle Transportmittel, Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten usw. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamter findet kein anderer Unterschied statt als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Geld beziehen als die übrigen.

13. Völlige Trennung von Kirche und Staat. Die Geistli-





Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands 1848

1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafen erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der deutsche Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiterarmeen, so daß das Heer in Zukunft nicht bloß verzehrt wie früher, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltskosten betragen. Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.

6. Alle Feudallasten, alle Fronden, Abgaben, Zehnte usw., die bisher auf dem Landvolk lasteten, werden ohne irgendeine Entschädigung abgeschafft.

7. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt. Alle diese unter 6., 7., 8. und 9. angegebenen Maßregeln werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden. Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch.

10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat. Diese Maßregel macht

es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilt sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen wirken zu lassen. Diese Maßregel ist schließlich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeois an die Regierung festzuschmieden.

11. Alle Transportmittel, Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten usw. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamter findet kein anderer Unterschied statt als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Geld beziehen als die übrigen.

13. Völlige Trennung von Kirche und Staat. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.

14. Beschränkung des Erbrechts.

15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.

16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.

17. Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung.

Zusatz: Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen als den Hervorbringern alles Reichtums gebührt.

Das Komitee:

Karl Marx Karl Schapper H. Bauer F. Engels J. Moll W. Wolff

K. Obermann, 1848

### Anlaß und Charakter der deutschen Reichsverfassungskampagne

,,Nachdem die Frankfurter Nationalversammlung den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland (minus Österreich) erkoren, sandte sie eine Abordnung nach Berlin, um ihm die Krone anzubieten, und vertagte sich dann. Am 3. April empfing Friedrich Wilhelm die Abgeordneten. Er erklärte ihnen, daß er zwar das Recht des Vorrangs vor allen anderen Fürsten Deutschlands, den ihm der Beschluß der Volksvertreter verliehen, annehmen, daß er aber die Kaiserkrone nicht anzunehmen vermöge, solange er nicht sicher sei, ob seine Oberhoheit und die Reichsverfassung, die ihm jene Rechte übertrage, von den übrigen Fürsten anerkannt würde. Auf jeden Fall, schloß er, ob Kaiser oder nicht, werde man ihn immer bereit finden, sein Schwert gegen jeden äußeren oder inneren Feind zu ziehen. Wir werden bald sehen, wie er dieses Versprechen in einer Art und Weise hielt, die die Nationalversammlung einigermaßen verblüffte.

Die Frankfurter Neunmalweisen kamen nach tiefgründiger diplomatischer Untersuchung zu guter Letzt zu dem Schluß, diese Antwort komme einer Ablehnung der Krone gleich. Sie beschlossen daher (am 12. April), die Reichsverfassung sei Landesgesetz und müsse aufrechterhalten werden...

Die Reichsverfassung zeichnete sich nicht nur dadurch aus, daß ihr Ursprung anscheinend ausschließlich vom Volke herleitete, sondern sie war auch bei all ihren Widersprüchen gleichzeitig noch die liberalste Verfassung in ganz Deutschland. Ihr größter Fehler war, daß sie bloß ein Stück Papier war, ohne jede Macht, ihren Bestimmungen Geltung zu verschaffen."

F. Engels, Revolution und Konterrevolution